1	Allgemein	ID
Nr. 1	Stadt Nienburg/Weser	**1**

...seitens der Stadt Nienburg/Weser bestehen gegen den Entwurf der o. a. RROP- Änderung keine Bedenken.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 6	Samtgemeinde Grafschaft Hoya RA Dr. Wolfgang Schrödter	**962**

Kritisch anzumerken ist schon hier, dass es für den unbefangenen Leser des Entwurfes und des Umweltberichtes außerordentlich schwierig ist, die Lage der neuen Vorranggebiete, insbesondere die Übernahme der Sonderbauflächen des Flächennutzungsplanes und die Lage und die Abgrenzung zu den Vorranggebieten des RROP 2003 zu beurteilen. Zwar sind die geplanten neuen Vorranggebiete in die der Begründung vorangestellte Planzeichnung (M 1 : 25.000) eingetragen. Obgleich die 2003 festgesetzten Vorranggebiete „neu" abgegrenzt werden sollen, fehlt in diesem Plan eine Eintragung der bisherigen Vorranggebiete. Die Änderungen können den zeichnerischen Darstellungen des RROP 2003 angesichts des Maßstabes 1 : 50.000 nicht eindeutig entnommen werden. Dieses gilt insbesondere für die „Neuabgrenzung" des Gebietes WE 05 (Schweringen, westlich Sebbenhausen).

...FUßNOTEN 6 / 7 (Schreiben S. 8)

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Gemäß Anlage 3 Ziffer 02 (zu 1 Abs. 2) des LROP Niedersachsen 2008 ist Grundlage der zeichnerischen Darstellung der RROP die topograpische Karte im Maßstab 1:50000. Im Umweltbericht sind Detailpläne im Maßstab 1:25000 dargestellt. Die im rechtswirksamen RROP 2003 festgelegten Vorrangstandorte für Windenergienutzung sind in diesen Plänen enthalten.

Hinweis: Im Umweltbericht (S. 34) ist die Abgrenzung des bestehenden Vorrangstandorts für Windenergienutzung im RROP 2003 dargestellt.

1	Allgemein	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen	**709**

...unter dem 25.02.2010 hatte ich Ihnen die Stellungnahme der Samtgemeinde Landesbergen zugeleitet, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Samtgemeinderat Landesbergen.

Dieser Beschluss ist mit großer Mehrheit wie angekündigt am 03.03.2010 (Top 15) gefasst worden.

Die Stellungnahme ist in der Ihnen vorliegenden Fassung (und somit unverändert) beschlossen worden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen und Gemeinde Leese	**192**

1. Die Gemeinde Leese akzeptiert und unterstützt, dass der Landkreis Nienburg / Weser mit dem eingeleiteten Verfahren zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) das Ziel verfolgt, im Landkreis Nienburg einen rechtssicheren Zustand über die Vorranggebiete für Windenergieanlagen (WEA) zu finden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 9	Samtgemeinde Liebenau, Flecken Liebenau, Gemeinde Binnen, Gemeinde Pennigsehl	**210**
Die Samtgemeinde Liebenau und deren Mitgliedsgemeinden erkennen an, dass für eine rechtssichere Änderung des RROP, der Windenergie in substanzieller Weise Raum zur Verfügung gestellt werden muss.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**977**
Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß die vorstehende Stellungnahme Ergebnis der Beratungen im Samtgemeindeausschuß sowie in den Verwaltungsausschüssen der Gemeinden Marklohe und Wietzen ist. Die Beratungen im Verwaltungsausschuß der Gemeinde Balge wird in Kürze erfolgen. Eine Vorbereitung der Beschlußfassung ist in einer gemeinsamen Sitzung der zuständigen Fachausschüsse aller drei Mitgliedsgemeinden am 09.02.2010 erfolgt. Soweit sich in der Verwaltungsausschußsitzung der Gemeinde Balge noch neue Gesichtspunkte ergeben sollten, werde ich hierüber unverzüglich ergänzend berichten.		
Abwägungsvorschlag: Kenntisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 15	Landkreis Soltau-Fallingbostel	**239**
...gegen die allgemeinen Planungsabsichten bestehen von meiner Seite keine Einwende oder Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 18	Bezirksregierung Detmold	**2**
...nach Prüfung der von Ihnen vorgelegten Unterlagen bestehen gegen die Änderung des o.a. RROP für den Landkreis Nienburg/Weser keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 21	Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Regierungsvertretung Lüneburg -	**4**
...Seitens der Regierungsvertretung Lüneburg sind keine Konflikte mit den Vorranggebieten für Windenergie in den Landkreisen Verden und Soltau Fallingbostel, die an den Landkreis Nienburg/Weser grenzen, zu erkennen.		
Abwägungsvorschlag:		

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 26	Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westffalen	**5**

Für Angelegenheiten der Raumordnung und Landesplanung ist das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen fachlich zuständig.

Ich habe Ihren Brief dorthin weitergeleitet mit der Bitte, sich Ihres Anliegens anzunehmen. Sie erhalten von dort weitere Nachricht.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen ist keine Stellungnahme eingegangen.

1	Allgemein	ID
Nr. 29	Eisenbahn-Bundesamt - Außenstelle Hannover -	**6**

...in o.g. Angelegenheit bitte ich Sie, die DB Netz AG zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die DB Netz AG ist im Verfahren beteiligt worden. Es ist keine Stellungnahme eingegangen.

1	Allgemein	ID
Nr. 30	Wehrbereichsverwaltung Nord - Dez. IUW 4 -	**7**

Meine Prüfvermerkungen zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes habe ich dem Bundesministerium der Verteidigung vorgelegt. Sie fließen ein in die Stellungnahme des Bundes, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgegeben wird.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 31	Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	**129**

...aufgrund der Neustrukturierung der Bundespolizei, die zum 01. März 2008 in Kraft gesetzt wurde, sind unter anderem auch die Aufgaben als Träger öffentlicher Belange für das Land Niedersachsen auf die Bundespolizeidirektion Hannover übertragen.

Aus diesem Grunde habe ich ihren Vorgang zur weiteren Bearbeitung an die Bundespolizeidirektion Hannover, Möckernstraße 30 in 30163 Hannover weitergeleitet. Ich bitte Sie, zukünftigen Schriftverkehr an die oben genannte Anschrift zu senden. Weitergehende Informationen über die Neuorganisation der Bundespolizei finden Sie auf der Internetseite www.bundespolizei.de

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 31	Bundespolizeidirektion Hannover	**8**

...die Belange der Bundespolizeidirektion Hannover werden durch Ihr Vorhaben in dem oben genannten Bereich nicht berührt.

Ich habe daher keine Anregungen bzw. Bedenken.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 34	Deutscher Wetterdienst - Abteilung Personal und Finanzen -	**9**

...zu o. a. Vorhaben erteilen wir als "Träger öffentlicher Belange" keine Auflagen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 45	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte	**11**

...das Wasser- und Schifffahrtsamt Verden hat am 12.11.2007 im Rahmen der Erarbeitung des regionalen Raumordnungsprogramms Stellung genommen. Diese Stellungnahme ist fast vollständig in den Entwurf eingeflossen. Weitere Bedenken oder Anregungen bringe ich daher nicht vor.

Meine Stellungnahme ist mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte in Hannover abgestimmt. Von dort erfolgt daher keine gesonderte Stellungnahme.

Weiterhin bitte ich Sie, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte nicht weiter an Verfahren der Raumordnung oder Bauleitplanung zu beteiligen. Diese Aufgabe wurde auf die Ortsinstanz delegiert und gehört daher in die alleinige Zuständigkeit des Wasser- und Schifffahrtsamtes Verden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte wird nicht mehr beteiligt.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 47	Agentur für Arbeit Verden	**12**

Von Seiten der Arbeitsagentur Verden bestehen keine Einwände gegen den Entwurf der Änderung des RROP im Landkreis Nienburg - Teilabschnitt Windenergie-.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 48	Behörde für Geoinformation , Landentwicklung und Liegenschaften (GLL Hannover)	**13**

Als Eigentümer ist das Land Niedersachsen, vertreten durch meine Behörde, möglicherweise in Teilbereichen betroffen...		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 51	Polizeiinspektion Nienburg / Schaumburg	**14**
...bei der geplanten Änderung sind verkehrspolizeiliche Belange nicht berührt.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 55	Handelskammer Hannover	**15**
...die o. g. Planungen haben wir eingehend geprüft. Anregungen und Bedenken werden unsererseits nicht vorgebracht.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 68	Niedersächsische Landgesellschaft mbH	**92**
Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass gegen die Änderung des RROP's keine Bedenken bestehen.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 87	Landessportfischerverband Niedersachsen e. V.	**16**
...wir verzichten auf die Abgabe einer Stellungnahme.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 93	Gelsenwasser Energienetze GmbH (GWN Westfalica)	**17**
...zu der oben angegebenen Änderung des (...) Raumordnungsprogramms haben wir keine Anregungen und keine Planungswünsche.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID

Nr. 100	EWE NETZ GmbH	**305**
Wir haben keine Einwände, da unsere Leitungen nicht betroffen sind.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 104	E.ON Kraftwerke GmbH	**22**
..zu dem obigen Planentwurf haben wir keine Anregungen vorzutragen.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 141	Landkreis Nienburg, Fachbereich Ordnung und Verkehr Fachdienst Ausländerwesen und Staatsangehörigkeit Fachdienst Gewerbe, Jagd und Waffen	**28**
Seitens der Fachdienste 172 und 173 bestehen keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 144	Landkreis Nienburg/Weser Fachbereich Bildung und Kultur Fachdienst Schule und Kultur	**29**
...aus Sicht von FB 21 und FD 211 sind durch die Änderung des Raumordnungsprogramms keine bildungs-/schulfachlichen Belange betroffen. Insofern bestehen unserseits keine Bedenken gegen die angestrebten Änderungen		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 151	Landkreis Nienburg/Weser, Fachdienst Wasserwirtschaft	**161**
Keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID

Nr. 153	Landrat	**30**
Keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 166	Samtgemeinde Siedenburg	**33**
Keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 173	Samtgemeinde Schwarmstedt	**34**
Keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 179	Stadt Petershagen	**904**
Zum obigen Planentwurf werden keine Anregungen vorgebracht.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 181	Stadt Espelkamp	**903**
...gegen den Entwurf der Änderung des „Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Nienburg/Weser" - Teilabschnitt Windenergie - bestehen aus Sicht der Stadt Espelkamp keine Bedenken.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
1	**Allgemein**	ID
Nr. 182	Gemeinde Hille	**216**
...von der Gemeinde Hille werden zu dem Entwurf des Regionalen Raurnordnungsprogramms - Teilabschnitt Windenergie - keine Anregungen vorgetragen.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	Allgemein	ID
Nr. 190	Ericsson Services GmbH	**58**

Keine Bedenken.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 196	GDF SUEZ E&P DEUTSCHLAND GMBG	**272**

Für unsere Beteiligung in dieser Angelegenheit bedanken wir uns und weisen wir darauf hin, dass die Preussag Energie GmbH seit Januar 2009 unter dem Namen GDF SUEZ E&P DEUTSCHLAND GMBH firmiert. Bitte beachten Sie den neuen Firmennamen sowie die neue Mailadresse.

Zuständigkeitshalber hat die Hannoversche Erdölleitung GmbH diesen Vorgang an uns weitergeleitet. Wir teilen Ihnen mit, dass die HEG von der Änderung des RROP nicht betroffen ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	Allgemein	ID
Nr. 325	Privatperson	**80**

Das von Ihnen im Internet zur Verfügung gestellte Kartenmaterial Vorranggebiet 01 - Hilgermissen ist nicht aktuell. Es sind weder alle vorhandenen WEAs eingetragen, noch der Schweinemaststall gegenüber des Umspannwerkes.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Es werden die aktuell verfügbaren kartographischen Daten verwendet.

1	Allgemein	ID
Nr. 343	Privatperson	**907**

Aus gegebenen Anlaß möchten wir Sie bitten uns Informationen über mögliche Standorte im Raum Sebbenhausen,Balge und Schweringen zukommen zu lassen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Information per E-Mail vom 29.01.11.

1	Allgemein	ID
Nr. 347	GLU GmbH Jena	**909**

...hiermit möchten wir unsere Möglichkeit zur Abgabe von Anregungen/Anmerkungen zu o.g. Verfahren nutzen.

Unsere Anmerkungen beziehen sich insbesondere auf die geplanten Vorranggebiete Hassbergen-Gadesbünden und Calle.

Die schriftliche Begründung reichen wir hierzu in den kommenden Tagen nach.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**612**
2. Außerdem macht unsere Mandantin sich die weitere textlich beigefügte Stellungnahme zahlreicher Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum inhaltlich zu eigen (Anlage 2). (RED. HINWEIS LK NI: s. Kap. 4 ID 84)		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**622**
1. Unsere Mandanten machen sich zunächst ausdrücklich die Stellungnahme der Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum vom 21.02.2010, die Ihnen bereits vorliegt, zu eigen und erklären diese auch als Teil ihrer Stellungnahme.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**618**
2. Außerdem macht unsere Mandantin Frau B….sich die beigefügte Stellungnahme Ihres Ehemannes T….vom 24.01.2010 inhaltlich zu eigen (Anlage 2). (RED. HINWEIS LK NI: Siehe Kap. 4 ID 535 und Kap. 3 ID 536 - Verteiler Nr. 340).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**617**
1. Unsere Mandanten machen sich zunächst ausdrücklich die Stellungnahme der Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum vom 21.02.2010, die Ihnen bereits vorliegt, zu eigen und erklären diese auch als Teil ihrer Stellungnahme.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**611**
Unsere Mandantin macht sich zunächst ausdrücklich die Stellungnahme der Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum vom 21.02.2010, die Ihnen bereits vorliegt, zu eigen und erklärt diese auch als Teil ihrer Stellungnahme. Auf deren Beifügung wird angesichts des Umfangs verzichtet. Sollten Sie indes die Beifügung für erforderlich halten, bitten wir um einen umgehenden Hinweis. (RED. HINWEIS LK NI: s. Verteiler-Nr. 464 - Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum)		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		

1	**Allgemein**	ID

Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**623**

2. Außerdem haben unsere Mandanten die weitere textlich beigefügte Stellungnahme zahlreicher Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum abgegeben (Anlage 2).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**881**

III.

Dem Entwurf des Teilabschnitts „Windenergie" des RROP liegt als Prototyp einer Windenergieanlage das Modell ENERCON E-112 zugrunde. Dieser Windenergieanlagentyp ist jedoch bereits seit mehreren Jahren nicht mehr erhältlich. An die Stelle der ENERCON E-112 ist das Nachfolgemodell ENERCON E-126 getreten. Dieses Modell soll u.a. im Vorranggebiet 16 - Lavelsloh errichtet werden. Die ENERCON E-126 weist eine Nabenhöhe von 135m, einen Rotordurchmesser von 127m und eine Nennleistung von mindestens 6000 kW auf. Damit sind im Rahmen der weiteren Planung der Vorranggebiete größere Abmessungen zu berücksichtigen, als dies unter Berücksichtigung der ENERCON E-112 der Fall wäre.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Anlagentyp ENERCON E- 126 in erster Linie für windstarke Standorte konzipiert wurde. Für Binnenlandstandorte, zu denen auch der Landkreis Nienburg zu zählen ist, sind in der Regel Anlagentypen wie ENERCON E-82 (82m Rotordurchmesser) oder ENERCON E-101 (101m Rotordurchmesser), Nabenhöhe 135m, technisch und wirtschaftlich sinnvoller.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Auf die Nennung eines bestimmten Fabrikats soll verzichtet werden. Das Planungskonzept ist an den modernen marktgängigen WEA orientiert. Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll der Hinweis berücksichtigt werden.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**477**

Die ENERCON GmbH plant auf dem Gebiet des Landkreises Nienburg auf mehreren, unter Ziff. V. und VI. beschriebenen, Flächen die Errichtung von Windenergieanlagen. Darüber hinaus ist die ENERCON GmbH als Hersteller von Windenergieanlagen betroffen.

In Anbetracht der derzeit aktuellen Debatte um den drohenden Klimawandel sowie der sich zunehmend verknappenden Rohstoffe begrüßen wir ausdrücklich die von der Bundesregierung und von der Landesregierung Niedersachen formulierten Klimaschutzziele, die insbesondere einen erheblichen Ausbau der Windenergienutzung erforderlich machen. Die Windenergienutzung leistet nicht nur einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, sie bietet vor allem für den ländlichen Raum erhebliche Standortvorteile und Wertschöpfungsmöglichkeiten. Zugleich werden hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, wie dies die Erfolgsgeschichte des Unternehmens ENERCON in eindrucksvoller Weise aufzeigt. ENERCON ist das führende deutsche Unternehmen im Bereich der Entwicklung und Herstellung von Windenergieanlagen (WEA). Es wurden für Herstellung, Planung, Betrieb und Wartung von ENERCON - Windenergielagen in den vergangenen Jahren mehr als 14.000 Arbeitsplätze, davon allein ca. 5000 Arbeitsplätze in Niedersachen und ca. 4000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt, geschaffen. Vor diesem Hintergrund verwundert es sehr, dass keine andere Form der Erneuerbaren Energien in der Öffentlichkeit so brisant diskutiert wird wie die Windenergie. Oft werden Sachverhalte falsch dargestellt oder bewusst falsch und irreführend argumentiert. Häufig entstehen Konflikte aufgrund falscher oder fehlender Informationen über geplante Projekte und wären durch angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung mit sorgfältiger Aufklärung vermeidbar.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1	**Allgemein**	ID

Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**433**

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Anmerkungen zu den veröffentlichten Unterlagen
2. Stand des Planungsprozesses zum Zeitpunkt der Veröffentlichung
3. Grundsätzliche Anmerkungen zum Planungskonzept
3.1. Die Ziele
3.2. Ermittlung von Suchräumen und deren Begründung
3.2.1. Ausschlusskriterium Nr. 1 „Abstand zu "Wohnbebauung"
3.2.2. Ausschlusskriterium Nr. 3 „Abstand zu Bundes-, Kreis- und Landesstraßen"
3.2.3. Fehler im Suchprozess
3.2.4. Anmerkungen zu den Abwägungskriterien und deren Begründung
3.2.5. Landschaftsbildgutachten
3.2.6. 5-Km Abstand
3.2.7. Avifaunistisch wertvolle Bereiche mit ggü. WEA empfindlichen Arten
3.2.8. Fledermäuse
3.2.9. Vorranggebiete Rohstoffgewinnung
3.2.10. Fehler bei der Entwicklung der Abwägungskriterien
4. Das Gutachten der Planungsgruppe Umwelt
4.1. Einleitung
4.2. Grundlagen des Gutachtens
4.2.1 Allgemeine Grundsätze zur Erstellung von Gutachten
4.2.2. Unzulänglichkeiten in der naturschutzfachlichen Einschätzung des Planungsbüros Leguan GmbH
4.2.3. Erkenntnisse der naturschutzfachlichen Einschätzung des Pla-nungsbüros Leguan GmbH
4.3. Änderung des Gutachtens
4.4. Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden
4.5. Zusammenfassung zu den einzelnen Gebieten
5. Das Vorranggebiet 12
5.1. Änderung des Gutachtens
5.2. Bevölkerung und Gesundheit des Menschen
5.2.1. Erholungsfaktor
5.2.2. Geographische Lage
5.2.3. Strukturelle Lage
5.2.4. Abstand zur Ortsverbindungsstraße
5.2.5. Schattenwurf
5.2.6. Befeuerung
5.2.7. Schallimmission
5.2.8. Infraschall
5.2.9. Zusammenfassung Bevölkerung und Gesundheit des Menschen
5.3. Flora und Fauna (biologische Vielfalt)
5.3.1. Festgestellte Artenvielfalt
5.3.2. Avifaunistische Bestandserfassung
5.3.3. Biotope
5.3.4. Fehlende artgeschützte Spezies
5.3.5. Zusammenfassung Flora und Fauna
5.4. Die Bewertung: Doppelminus
5.5. Landschaft
5.5.1. Vorbelastung
5.5.2. Naturpark Steinhuder Meer
5.6. Vermeidung und Ausgleich von Umweltauswirkungen
5.7. Zur Zusammenfassung des Gutachtens
6. Zusammenfassung des Beteiligungsschreibens

7. Anlagen

…

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Siehe jeweilige Themenschwerpunkte.

1	**Allgemein**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**432**

Hiermit äußern die Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum ihre Bedenken zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Nienburg/Weser 2003 - Entwurf einer Änderung des Teilabschnitts Windenergie 2009 (RROP) im Rahmen der öffentlichen Beteiligung gern. amtlicher Bekanntmachung vom 1.6. Oktober 2009.

Die hier zusammengeführten Ziele, Kritikpunkte, Anregungen und Bedenken wurden, von den Mitgliedern der Interessengemeinschaft formuliert. Es handelt sich an dieser Stelle um 457 wahlberechtigte Personen, die sich insbesondere im Bezug auf das Vorranggebiet 12 im Dreieck Husum -Bolsehle-Meinkingsburg äußern.

Die Unterschriftenliste wird im Original beigefügt. Darüber hinaus erhalten Sie eine elektronische Aufstellung in alphabetischer Reihenfolge und Adressenliste.

Der Unterzeichner gibt diese Stellungnahme hiermit gem. § 17 Abs. 1. VwVfG in eigenem Namen und als Vertreter sämtlicher übrigen Unterzeichner der beigefügten Unterschriftenliste ab.

Zahlreiche Mitglieder der Interessengemeinschaft Husum haben neben der Beteiligung an der Ihnen hier vorliegenden und vom Unterzeichner als Vertreter eingereichten Stellungnahme eine Kurzfassung der Stellungnahme bei Ihnen eingereicht oder werden dieses noch innerhalb der gegebenen Frist vornehmen.

Insoweit erklärt der Unterzeichner zur Erleichterung der Handhabung in Ihrer Behörde im Hinblick auf § 17 Abs, 1 VwVfG, dass er auch insoweit gemeinschaftlicher Vertreter dieser Einwender ist.

In diesem Schreiben werden diverse Abkürzungen verwendet. Handelt es sich nicht um allgemein bekannte Abkürzungen, werden diese bei erstmaliger Verwendung erläutert. Zudem ist für alle Abkürzungen ein Abkürzungsverzeichnis aufgeführt.

Ein Quellenverzeichnis wurde nicht erstellt. Verwendete Quellen Dritter sind in den Fußnoten ausführlich angegeben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

2) Wohnen

Grundsätzlicher Abwägungsvorschlag für die eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken zu den Abständen zur Wohnbebauung

Aufgrund diverser eingegangener Hinweise, Anregungen Bedenken von Anwohnern, Investoren und Fachstellen, die aus unterschiedlichen Gründen einen größeren Vorsorgeabstand zur Wohnbebauung fordern, wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, diese von 300 m auf 450 m zu Einzelwohnbebauung im Außenbereich (Wohngebäude außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung) und von 500 m auf 700 m zu Gebieten mit Wohnbebauung (geschlossene Siedlungen) zu vergrößern.

Überwiegend werden Abstände von mindestens 500 m zu Einzelwohnbebauung und 1000 m Siedlungsgebieten gefordert. Vielfach wird auch generell ein Abstand von 1000 zu Wohnbebauung unter Hinweis auf die Empfehlungen des ML gemäß Erlass vom 26.01.2004 eingefordert. Eine Überprüfung und Anwendung dieser geforderten Abstände hat ergeben, dass von einer deutlichen Flächenreduzierung der im RROP 2003 bestehenden Flächen auszugehen wäre. Aus Sicht der Verwaltung könnte diese Reduzierung zur Feststellung führen, dass der Windenergie nicht in substanzieller Weise Raum verschafft würde. Folglich müssen die neu gewählten Vorsorgeabstände unterhalb der vorgenannten Werte liegen, um in das notwendige schlüssige Gesamtkonzept integriert werden zu können. Die vergrößerten Vorsorgeabstände werden in einem Änderungsentwurf der Verwaltung konkretisiert und begründet. Er wird gesondert vorgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass auf Grund der Änderung der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 3	Flecken Steyerberg	**422**

2. Mit der vorgesehenen Erweiterung der bestehenden Vorrangstandorte innerhalb des Flecken Steyerberg können Windenergieanlagen noch näher an vorhandene Einzelgehöfte bzw. an die geschlossenen Ortslagen heranrücken. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt liegen dem Flecken Steyerberg Beschwerden von Anliegern vor, die über Schlagschatten und Lichteffekte bzw. bei entsprechender Windrichtung über Geräuschimmissionen auch im Infraschallbereich klagen. Deshalb wäre der Abstand für Einzelgehöfte von mindestens 500 m, für allgemeine und reine Wohngebiete von mindestens 1000 m bei Windenergieanlagen bis zu 100 m Gesamthöhe festzulegen, bei Anlagen größerer Höhe müsste sich der Abstand auf mindestens 1000 m vergrößern.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Regionalplanung ist vielmehr gehalten, sich bei ihren Bewertungen an den auch im Zulassungsverfahren relevanten Wirkfaktoren zu orientieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 3	Flecken Steyerberg	**423**

3. Für das Vorranggebiet Steyerberg/Anemolter wird richtigerweise festgestellt: „Das potentielle Vorranggebiet ist insgesamt stark vorbelastet" und daraus wird geschlossen, dass eine Vergrößerung/Erweiterung nicht allzu schädlich sei. Die Gemeinde sieht das nicht so, sondern stellt entgegen fest, dass die Belastungsgrenze bereits erreicht ist! Jegliche Erweiterung (auch Repowering) würde der Siedlungsentwicklung sowohl von Wellier als auch von Steyerberger Seite her verhindern. Schon jetzt sind die Grundstückswerte durch die bestehenden Windkraftanlagen erheblich beeinträchtigt Die Wertminderung steigt mit jeglicher Erweiterung. Im Vorranggebiet Deblinghausen ist bei der Festlegung des Gebietes der Mindestabstand von 500 m zu Einzelgehöften und der Ortsrandlage von 1000 m zu berücksichtigen, um die Wohnqualität nicht negativ zu beeinflussen. Bei Anlagen über 100 m Gesamthöhe ist der Abstand auf 1000 m zu vergrößern. Aber auch hier sollte festgehalten werden, dass schon mehr als genügend Windkraftanlagen vor Ort stehen und die Belastungsgrenze erreicht ist.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte

durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 4	Gemeinde Stolzenau	**111**

1. Erhöhung des Abstandes zu Einzelgebäuden auf 500 m und zu Wohnbauflächen auf 750 m

Nach Auffassung der Gemeinde Stolzenau sollte der Abstand zu Einzelgebäuden auf 500 m erhöht werden. Da zukünftig in den Vorranggebieten die Errichtung von Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m entsprechend der neuesten Generation von Windkraftanlagen möglich sein wird, wird befürchtet, dass es zu einer optische Bedrängung für die Bewohner im direkten Umfeld der Vorrangstandorte kommt. Die Dimension heute möglicher Anlagen beträgt die doppelte Höhe der zurzeit in den Vorranggebieten bestehenden Windkraftanlagen mit einer maximalen Gesamthöhe von 100 m.

Im Erläuterungsbericht zum Teiländerungsverfahren Wind wird dargelegt, dass das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover empfiehlt, einen Abstand des Dreifachen der Gesamthöhe einer Windkraftanlage zur Wohnbebauung einzuhalten. In der Rechtssprechung (OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05) wird auf die Prüfung des Einzelfalls hingewiesen, wenn der Abstand zwischen dem Wohnhaus und der Windkraftanlage das Zwei- bis Dreifache der Gesamthöhe der Anlage beträgt. Der Leitsatz wurde aus einem Verfahren entwickelt, in dem über eine Windkraftanlage vom Typ Enercon E-53 mit einer Turmhöhe von 70,5 m und einem Rotordurchmesser von 58 und damit einer Gesamthöhe von 100 m verhandelt wurde. Der Leitsatz wurde somit zu einer Zeit ausgesprochen, als Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 180 bis 200 m die Ausnahme darstellten. Heute gehören sie jedoch gerade im Binnenland zum Standard, da die Energie des Windes bei zunehmender Windgeschwindigkeit und damit zunehmender Höhe stark steigt. Der optischen Wirkung dieser Windkraftanlagengeneration ist somit viel mehr Bedeutung beizumessen.

Da es sich bei der heutigen Anlagenhöhe um eine Höhendimension handelt, die in der Landschaft sehr selten auftritt und deshalb als übergebührlich groß empfunden wird, wird dringend empfohlen, auch für Einzelgebäude die Empfehlung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hannover zu übernehmen bzw. der Rechtssprechung zu folgen. Bei einer zukünftigen möglichen Anlagenhöhe von 200 m würde der Abstand von 500 m zu Einzelgebäuden der 2,5-fachen Anlagenhöhe entsprechen. Der jetzt festgelegte Abstand von 300 m dagegen entspricht nur der 1,5-fachen Anlagenhöhe und ist damit nicht mit den oben genannten Vorgaben vereinbar.

Darüber hinaus werden Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des zulässigen Lärm-Immissionsgrenzwertes gemäß TA Lärm geäußert. Die Begründung hierfür liefert der Umweltbericht in Tab. 5 ‚Potenzielle anlage-/betriebsbedingte Wirkfaktoren und Effektdistanzen von WEA' (Seite 11 ff) unter Pkt. 1 ‚Bevölkerung, Gesundheit des Menschen' Schutz der Allgemeinheit vor Lärm'. In der Tabelle wird aufgeführt, dass der nächtliche Richtwert von 45 dB(A) für Dorfgebiete bei den angestrebten Windparks durch einen Abstand von 440 m zur Bebauung erreicht wird. Der nächtliche Richtwert von 40 dB(A) für allgemeine Wohngebiete wird in einem Abstand von 740 m erreicht. Deshalb sollten diese Werte der Planung zugrunde gelegt werden.

Der nächtliche Richtwert von 45 dB(A) gilt nicht nur für Dorfgebiete, sondern auch für Wohngebäude im Außenbereich. In schalltechnischen Gutachten als Bestandteil der Antragsunterlagen für eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz werden für die maßgeblichen Immissionsorte die Beurteilungspegel rechnerisch ermittelt und den dort geltenden Immissionsrichtwerten gegenübergestellt. Von Messstellen zur Ermittlung von Geräuschemissionen und -immissionen nach §§ 26, 28 BImSchG wird hierbei grundsätzlich für Wohngebäude im Außenbereich ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 dB(A) angesetzt. Dieser Wert ist beim Betrieb eines raumbedeutsamen Windparks in einem Abstand von 300 m nicht erreichbar.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 4	Gemeinde Stolzenau	**109**

Konsequenzen für das Vorranggebiet 10: Steyerberg/Anemolter

Der westlichste Bereich von Anemolter mit den Straßen Auf dem Kampen und Vor dem Moore ist im Flächennutzungsplan

als Dorfgebiet ausgewiesen. Beim Zuschnitt des Vorranggebietes ist hierzu ein Abstand von 300 m berücksichtigt worden. Durch die Ausweisung ist der Bereich eindeutig nicht als Einzelgebäude zu behandeln und der Abstand muss hier auf 500 m korrigiert werden. Die südliche Teilfläche des Vorranggebietes wird hierdurch im Osten beschnitten.

Zu den an der L349 liegenden Einzelgebäuden sollte der Abstand zum Vorranggebiet aus Gründen des Immissionsschutzes auf 500 m erhöht werden. Die südliche Teilfläche des Vorranggebietes wird hierdurch im Südwesten beschnitten.

Zu dem im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche ausgewiesenen Wohnbereich an der Straße Reinisch Feld sollte der Abstand zum Vorranggebiet auf 750 m erhöht werden. Wie im Umweltbericht dargelegt (s. o.), ist bei einem Windpark mit 7 Windkraftanlagen der nächtliche Richtwert von 40 dB(A) erst in einem Abstand von 740 m erreichbar. Durch die Erhöhung des Abstandes zur Wohnbebauung auf 750 m kann somit der Schutz der Bewohner vor schädlichen Lärmimmissionen gewährleistet werden. Durch diese Abstandsforderung wird die nördliche Teilfläche des Vorranggebietes im Osten beschnitten.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei werden die erwähnten Wohngebiete im Westen Anemolters als geschlossenen Wohnsiedlungen betrachtet.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 4	Gemeinde Stolzenau	**110**

Konsequenzen für das Vorrranggebiet 13: Nendorf

Bei einer Erhöhung des Abstandes zu Einzelgebäuden von 300 m auf 500 m entfällt die Teilfläche östlich der K15. Kein Punkt der Teilfläche liegt weiter als 500 m von einem Gebäude entfernt.

Die Teilfläche westlich der K15 wird derart beschnitten, dass im Prinzip nur das Zentrum übrig bleibt. Auf der verbleibenden Restfläche lässt sich nicht mehr als eine Windkraftanlage installieren, so dass dieser Standort nicht mehr für die Ausweisung eines raumbedeutsamen Windparks geeignet ist.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Bei einer entsprechenden Erhöhung dieser Abstände ist zu erwarten, dass das potenzielle Gebiet 13 aufgrund der geringen verbleibenden Flächengröße nicht mehr für eine entsprechende Festlegung in Betracht kommt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 5	Gemeinde Hassel	**919**

Seitens der Gemeinde Hassel (Weser) wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Gemeinde spricht sich gegen die vom Landkreis auf Seite 9 unter Ziffer 2 mit einer Abstandsregelung von 300 m dargestellte Pufferzone aus und fordert den Landkreis auf, im weiteren Verfahren diese Pufferzone auf mindestens 500 m zu erweitern.

Zur weiteren Begründung darf ich folgendes ausfuhren::

Es bestand im Gemeinderat mehrheitlich die Auffassung, dass die bisher als Abstandsfläche vom Landkreis berücksichtigte Entfernung von 300 m zu Wohngebäuden keinesfalls als ausreichend oder angemessen angesehen wird. Die sich aus dem Betrieb einer WKA mit bis zu etwa 200 m Höhe ergebenden Lärmbelastungswerte sind bei nur 300 m Abstand immer noch zu hoch. Der Abstand sollte deshalb mindestens auf 500 m erhöht werden.

Dies entspricht auch bei den Standard-Anlagen der an sich vorgesehenen Fallhöhe von etwa dem 2,5-fachen und wird ergänzt durch die sich voraussichtlich für die Abstandsberechnung im Einzelfall (im gesonderten Antragsverfahren) ergebenden Abstandsnotwendigkeiten aus der Lärmbewertung (Dezibel-Werte).

Die Auswertung der Presseveröffentlichungen aus anderen Gemeinden des Landkreises lässt bereits ebenfalls erkennen, dass ein Abstandswert von 500 m auch dort überwiegend als Mindestabstand von den Gemeinden gefordert wird.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 5	Gemeinde Hämelhausen	**920**

Seitens der Gemeinde Hämelhausen wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Gemeinde spricht sich gegen die vom Landkreis auf Seite 9 unter Ziffer 2 mit einer Abstandsregelung von 300 m dargestellte Pufferzone aus und fordert den Landkreis auf, im weiteren Verfahren diese Pufferzone auf mindestens 500 m zu erweitern.

Zur weiteren Begründung darf ich folgendes ausfuhren::

Es bestand im Gemeinderat mehrheitlich die Auffassung, dass die bisher als Abstandsfläche vom Landkreis berücksichtigte Entfernung von 300 m zu Wohngebäuden keinesfalls als ausreichend oder angemessen angesehen wird. Die sich aus dem Betrieb einer WKA mit bis zu etwa 200 m Höhe ergebenden Lärmbelastungswerte sind bei nur 300 m Abstand immer noch zu hoch. Der Abstand sollte deshalb mindestens auf 500 m erhöht werden.

Dies entspricht auch bei den Standard-Anlagen der an sich vorgesehenen Fallhöhe von etwa dem 2,5-fachen und wird ergänzt durch die sich voraussichtlich für die Abstandsberechnung im Einzelfall (im gesonderten Antragsverfahren) ergebenden Abstandsnotwendigkeiten aus der Lärmbewertung (Dezibel-Werte).

Die Auswertung der Presseveröffentlichungen aus anderen Gemeinden des Landkreises lässt bereits ebenfalls erkennen, dass ein Abstandswert von 500 m auch dort überwiegend als Mindestabstand von den Gemeinden gefordert wird.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 5	Samtgemeinde Eystrup	**132**

...Die Gemeinde spricht sich gegen die vom Landkreis auf Seite 9 unter Ziffer 2 mit einer Abstandsregelung von 300 m dargestellte Pufferzone aus und fordert den Landkreis auf, im weiteren Verfahren diese Pufferzone auf mindestens 500 m zu erweitern.

Zur weiteren Begründung darf ich folgendes ausführen::

Es bestand im Gemeinderat mehrheitlich die Auffassung, dass die bisher als Abstandsfläche vom Landkreis berücksichtigte Entfernung von 300 m zu Wohngebäuden keinesfalls als ausreichend oder angemessen angesehen wird. Die sich aus dem Betrieb einer WKA mit bis zu etwa 200 m Höhe ergebenden Lärmbelastungswerte sind bei nur 300 m Abstand immer noch zu hoch. Der Abstand sollte deshalb mindestens auf 500 m erhöht werden.

Dies entspricht auch bei den Standard-Anlagen der an sich vorgesehenen Fallhöhe von etwa dem 2,5-fachen und wird ergänzt durch die sich voraussichtlich für die Abstandsberechnung im Einzelfall (im gesonderten Antragsverfahren) ergebenden Abstandsnotwendigkeiten aus der Lärmbewertung (Dezibel-Werte).

Die Auswertung der Presseveröffentlichungen aus anderen Gemeinden des Landkreises lässt bereits ebenfalls erkennen, dass ein Abstandswert von 500 m auch dort überwiegend als Mindestabstand von den Gemeinden gefordert wird.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID

Nr. 5	Samtgemeinde Eystrup	**306**

Die Samtgemeinde spricht sich gegen die vom Landkreis auf Seite 9 unter Ziffer 2 mit einer Abstandsregelung von 300 m dargestellte Pufferzone aus und fordert den Landkreis auf, im weiteren Verfahren diese Pufferzone auf mindestens 500 m zu erweitern...

Es bestand im Samtgemeinderat mehrheitlich die Auffassung, dass die bisher als Abstandsfläche vom Landkreis berücksichtigte Entfernung von 300 m zu Wohngebäuden keinesfalls als ausreichend oder angemessen angesehen wird. Die sich aus dem Betrieb einer WKA mit bis zu etwa 200 m Höhe ergebenden Lärmbelastungswerte sind bei nur 300 m Abstand immer noch zu hoch. Der Abstand sollte deshalb mindestens auf 500 m erhöht werden.

Dies entspricht auch bei den Standard-Anlagen der an sich vorgesehenen Fallhöhe von etwa dem 2,5-fachen und wird ergänzt durch die sich voraussichtlich für die Abstandsberechnung im Einzelfall (im gesonderten Antragsverfahren) ergebenden Abstandsnotwendigkeiten aus der Lärmbewertung (Dezibel-Werte).

Die Auswertung der Presseveröffentlichungen aus anderen Gemeinden des Landkreises lässt bereits ebenfalls erkennen, dass ein Abstandswert von 500 m auch dort überwiegend als Mindestabstand von den Gemeinden gefordert wird.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 6	Samtgemeinde Grafschaft Hoya RA Dr. Wolfgang Schrödter	**140**

2. Rechtswidrige Bestimmung der Abstände zu Wohngebieten und Splittersiedlungen sowie Einzelgehöften

Zu beanstanden ist insbesondere aber, dass der Landkreis Nienburg/Weser für Wohngebiete trotz dieser maximalen Anlagenhöhe einen pauschalen Abstand von 500 m und für Einzelgehöfte/Spliltersiedlungen von nur 300 m zugrunde gelegt hat. Damit würden die Vorranggebiete, die in unmittelbarer Nachbarschaft der dargestellten Sonderbauflächen festgesetzt werden sollen, die von der Samtgemeinde Grafschaft Hoya im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan vorbildlich begründeten Mindestabstände von 500 m für Splittersiedlungen/Einzelgehöfte bzw. von weit mehr als 500 m, je nach Standort, für Siedlungsgebiete, wesentlich unterschreiten und zu Lasten der Umweltqualität der betroffenen Menschen unterlaufen.

Die Argumente, die der Landkreis Nienburg/Weser zugunsten dieser Planung vorträgt, können nicht überzeugen. Die in der Begründung zitierte Entscheidung des Nds. OVG vom 8.11.2005 kann die ausgewählten Mindestabstände in keiner Weise rechtfertigen. Denn in der genannten Entscheidung hatte das Nds. OVG über die Zulässigkeit einer Planung für Anlagen mit einer Leistung von 1,5 MW und einer Höhe von ca. 100 m zu entscheiden. Diese Rechtsprechung rechtfertigt es somit nicht, für die Referenzanlage ENERCON E 112 mit einer Höhe 181 m und einer Leistung von 4,5 MW einen Abstand von nur 300 m zu Einzelgehöften und 500 m zu Siedlungsgebieten festzulegen. In jedem Fall hätte der Landkreis Nienburg/Weser in der Begründung ausführlich darlegen müssen, aus welchem Grunde er die von der Samtgemeinde Grafschaft Hoya ausgewählten Mindestabstände wesentlich unterschreiten will. Allein der pauschale Hinweis auf eine mögliche energiepolitische Notwendigkeit neuer und großflächiger Vorranggebiete kann diese reduzierten Mindestabstände in keiner Weise rechtfertigen. Auch hat der Landkreis sich auch mit den Planungsvorstellungen der Samtgemeinde Grafschaft Hoya mit keinem Wort auseinandergesetzt. Dieses ist rechtlich als „Abwägungsausfall" zu bezeichnen und verstößt zugleich gegen das Gebot, bestehende Bauleitpläne in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Außerdem enthält der Entwurf auch zu der sich geradezu aufdrängenden „optisch erdrückenden Wirkung" und zu den Lärmbelastungen der 181 m hohen Anlagen keine Aussage, die selbst bei großzügiger Betrachtung als Abwägung der Belange der betroffenen Menschen gewertet werden könnte. Geht man mit Prof. Dr. Dr. Berkemann, einem der wohl renommiertesten Kenner des Rechts der Windkraftanlagen, davon aus, dass ein Abstand von 300 m als „kritischer Grenzbereich" und ein Abstand von weniger als der zweifachen Gesamthöhe „zu einer dominanten und optisch bedrückenden Wirkung führen" kann, entfällt das gewählte Abstandskonzept als abwägungsgerechte Grundlage des geplanten RROP. Auch Stephan Gatz, Richter in dem am Bundesverwaltungsgericht für Windkraft zuständigen Senat, empfiehlt in seiner Ende 2007 erschienenen Dissertation für „Siedlungsflächen" einen Abstand von 700 m und für „Siedlungssplitter und Einzelgehöfte"" einen Abstand von 450 m. Dabei ist davon auszugehen, dass den Empfehlungen dieser Experten nicht die vom Landkreis Nienburg/Weser benannte Anlagenhöhe von 181 m zugrunde gelegen hat. Auch das Sächsische OVG hat in einer Entscheidung vom 07.04.2005 Abstände zu Siedlungen von 750 m mit überzeugender Begründung gerechtfertigt. Nach Auffassung des Nds. OVG unterliegt „das.... Auswahlkriterium eines Mindestabstands (sc.: eines Vorranggebietes) von 1000 m zur Wohnbebauung... keinen Bedenken"

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 6	Samtgemeinde Grafschaft Hoya RA Dr. Wolfgang Schrödter	**148**

d) Vorranggebiet nördlich Hilgermissen, WE 01, Gemeinde Hilgermissen

Das im RROP 2003 festgesetzte Vorranggebiet in der Gemeinde Hilgermissen mit einer Fläche von 41 ha soll in Richtung Magelsen um 25,2 ha und nach Süden bzw. Westen um 49,8 ha erweitert werden.

Auch diese Erweiterung wäre wegen der Unterschreitung der zwingend notwendigen Schutzabstände insbesondere zum Gut Wührden, zum Ortsteil Magelsen, zur südwestlich angrenzenden Siedlung sowie der Nähe von Hilgermissen und Wienbergen im Osten nicht zulässig. Diese Kritik wird im Übrigen durch den Umweltbericht eindrucksvoll bestätigt, der auf S. 20 ausführt, dass"Magelsen... aufgrund der ungünstigen Lage nördlich des potenziellen Vorranggebietes besonders betroffen" sei.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 6	Samtgemeinde Grafschaft Hoya RA Dr. Wolfgang Schrödter	**145**

c) Vorranggebiet nordwestlich Hoyerhagen, WE 02, Gemeinde Hoyerhagen

Dieses neue, an der Grenze zur Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen geplante Vorranggebiet soll eine Fläche von 265 ha (!) umfassen, in diesem Gebiet könnten somit ca. 25 Windkraftanlagen des Typs ENERCON E-112 mit einer Höhe von 181 m errichtet werden. Diese Anlagen würden massiv die schutzwürdige Landschaft beeinträchtigen und sind daher auch und gerade raumordnungsrechtlich nicht zu rechtfertigen. Dieses ergibt sich, wie auch bei den anderen Vorranggebieten, schon daraus, dass die notwendigen Mindestabstände zu Splittersiedlungen und Siedlungsgebieten zumindest nach Süden (Mallen/Rotenbrande 300 m) und Westen (Heide 300 m) nicht eingehalten werden können.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 7	Gemeinde Haßbergen	**222**

...im Rahmen der vg. Beteiligung wurde vom Rat Haßbergen in seiner Sitzung am 01.03.2010 beschlossen, die Ihnen vorliegende Stellungnahme der Samtgemeinde Heemsen vom 22. Februar 2010 mitzutragen. Gemäß Begründung der Samtgemeinde Heemsen wird auch vom Rat Haßbergen ein Abstand zwischen geschlossener Wohnbebauung und der Vorrangfläche für Windenergie von 1000 m gefordert.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 7	Samtgemeinde Heemsen	**206**

…im Rahmen der vg. Beteiligung wird die nachfolgende Stellungnahme der Samtgemeinde Heemsen abgegeben:

Am Zuschnitt des Vorranggebietes 06 - Gadesbünden sind nach Auffassung der Samgemeinde Heemsen erforderlich:

1. Abstand zur Wohnbebauung:

Die im Zusammenhang bebauten Bereiche der Ortslage von Gadesbünden sind per Innenbereichssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Ziff. 1 BauGB Wohnbereichen gleichgesetzt. Die festgelegten Innenbereiche sind im Anhang beigefügt. Der Flächennutzungsplan der SG Heemsen legt das Baugebiet „Alter Hof" als Kleinsiedlungsgebiet (WS) fest. Die umliegenden Dorfbereiche sind als Dorfgebiete (MD) festgelegt. Der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan Nr. 1 „Alter Hof" sind ebenfalls im Anhang beigefügt.

Zur Bebauung im Ortsbereich Gardesbünden wird sowohl im nördlichen als auch im südlichen Bereich bei der Darstellung des Vorrangebietes ein Abstand von 300 m gehalten. Dieser Abstand entspricht lt. Erläuterungsbericht zum Entwurf des RROP dem Abstand zu Einzelgebäuden. Auf Grund der entsprechenden Ausweisungen durch die Innenbereichssatzung und durch den Flächennutzungsplan entspricht die Bebauung von Gadesbünden nicht einer Einzelbebauung. Somit ist der Abstand gemäß Kriterienkatalog des Entwurfes des RROP hier auf 500 m zu erhöhen. Abgesehen von dieser erforderlichen Korrektur des Flächenzuschnittes in Gadesbünden, gibt es jedoch grundsätzliche Anmerkungen.

Der Rat der Samtgemeinde Heemsen hat in seiner Sitzung am 11.02.2010 beschlossen, dass zum Schutz der Anwohner von Gadesbünden der Kriterienkatalog des Entwurfes des RROP korrigiert werden müsse und der Abstand zwischen geschlossener Wohnbebauung und Vorrangflächen für Windenergie auf 1000 m erhöht werden sollte.

Als Begründung wird hierfür der Erlass Empfehlungen zur Festlegung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für die Windenergienutzung (Bezug: RdErl. d. MI vom 11.07.1996, Az. 39.1-32346/8.4) vom 26.01.2004 herangezogen. Hierin heißt es:

„Es empfiehlt sich, bei der Entscheidungsfindung im Rahmen des Abwägungsvorgangs zu Gebieten mit Wohnbebauung von einem Mindestabstand von 1000 m auszugehen und von 5000 m zwischen den einzelnen Vorrang- oder Eignungsgebieten. Die festgelegten Abstände müssen sich im Einzelfall aus dem Schutzbedürfnis angrenzender Nutzungen und Raumfunktionen begründen. Da dieses in Abhängigkeit von den raumbedeutsamen Bedingungen unterschiedlich gewichtet werden kann und die technischen Merkmale der in den festgelegten Gebieten möglichen Anlagen zur Windenergienutzung variieren, ist die allgemeinverbindliche Festlegung von Abstandsregelungen für die raumordnerische Standortvorsorge nicht sachgerecht und dem raumordnerischen Abwägungsgebot der Regionalplanung nicht angemessen."

Die im Erlass empfohlene Prüfung des Einzelfalls hat im Gebiet des Landkreises für die einzelnen Vorranggebiete nicht stattgefunden, sondern es hat eine allgemeinverbindliche Festlegung des Abstandes zur Wohnbebauung für alle Vorrangstandorte im Landkreis gegeben. Die jeweils den Vorrangstandorten angrenzenden Raumfunktionen sind nicht unterschiedlich gewichtet worden und somit ist dem Abwägungsgebot nicht entsprochen worden.

Da zukünftig die Errichtung von Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 180 m entsprechend der angeführten Referenzanlage im Erläuterungsbericht des Teiländerungsverfahrens Wind möglich sein wird, wird befürchtet, dass es zu einer optische Bedrängung für die Bewohner von Gadesbünden kommt. Die Dimension der Referenzanlage beträgt fast die doppelte Höhe der zurzeit bestehenden Windkraftanlagen. Der kreisende Rotor hat dabei einen Durchmesser von 112 m.

Insbesondere zwischen dem südlichen Bereich des Vorranggebietes und der Bebauung gibt es in weiten Bereichen am Ortsrand keine Elemente, die die Sicht verschattenden und damit die Wirkung der Windkraftanlagen auf die Einwohner reduzieren. Je höher die errichteten Windkraftanlagen sind, desto kleiner wird der sichtverschattete Bereich hinter Gehölzen und Heckenstrukturen. Befindet sich in 500 m Entfernung zu einer Windkraftanlage mit 100 m Gesamthöhe ein 10 m hoher Gehölzstreifen, beträgt die Tiefe des sichtverschatteten Bereiches hinter den Gehölzen 55 m. Steht an der gleichen Stelle eine 180 m hohe Windkraftanlage, beträgt die Tiefe des sichtverschatteten Bereiches nur noch 29 m. Mit steigender Gesamthöhe

der Windkraftanlagen sollte deshalb der Abstand zur Wohnbebauung erhöht werden.

Im Erläuterungsbericht zum Teiländerungsverfahren Wind wird dargelegt, dass das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover empfiehlt, einen Abstand des Dreifachen der Gesamthöhe einer Windkraftanlage zur Wohnbebauung einzuhalten. In der Rechtssprechung (OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05) wird auf die Prüfung des Einzelfalls hingewiesen, wenn der Abstand zwischen dem Wohnhaus und der Windkraftanlage das Zwei- bis Dreifache der Gesamthöhe der Anlage beträgt. Der Leitsatz wurde aus einem Verfahren entwickelt, in dem über eine Windkraftanlage vom Typ Enercon E-53 mit einer Turmhöhe von 70,5 m und einem Rotordurchmesser von 58 und damit einer Gesamthöhe von 100 m verhandelt wurde. Der Leitsatz wurde somit zu einer Zeit ausgesprochen, als Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 180 bis 200 m die Ausnahme darstellten. Heute gehören sie jedoch gerade im Binnenland zum Standard, da die Energie des Windes bei zunehmender Windgeschwindigkeit und damit zunehmender Höhe stark steigt.

Da es sich bei der heutigen Anlagenhöhe um eine Höhendimension handelt, die in der Landschaft sehr selten auftritt und deshalb als übergebührlich groß empfunden wird, wird gefordert, wenigstens die dreifache Gesamthöhe der Anlagen als Abstand zur Wohnbebauung festzulegen. Bei der Höhe der angenommenen Referenzanlage von 180 m ergibt sich ein Abstand von 540 m. Da die Referenzanlage vom Typ Enercon E-112 mittlerweile nicht mehr produziert wird und durch die E-126 mit einer Gesamthöhe von 200 m ersetzt worden ist, wird gefordert, den Abstand zu Wohnbebauung auf mindestens 600 m zu erhöhen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die Abstände zur geschlossenen Wohnsiedlung Gadesbünden werden im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs entsprechend angeglichen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Estorf	**183**

6. Weiterhin steht insbesondere während der Wintermonate eine Beeinträchtigung Estorfer Anwohner durch den Schattenwurf der Windenergie-Anlagen, wegen des tiefen Sonnenstandes zu befürchten. Die tägliche Belastung würde auch drei Stunden überschreiten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen und Gemeinde Estorf	**178**

1.Pufferzonen für Wohngebäude:

Zum Schutz der Bewohner außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung (Außenbereich) soll der Abstand von 300 m auf 500 m, zum Schutz der Bewohner von Gebieten mit Wohnbebauung von 500 m auf 1000 m erhöht werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**199**

Die Schutzzone von 300 m um Wohngebäude des Außenbereiches wird als zu gering angesehen. Die Begründung hierfür liefert der Umweltbericht in Tab. 5 potenzielle anlage-/ betriebsbedingte Wirkfaktoren und Effektdistanzen von WEA' (Seite 11 ff) unter Pkt. 1 .Bevölkerung, Gesundheit des Menschen - Schutz der Allgemeinheit vor Lärm'. Als ausreichender Abstand wird bei der Orientierung an den Richtwerten der TA Lärm ein Abstand von 500 m für Wohn- und Mischgebiete angegeben. In der Tabelle wird aufgeführt, dass der nächtliche Richtwert von 45 dB(A) bei den angestrebten Windparks durch einen Abstand von 440 m zur Wohnbebauung erreicht wird.

Der Richtwert von 45 dB(A) gilt nicht nur für Wohn- und Mischgebiete, sondern auch für Wohngebäude im Außenbereich, In schalltechnischen Gutachten als Bestandteil der Antragsunterlagen für eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz werden für die maß geblichen Immissionsorte die Beurteilungspegel rechnerisch ermittelt und den dort geltenden Immissionsrichtwerten gegenübergestellt. Von Messstellen zur Ermittlung von Geräuschemissionen und -Immissionen nach §§ 26, 28 BlmSchG wird hierbei grundsätzlich für Wohngebäude im Außenbereich ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 dB(A) angesetzt.

Dieser Wert ist beim Betrieb eines raumbedeutsamen Windparks in einem Abstand von 300 m nicht erreichbar.

Die durch die Vergrößerung des Schutzabstandes entstehende Änderung des Flächenzuschnittes bezieht sich auf eine fast zu vernachlässigende Fläche im Bereich Estorf sowie auf den südöstlichen Bereich des Vorrangebietes.

Zum Schutz der Bewohner im Außenbereich sollte der Abstand zur Einzelbebauung auf 500 m erhöht werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**202**

Die Schutzzone von 300 m um Wohngebäude des Außenbereiches wird als zu gering angesehen. Die Begründung hierfür liefert der Umweltbericht in Tab. 5 ‚Potenzielle anlage-/ betriebsbedingte Wirkfaktoren und Effektdistanzen von WEA (Seite 11 ff) unter Pkt. 1 ‚Bevölkerung, Gesundheit des Menschen - Schutz der Allgemeinheit vor Lärm'. Als ausreichender Abstand wird bei der Orientierung an den Richtwerten der TA Lärm ein Abstand von 500 m für Wohn- und Mischgebiete angegeben. In der Tabelle wird aufgeführt, dass der nächtliche Richtwert von 45 dB(A) bei den angestrebten Windparks durch einen Abstand von 440 m zur Wohnbebauung erreicht wird.

Der Richtwert von 45 dB(A) gilt nicht nur für Wohn- und Mischgebiete, sondern auch für Wohngebäude im Außenbereich. In schalltechnischen Gutachten als Bestandteil der Antragsunterlagen für eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz werden für die maßgeblichen Immissionsorte die Beurteilungspegel rechnerisch ermittelt und den dort geltenden Immissionsrichtwerten gegenübergestellt.

Von Messstellen zur Ermittlung von Geräuschemissionen und -immissionen nach §§ 26, 28 BlmSchG wird hierbei grundsätzlich für Wohngebäude im Außenbereich ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 dB(A) angesetzt. Dieser Wert ist beim Betrieb eines raumbedeutsamen Windparks in einem Abstand von 300 m nicht erreichbar.

Die durch die Vergrößerung des Schutzabstandes entstehende Änderung des Flächenzuschnittes bezieht sich auf den nordwestlichen Bereich des Vorranggebietes.

Zum Schutz der Bewohner im Außenbereich sollte der Abstand zur Einzelbebauung aut 500 m erhöht werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden

Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Husum	**185**

...die Abstände zur Wohnbebauung auf 500 m zu Einzelgehöften und 1.000 m zur geschlossenen Wohnbebauung gem. Empfehlung des Nds. Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 28. Januar 2004 erweitert werden, um den im Gutachten der Planungsgruppe Umwelt genannten negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch und Tier entgegen zu treten, um die Lebensqualität der Anwohner so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, z. B. durch Schattenwurf und/oder Lärm.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen und Gemeinde Leese	**193**

2. Im Rahmen der Abwägung der unterschiedlichen Interessen gibt es viele berechtigte Argumente für und wider der Windenergie. Politik für die Bürgerinnen und Bürger kann jedoch nur dann überzeugend sein, wenn auch dem Schutz des Menschen ein mindestens gleichrangiger Status zu Flora und Fauna eingeräumt wird. Homogene Schutzabstände sind daher ein zwingendes Muss. Wir schließen uns ausdrücklich der Auffassung der Gemeinderäte Estorf, Landesbergen und Husum an und fordern in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium einen Mindestabstand zur geschlossenen Bebauung von 1000 m und zur Einzelbebauung von 500m.

3. Die Gemeinde Leese bestärkt den Landkreis Nienburg / Weser darin, den Suchraum 115 (südlich von Leese um den Bereich des „Mordplatzes") abzulehnen und somit NICHT für Windenergieanlagen freizugeben. Aus Sicht der Gemeinde sind die gewählten Abstände zu der Bebauung nicht ausreichend, sodass die Beeinträchtigungen der Bevölkerung mögliche Vorteile weit überwiegen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Der Suchraum 115 liegt nicht innerhalb eines im Entwurf angewandten Abstandspuffers zur Wohnbebauung (300/500 m).

2	**Wohnen**	ID
Nr. 9	Samtgemeinde Liebenau, Flecken Liebenau, Gemeinde Pennigsehl	**211**

Bei der Festlegung der Abwägungskriterien für die Bestimmung dieses Raums sind allerdings die Belange des Schutzes der Wohnbebauung in stärkerer Weise als bislang zu berücksichtigen. Aus diesem Grund fordertn die Samtgemeinde Liebenau, und deren Mitgliedsgemeinden die Schutzabstände zu bebauten Grundstücken signifikant zu Lasten anderer Abstände (z.B. zum Wald, Gas-, Wasserleitungen, usw.) zu vergrößern.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen, Wasserleitungen etc. einhalten müssen, soll im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Der RROP-Entwurf soll entsprechend geändert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 9	Gemeinde Binnen	**213**

Bei der Festlegung der Abwägungskriterien für die Bestimmung dieses Raums sind allerdings die Belange des Schutzes der Wohnbebauung in stärkerer Weise als bislang zu berücksichtigen - insbesondere deshalb, weil Bühren östlich der voraussichtlichen Standorte der Windkraftanlagen liegt und der Schattenwurf am Nachmittag besonders störend wirkt. Das Gleiche gilt für die Geräusche; bei der Hauptwindrichtung (West) werden diese massiv bis weit in den Ort hineingetragen. Beide Immissionen werden das Wohlbefinden der Einwohner in erheblichem Umfang negativ beeinträchtigen.

Aus diesen Gründen fordert die Gemeinde Binnen einen Abstand zwischen der Wohnbebauung (ab Landesstraße 351) und dem Vorranggebiet von mindestens 1000 m. Zu Einzelgebäuden soll darüber hinaus ein Mindestabstand von 500 m eingehalten werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 10	Samtgmeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**968**

Für Gebiete mit Wohnbebauung ist ein regelmäßiger Abstand von 500 m gewählt. Damit wird die Empfehlung des vorliegenden Erlasses deutlich unterschritten. Aus hiesiger Sicht wird nicht verkannt, daß zur substantiellen Sicherung der Windkraftnutzung im Gebiet des Landkreises Nienburg/Weser ein generalisierter Abstand von 1000 m zu Wohnbebauung nicht geeignet ist. Gleichwohl bedarf es sicherlich einer Prüfung, ob die aus einer Windkraftanlage mit einer Höhe von 180 m oder mehr resultierenden Emissionen mit einem Abstand von 500 m zur nächsten Wohnbebauung in Einklang zu bringen sind. Dies gilt sicherlich auch im Hinblick auf Einzelwohnbebauung im Außenbereich, zu der nur ein Abstand von 300 m vorgesehen ist. Zielsetzung ist aus Sicht der Samtgemeinde Marklohe und der Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe und Wietzen ein Abstand von mindestens 750 m zu Gebieten mit Wohnbebauung und 500 m zu Einzelwohnbebauung.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**971**

Unter Berücksichtigung des pauschalierten Abstandes zu Wohnsiedlungen von 500 m und zu Einzelwohnlagen von 300 m erfährt dieser Vorrangstandort nunmehr eine Größenordnung, die deutlich über die bisherige Darstellung des wirksamen Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Marklohe hinaus geht. Es steht somit zu erwarten, daß in diesem Bereich eine Reihe weiterer Windkraftanlagen mit deutlich größerer Höhe als bisher errichtet werden. Dies bedeutet gleichzeitig auch eine erhebliche Zunahme der aus der Windenergienutzung resultierenden Belastungen sowohl für die besiedelten Bereiche als auch für das Landschaftsbild und den Naturhaushalt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden	**972**

Auf der Grundlage der rechtswirksamen Innenbereichssatzung gem. § 34 Abs. 4 BauGB sind auf der Südseite der Gemeindestraße ‚Kleine Marsch' eine Reihe von Wohnhäusern errichtet worden. Die Abgrenzung des Vorrangstandortes puffert das westlichste Wohnhaus dieser Bauzeile mit einem Abstand von 500 m. Westlich dieses Wohnhauses besteht noch ein weiteres Baugrundstück, das bisher noch nicht bebaut ist. Der Abstand zum Vorrangstandort sollte so gewählt werden, daß das objektiv bestehende Baurecht Berücksichtigung findet.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs wird dieser Hinweis berücksichtigt.

Die Lage des erwähnten Baugrundstücks ist jedoch nicht bekannt. Der Abstand zur Wohnbebauung wird auf Grundlage der ALK-Daten generiert. Berücksichtigt werden weiterhin geplante Wohngebiete in den gemeindlichen Bauleitplänen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 10	Samtgmeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**941**

Der Vorrangstandort WE 07 hat eine Zweiteilung nördlich und südlich der Bundesstraßen 6/214 erfahren. Die Abgrenzung des nördlichen Teilgebietes dieses Vorrangstandortes erscheint in sich nicht schlüssig. Die Pufferung der beiden Wohnobjekte ….Wohlenhauser Straße 46, 31608 Marklohe-Wohlenhausen, sind aus hiesiger Sicht zutreffend gewählt. Dem gewerblich genutzten Gebäude Wohlenhauser Str. 48, 31608 Marklohe-Wohlenhausen, an der Südwestecke des Grundstückes K... wird im vorliegenden Entwurf der Schutzanspruch einer Einzelwohnlage im Außenbereich zugeordnet. Dieser Schutzanspruch hat bisher so nicht bestanden. Dies zeigt sich durch die Genehmigung einer raumbedeutsamen Windkraftanlage westlich dieses Gebäudes und zwar in einem Abstand von ca. 120 m. Grundlage der beschriebenen Diskrepanz könnte die nicht bestehende Differenzierung der ALK in der Darstellung von wohnbaulichen bzw. gewerblichen Nutzungen sein. Möglicherweise entfaltet dieser Aspekt auch in weiteren Bereichen des Prüfungsgebietes eine Relevanz.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird der erwähnte Hinweis auf die gewerbliche Nutzung berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 11	Samtgemeinde Steimbke	**429**

2. Sollte der Landkreis Nienburg/Weser trotz erneuter Abwägung des ersten Punktes an der Ausweisung des Vorrangstandortes festhalten, hat der Samtgemeinderat in seiner Sitzung am 23.02.2010 empfohlen, das festgesetzte Vorranggebiet dahingehend zu überarbeiten, den Abstand zu den Einzelhäusern bzw. Siedlungssplittern (Riede) auf das

• 3,5fache der Anlagenhöhe, mindestens aber 500 m, festzusetzen.

Die Begründung zur Erhöhung dieser Abstandsvorschrift liefert der Umweltbereicht zum RROP. Nach den aufgeführten Vorschriften der TA Lärm gilt grundsätzlich für Wohngebäude im Außenbereich ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 db, der eingehalten werden soll. Als ausreichender Abstand wird bei der Orientierung an den Richtwerten der TA Lärm ein Abstand von 500 m für Wohn- und Mischgebiete angegeben. Es wird ausgeführt, dass ein nächtlicher Richtwert von 45 db

erst in einem Abstand von 440 m zur Wohnbauung erreicht wird. Eine Abstandsvorgabe von 300 m würde zum Schutz der Bevölkerung und der Gesundheit des Menschen damit als nicht ausreichend anzusehen sein.

3. Des weiteren hat der Samtgemeinderat beschlossen, als Mindestabstand eines evtl. Vorranggebietes 08 - Wendenborstel und den Gebieten mit Wohnbauung (Ortsteil Wendenborstel und Ortsteil Klein Varlingen) das

• 5fache der Anlagenhöhe, mindestens aber 1.000 m, einzuhalten.

Dabei wird zugrundegelegt, dass gegenüber den früher üblichen Anlagenhöhen von klar unter 100 m die heutigen Anlagenhöhen starke negative visiuelle Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild haben werden und die Schutzgüter "Mensch und Erholung" noch mehr beeinträchtigen als bisher. Nicht nur die möglichen Beeinträchtigungen durch Schall und Schattenwurf der WEA führen zu der Forderung eines "Vorsorgeabstandes" von 1.000 m, insbesondere auch die damit einhergehende nächtliche Befeuerungssituation rechtfertigt die Forderung nach einer Vergrößerung des Mindestabstandes.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**163**

...die Samtgemeinde Uchte fordert Bezug nehmend auf nachfolgende fachliche Stellungnahme Abstandskorrekturen im RROP, um ausreichenden Schutz vor Immissionen zu gewährleisten und hieraus resultierend geänderte Flächenzuschnitte für die Vorranggebiete 15 (südlich Lohhof), 16 (nördlich Lavelsloh) und 17 (südwestlich Glissen/Westenfeld). Außerdem wird die Aufnahme des Windparks Mensinghausen als Vorrangstandort gefordert.

Am Zuschnitt der Vorranggebiete auf dem Gemeindegebiet sind nach Auffassung der Samtgemeinde Uchte Korrekturen erforderlich.

1. Abstand zu Wohngebäuden

Im Umweltbericht zur Teiländerung „Windenergie" des RROP werden in Tab. 2 (Seite 5 ff) bedeutende Umweltziele als relevante Ausschluss- und Abwägungskriterien genannt. Unter Pkt. 1 ‚Bevölkerung, Gesundheit der Menschen' wird das Kriterium ‚Schutz der Allgemeinheit vor Lärm' beschrieben. Als Ausschlusskriterium wird eine Schutzzone von 500 m um Wohn- und Misch (Dorf-)gebiete des Innenbereichs, geplante Wohngebiete, Campingplätze und fremdenverkehrsbetonte Gebiete genannt. Ein weiteres Ausschlusskriterium ist eine Schutzzone von 300 m um Wohngebäude des Außenbereiches.

Die Schutzzone von 300 m um Wohngebäude des Außenbereiches wird als zu gering angesehen. Die Begründung hierfür liefert der Umweltbericht in Tab. 5 ‚Potenzielle anlage-/ betriebsbedingte Wirkfaktoren und Effektdistanzen von WEA' (Seite 11 ff) unter Pkt. 1 ‚Bevölkerung, Gesundheit des Menschen – Schutz der Allgemeinheit vor Lärm'. Als ausreichender Abstand wird bei der Orientierung an den Richtwerten der TA Lärm ein Abstand von 500 m für Wohn- und Mischgebiete angegeben. In der Tabelle wird aufgeführt, dass der nächtliche Richtwert von 45 dB(A) bei den angestrebten Windparks durch einen Abstand von 440 m zur Wohnbebauung erreicht wird.

Der Richtwert von 45 dB(A) gilt nicht nur für Wohn- und Mischgebiete, sondern auch für Wohngebäude im Außenbereich. In schalltechnischen Gutachten als Bestandteil der Antragsunterlagen für eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz werden für die maßgeblichen Immissionsorte die Beurteilungspegel rechnerisch ermittelt und den dort geltenden Immissionsrichtwerten gegenübergestellt. Von Messstellen zur Ermittlung von Geräuschemissionen und -immissionen nach §§ 26, 28 BImSchG wird hierbei grundsätzlich für Wohngebäude im Außenbereich ein nächtlicher Immissionsrichtwert von 45 dB(A) angesetzt. Dieser Wert ist beim Betrieb eines raumbedeutsamen Windparks in einem Abstand von 300 m nicht erreichbar.

Nach Auffassung der Samtgemeinde Uchte sollte der Abstand zu Einzelgebäuden auch aus einem weiteren Grund auf 500 m

erhöht werden. Da zukünftig in den Vorranggebieten die Errichtung von Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m entsprechend der neusten Generation von Windkraftanlagen möglich sein wird, wird befürchtet, dass es zu einer optischen Bedrängung für die Bewohner im direkten Umfeld der Vorrangstandorte kommt. Die Dimension heute möglicher Anlagen beträgt die doppelte Höhe der zurzeit in den Vorranggebieten bestehenden Windkraftanlagen mit einer maximalen Gesamthöhe von 100 m.

Im Erläuterungsbericht zum Teiländerungsverfahren Wind wird dargelegt, dass das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover empfiehlt, einen Abstand des Dreifachen der Gesamthöhe einer Windkraftanlage zur Wohnbebauung einzuhalten. In der Rechtssprechung (OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05) wird auf die Prüfung des Einzelfalls hingewiesen, wenn der Abstand zwischen dem Wohnhaus und der Windkraftanlage das Zwei- bis Dreifache der Gesamthöhe der Anlage beträgt. Der Leitsatz wurde aus einem Verfahren entwickelt, in dem über eine Windkraftanlage vom Typ Enercon E-53 mit einer Turmhöhe von 70,5 m und einem Rotordurchmesser von 58 und damit einer Gesamthöhe von 100 m verhandelt wurde. Der Leitsatz wurde somit zu einer Zeit ausgesprochen, als Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 180 bis 200 m die Ausnahme darstellten. Heute gehören sie jedoch gerade im Binnenland zum Standard, da die Energie des Windes bei zunehmender Windgeschwindigkeit und damit zunehmender Höhe stark steigt. Der optischen Wirkung dieser Windkraftanlagengeneration ist somit viel mehr Bedeutung beizumessen.

Da es sich bei der heutigen Anlagenhöhe um eine Höhendimension handelt, die in der Landschaft sehr selten auftritt und deshalb als übergebührlich groß empfunden wird, wird dringend empfohlen, auch für Einzelgebäude der Empfehlung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hannover zu übernehmen bzw. der Rechtssprechung zu folgen. Bei einer zukünftigen möglichen Anlagenhöhe von 200 m würde der Abstand von 500 m zu Einzelgebäuden der 2,5-fachen Anlagenhöhe entsprechen. Der jetzt festgelegte Abstand von 300 m dagegen entspricht nur der 1,5-fachen Anlagenhöhe und ist damit nicht mit den oben genannten Vorgaben vereinbar.

Die durch die Vergrößerung des Schutzabstandes entstehenden Änderungen der Flächenzuschnitte sind im Folgenden beschrieben.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte, Flecken Uchte	**173**

Der Flecken Uchte fordert Bezug nehmend auf die fachliche Stellungnahme Abstandskorrekturen im RROP, um ausreichenden Schutz vor Immissionen zu gewährleisten und hieraus resultierend geänderte Flächenzuschnitte für die Vorranggebiete 15 (südlich Lohhof) in den Gemarkungen Lohhof und Höfen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**164**

Die Bebauung von Höfen auf der Westseite der B 61 ist per Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Ziff. 1 BauGB als Innenbereich ausgewiesen. Infolgedessen ist der Bebauung ein Schutzabstand von 500 m zur Grenze des Vorranggebietes einzuräumen. Weiterhin wird den Wohngebäuden im Außenbereich in Moorhäuser, entlang der Straße Wegerden und am Südwestrand von Lohhof ein Schutzabstand von 500 m eingeräumt.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs werden der Hinweis auf die Innenbereichsbebauung berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte, Flecken Diepenau	**171**

Der Flecken Diepenau fordert Bezug nehmend auf die fachliche Stellungnahme Abstandskorrekturen im RROP, um einen ausreichenden Schutz vor Immissionen zu gewährleisten und hieraus resultierend geänderte Flächenzuschnitte für das Vorranggebiet 16 (nördlich Lavelsloh) in der Gemarkung Diepenau.

Weiterhin wird gefordert, das Gebiet in westlicher Richtung bis zum Mindestabstand zur Landesstraße zu verschieben, um die durch Vorgenehmigung in dem Flächenpuffer entstehende Windkraftanlage einzubeziehen und um weiteren Raum als Ersatz für den Wegfall von Flächen im östlichen/nördlichen Gebiet zu erhalten. Der Mindestabstand zum nächstgelegenen Gebäude im Lavelsloher Felde von 500 m (Gebäude- und Freifläche Im Felde 36) ist zu wahren.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, soll im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**165**

Die Bebauung von Bramkamp ist per Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Ziff. 1 BauGB als Innenbereich ausgewiesen. Infolgedessen ist der Bebauung ein Schutzabstand von 500 m zur Grenze des Vorranggebietes einzuräumen. Den Wohngebäuden in Essener Heide und in Kaltenhöfen im Bereich der Diepholzer Straße wird ebenfalls ein Schutzabstand von 500 m eingeräumt.

Das Gewerbegebiet im Ortsteil Lavelsloh des Fleckens Diepenau wurde mit dem Bebauungsplan Nr. 13 "Erweiterung Gewerbegebiet" bis an die L 343 ausgewiesen. Der hier angesetzte Abstand des Vorranggebietes von 180 m zur Landesstraße wurde auf 300 m erweitert, da für Gewerbegebiete mit betriebsbedingtem Wohnen gemäß TA Lärm ein nächtlicher Immissionsgrenzwert von 50 dB(A) einzuhalten ist.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Der Abstand zu der erwähnten Wohnbebauung wird dabei entsprechend berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**166**

Der Schutzabstand für die Bebauung im Außenbereich entlang der K 55 und am Hornweg wurde auf 500 m erweitert.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte, Gemeinde Raddestorf	**172**

Die Gemeinde Raddestorf fordert Bezug nehmend auf die fachliche Stellungnahme Abstandskorrekturen im RROP, um einen ausreichenden Schutz vor Immissionen zu gewährleisten und hieraus resultierend geänderte Flächenzuschnitte für die Vorrangsgebiete 15 (südlich Lohhof) in der Gemarkung Jenhorst und 17 (südwestlich Glissen/Westenfeld) in der Gemarkung Harrienstedt.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 13	Landkreis Diepholz	**104**

Zusammenfassung

1. Die Regionalplanung des Landkreises Diepholz betrachtet eine Pufferzone von 750m zu Siedlungsfläche und 500m zu Einzelwohnbebauung als grundsätzlich raumverträglich und wendet dies bei raumordnerischen Beurteilungen landkreisweit an. Aus Sicht der Regionalplanung des Landkreises Diepholz sollten die Planungen des Landkreises Nienburg diese Abstände zur Wohnbebauung auf dem Gebiet des Landkreises Diepholz einhalten.

Begründung: Zu 1:

Die der Entscheidung zur Festsetzung der Pufferzonen zu Siedlungsflächen und Einzelwohnbebauung zugrunde liegende Abwägung des Landkreises Nienburg will und kann die Regionalplanung des Landkreises Diepholz nicht bewerten. Allerdings wendet die Untere Landesplanungsbehörde des Landkreises Diepholz nach eigener Abwägung für ihren Zuständigkeitsbereich strengere Abstandsregelungen an, die die Größenentwicklung heutiger WEA's berücksichtigen und dem Schutzbedürfnis der Menschen im Wirkungsbereich von Windenergieanlagen entgegen kommen sollen.

In der raumordnerischen Beurteilung von Potenzialflächen für Windenergiegewinnung betrachtet die Regionalplanung des Landkreises Diepholz grundsätzlich einen Abstand von 500m zur Einzelwohnbebauung und 750m zu Siedlungsfläche als raumverträglich.

Für die Bevölkerung an der Kreisgrenze ist es nicht vermittelbar, dass auf beiden Seiten der administrativen Grenze unterschiedliche Abstände für Planungen zugrunde gelegt werden. Der Landkreis Diepholz bittet daher, diese -im Vergleich zur Nienburger Planung- größere Pufferzone zur Wohnbebauung auf dem Gebiet des Landkreises Diepholz, zu übernehmen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Regionalplanung	**226**

In der Begründung der Ausschlusskriterien (Kapitel 4.3.11, S. 11f, ebenso im Umweltbericht auf Seite 9f) wird ausgeführt, dass Pufferzonen zu Gebieten mit Wohnbebauung von 500 m und zur Einzelwohnbebauung Im Außenbereich von 300 m als ausreichend erachtet werden. Nach meinen Erfahrungen sind diese Abstände zu gering, um die Immissionsrichtwerte der TA Lärm einhalten und schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes ausschließen zu können.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte

durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 19	Kreis Minden-Lübbecke	**3**

Aus der Sicht des Kreises Minden-Lübbecke bestehen gegen die Teiländerung des o. g. Regionalen Raumordnungsprogramms keine Bedenken.

Bei dem Vorranggebiet 14 - Loccum/Leese - möchte ich schon jetzt auf die möglicherweise geringen Abstände zwischen den WKA der beiden Kreise sowie auf die geringe Distanz zur nächst gelegenen Wohnbebauung der Straße - Zum Silberberg, Wasserstraße - hinweisen. Meines Erachtens ergeben sich hier für spätere Genehmigungsverfahren besondere Herausforderungen hinsichtlich der Abstandsregelungen. Die immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit der Einzelanlagen sollte im Rahmen der Genehmigungsverfahren durch eine Schallimmissionsprognose ermittelt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Das erwähnte Wohngebiet in Wasserstraße wird dabei berücksichtigt.

I

2	**Wohnen**	ID
Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen	**236**

Für die Ermittlung der Vorranggebiete ist ein pauschaler Abstand zur „Wohnbebauung" von 500 m und zur Einzelwohnbebauung von 300 m berücksichtigt worden.

Diese Abstände bleiben deutlich hinter den Abständen im Rahmen der 80. F- Planänderung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen mit 1000 m zu reinen Wohnbaugebieten, 750 m zu allgemeinen Wohnbau gebieten und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich zurück. Insbesondere für den Teilbereich östlich von Haendorf würde dies dazu führen, dass die Windkraftanlagen bis auf 300 m an die Wohnbebauung in der Samtgemeinde heran rücken könnten.

Zum einen ist in der Begründung zum RROP zu verdeutlichen, aus welchem Grund die unterschiedlichen Schutzansprüche der Wohnbebauung nicht zu unterschiedlichen Abständen geführt haben, zum anderen fehlen in der Begründung Aussagen zu Mischgebietsflächen völlig.

Auch hier ist differenzierend abzuwägen, welche Abstände bei Mischgebietsflächen anzusetzen sind. Darüber hinaus fehlen Aussagen in der Begründung wie mit Innenbereichsflächen nach § 34 BauGB verfahren wurde. Insbesondere Innenbereichsflächen nach § 34 Abs. 2 BauGB bedürfen einer besonderen Betrachtung.

In der Begründung zum RROP wird ausgeführt, dass die Anwendung eines pauschalen Abstandes von 1000 m zur Wohnbebauung - entsprechend der Empfehlung des ML - bzw. 500 m zur Einzelwohnbebauung zu einer starken Einschränkung oder zur gänzlichen Aufgabe von Voranggebieten geführt hätte und daher ein Abstand von 500 m zur Wohnbebauung und 300 m zur Einzelwohnbebauung gewählt wurde.

Aus unserer Sicht ist die Planung dahingehend zu überprüfen, ob bei einer differenzierenden Beurteilung auf Basis der Abstände in der 80. F-Planänderung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen genügend Flächen zur Verfügung stehen. Dadurch könnte erreicht werden, dass die schutzwürdigen Interessen der Bürger auf beiden Seiten der Kreis- und Gemeindegrenzen einheitlich betrachtet werden.

Insbesondere für die Einzelbebauung ist im übrigen zu bedenken, dass sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Kommentierung bei einem Abstand von weniger als der zweifachen Gesamthöhe der Anlagen eine dominante und optisch bedrückende Wirkung für die Bewohner angenommen wird. Danach wäre der Mindestabstand bei den angestrebten Anlagen mit einer Gesamthöhe von 181 m mit 362 m zu bemessen.

Zum Schutz der Burger wird ein Abstand von 500 m gefordert.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte

durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die Wohnbebauung in Haendorf wird dabei entsprechend berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 179	Stadt Petershagen	**929**

Im Vorranggebiet 14 Loccum/Leese wird nach meiner Meinung der Mindestabstand von 500 m zur Wohnbebauung in der Ortschaft Wasserstraße der Stadt Petershagen nicht eingehalten. In Ziffer 4.3.1.1.1 wird allerdings erläutert, dass bei der Abgrenzung der Vorranggebiete ein pauschaler Abstand von 500 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung angesetzt worden ist. Wenn der Maßstab in der zeichnerischen Darstellung richtig angegeben ist - wovon ich ausgehe - beträgt der Abstand der westlichen Abgrenzung des Vorranggebietes 14 zur nächstgelegenen Wohnbebauung in der Ortschaft Wasserstraße keine 400 m.

Ich bitte, die westliche Abgrenzung des Vorranggebietes 14 bis auf 500 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung in Wasserstraße zurückzunehmen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die erwähnte - im Entwurf - nicht berücksichtige Wohnbebauung in Wasserstraße wird dabei berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 300	Privatperson	**41**

Mit erschrecken Stellen wir fest, daß der Windradärger wieder los geht, wie wir schon vor einigen Jahren befürchteten und wie es sich jetzt bestätigt wird der Windpark nun doch erweitert und zwar um riesige Räder mit einer Höhe von 180 Metern. Wir Anwohner haben jetzt schon die Belastung durch die bestehenden auszuhalten. 180 Meter hohe Windräder in einer Entfernung von nur 300 Metern von Wohnbebauung (laut ausgewiesener Fläche des Landkreises möglich) sind absolut inakzeptabel. Wir fordern die Samtgemeinde auf, eine Innenbereichssatzung (§34 BauGB) zu verabschieden, in der sämtliche Wohnbebauung in den Innenbereich fällt und somit Mindestabstände von 500 Metern einzuhalten sind. Aufgrund der neuen Höhe wären größere Abstände erforderlich.

Als gewählte Interessenvertreter der ganzen Samtgemeinde muß es in Ihrem Interesse liegen, die Belastung durch neue Anlagen möglichst gering zu halten. Finanzielle Vorteile Einzelner dürfen nicht über das Gemeinwohl gestellt werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 300	Privatperson	**38**

..Da die Samtgemeinde Heemsen ein neues Vorranggebiet für Windenergie ausweisen will bzw. muss, soll der Ort Gadesbünden bzw. die Anwohner ein zweites Mal die Lasten der ganzen Samtgemeinde Heemsen ertragen. Mit dem alten Windpark gibt es schon einige bis zur Schmerzgrenze zu ertragende Belästigungen, sowohl im nordöstlichem Bereich (Schattenschlag und Geräuschbelästigungen), sowie im Südwestlichem Bereich durch helle Pfeiftöne und bei starken Südwestwinden laute Luftverdrängungsgeräusche, die entgegengesetzt der Windrichtung auftreten und die dann an Stallungen und Wohnhäusern aufprallen und dort hell zu hören sind.

Genau dieses Problem habe ich bei meiner verpachteten Hofstelle des öfteren von einer 100 m hohen ca. 750 m entfernten Windkraftanlage. Da ich auf meiner Hofstelle in einen zeitgemäßen, offenen Rindviehstall investiert habe, gibt es die Probleme jetzt schon, dass an den Südwestwind starken Tagen, die Tiere sich sehr nervös verhalten, weil es kein geschlossener Stall (wie z.B. Schweinemaststall oder Hähnchenstall) ist und sie dann die störenden und empfindlichen

Pfeiftöne und Schallwellen aufnehmen müssen. Die Nutztiere müssen den gleichen Anspruch (Abstand) bekommen wie wildlebende Tiere (z.B. Fledermäuse), weil die Haltung an diesem Standort gebunden ist.

Da ich langfristig und vor Ort für meinen Pächter in die Hofstelle (…) investiert habe und über mehrere Jahrzehnte dort Landwirtschaft betrieben wird, fordere ich die Gemeinde bzw. Samtgemeinde Heemsen auf, sich für den Bestandsschutz der Betriebstätte einzusetzen. Zumal dort Arbeitsplätze vor Ort geschafft worden sind.

Ich fordere daher bei noch höheren Anlagen mit mehr Rotordurchmesser, d.h. mehr Luftverdrängung dadurch noch mehr Belastungen, einen weiteren Abstand der Windkraftanlagen zu den Ställen. Die ausgewiesene Windkraftfläche muss um den Radius von 1000 m von der Hofstelle verkleinert werden, zumal die dann noch nördliche Fläche für die Mindestanzahl von mind. 3 Windkraftanlagen ausreicht. Falls diese nicht berücksichtigt wird und es dazu kommt, dass mein Pächter der Hofstelle durch mehr Belästigung der Windkraftanlegen seine Rindviehhaltung aus meinen Ställen abzieht und mir außerordentlich kündigt, werde ich meine langfristigen Pachteinnahmen, sowie alle dazugehörigen Einnahmen bei der Gemeinde bzw. Samtgemeinde Heemsen einklagen. Ich hoffe auf Berücksichtigung des Abstandes und auf Vorlegung der Problematik in den einzelnen Gremien, sowie der einzelnen Ratsmitglieder in den Räten.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 301	Privatperson	**39**

Fast gleicher Wortlaut wie ID 41.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 302	Privatperson	**40**

Fast gleicher Wortlaut wie ID 41.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID

Nr. 304	Privatperson	**42**

Fast gleicher Wortlaut wie ID 41.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 311	RA Schulz-Koffka / Deter	**50**

Das Grundstück meines Mandanten liegt etwa 900 m von der Grenze des geplanten Vorranggebietes entfernt. Innerhalb des Vorranggebietes soll Raum geschaffen werden für die Errichtung von insgesamt 12 Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 182 m. Da es sich um einen nahezu hindernisfreien Landschaftsraum handelt, ist mit einer ganz erheblichen Beeinträchtigung des Grundstücks meines Mandanten mit Schattenwurf zu rechnen. In dem Entwurf des Erläuterungsberichts wird auch von Ihnen die „Schattenwurfgefährdung" anerkannt, wenn Sie gleichwohl an der Darstellung eines Vorranggebietes festhalten, so setzen Sie möglicherweise darauf, dass die Frage der Zumutbarkeit im Rahmen des konkreten Genehmigungsverfahrens zur Zufriedenheit meiner Mandantschaft gelöst werden kann. Diese „positive Prognose" ist jedoch nicht gerechtfertigt. Aufgrund der Lage im Raum, insbesondere der hindernisfreien Umgebung, und der Tatsache, dass das geplante Vorranggebiet in exponierter Südlage sich gegenüber dem Grundstück meiner Mandantschaft aufbaut, ist damit zu rechnen, dass die Verschattungswirkung erheblich sein wird und nicht durch Auflagen zum Abschalten der Anlagen in einer Weise gelöst werden kann, dass gleichwohl der Betrieb der Anlage noch wirtschaftlich wäre. Insofern ist davon auszugehen, dass bereits auf der Ebene der Regionalplanung dieses geplante Gebiet als Vorranggebiet für Windenergie ausscheiden muss.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Enwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Gleichwohl können jenseits der angesetzten Schutzabstände Auswirkungen durch Schattenwurf, Reflexionen und Lärm auftreten, die jedoch zumutbar und tolerierbar sind.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 315	Privatperson	**538**

Die Familien der Häuser (…) würden durch die Erweitung der Fläche auf 113,3 ha teilweise um bis zu ca. 225 Grad „eingekreist werden". Im „Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsplan 2003 – Teilabschnitt „Windenergie" wird unter 4.3.1.1.2 Einzelwohnbebauung aufgeführt das diese Häuser „grundsätzlich nicht dem Wohnen dient".

Diese Häuser sind Lebensraum für Familien, welche hier 24 h Stunden am Tag das ganze Jahr Leben. Es sind keine Häuser oder Arbeitsorte die nur zeitweise aufgesucht werden. Daher meine Frage in wie weit ein „einkreisen“ mit 300 m Abstand freigegeben werden darf? Wäre es durch den Landkreis Nienburg/ Weser sogar möglich 360 Grad mit 300 m Abstand eingekreist zu werden? Keine anderen Wohnhäuser in den 17 Vorranggebiet werden so weit eingekreist, ist dies nicht zu viel für diese Menschen?

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 315	Privatperson	**539**

Insbesondere die mir vorliegenden Planungsunterlagen möglicher Investoren zeigen uns deutlich, dass eine Einkesslung stattfinden wird, falls das Vorranggebiet Calle 04 nicht geändert wird. Um die besondere Lage unseres Wohnhauses innerhalb des Vorranggebiet Calle 04 darzustellen habe ich die folgende Abbildung eingefügt. Weiterhin habe ich mit Rot die jetzigen und mit Blau die uns als geplant bekannten Windkraftanlagen eingezeichnet. Der grüne Kreis zeigt die Lage der sich im Teilkreis befindlichen Wohnhäuser (…).

Begründung der Stellungsnahme:

Der Landkreis Nienburg bezieht sich auf den Erlass „Raumordnung; Empfehlungen zur Festlegung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für die Windenergienutzung “.

Quelle: RD. Erlass des ML vom 26.01.2004 – AZ.:303-/32346/8.1

Textauszug aus dem Erlass: Es empfiehlt sich, bei der Entscheidungsfindung im Rahmen des Abwägungsvorgangs zu Gebieten mit Wohnbebauung von einem Mindestabstand von 1000 m auszugehen und von 5000 m zwischen den einzelnen Vorrang- oder Eignungsgebieten. Die festgelegten Abstände müssen sich im Einzelfall aus dem Schutzbedürfnis angrenzender Nutzungen und Raumfunktionen begründen. Da dieses in Abhängigkeit von den raumdeutsamen Bedingungen unterschiedlich gewichtet werden kann und die technischen Merkmale der in den festgelegten Gebieten möglichen Anlagen zur Windenergienutzung variieren, ist die allgemeinverbindliche Festlegung von Abstandsregelungen für die raumordnerische Standortvorsorge nicht sachgerecht und dem raumordnerischen Abwägungsgebot der Regionalplanung nicht angemessen.

Dies heißt, wenn notwendig sind auch weniger als 1000m möglich aber auch mehr. Aber vor allem heißt es: „die Abstände müssen sich im Einzelfall“ begründen. Durch die jetzige Planung des Vorranggebiet 04 Calle sind die Einwohner der Häuser Barke 2 , Barke 3 und Barke 3a mit Windrädern „eingekesselt“. Dieser Kessel hat einen Abstand von 300m bei einem Teilkreis von 240 .

Für diese besonders schlimme Lage der Wohnhäuser mitten in einem Vorranggebiet für Windenergie erfolgte keine Einzellfall Begründung!

In keinem der 17 Vorranggebiete werden Wohnhäuser sonst mit einem Teilkreis von 240 eingekesselt. In anderen Vorranggebiete baut sich maximal eine Front von Windrädern auf. Diese Front wirkt auf die Wohnhäuser wie ein vergleichbaren Teilkreis von 60 . Daraus folgt,

dass die Belastung durch das Einkesseln für die Häuser in Barke damit unzulässiger Weise viermal so hoch ist!

Sicherlich sind die Werte für Lärm usw. gesetzlich festgeschrieben, aber ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass durch diese Einkesselung die Grenzwerte immer anliegen. Egal von welcher Richtung der Wind kommt, egal von wo die Sonne steht (die Sonne wandert auch noch genau an den 240 entlang!!!) es ist immer eine Belastung vorhanden. Auch die möglichen Betreiber wissen jetzt schon, dass eine Reduzierung der Anlagenleistung nachts notwendig ist, da sonst in der Nacht die Lärmgrenzwerte nicht eingehalten werden können. Daraus folgt das Tagsüber die Nachtgrenzen sicher und immer überschritten werden. Dies erfordert eine Einzellfall-Begründung und nicht die pauschale Reduzierung von 1000 m auf 300 m Abstand!

Es gibt einige Rechtsprechungen die 500m für nicht zu beanstanden hält. Bei diesen Urteilen wurden keine Wohnhäuser eingekesselt!

Weiterhin wurde nicht berücksichtigt, dass kein Wald, keine Hecke oder der Gleichen unser Wohnhaus (…) schützt. Da es sich bei diesem Haus um eine ehemalige Feldscheune handelt steht dieses Wohnhaus „frei“. In westlicher Richtung gibt es nicht den geringsten Schutz gegen die Windräder. Für die Ortschaft Calle wird ein Sichtschutz empfohlen! Was ist mit den Häusern in Barke?...

Lösung: Der Abstand von 300m wird für notwendig gehalten, da bei einem pauschalem Abstand von 500m zu wenig Flächen im Landkreis übrig bleiben. Kein anderes Vorranggebiet im Landkreis hat einen Windradkessel. Daher ist es möglich den Abstand, bei diesem 240 Teilkreis, für den Schutz der Menschen in den Häuser in Barke auf 500m zu erhöhen oder/und die Höhenbegrenzung von 100m vorzunehmen oder/und den Teilkreis so nicht zu planen.

Falls meine Stellungsnahme nicht zu einer Änderung des Vorranggebiet Calle 04 im Regionalen Raumordnungsprogramm führt, behalten wir uns weitere rechtliche Schritte vor.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 321	Privatperson	**67**

...zu der Teiländerung des RROP habe ich folgende Anregungen und Bedenken bezogen auf die geplante Windenergiezone WE 12 vorzubringen:

1. Abstände zur Wohnbebauung

Der Entwurf des RROP sieht Abstände von 300 m zur Wohnbebauung in Richtung Bolsehle und 500 m in Richtung Husum vor. Dieser Abstand ist sachlich unbegründet und nicht vertretbar.

Der Entwurf zum RROP berücksichtigt die Regelungen der TA Lärm an keiner Stelle. Wenn auch keine ausdrücklichen Bestimmungen zu Abstandsflächen erlassen worden sind, ist dennoch zu beachten, dass ein grundgesetzlich geschützter Anspruch auf gesunde Wohnverhältnisse besteht, der u.a. in der TA Lärm definiert ist.

Danach sind nächtliche Höchstwerte von 40 dB/A zu allgemeinen Wohngebieten und 45 dB/A zu Dorfgebieten einzuhalten. Allgemein halten WEA diese Werte in einer Entfernung von 740 bzw 500 m Abständen ein, wobei diese Abstände bei Windparks durch Kumulierung möglicherweise vergrößert werden müssen.

Dass bedeutet, dass die Abstände von der Ortschaft Husum aus gesehen auf 740 Meter zur Wohnbebauung und zur Ortschaft Bolsehle auf mind. 500 m zur Wohnbebauung zu erweitern sind.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 325	Privatperson	**82**

Die in Ihrem Umweltbericht vorgestellte Windkraftanlage Enercon E-112, auf die Sie nach Ihren Angaben die gesamte

Planung gestützt haben, wird beschrieben mit einer Nabenhöhe von 124m und einem Rotordurchmesser von 114m. Laut wikipedia unter "Enercon" gab es eine Produktionumstellung von E-112 in E-126 d.h. Nabenhöhe: 135 m, Rotordurchmesser: 127 m. Das bedeutet, das bei einem Mindestabstand, der mit 3x Anlagenhöhe angegeben wird ca. 600m Abstand zum nächsten Wohnhaus eingehalten werden sollten. Dieser Abstand ist in Ihrer Zeichnerischen Darstellung - Vorranggebiet 01 Hilgermissen - nicht zu erkennen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 336	Privatperson	**103**

Als Eigentümer der Grundstücke (…) bin ich durch den Änderungsentwurf des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie" des RROP für das Vorranggebiet 10 unmittelbar betroffen und nehme hierzu wie folgt Stellung.

Zu 4. Planungskonzept

4.1 Ziele

Der Landkreis Nienburg beabsichtigt (...) folgende Zielsetzungen umzusetzen (...)

(...) dabei die Möglichkeiten der Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts- und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen"

Der Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder ist für das Vorranggebiet 10 nicht bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Im Umweltbericht wird im Absatz 2.2.10 unter „Bevölkerung"und „Landschaft" nicht auf die östlich (Bereich Anemolter) und südlich (Bereich Schinna) angrenzenden Gebiete eingegangen. Für die westlich angrenzenden Ortschaften ist jedoch eine „nennenswerte Zusatzbelastung" explizit ausgewiesen worden. Es daher davon auszugehen, dass die östlich und südlich angrenzenden Bereiche (Ortschaften Anemolter und Schinna) nicht oder zumindest nicht umfassend untersucht worden sind.

Die Einhaltung des Zieles „Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder" ist für die an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereiche Anemolter und Schinna im Umweltbericht darzustellen, eventuelle Auswirkungen der Ausweitung des Vorranggebietes 10 für diese Bereiche sind hierzu zu untersuchen.

Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

„Umweltmerkmale"

Der rechnerische Vergleich der bisherigen mit der künftigen Gesamtfläche ist unzutreffend.

Die Herausnahme der Abstandflächen zu Hochspannungsleitungen aus der Berechnung der neuen Gesamtfläche führt zu einer, insbesondere für den südlichen Teilbereich, irreführenden Darstellung der Vergrößerung des Vorranggebietes.

Der südliche Teilbereich wird von bisher ca 8 ha auf 48,8 ha vergrößert, was somit eine Vergrößerung alleine des südlichen Teilbereiches um ca 40 ha entspricht, während im Umweltbericht lediglich eine Vergrößerung des gesamten Vorranggebietes um ca 26 ha unterstellt wird.

In Folge ist auch die weitere Darstellung der eintretenden Belastungen als nicht zutreffend, zumindest aber als nicht ausreichend berücksichtigt, anzusehen.

Da es sich hierbei um eine wesentliche Einflussgröße im gesamten Umweltbericht handelt, ist das Verfahren insoweit als fehlerhaft und unzureichend anzusehen.

Zudem ist es fraglich und daher zu bewerten, ob durch diese Flächenvergrößerung das südliche Teilgebiet nicht als so raumbedeutsam zu werten ist, dass es nicht als „Teilbereich" sondern als eigenständiges Such- bzw. Vorranggebiet zu werten ist.

Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

„Relevante Umweltziel"

Im geplanten Vorranggebiet befinden Ausgleichsflächen für bereits installierte Windkraftanlagen. Ausgleichsflächen für Windkraftanlagen können aber nur dann tatsächlich Ausgleichsfläche sein, wenn sie nicht durch neue Windkraftanlagen in ihrer belastungsausgleichenden Wirkung eingeschränkt oder gemindert werden.

Bisherige Ausgleichsflächen sind daher zu erfassen, auszuweisen und Belastungen dieser Ausgleichsflächen durch neue Windkraftanlagen sind zu bewerten und zu berücksichtigen.

Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

„Schutzgut Bevölkerung"

Die Auswirkungen für die östlich und südlich angrenzenden Bereiche sind nicht dargestellt (siehe hierzu auch Stellungnahme

oben zu 4.1 Ziele).

Durch die deutliche Ausweitung des Vorranggebietes entstehen erhebliche Beeinträchtigungen und Auswirkungen auf die angrenzenden Ortschaften Anemolter und Schinna.

Ein Abstand von lediglich 300m zur Ortschaft Anemolter ist nicht ausreichend. Der Bereich „Auf dem Kampen" ist von der Gemeinde Stolzenau im Flächennutzungsplan als Dorfgebiet ausgewiesen (siehe auch Lage des Ortsschildes), der Bereich „Auf dem Kampen" ist somit als Dorfgebiet/Wohnbebauung und nicht als Einzelbebauung zu berücksichtigen.

Die fehlerhafte Einstufung des Bereiches „Auf dem Kampen" führt zu einer fehlerhaften Bewertung der Einflussgrößen und in Folge somit zu einer unzutreffenden Berücksichtigung von Mindestabstandsgrenzen.

Bei der Bewertung eines zu berücksichtigen Mindestabstandes sind darüber hinaus die bereits bestehenden Belastungen durch den bereits existierenden Windpark zu berücksichtigen.

Der Schattenwurf von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 180m lässt sich bei Abständen von lediglich 300m zu Wohnbebauungen nur durch technische Anlagen auf eine maximal zulässige Dauer von 30 Min am Tag bzw 30 h im Jahr beschränken. Hierdurch werden dann jedoch die angestrebten Ziele des weiteren Ausbaus der Windenergienutzung nicht erreicht werden können.

Entsprechende Berechnungsprogramme ergeben beispielhaft für Anlagen mit einer Nabenhöhe von 100m und einem Rotordurchmesser von 80 m eine Unterschreitung der Beschattungsdauer von 30 Min/Tag erst ab einer Entfernung von 750m zwischen WEA-Standort und Bezugsstandort.

Darüber hinaus ist für die Einhaltung der „TA Lärm" die Gesamtbelastung durch sämtliche Windkraftanlagen (im Bereich Anemolter bereits 28!) zu berücksichtigen.

Eine Einhaltung der Vorgaben der „TA Lärm" ist bei einem Abstand von nur 300m nicht zu gewährleisten!

Die aktuelle Rechtsprechung (dreifache Anlagehöhe) sowie die Empfehlungen des Umweltministerium (1000m) bestätigen die Forderung, dass ein Abstand größer als 500m zu Wohnbebauungen einzuhalten ist.

Zur Sicherstellung der Erreichung der Ziele der optimalen Nutzung der Windenergie als auch des Schutzes der Bevölkerung ist ein Abstand von mehr als 500m zur Wohnbebauung und somit auch zum an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereich „Auf dem Kampen" des Ortes Anemolter bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie zu berücksichtigen.

Soweit jedoch durch den Zuschnitt der möglichen Vorrangfläche diese Fläche weiterhin den Bereich „Auf dem Kampen" in einem „Halbkreis" umschließt, sind die kumulierten Belastungen durch Lärm und Schall durch diesen, den Bereich umschließenden, Flächenzuschnitt als deutlich erhöht zu werten, mit der Folge, dass dann ein erhöhter Abstand von 750m zur Wohnbebauung Anemolter und somit auch „Auf dem Kampen" zur Erreichung der o.a. Planungsziele zu berücksichtigen ist.

Im Umweltbericht sind aus gleichem Grunde mögliche Auswirkungen auf das in südlicher Richtung in etwa 900m angrenzende Dorfgebiet Schinna einzubeziehen und zu berücksichtigen.

Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

„Vermeidung/Minderung und Ausgleich von Umweltauswirkungen"

Die bereits bestehenden Belastungen durch die Technisierung der Umwelt sind für das gesamte Vorranggebiet bzw die angrenzenden Bereiche anerkannt.

Unverständlich ist, warum nicht auch für den besonders betroffenen Bereich Anemolter Ausgleichsmaßnahmen z.B. durch die Anpflanzung von Gehölzstreifen o.ä. angeregt werden.

Für den Bereich Anemolter sind daher umfassende und gebündelte Ausgleichsmaßnamen sowohl für die bereits installierten als auch für die künftig geplanten WEA auszuweisen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei werden die erwähnten Hinweise zum Dorfgebiet Anemolter berücksichtigt.

Hinweis: Die Aussage, Auswirkungen auf östlich und südlich angrenzende Flächen seien nicht dargestellt, ist nicht korrekt. Sowohl in der Übersichtsabbildung als auch im Text (bspw. unter SG Menschen, 2. Absatz) werden Auswirkungen gesamträumlich beschrieben.

Das Ortsbild der genannten Ortschaften wird einerseits aufgrund der Sichtverschattung durch die Bebauung und andererseits vor dem Hintergrund der vorhandenen Vorbelastung nicht in beurteilungsrelevantem Maße beeinträchtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 337	Privatperson	**922**

...wie bereits in einem Gespräch geschildert, besitzen wir Grundstücke in der Gemarkung Höfen. Ich möchte auf unserem Grundstück eine Windkraftanlage errichten und auch selbst betreiben. Durch die Erhöhung der Abstände auf 700m, unter anderem auch von meinem Wohnhaus, welches im Außenbereich des Ortsteiles Höfen liegt, ist nach jetzigem Zwischenstand die Errichtung einer Windenergieanlage auf unserem Grundstück nicht mehr möglich.

ich bitte einen Abstand von 450 m zu meinem Wohnhaus zu berücksichtigen und die Vorrangzone WE 15 Uchte/Lohhof entsprechend anzupassen. Es verbleibt dadurch ein Bereich unseres Grundstücks im Vorranggebiet, so dass uns die Errichtung einer von mir betriebenen Windkraftanlage unserem Grundstück ermöglicht wird.

Ich habe das Grundstück auf dem beiliegenden Plan gekennzeichnet und den Abstand eingezeichnet. Von den übrigen Wohngebäuden, so z.B. auch von dem Wohnhaus meiner Mutter kann der 700m Abstand berücksichtigt werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird der erwähnte Hinweis auf die Wohnbebauung im Außenbereich entsprechend berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 345	Privatperson	**908**

Stellungnahme zum Beschluss vom 21.09.2009 des Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser zum Änderungsentwurf des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie" des RROP in der Samtgemeinde Uchte (Lohhof, Höfen)

In diesem Schreiben möchten wir Ihnen unsere Bedenken zur Erweiterung bzw. Neuausweisung eines Windparks im Raum Uchte, Höfen-Lohhof, zum Ausdruck bringen.

Die schon bestehende Lärmbelästigung würde durch eine Erweiterung des bisherigen Windradbestandes oder die Ausweisung einer neuen Nutzungsfläche zunehmend verstärkt werden. Noch höhere Anlagen, die nur in einem unwesentlichen Schutzabstand von 300 Metern von bebauten Flächen angedacht sind, würden die Wahrscheinlichkeit der Lärmbelästigung und daraus resultierenden Gesundheitsschäden enorm erhöhen. Laut Robert Koch Institut ist die Gefahr von ausgehendem Infraschall, der zu Schlafstörungen, Stresssymptomen und Angstzuständen führen kann, nicht zu unterschätzen.

Schon heute ist unsere Wohn- und Lebensqualität durch den bestehenden Windpark beeinträchtigt, dem wir damals beim Bau unseres Hauses im Emissionsvertrag jedoch zugestimmt haben. Eine Verschlechterung des Zustandes lehnen wir hiermit aus den oben genannten Gründen wehement ab! Denn nicht nur unsere Gesundheit würde stark gefährdet werden, sondern auch der Wert unseres Hauses nähme ab.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010). Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass

messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 346	Privatperson	**917**

Siehe ID 908

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis: Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010). Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 348	Privatperson	**910**

...bezugnehmend auf die geplante Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 „Teilabschnitt „Windenergie"-Gebiet WE 17-südwestlich Glissen / Westenfeld nehmen wir als unmittelbarer Anwohner des bestehenden Windparks wie folgt Stellung.

Wie wir dem Entwurf des RROP Teiländerung „Windenergie" entnehmen konnten, soll es zukünftig möglich sein, neue Windenergieanlagen bis zu 300 m an „Wohngebäude außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung" zu errichten. Diesem Sachverhalt müssen wir widersprechen und empfehlen die Grenze bei mindestens 500 m zu belassen.

Aus leidiger eigener Erfahrung können wir berichten, dass wir ganzjährig je nach Windstärke erheblichen

Geräuschbelästigungen ausgesetzt sind. In den Wintermonaten kommt noch eine starke Beeinträchtigung durch Schattenwurf hinzu. Vor der Errichtung des bestehenden Windparks ist uns vom Betreiber zugesagt worden, dass die Windräder in der kritischen Zeit des Schattenwurfs abgeschaltet werden. Leider ist es nur beim Versprechen geblieben!

Weiterhin plädieren wir für die Einführung einer Höhenbegrenzung, die die Höhe der bisherigen Windenergieaniagen nicht überschreitet. Durch noch größere Anlagen mit mehr Leistung werden auch die Beeinträchtigungen für uns noch zunehmen. Dies gilt es in jeder Hinsicht zu vermeiden.

Da wir keine weitere Minderung der Wohnqualität und alle damit verbundenen Kosten und Unannehmlichkeiten hinnehmen werden, bitten wir hiermit höflich, den betreffenden Entwurf für das Windenergie-Gebiet 17 nochmals zu überdenken und gemäß unseren Forderungen abzuändern.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

Hinsichtlich eines Verstoßes gegen bestimmte Genehmigungsauflagen für den Betrieb von WEA - wie Abschaltzeiten - wird empfohlen, die Immissionsschutzbehörde des Landkreises Nienburg/Weser zu informieren.

Um dem Stand der Technik gerecht zu werden und eine effiziente Energieerzeugung zu ermöglichen, wird auf die Festlegung einer Höhenbegrenzung im RROP verzichtet. Im LROP Niedersachsen 2008 wird in den Erläuterungen zu Ziel 4.2 04 S. 1 darauf hingewiesen, dass der unter technologischen, klimatischen und umweltschonenden Aspekten sinnvolle Einsatz von Anlagen neuester Bauart nicht durch unverhältnismäßige Höhenbegrenzungen und Abstandsregelungen verhindert werden sollte (vgl. LROP 2008, S. 139). Das LROP wird zurzeit aktualisiert. Im Änderungsentwurf 2010 ist bezüglich der Windenergienutzung vorgesehen, folgenden Grundsatz zu ergänzen: „5In Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung sollen Höhenbegrenzungen nicht festgelegt werden." Damit entspricht die Standortkonzeption den landesseitigen Planungsleitlinien.

Höhenbegrenzungen sind grundsätzlich denkbar, wenn im konkreten Einzelfall nachgewiesen wird, dass diese erforderlich sind, z. B. aus Gründen der Flugsicherung oder besonderen Anforderungen zum Schutz des Landschaftsbildes. Dies setzt jedoch eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Einzelfall voraus, die das RROP nicht leisten kann und soll. Diese Auseinandersetzung und daraus resultierende, stichhaltig begründete Darstellungen und Festsetzungen sollten in den Bauleitplänen der Gemeinden erfolgen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 349	Privatperson	**911**

...der Bau weiterer Windenergieanlagen (WEA) ist aus meiner Sicht unakzeptabel.

Bereits die bislang gebauten WEA, die in einer Entfernung von etwa 1.000m von meinem Wohnhaus betrieben werden, sind bei Windrichtung süd und süd-ost sehr deutlich hörbar.

Zudem nehmen meine Familie (Ehefrau und 3 Kinder 2-11 Jahre) und ich in den Wintermonaten in den frühen Vormittagstunden vermehrt Schlagschatten wahr.

Eine Entfernung von mind. 1.000m zu bewohntem Gebiet erscheint aus den vorliegenden Erkenntnissen auf Grundlage des Betriebs der bestehenden WEA erstrebenswert und sinnvoll, um Beeinträchtigungen der Anwohner im Wesentlichen ausschließen zu können.

Diese Entfernung entspricht den ursprünglichen Vorgaben des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum,

Ernährung, Landwirtschaft- und Verbraucherschutz (ML).

300m im Fall der vorgeschlagenen Planung für Einzelwohnbebauung oder 500m Entfernung führen belegbar zu signifikanten gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den Anwohnern und sind daher als unakzeptabel einzustufen.

Die Angaben in der Begründung Teiländerung Windenergie unter 4.3.1.1.2 unter Berufung auf §35BauGB, Siedlungsgebiete im Außenbereich hätten einen höheren Lärmpegel hinzunehmen, ignorieren diskriminierend die Interessen der seit langen Jahren in diesen Gebieten wohnenden und dort auch wachsenden Bevölkerung (wir haben 3 Kinder!). Aus §35BauGB lassen sich keine Vorgaben ableiten, dass Gebiete im Außenbereich nicht dem Wohnen dienen oder in diesen Gebieten ein von Wohngebieten abweichender erhöhter Lärmpegel zu akzeptieren wäre.

Die sehr wohl vorhandenen Wohngebiete im Außenbereich im Bereich Halle/Westenfeld/Brüninghorstedt und zumindest die dort wohnenden Familien mit Kindern widersprechen dieser Darstellung klar.

Die Vorschläge dieser Begründung für Entfernungen von WEA zu Wohnbebauungen im Außenbereich sind daher nicht anzuwenden.

Bei Erweiterung der Anzahl an WEA, die gemäß Planung ausschließlich in westliche Richtung im ausgewiesenen Gebiet erfolgen soll, rechne ich ebenfalls mit bedeutenden Beeinträchtigungen wie Konzentrations- und Schlafstörungen zumindest bei meinen Kindern, da durch die vorherrschenden Windrichtungen süd und süd-west und die Entfernung der neu geplanten WEA von etwa 500m die Lärmbelästigung deutlich ansteigen wird.

Daher lehne ich die aktuell geplanten Erweiterungen, auch die Repowering-Maßnahmen der bestehenden WEA, ab.

Durch die Repowering-Maßnahmen würden zudem die Beeinträchtigungen durch Schlagschatten wesentlich zunehmen, was für meine Familie mit 3 Kindern ebenfalls nicht akzeptabel ist.

Die betroffenen Anwohner haben eine Interessengemeinschaft gebildet, die auch den Rechtsweg nicht ausschließt, falls dies zur Wahrung der Interessen erforderlich werden sollte.

Ich bitte unbedingt zu berücksichtigen, dass diese Stellungnahme keinen Protest gegen die Nutzung von Windenergie darstellt.

Die aktuellen Vorgaben für den Schutz der Bevölkerung vor signifikanten Beeinträchtigungen erscheinen vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den in meiner Umgebung betriebenen WEA als vollkommen unzureichend.

Mit der Errichtung und dem Betrieb der aktuell vorhandenen WEA sind die Möglichkeiten zur Nutzung von Windenergie im Gebiet Westenfeld/Halle/Brüninghorstedt erschöpft.

Zunächst sind die anderen ausgewiesenen Gebiete im Landkreis Nienburg unter Berücksichtigung realistischer Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung auszulasten und die dortigen Installationen ggf. zu erweitern.

Theoretische Planzielvorgaben für die Erweiterung des Anteils von erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieproduktion dürfen zudem keine Herabsetzung von Grenzwerten und höhere Beeinträchtigungen für die Bevölkerung nach sich ziehen.

Der Schutz der Bevölkerung ist im Gesamtzusammenhang stets vorrangig zu betrachten.

Gutachten sind an dieser Stelle besonders sorgfältig und unabhängig durchzuführen. Diese Vorbedingung ist aktuell nicht gegeben.

Zusätzliche Kostenbelastungen im Gesundheitswesen, mögliche Entsiedelung und Forderungen auf Schadenersatz wären mittel- und langfristig die unausweichliche Folge, sollten die geplanten Maßnahmen wie angekündigt umgesetzt werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm und/oder Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin,

Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Hinweis: Die Zumutbarkeit von Lärmimmissionen im bauplanungsrechtlichen Außenbereich gemäß § 35 BauGB, der grundsätzlich nicht dem Wohnen dient, richtet sich nach den Maßstäben für ein Misch- oder Dorfgebiet. Im Außenbereich wohnende Menschen haben daher einen Lärmpegel nach TA Lärm tagsüber von 60 dB (A) und nachts von 45 dB (A) hinzunehmen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 350	Privatperson	**912**

Stellungnahme zur „Windenergie" in der Gemeinde Diepenau – Vorranggebiet 16 (RROP Landkreis Nienburg) und zur geplanten Bebauung von drei Anlagen

1. Die im Vorrangegebiet 16 beschriebene Fläche grenzt an einige(n) Wohngebäuden / ausgewiesene Innenbereiche. Der Abstand ist als wesentlich zu gering zu bewerten, da Anlagen mit einer Gesamthöhe von 198 m gebaut werden sollen. Durch Geräuschentwicklung, Schattenwurf, Nachtlicht, „neue Höhendimension " der Anlagen sind eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und gesundheitliche Folgeschäden der Anwohner zu erwarten. Es gibt keinerlei Erkenntnisse, wie sich die „neue Anlagengeneration" der Fa. Enercon gesundheitlich für die Bewohner in unmittelbarer Nähe auswirkt.

Da die geplanten Anlagen eine neue Höhendimension erreichen, die in der Landschaft sehr selten vorkommen, ist es nicht bewiesen, wie sich die optische Wirkung gesundheitlich auf die unmittelbar anwohnende Bevölkerung auswirkt.

Ich weise darauf hin, falls der Familie G. ... (wohnhaft in: ... / 31603 Diepenau) gesundheitliche Probleme (zum Beispiel Schäden durch Lärmbelästigung, Schlafstörungen, innere Unruhe, körperliche Leistungsverminderung durch zum Beispiel Geräuschentwicklung, Schattenschlag, Nachtlicht / Beleuchtung der Anlagen, optische Wirkung aufgrund der Größe) ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlagen entstehen, selbstverständlich Schadensersatzforderungen gestellt werden.

In anderen Regionen werden wesentlich größere Mindestabstände (> 700 m) zu Windkraftanlagen gefordert.

Es gibt festgelegte Richtwerte für den Lärmschutz der Bevölkerung (schalltechnische Festlegungen). Es ist zu befürchten, dass es aktuell noch keine nachweislichen Untersuchungen bezüglich Geräuschentwicklung der geplanten Anlagen gibt.

In der Region werden Flächen mit wesentlich größeren Abständen zu Wohngebieten nicht berücksichtigt, während auf der relativ kleinen Fläche in Lavelsloh Windräder geplant werden.

2. Das vorgeschlagene Gebiet ist nicht zu befürworten, da in der landschaftlich ruhigen Region ein erheblicher Verlust des Immobilienwertes zu erwarten ist.

3. In dem Bericht der Planungsgruppe Umwelt wird auf Seite 68 erwähnt, dass das Landschaftsbild weiter technisiert wird, diese aber durch die drei bestehenden Windräder relativiert wird. Ich weise nochmals darauf hin, dass diese drei Windräder nicht gebaut sind, es keine weiteren Informationen über diese geplanten Anlagen gibt und deshalb keine Bewertung stattfinden darf !

4.

In dem Bericht der Planungsgruppe Umwelt wird auf Seite 67 erwähnt, dass die Nah- und Feierabenderholung der Bewohner durch die Windenergienutzung beeinträchtigt werden kann.

Diese Bemerkung ist nicht korrekt, da es zu einer Beeinträchtigung kommen wird (Veränderung im hochwertigen Landschaftsraum).

5. Auf einer öffentlichen Sitzung der Gemeinde Diepenau am 5. Januar wurde erwähnt, dass drei Windkraftanlagen der Fa. Enercon mit einer Gesamthöhe von 198 m genehmigt sind und es einen Bauvorbescheid gibt. Es liegen keine genauen Informationen vor, wie groß der Abstand zu den Wohnhäusern ist. Als direkter Anwohner fordere ich weitere Informationen. Zu Punkt 5 wiederholen sich die Punkte 1 – 4 (s. oben).

Zusammenfassung:

Grundsätzlich werden von mir keine Windkraftanlagen (weder geplant noch in Zukunft) für diese relativ kleine ausgewiesene Fläche mit wesentlich zu geringen Schutzabstand für die Anwohner befürwortet (Begründungen s. oben)

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Das Planungskonzept ist Ergebnis eines intensiven Abstimmungsprozesses mit Fachbehörden, anerkannten Naturschutzverbänden und den politischen Gremien. Der Ausschuss für Regionalentwicklung hat der RROP-Änderung am 03.09.2010 zugestimmt und der Kreisausschuss

hat sie am 21.09.2009 in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen. Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Bei Fragen zu den drei erwähnten WEA wird empfohlen, sich an die Immissionsschutzbehörde des Landkreises Nienburg/Weser zu wenden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis zum Landschaftsbild / Erholung: Das Entwurfsgebiet liegt in einem Bereich, der eine geringe Landschaftsbildwertigkeit aufweist (vgl. Landschaftsbildgutachten). Für die Erholungsnutzung ist das Entwurfsgebiet und seine Umgebung von geringer Bedeutung.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 351	Privatperson	**951**

4.) Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

Die Auswirkungen für die östlich und südlich angrenzenden Bereiche sind nicht dargestellt (siehe hierzu auch Stellungnahme oben zu 4.1 Ziele).

Durch die deutliche Ausweitung des Vorranggebietes entstehen erhebliche Beeinträchtigungen und Auswirkungen auf die angrenzenden Ortschaften Anemolter und Schinna.

Ein Abstand von lediglich 300m zur Ortschaft Anemolter ist nicht ausreichend. Der Bereich „Auf dem Kampen“ ist von der Gemeinde Stolzenau im Flächennutzungsplan als Dorfgebiet ausgewiesen (siehe auch Lage des Ortsschildes), der Bereich „Auf den Kampen“ ist somit als Dorfgebiet/Wohnbebauung und nicht als Einzelbebauung zu berücksichtigen.

Die falsche Einstufung des Bereiches „Auf den Kampen“ führt zu einer fehlerhaften Bewertung der Einflussgrößen und in Folge somit zu einer unzutreffenden Berücksichtigung von Mindestabstandsgrenzen.

Bei der Bewertung eines zu berücksichtigten Mindestabstandes sind darüber hinaus die bereits bestehenden Belastungen durch den bereits existierenden Windpark zu berücksichtigen.

Der Schattenwurf von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 180m lässt sich bei Abständen von lediglich 300m zu Wohnbebauungen nur durch technische Anlagen auf eine maximal zulässige Dauer von 30 Minuten am Tag bzw. 30h im Jahr beschränken. Hierdurch werden dann jedoch die angestrebten Ziele des weiteren Ausbaus der Windenergienutzung nicht erreicht werden können.

Entsprechende Berechnungsprogramme ergeben beispielhaft für Anlagen mit einer Nabenhöhe von 100m und einem Rotordurchmesser von 80 m eine Unterschreitung der Beschattungsdauer von 30Min/Tag erst ab einer Entfernung von 750m zwischen WEAStandort und Bezugsstandort.

Darüber hinaus ist für die Einhaltung der „TA Lärm“ die Gesamtbelastung durch sämtliche Windkraftanlagen (im Bereich Anemolter bereits 28!) zu berücksichtigen.

Eine Einhaltung der Vorgaben der „TA Lärm“ ist bei einem Abstand von nur 300m nicht zu gewährleisten!

Die aktuelle Rechtsprechung (dreifache Anlagenhöhe) sowie die Empfehlungen des Umweltministerium (1000m) bestätigen

die Forderung, dass ein Abstand größer als 500m zu Wohnbebauungen einzuhalten ist.

Zur Sicherstellung der Erreichung der Ziele der optimalen Nutzung der Windenergie als auch des Schutzes der Bevölkerung ist ein Abstand von mehr als 500m zur Wohnbebauung und somit auch zu dem an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereich „Auf dem Kampen“ des Ortes Anemolter bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie zu berücksichtigen.

Soweit jedoch durch den Zuschnitt der möglichen Vorrangfläche die Fläche weiterhin den Bereich „ Auf den Kampen“ in einem Halbkreis umschließt, sind die kumulierten Belastungen durch Lärm und Schattenwurf durch diesen, den Bereich umschließenden, Flächenzuschnitt als deutlich erhöht zu werten, mit der Folge, dass dann ein erhöhter Abstand von 750m zur Wohnbebauung Anemolter und somit auch „Auf den Kampen“ zur Erreichung der o.a. Planungsziele zu berücksichtigen ist.

5.) Wir empfehlen dem Landkreis Nienburg zur Planung der Teiländerung Windenergie des RROP des Landkreises Nienburg die Resultate aus der 5 –Jahresstudie „Klinische Studie über gesundheitliche Folgen großer Windkraftanlagen“ von Frau Dr. Nina Pierpont zu berücksichtigen. Der Studie nach empfehlen immer mehr Forscher einen Abstand von 1,5 bis 3 km bei großen Windkraftanlagen zur Wohnbebauung einzuhalten, da es sonst aufgrund von Infraschallbelastungen zu Kopfschmerzen, unstetem Gleichgewicht , Brechreiz, Schlafstörungen, Reizbarkeit, Depressionen, Konzentrations- und Gedächnisproblemen kommen kann. Der Landkreis ist verpflichtet, bei den Planungen auch dem „ Schutzgut Mensch“ gerecht zu werden!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird der Hinweis auf das Dorfgebiet "Auf den Kampen" berücksichtigt.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Regionalplanung ist vielmehr gehalten, sich bei ihren Bewertungen an den auch im Zulassungsverfahren relevanten Wirkfaktoren zu orientieren.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige

Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 351	Privatperson	**913**

...hiermit nehmen wir als Eigentümer des Grundstücks St. ..Steyerberger Allee... zur geplanten Änderung des Teilabschnitts Windenergie des RROP für das Vorranggebiet 10 als unmittelbar Betroffene wie folgt Stellung. Es handelt sich in diesem Schreiben um fünf verschiedene Stellungnahmen, die im Folgenden näher erläutert werden sollen.

1.) Zu 4. Planungskonzept

4.1 Ziele

„ Der Landkreis beabsichtigt (…) folgende Zielsetzungen umzusetzen (…)

(…) dabei die Möglichkeit der Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts-und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen“

Der Erhalt attraktiver Orts-und Landschaftsbilder ist für das Vorranggebiet nicht bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Im Umweltbericht wird im Absatz 2.2.10 unter „Bevölkerung ..“ und „Landschaft“ nicht auf die östlich (Anemolter) und südlich (Schinna) angrenzenden Gebiete eingegangen. Für die westlich angrenzenden Ortschaften wird jedoch von einer zu erwartenden „nennenswerten Zusatzbelastung" ausgegangen. Die zu erwartende Zusatzbelastung für die Ortschaften Anemolter und Schinna sind nicht untersucht worden.

Die Einhaltung des Zieles „ Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder“ ist für die an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereiche Anemolter und Schinna im Umweltbericht darzustellen. Eventuelle Auswirkungen der Ausweitung des Vorranggebietes 10 für diese Bereiche sind hierzu zu untersuchen.

Wir sind der Auffassung, das gerade der westliche Bereich Anemolters (zwischen den Straßen „Auf dem Kampen“ und „Zum Wiehof“) nicht mehr ausgewiesen werden sollte. Es ist der einzige Bereich zwischen surrenden Hochspannungsleitungen und lärmenden und Schatten werfenden Windrädern, in dem sich viele Bürger des Ortsteils zur Naherholung einigermaßen ungestört bewegen. Der östliche Ortsrand Anemolters ist zum Beispiel durch Auskiesungen stark eingegrenzt und im nördlichen Bereich stehen schon 28 Windräder, die in der Summe einiges an Emissionen und Immissionen verursachen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Aussage, Auswirkungen auf östlich und südlich angrenzende Flächen seien nicht dargestellt, ist nicht korrekt. Sowohl in der Übersichtsabbildung als auch im Text des Umweltberichts (bspw. unter SG Menschen, 2. Absatz) werden Auswirkungen gesamträumlich beschrieben.

Das Ortsbild der genannten Ortschaften wird einerseits aufgrund der Sichtverschattung durch die Bebauung und andererseits vor dem Hintergrund der vorhandenen Vorbelastung nicht in beurteilungsrelevantem Maße beeinträchtigt.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 352	Privatperson	**954**

4.) Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

Die Auswirkungen für die östlich und südlich angrenzenden Bereiche sind nicht dargestellt (siehe hierzu auch Stellungnahme oben zu 4.1 Ziele).

Durch die deutliche Ausweitung des Vorranggebietes entstehen erhebliche Beeinträchtigung und Auswirkungen auf die angrenzenden Ortschaften Anemolter und Schinna.

Ein Abstand von lediglich 300m zur Ortschaft Anemolter ist nicht ausreichend. Der Bereich „Auf dem Kampen“ ist von der Gemeinde Stolzenau im Flächennutzungsplan als Dorfgebiet ausgewiesen (siehe auch Lage des Ortsschildes), der Bereich „Auf den Kampen“ ist somit als Dorfgebiet/Wohnbebauung und nicht als Einzelbebauung zu berücksichtigen.

Die falsche Einstufung des Bereiches „Auf den Kampen“ führt zu einer fehlerhaften Bewertung der Einflussgrößen und in Folge somit zu einer unzutreffenden Berücksichtigung von Mindestabstandsgrenzen.

Bei der Bewertung eines zu berücksichtigten Mindestabstandes sind darüber hinaus die bereits bestehenden Belastungen durch den bereits existierenden Windpark zu berücksichtigen.

Der Schattenwurf von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 180m lässt sich bei Abständen von lediglich 300m zu Wohnbebauungen nur durch technische Anlagen auf eine maximal zulässige Dauer von 30 Minuten am Tag bzw 30h im Jahr beschränken. Hierdurch werden dann jedoch die angestrebten Ziele des weiteren Ausbaus der Windenergienutzung nicht erreicht werden können.

Entsprechende Berechnungsprogramme ergeben beispielhaft für Anlagen mit einer Nabenhöhe von 100m und einem Rotordurchmesser von 80 m eine Unterschreitung der Beschattungsdauer von 30Min/Tag erst ab einer Entfernung von 750m zwischen WEA-Standort und Bezugsstandort.

Darüber hinaus ist für die Einhaltung der „TA Lärm“ die Gesamtbelastung durch sämtliche Windkraftanlagen (im Bereich Anemolter bereits 28!) zu berücksichtigen.

Eine Einhaltung der Vorgaben der „TA Lärm“ ist bei einem Abstand von nur 300m nicht zu gewährleisten!

Die aktuelle Rechtsprechung (dreifache Anlagenhöhe) sowie die Empfehlungen des Umweltministerium (1000m) bestätigen die Forderung, dass ein Abstand größer als 500m zu Wohnbebauungen einzuhalten ist.

Zur Sicherstellung der Erreichung der Ziele der optimalen Nutzung der Windenergie als auch des Schutzes der Bevölkerung ist ein Abstand von mehr als 500m zur Wohnbebauung und somit auch zum an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereich „Auf dem Kampen“ des Ortes Anemolter bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie zu berücksichtigen.

Soweit jedoch durch den Zuschnitt der möglichen Vorrangfläche die Fläche weiterhin den Bereich „ Auf den Kampen“ in einem Halbkreis umschließt, sind die kumulierten Belastungen durch Lärm und Schattenwurf durch diesen, den Bereich umschließenden, Flächenzuschnitt als deutlich erhöht zu werten, mit der Folge, dass dann ein erhöhter Abstand von 750m zur Wohnbebauung Anemolter und somit auch „Auf den Kampen“ zur Erreichung der o.a. Planungsziele zu berücksichtigen ist.

5.) Windenergieanlagen , die in unmittelbarer Nähe zu bewohnten Immobilien stehen, führen zu einem Wertverlust von 30 bis 50 %. Zum Schutz vor diesem Wertverlust erwarte ich einen größeren Abstand zu meinem Haus. 1000 m Abstand sind für die Höhe der geplanten Anlagen entsprechend der Empfehlung des Bundes angemessen.

6.) Ich empfehle dem Landkreis Nienburg zur Planung der Teiländerung Windenergie des RROP des Landkreises Nienburg die Resultate aus der 5 –Jahresstudie „Klinische Studie über gesundheitliche Folgen großer Windkraftanlagen“ von Frau Dr. Nina Pierpont zu berücksichtigen. Der Studie nach empfehlen immer mehr Forscher einen Abstand von 1,5 bis 3 km bei großen Windkraftanlagen zur Wohnbebauung einzuhalten, da es sonst aufgrund von Infraschallbelastungen zu Kopfschmerzen, unstetem Gleichgewicht , Brechreiz, Schlafstörungen, Reizbarkeit, Depressionen, Konzentrations- und Gedächnisproblemen kommen kann. Der Landkreis ist verpflichtet, bei den Planungen auch dem „ Schutzgut Mensch“ gerecht zu werden!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird der Hinweis auf das Dorfgebiet "Auf den Kampen" berücksichtigt.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser

Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Regionalplanung ist vielmehr gehalten, sich bei ihren Bewertungen an den auch im Zulassungsverfahren relevanten Wirkfaktoren zu orientieren.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 352	Privatperson	**914**

...hiermit nehmen wir als Eigentümer des Grundstücks Anemolter, Lange Dorfstr….(Flur 4, Flurst. 67/3) zur geplanten Änderung des Teilabschnitts Windenergie des RROP für das Vorranggebiet 10 als unmittelbar Betroffene wie folgt Stellung. Es handelt sich in diesem Schreiben um fünf verschiedene Stellungnahmen, die im Folgenden näher erläutert werden sollen.

1.) Zu 4. Planungskonzept

4.1 Ziele

„ Der Landkreis beabsichtigt (…) folgende Zielsetzungen umzusetzen (…)

(…) dabei die Möglichkeit der Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts-und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen“

Der Erhalt attraktiver Orts-und Landschaftsbilder ist für das Vorranggebiet nicht bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Im Umweltbericht wird im Absatz 2.2.10 unter „Bevölkerung ..“ und „Landschaft“ nicht auf die östlich (Anemolter) und südlich (Schinna) angrenzenden Gebiete eingegangen. Für die westlich angrenzenden Ortschaften wird jedoch von einer zu erwartenden „nennenswerten Zusatzbelastung" ausgegangen. Die zu erwartende Zusatzbelastung für die Ortschaften Anemolter und Schinna sind nicht untersucht worden.

Die Einhaltung des Zieles „ Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder“ ist für die an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereiche Anemolter und Schinna im Umweltbericht darzustellen. Eventuelle Auswirkungen der Ausweitung des Vorranggebietes 10 für diese Bereiche sind hierzu zu untersuchen.

Wir sind der Auffassung, das gerade der westliche Bereich Anemolters (zwischen den Straßen „Auf dem Kampen“ und „Zum Wiehof“) nicht mehr ausgewiesen werden sollte. Es ist der einzige Bereich zwischen surrenden Hochspannungsleitungen und lärmenden und Schatten werfenden Windrädern, in dem sich viele Bürger des Ortsteils zur Naherholung einigermaßen ungestört bewegen. Der östliche Ortsrand Anemolters ist zum Beispiel durch Auskiesungen stark eingegrenzt und im nördlichen Bereich stehen schon 28 Windräder, die in der Summe einiges an Emissionen und Immissionen verursachen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Aussage, Auswirkungen auf östlich und südlich angrenzende Flächen seien nicht dargestellt, ist nicht korrekt. Sowohl in der Übersichtsabbildung als auch im Text des Umweltberichts (bspw. unter SG Menschen, 2. Absatz) werden Auswirkungen gesamträumlich beschrieben.

Das Ortsbild der genannten Ortschaften wird einerseits aufgrund der Sichtverschattung durch die Bebauung und andererseits vor dem Hintergrund der vorhandenen Vorbelastung nicht in beurteilungsrelevantem Maße beeinträchtigt.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 353	Privatperson	**915**

...hiermit möchte ich Stellung zur Erweiterung der Windenergieanlagen in Nendorf – Süd beziehen.

Unser Haus steht etwa 500m von der Anlage auf Frestorfer Seite, sowie 500m von der Hausstedter Seite entfernt.

Wir haben bei dieser Entfernung schon erhebliche Windgeräusche. Sei es aus N:O:S:W:

Sollte sich die Entfernung auf bis zu 300m zur Windkraftanlage verringern, so ist es im Schafzimmer (West), sowie im Wintergarten (Ost) wahrscheinlich nicht mehr auszuhalten.

Da wir im Frestorfer Feuerwehrhaus eine Darstellung der Situation von Frau König hatten, habe ich festgestellt, dass die Messwerte nur hinter dem Windrad gemessen werden.

Dieses ist aber meiner Meinung nach nicht ganz richtig, weil der Flügelschlag vor dem Windrad manchmal deutlich lauter ist.

Hinzu kommt der Schattenwurf, welcher sich bei einer Entfernung von 300m oder Erhöhung der Windkraftanlage stark erhöhen würde.

Im Falle einer Vermietung des Hauses oder sogar Verkauf mindert sich der Verkaufswert enorm.

Also: Die Wohnqualität leidet sehr (Lautstärke; Schatten; Wertminderung)

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen.

Hinsichtlich der erwähnten Lärmimmissionen der vorhandenen WEA wird empfohlen, die Immissionsschutzbehörde des Landkreises Nienburg/Weser zu informieren.

Hinweis zum Grundstückswert: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 355	Privatperson	**916**

Betreff: Verringerung der Abstände zu Gebäuden

Wie in der Informationssitzung im Feuerwehrgerätehaus Frestorf erläutert wurde, sollen die Abstände der Windenergieanlagen zu einzelnen Häusern und Randgebieten von Ortschaften verringert werden. Dieses Vorhaben ist für Anwohner der genannten Bereiche nicht zumutbar. Ich wohne mit meiner Familie auch in einem Randgebiet, und habe bei den jetzigen Abständen eine so hohe Lärmbelästigung durch den "Flügelschlag", daß man im Sommer kein Fenster ggeöffnet lassen kann, ohne daß man während der Nacht von den Geräuschen geweckt wird. Bei Wind aus südwestlicher Richtung hört man den Schlag sogar bis weit in die Ortsmitte von Nendorf. Besucher an unserer Tür fragen ständig nach der Ursache des Lärms und wie wir damit klar kommen. Ich spreche mich daher gegen eine Änderung bzw. Erweiterung der bisherigen Flächen für Windenergieanlagen in Nendorf aus. Der Großteil der Anwohner aus Nendorf, Haustedt und Frestorf wird diese Meinung mit mir vertreten. Da nicht alle Haushalte die Möglichkeit haben, sich elektronisch zu äussern oder gar nicht wissen, daß die Möglichkeit zur Äusserung besteht, sollte das noch einmal öffentlich bekannt gemacht werden.

Koordinaten: 3499420, 5818033

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 358	Privatperson	**556**

...hiermit erheben wir Einspruch gegen das geplante Bauvorhaben der Windkraftanlagen in der Gemarkung Hoyerhagen.Da wir

Grundstückseigentümmer von Wehrenberg 6 sind , haben wir große Bedenken , was die Nebenwirkungen eines Baues in unmittelbarrer Nähe mit sich zieht.Gesundheitlich sehe ich es als nicht vertretbar , den Lärm und das Reflektieren der Rotorblätter hinzunehmen.Ausserdem ist es Fakt das der Grundstückswert erheblich singt.

Wir bitten Sie diese zur Kenntnis zu nehmen!

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Für die Genehmigung der erwähnten geplanten Bauvorhaben ist die Immissionschutzbehörde Landkreises Nienburg/Weser zuständig.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Hinweis: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch

zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis für potenzielle Vorranggebiet Hoyerhagen:

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund zu empfehlender Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans für das Entwurfsgebiet ein veränderter Zuschnitt ergeben wird und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 361	Privatperson	**714**

…als Ratsmitglied der Gemeinde Raddestorf und Einwohner des in unmittelbarer Nähe des Dorfes Halle gelegenen Vorranggebietes 17 möchte ich zum Planentwurf des RROP des Landkreises Nienburg - Teilabschnitt „Windenergie" folgende Stellungnahme abgeben.

Zunächst möchte ich voranstellen, dass ich der Förderung des Ausbaus erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie zur Stromerzeugung, grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Insofern bestanden meinerseits auch keine Bedenken dem Ausbau des Vorranggebietes 17 in der noch heute bestehenden Form mit 6 WEA seinerzeit zu widersprechen.

Der Erweiterung des Vorranggebietes 17 kann ich allerdings in der im Entwurf beschriebenen Form nicht zustimmen. Meine heutige Wahrnehmung bezüglich bestehender Immissionen und Beeinträchtigungen der direkten Anwohner ist heute eine andere, insbesondere weil ich durch Anwohner aus Halle aufgrund meiner Ratstätigkeit angesprochen und auf entsprechende Missstände und Beeinträchtigungen aufmerksam gemacht worden bin. Ich selbst wohne zudem in einer Entfernung von ca. 1,5 km von den WEA entfernt und musste nach Fertigstellung der WEA im Vorranggebiet 17 feststellen, dass selbst in dieser Entfernung teilweise erhebliche Geräuschimmissionen durch die WEA vorliegen.

Mir ist es deshalb ein besonderes Anliegen auf einige Punkte im Entwurf zur Änderung des RROP noch einmal einzugehen.

1. Umweltbericht WE 17

Wie im Umweltbericht zum Umweltzustand des WE 17 ausgeführt, ist das bestehende Vorranggebiet durch die bereits existierenden WEA und in folge der querenden Kreisstraße und Freileitung stark vorbelastet.

Nicht nachvollziehbar ist aus meiner Sicht deshalb, dass bei Beurteilung des Schutzgut „Bevölkerung, Gesundheit des Menschen" z.B. trotz festgestellter Beeinträchtigungen von Schattenwurf und Reflexionen über den Mindestabstand hinaus lediglich von einer „negativen" teilweise „indifferenten" und nicht von einer „sehr negativen" Bewertung ausgegangen wird. Gleiches gilt für die festgestellten „indifferenten" Bewertungen zur Landschaft. Wie der Übersicht des potenziellen Vorranggebietes zu entnehmen ist, befindet sich in Halle u.a. ein sehr schöner Dorfplatz mit u.a. Naturdenkmal. Der Dorfplatz wird gerade von auswärtigen Wander- und Fahrradgruppen sehr stark frequentiert. Durch die Erweiterung des Vorranggebietes in der beschriebenen Form u.a. durch „Repowering" würde das Landschaftsbild in erheblichem Umfang und Maße gestört.

Somit teile ich nicht nur die in der Zusammenfassung dargelegte Meinung, dass eine Neuansiedlung von WEA im Vorranggebiet für die Schutzgüter Landschaft und Menschen zu erwarten sind, sondern möchte noch einmal daraufhinweisen, dass bereits jetzt erhebliche Beeinträchtigungen vorliegen und durch weitere WEA in einem nicht hinnehmbaren Maße verstärkt würden....

3. Planungskonzept

Der Landkreis Nienburg / Weser definiert als Zielsetzung u.a. die Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts- und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen. Dieses definierte Ziel würde aus meiner Sicht bei einer Erweiterung des Vorranggebietes 17 nicht erreicht werden können. Das Orts- und Landschaftsbild ist durch die bereits bestehenden WEA bereits eingeschränkt.

Eine Erweiterung des Vorranggebietes und hier insbesondere „Repowering- Maßnahmen" würde das Landschaftsbild in einem nicht hinnehmbaren Maße verschandeln und die Attraktivität des Dorfes Halle (siehe auch Punkt 1.) deutlich herabsetzen.

Zu den Ausführungen bezüglich Mindestabstände zu WEA möchte ich anfuhren, dass diese -wie aufgeführt- auf der Grundlage schalltechnischer Gutachten des Anlagenbetreibers im Rahmen der Genehmigungsverfahren geprüft werde" Wie ich bereits Eingangs erwähnt habe, wohne ich in einer Entfernung von ca. 1,5 km von den WEA im Vorranggebiet 17 und muss dennoch teils erhebliche Beeinträchtigungen in Kauf nehmen.

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, dass nackte Zahlen und Richtwerte über Geräuschimmissionen und Schattenwurf sich oftmals im gesetzlich legitimierten Rahmen befinden, jedoch im täglichen Leben anders wahrgenommen und auch aus diesem Grunde nicht hingenommen werden sollten.

Im Änderungsentwurf des RROP wird unter Punkt 4.3.1.1.3 aufgeführt „Zudem hat die schematische Anwendung eines Abstandes von 500 m zu Einzelwohnbebauung gezeigt, dass die für die Windenergienutzung zur Verfügung stehenden Flächen stark reduziert werden müssten."

Für Mindestabstände existieren keine gesetzlich festgelegten Bestimmungen. Bundesweit werden bezüglich der einzuhaltenden Mindestabstände zu WEA in den Ländern unterschiedliche Regelungen getroffen. Die zuvor aufgeführte Formulierung erweckt jedoch eher den Verdacht, dass nicht aus sachdienlichen Erwägungen zum Schutz der Anwohner ein Mindestabstand im Änderungsentwurf gewählt wurde, sondern dass der angenommene Mindestabstand von 300 m zur Einzelwohnbebauung lediglich gewählt wurde, um einer befürchteten Reduzierung der Flächen nicht entgegen zu stehen.

Trotz einer direkten Ansiedlung von mehreren Häusern Haller Dorfbewohner und darüber hinaus mehrerer Einzelbebauungen zum unmittelbar angrenzenden Vorranggebiet 17, handelt es sich um bauplanungsrechtlichen Außenbereich und somit um Einzelwohnbebauung.

Ein im Entwurf angenommener Mindestabstand von 300 m ist jedoch aus den genannten Gründen auch für eine Einzelwohnbebauung absolut nicht hinnehmbar und inakzeptabel. Ein Mindestabstand sollte nach meiner Auffassung mindestens 500 m betragen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Der Flächenumfang des geplanten Vorranggebiets wurde im Vergleich zur Darstellung im RROP 2003 verringert. Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Gleichwohl können jenseits der angesetzten Schutzabstände negative Auswirkungen durch Schattenwurf, Reflexionen und Lärm auftreten, die jedoch zumutbar und tolerierbar sind. Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

Das Landschaftsbild besitzt auf Grund der umfangreichen Vorbelastungen einen geringen Wert. Unter den Gesichtspunkten der Eingriffsbündelung bestehen somit keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Kleinräumige Strukturen innerhalb von Siedlungen sind einerseits durch den Baukörper gegenüber WEA sichtverschattet und darüber hinaus auf Ebene der Regionalplanung nicht maßstabsgerecht beurteilbar.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 363	wpd think energy GmbH & Co. KG, Daniel Kurreck	**550**

2) Ausweisung von Abstandskriterien zu Wohnbebauung

Spätestens im Rahmen des durchzuführenden Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG werden von der Genehmigungsbehörde die jeweils einzuhaltenden Immissionsgrenzwerte überprüft und bei Nichteinhaltung eine Genehmigung versagt. Daher begrüßen wir es, dass nicht bereits durch die Wahl von restriktiven Abstandskriterien bzw. immissionswerten im Rahmen der Regionalplanung potentiell für die Errichtung von Windkraftanlagen geeignete Gebiete ausgeschlossen werden. Die Festlegung der einzuhaltenden Abstandskriterien wird somit auf die nächste Planungsebene übertragen. Ein nicht abwägungsfehlerhaftes Verfahren, das bereits unter Punkt 1) dargelegt wird. Wir haben bereits eine Schallprognose unter Berücksichtigung der relevanten Immissionspunkte durchgeführt. Die derzeitig geplante Windparkkonfiguration hält die vorgegebenen Schallgrenzwerte bei Tag und Nacht an jedem relevanten Immissionspunkt ein. Wenn Sie wünschen, kann diese Schallprognose vorgelegt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund zu empfehlender Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans für das Entwurfsgebiet Husum ein veränderter Zuschnitt ergeben wird und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte

durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 365	Privatperson	**955**

...Dafür muß man die Abstände je nach Höhe der WEA Anlagen zur Wohnbebauung auf 750 m (Wohngebiete) und 500 m (einzelne Häuser) erhöhen, damit die Bewohner ihre bisherige Wohnqualität soweit wie möglich behalten.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**619**

3. Insbesondere tragen unsere Mandanten nachfolgend ihre individuellen Einwendungen vor, Herr T...damit zur Ergänzung seiner o. a. Stellungnahme vom 24.01.2010. (RED. HINWEIS LK NI: s. Verteiler-Nr. 340, STN. v. 27.01.2010).

3.1 Unsere Mandanten sind Eigentümerin des Grundstücks ...Flurstück 16/20 der Flur 3 von Husum, Zum Nachweis fügen wir Ausdrucke aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte vom 16.02.2010 bei (Anlagen 3 a und 3 b).

Dieses Grundstück ist u. a. mit einem Wohnhaus bebaut, das unsere Mandanten selbst bewohnen.

Von der Grenze dieses Grundstückes und ebenso des Wohnhauses ist ein Abstand von weniger als 500 m zu den nächstgelegenen Grenzen des vorgesehenen Vorranggebietes 12 - Husum - festzustellen, nämlich ca. 475 m zu dem Wohnhaus.

In dem beigefügten Auszug aus dem Liegenschaftskataster ist das vorbezeichnete Grundstück farblich gekennzeichnet (Anlage 4). Zur Übersicht fügen wir außerdem einen Auszug aus einer topografischen Karte 1:25 000 bei (Anlage 5).

3.2 Das Grundstück unserer Mandanten würde bei der Ausschöpfung der vorgesehenen Grenzen des Vorranggebietes 12 von den Immissionen der Windenergieanlagen (WEA) nachhaltig und in übermäßigem Umfang betroffen sein.

Zunächst sind dies die von den WEA ausgehenden Lärmimmissionen, die ganztätig eintreten werden, Diese Immissionen werden insbesondere im Spektrum zwischen Nord- und Südwinden nachhaltig störend auf das Grundstück und dessen Bewohner einwirken. Insoweit ist auch die Höhe der WEA von bis zu 185 m mit den dadurch verstärkten Lärmimmissionen für das Grundstück und dessen Bewohner erheblich belastend. Insbesondere die Nachtwerte dieser Immissionen sind nicht hinnehmbar. Diese zu erwartenden Immissionen durch Gutachten oder Messungen nachzuweisen, ist nicht Aufgabe unserer Mandanten, sondern des Landkreises Nienburg/Weser als Planungsträger.

Weiter wird der Schattenschlag durch die WEA eine erhebliche Belastung für die Bewohner des Grundstückes darstellen. Auch insoweit ist es nicht Aufgabe unserer Mandanten, sondern des Planungsträgers, hierfür Daten vorzulegen.

3.3 Hinsichtlich sämtlicher genannten Immissionsarten wirkt sich die rücksichtslose Bemessung des Abstandes von den Grenzen des Vorrang- gebietes zu der Wohnbebauung in Ortslagen auf 500 m und zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen auf 300 m entscheidend belastend aus.

Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass der Planungsträger sich über diesbzgl. Vorgaben des Landes Niedersachsen und der Gerichte hinwegsetzt. Der aktuelle Erlass des niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 gibt einen Mindestabstand zu Gebieten mit Wohnbebauung von 1.000 m vor.

In der Rechtsprechung werden zwar Mindestabstände zu Ortslagen von 750 m und zu sonstigen wohnlichen Nutzungen von 500 m akzeptiert (OVG Lüneburg, Urt. v. 26.03.2009, 12 KN 11/07, Rn. 24) - allerdings für WEA bis zur Gesamthöhe von 99,90 m, während hier eine Gesamthöhe von 185,00 m zugrunde gelegt wird. Damit bleibt die Forderung nach einem Mindestabstand von 1.000 m sachgerecht.

Unsere Mandanten erwarten die ersatzlose Streichung des Vorranggebietes 12 - Husum zumindest aber die Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1.000 m zu ihrem Grundstück.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Das erwähnte Flurstück liegt am östlichen Rand der Ortlage Husum und liegt 500 m südwestlich des Entwurfgebiets 12.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**624**

3.1 Unsere Mandanten sind Eigentümerin des Grundstücks ... Flurstück 90 der Flur 4 von Bolsehle. Zum Nachweis fügen wir Ausdrucke aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte vom 16.02.2010 bei (Anlagen 3 a und 3 b).

Dieses Grundstück ist u. a. mit einem Wohnhaus bebaut, das unsere Mandanten selbst bewohnen.

Von der Grenze dieses Grundstückes und ebenso des Wohnhauses ist ein Abstand von weniger als 500 m zu den nächstgelegenen Grenzen des vorgesehenen Vorranggebietes 12 - Husum - festzustellen, nämlich ca. 475 m zu dem Wohnhaus.

In dem beigefügten Auszug aus dem Liegenschaftskataster ist das vorbezeichnete Grundstück farblich gekennzeichnet (Anlage 4). Zur Übersicht fügen wir außerdem einen Auszug aus einer topografischen Karte 1:25.000 bei (Anlage 5).

3.2 Das Grundstück unserer Mandanten würde bei der Ausschöpfung der vorgesehenen Grenzen des Vorranggebietes 12 von den Immissionen der Windenergieanlagen (WEA) nachhaltig und in übermäßigem Umfang betroffen sein.

Zunächst sind dies die von den WEA ausgehenden Lärmimmissionen, die ganztätig eintreten werden. Diese Immissionen werden insbesondere im Spektrum zwischen Nord- und Südwinden nachhaltig störend auf das Grundstück und dessen Bewohner einwirken. Insoweit ist auch die Höhe der WEA von bis zu 185 m mit den dadurch verstärkten Lärmimmissionen für das Grundstück und dessen Bewohner erheblich belastend. Insbesondere die Nachtwerte dieser Immissionen sind nicht hinnehmbar. Diese zu erwartenden Immissionen durch Gutachten oder Messungen nachzuweisen, ist nicht Aufgabe unserer Mandanten, sondern des Landkreises Nienburg/Weser als Planungsträger.

Weiter wird der Schattenschlag durch die WEA eine erhebliche Belastung für die Bewohner des Grundstückes darstellen. Auch insoweit ist es nicht Aufgabe unserer Mandanten, sondern des Planungsträgers, hierfür Daten vorzulegen...

Hinsichtlich sämtlicher genannten Immissionsarten wirkt sich die rücksichtslose Bemessung des Abstandes von den Grenzen des Vorranggebietes zu der Wohnbebauung in Ortslagen auf 500 m und zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen auf 300 m entscheidend belastend aus.

Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass der Planungsträger sich über diesbzgl. Vorgaben des Landes Niedersachsen und der Gerichte hinwegsetzt. Der aktuelle Erlass des niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 gibt einen Mindestabstand zu Gebieten mit Wohnbebauung von 1.000 m vor.

In der Rechtsprechung werden zwar Mindestabstände zu Ortslagen von 750 m und zu sonstigen wohnlichen Nutzungen von 500 m akzeptiert (OVG Lüneburg, Urt. v. 26.03.2009, 12 KN 11/07, Rn. 24) - allerdings für WEA bis zur Gesamthöhe von 99,90 m, während hier eine Gesamthöhe von 185,00 m zugrunde gelegt wird. Damit bleibt die Forderung nach einem Mindestabstand von 1.000 m sachgerecht.

Unsere Mandanten erwarten die ersatzlose Streichung des Vorranggebietes 12 - Husum zumindest aber die Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1.000 m zu ihrem Grundstück.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Das erwähnte Flurstück liegt am nordwestlichen Ortsrand Bolsehles. Der Abstand zum erwähnten Wohnhaus zur Grenze des Entwurfsgebiets beträgt etwas über 500 m.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**613**

3.1 Unsere Mandantin ist Eigentümerin des Grundstücks ...Flurstück 12/1 der Flur 3 von Husum. Zum Nachweis fügen wir Ausdrucke aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte vom 16.02.2010 bei (Anlagen 3 a und 3 b).

Dieses Grundstück ist u. a. mit einem Wohnhaus bebaut das unsere Mandantin mit ihrem Ehemann J...selbst bewohnt. Außerdem betreibt unsere Mandantin gemeinsam mit ihrem Ehemann dort eine Pferdepension mit Reitbetrieb.

Von der Grenze dieses Grundstückes und ebenso des Wohnhauses ist ein Abstand von weniger als 500 m zu den nächstgelegenen Grenzen des vorgesehenen Vorranggebietes 12 - Husum - festzustellen, nämlich ca. 475 m zu dem Wohnhaus.

In dem beigefügten Auszug aus dem Liegenschaftskataster ist das vorbezeichnete Grundstück farblich gekennzeichnet (Anlage 4). Zur Übersicht fügen wir außerdem einen Auszug aus einer topografischen Karte 1:25.000 bei (Anlage 5).

3.2 Das Grundstück unserer Mandantin wird bei der Ausschöpfung der vorgesehenen Grenzen des Vorranggebietes 12 von den Immissionen der Windenergieanlagen (WEA) nachhaltig und in übermäßigem Umfang betroffen sein.

Zunächst sind dies die von den WEA ausgehenden Lärmimmissionen, die ganztätig eintreten werden, Diese Immissionen werden insbesondere im Spektrum zwischen Nord- und Südwinden nachhaltig störend auf das Grundstück und dessen Bewohner einwirken. Insoweit ist auch die Höhe der WEA von bis zu 185 m mit den dadurch verstärkten Lärmimmissionen für das Grundstück und dessen Bewohner erheblich belastend. Insbesondere die Nachtwerte dieser Immissionen sind nicht hinnehmbar. Diese zu erwartenden Immissionen durch Gutachten oder Messungen nachzuweisen, ist nicht Aufgabe unserer Mandantin, sondern des Landkreises Nienburg/Weser als Planungsträger.

Weiter wird der Schattenschlag durch die WEA eine erhebliche Belastung für die Bewohner des Grundstückes darstellen. Auch insoweit ist es nicht Aufgabe unserer Mandantin, sondern des Planungsträgers, hierfür Daten vorzulegen...

Hinsichtlich sämtlicher genannten Immissionsarten wirkt sich die rücksichtslose Bemessung des Abstandes von den Grenzen des Vorranggebietes zu der Wohnbebauung in Ortslagen auf 500 m und zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen auf 300 m entscheidend belastend aus.

Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass der Planungsträger sich über diesbzgl. Vorgaben des Landes Niedersachsen und der Gerichte hinwegsetzt. Der aktuelle Erlass des niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 28.01.2004 gibt einen Mindestabstand zu Gebieten mit Wohnbebauung von 1.000 m vor.

In der Rechtsprechung werden zwar Mindestabstände zu Ortslagen von 750 m und zu sonstigen wohnlichen Nutzungen von 500 m akzeptiert (OVG Lüneburg, Urt v. 26.03.2009, 12 KN 11/07, Rn. 24) - allerdings für WEA bis zur Gesamthöhe von 99,90 m, während hier eine Gesamthöhe von 185,00 m zugrunde gelegt wird. Damit bleibt die Forderung nach einem Mindestabstand von 1.000 m sachgerecht.

Unsere Mandantin erwartet die ersatzlose Streichung des Vorranggebietes 12 - Husum zumindest aber die Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1.000 m zu ihrem Grundstück.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Das erwähnte Flurstück liegt am östlichen Ortsrand von Husum. Der Abstand des erwähnten Wohnhauses zum Entwurfgebiets 12 beträgt 500 m.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 395	RA Dr. Jutta Engbers, Martin Engbers	**564**

Im konkreten Fall in Hämelhausen wie insgesamt, soll der Abstand zu Wohngebäuden außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung d. h. im Außenbereich 300 m betragen. Ausweislich der eigenen Angaben im Umweltbericht, Seite 11, unter Tabelle 5, ist erkennbar, dass mit dem konkreten Windenergieanlagentyp bei günstigster Berechnung der nächtlich einzuhaltende Lärmgrenzwert im Außenbereich erst in 440 m Entfernung frühestens eingehalten wird. Dies ist mehr als 150 m weiter als das nächstgelegene Wohnhaus planungsrechtlich festgesetzt wird. Dabei muss beachtet werden, dass in den Sondergebieten mehr als eine Anlage errichtet werden soll, so dass ein Kumulationseffekt auftritt. Bereits daraus ergibt sich, dass kein schlüssiges Konzept der Planung zugrunde liegt.

Der Abstand für ein Wohn- und Mischgebiet beträgt bereits aus Lärmgründen während der Nachtzeit mindestens 740 m im positivsten Falle, d. h. bei einem Schallleistungspegel bei Nennleistung von 103 dB(A) bei einer einzigen Anlage, so dass eine Festsetzung von 500 m als Abstand zu Wohngebieten völlig rechtswidrig ist und dies bei allgemeinen Wohngebieten oder fremdenverkehrsbetonten Gebieten und Campingplätzen, die besonders lärmempfindlich reagieren und geradezu ein Hohn der dort lebenden Menschen darstellt.

c)

Des weiteren ergibt sich, dass bei einer Gesamthöhe von 181 m und dem sich in der Rechtsprechung entwickelten Grundsatz, dass bis zu einer 3fachen Gesamthöhe von einer bedrängenden Wirkung ausgegangen werden muss, wenigstens zu einem Einzelhaus ein Abstand von 543 m einzuhalten ist. Zwar muss die bedrängende Wirkung durch die optische Beeinträchtigung der Windenergieanlagen unterhalb einer dreifachen Gesamthöhe im Einzelfall betrachtet werden, andererseits steht eine solche bedrängende Wirkung jedoch ab der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlagen sicher fest, vgl. BVerwG 11.12.2006 NvwZ 2007, 336; OVG Münster, 09.08.2006 8 A 3726/05, OVG Lüneburg vom 04.04.2005, 1 LA 76/04. Die zweifache Gesamthöhe beträgt hier 362 m und ist damit deutlich weiter als der planungsrechtliche Mindestabstand zu Einzelhäusern im Außenbereich, wie sie auch von meinem Mandanten bewohnt werden. Bereits daraus ergibt sich für sich genommen, ein rechtswidriger Verstoß zu Lasten der Anwohner. Zudem ist damit belegt, dass kein Gesamtkonzept der Planung zugrunde liegt. Aus den vorgenannten Gesichtspunkten ist eine Untersehreitung des Mindestabstands von 1000 m zur Wohnbebauung ebenfalls unzulässig.

d)

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich um planungsrechtliche Festsetzungen handelt, die dem Ausgleich verschiedener Interessen dienen, und nicht bei Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten (Begrenzung der Nennleistung zur Reduktion

des Schalleistungspegels, nächtliche Abschaltung etc.) gerade noch eine Windkraftnutzung zulassen. Dies widerspricht einer Planung.

V. Schattenschlag und andere Beeinträchtigungen

a) Schattenschlag

Aus Gründen der Vorsorge vor Schattenschlag sind keine Begrenzungen vorgesehen. Es wird darauf hingewiesen, dass planungsrechtlich ein Schattenschlag 0 festgesetzt werden kann und im Land Nordrhein-Westfalen generell vorgesehen ist. Es ist nicht erkennbar, weshalb Menschen im Landkreis Nienburg schlechter behandelt werden sollen als im Land Nordrhein-Westfalen, wo eindeutig feststeht, dass rotierender Schlagschatten durch Windenergieanlagen in jedem Fall als Belästigung und Störung empfunden werden und sie technisch durch standardisierte Abschaltautomatiken, die in jeder Windkraftanlage jeden Typs vorhanden sind, ausgeschlossen werden können. Diese sind daher vorzusehen. Im übrigen ist dies durch entsprechende Festsetzungen auch weitestgehend im RROP Emsland erfolgt.

b) Weitere optische Beeinträchtigungen entstehen durch die notwendigen Tages- und Nachtkennzeichnungen zur Flugsicherheit, da ab einer Höhe von mehr als 100 m eine intensive Beleuchtung erforderlich ist. Von derartigen „Blinklichtern" gehen erhebliche Störungen aus, da sie Windenergieanlagen auch dann sichtbar machen, wenn die Lichtverhältnisse wetterbedingt schlecht sind oder während der Nachtzeit. Zwischenzeitlich ist anerkannt, dass ein Blinken statt eines Blitzens und zudem eine synchrone Schaltung derartige Belästigungen erheblich reduzieren können, so dass planungsrechtlich ein synchrones Blinken festzusetzen ist, das sich zusätzlich an die Sichtverhältnisse anpasst. Derartige Kennzeichnungen sind technischer Standard aller Windenergieanlagenhersteller.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm und/oder Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden.

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Gemäß §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 406	Privatperson	**583**

...hiermit fordern wir, als Anlieger des Windparks Harrienstädt, den vorgeschriebenen Mindestabstand von 500 Metern zu Einzelbebauung einzuhalten, da wir durch den bereits vorhandenen Windpark in enormen Maßen durch Emissionsgeräusche bzw. Schattenwurf beeinträchtigt sind.

Des weiteren treten immer wieder zusätzliche Geräusche, durch ständige Betriebsstörungen in den einzelnen Anlagen, auf, die den zulässigen Geräuschpegel um etliches überschreiten. Dieses kann gegebenen Falls durch Messungen belegt werden.

Falls der von uns geforderte Mindestabstand nicht eingehalten wird, halten wir uns juristische Maßnahmen offen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Ein Abstand von 500 m von Vorranggebieten Windenergienutzung zu Wohnbebauung im Außenbereich ist gesetztlich nicht vorgeschrieben.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Bei einer Überschreitung der zulässigen Geräuschpegel wird angeraten, die zuständige Immissionschutzbehörde des Landkreises Nienburg/Weser zu informieren.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 418	Windwärts Energie GmbH	**468**

2. Abstandskriterium von 300 m zu Wohngebäuden außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung

Der der Ausweisung zugrunde gelegte Abstand von 300 m zu Wohngebäuden außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung ist zu gering um die Einhaltung der notwendigen Grenzwerte gewährleisten zu können. Zudem ist bei einer Entfernung von nur 300 m zu Wohngebäuden bei den Anlagen heute üblicher Größenordnung in der Regel von einer optischen Bedrängungssituation auszugehen.

Es ist deshalb bereits jetzt erkennbar und unzweifelhaft, dass in den auf Grundlage dieses Abstandkriteriums ermittelten Vorranggebieten tatsächlich nur in Teilbereichen Windenergieanlagen errichtet werden können. Die Festlegung von Vorranggebiete im Planungsgebiet, bei denen die Entfernung zu Wohngebäuden lediglich 300 m beträgt ist daher abwägungsfehlerhaft weil die offensichtlichen Belange des Immissionsschutzes und des Nachbarschutzes nicht berücksichtigt werden.

Mit der Ausweisung der gemäß diesem Abstandskriterium erfolgten Vorranggebiete kann deshalb auch keinerlei Ausschlussfunktion für den restlichen Planungsraum erzielt werden.

Der Abstand zu Wohngebäuden ist daher auf 500 m zu erhöhen. Zum einen ist bei diesem Abstand die Einhaltung der Grenz- und Richtwerte gewährleistet zum anderen entfällt die Vermutung einer optischen Bedrängung.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine

Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 421	Privatperson	**493**

1. Die im Vorrangegebiet 16 beschriebene Fläche grenzt an einige(n) Wohngebäuden / ausgewiesene Innenbereiche. Der Abstand ist als wesentlich zu gering zu bewerten, da Anlagen mit einer Gesamthöhe von 198 m gebaut werden sollen. Durch Geräuschentwicklung, Schattenwurf, Nachtlicht, „neue Höhendimension " der Anlagen sind eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und gesundheitliche Folgeschäden der Anwohner zu erwarten. Es gibt keinerlei Erkenntnisse, wie sich die „neue Anlagengeneration" der Fa. Enercon gesundheitlich für die Bewohner in unmittelbarer Nähe auswirkt.

Da die geplanten Anlagen eine neue Höhendimension erreichen, die in der Landschaft sehr selten vorkommen, ist es nicht bewiesen, wie sich die optische Wirkung gesundheitlich auf die unmittelbar anwohnende Bevölkerung auswirkt.

Ich weise darauf hin, falls der Familie (…) gesundheitliche Probleme (zum Beispiel Schäden durch Lärmbelästigung, Schlafstörungen, innere Unruhe, körperliche Leistungsverminderung durch zum Beispiel Geräuschentwicklung, Schattenschlag, Nachtlicht / Beleuchtung der Anlagen, optische Wirkung aufgrund der Größe) ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlagen entstehen, selbstverständlich Schadensersatzforderungen gestellt werden.

In anderen Regionen werden wesentlich größere Mindestabstände (> 700 m) zu Windkraftanlagen gefordert.

Es gibt festgelegte Richtwerte für den Lärmschutz der Bevölkerung (schalltechnische Festlegungen). Es ist zu befürchten, dass es aktuell noch keine nachweislichen Untersuchungen bezüglich Geräuschentwicklung der geplanten Anlagen gibt.

In der Region werden Flächen mit wesentlich größeren Abständen zu Wohngebieten nicht berücksichtigt, während auf der relativ kleinen Fläche in Lavelsloh Windräder geplant werden...

2. Das vorgeschlagene Gebiet ist nicht zu befürworten, da in der landschaftlich ruhigen Region ein erheblicher Verlust des Immobilienwertes zu erwarten ist.

3. In dem Bericht der Planungsgruppe Umwelt wird auf Seite 68 erwähnt, dass das Landschaftsbild weiter technisiert wird, diese aber durch die drei bestehenden Windräder relativiert wird. Ich weise nochmals darauf hin, dass diese drei Windräder nicht gebaut sind, es keine weiteren Informationen über diese geplanten Anlagen gibt und deshalb keine Bewertung stattfinden darf !

4. In dem Bericht der Planungsgruppe Umwelt wird auf Seite 67 erwähnt, dass die Nah- und Feierabenderholung der Bewohner durch die Windenergienutzung beeinträchtigt werden kann.

Diese Bemerkung ist nicht korrekt, da es zu einer Beeinträchtigung kommen wird (Veränderung im hochwertigen Landschaftsraum).

5. Auf einer öffentlichen Sitzung der Gemeinde Diepenau am 5. Januar wurde erwähnt, dass drei Windkraftanlagen der Fa. Enercon mit einer Gesamthöhe von 198 m genehmigt sind und es einen Bauvorbescheid gibt. Es liegen keine genauen Informationen vor, wie groß der Abstand zu den Wohnhäusern ist. Als direkter Anwohner fordere ich weitere Informationen. Zu Punkt 5 wiederholen sich die Punkte 1 – 4 (s. oben).

Zusammenfassung:

Grundsätzlich werden von mir keine Windkraftanlagen (weder geplant noch in Zukunft) für diese relativ kleine ausgewiesene Fläche mit wesentlich zu geringen Schutzabstand für die Anwohner befürwortet (Begründungen s. oben)

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Gem. §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

Hinweis: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 423	Privatperson	**495**

Siehe ID 493

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Gem. §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in

umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

Hinweis zum Grundstückswert: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 429	Privatperson	**335**

4.) Zu Umweltbericht, Abs 2.2.10

Die Auswirkungen für die östlich und südlich angrenzenden Bereiche sind nicht dargestellt (siehe hierzu auch Stellungnahme oben zu 4.1 Ziele).

Durch die deutliche Ausweitung des Vorranggebietes entstehen erhebliche Beeinträchtigung und Auswirkungen auf die angrenzenden Ortschaften Anemolter und Schinna.

Ein Abstand von lediglich 300m zur Ortschaft Anemolter ist nicht ausreichend. Der Bereich „Auf dem Kampen" ist von der Gemeinde Stolzenau im Flächennutzungsplan als Dorfgebiet ausgewiesen (siehe auch Lage des Ortsschildes), der Bereich „Auf den Kampen" ist somit als Dorfgebiet/Wohnbebauung und nicht als Einzelbebauung zu berücksichtigen.

Die falsche Einstufung des Bereiches „Auf den Kampen" führt zu einer fehlerhaften Bewertung der Einflussgrößen und in Folge somit zu einer unzutreffenden Berücksichtigung von Mindestabstandsgrenzen.

Bei der Bewertung eines zu berücksichtigten Mindestabstandes sind darüber hinaus die bereits bestehenden Belastungen durch den bereits existierenden Windpark zu berücksichtigen.

Der Schattenwurf von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 180m lässt sich bei Abständen von lediglich 300m zu Wohnbebauungen nur durch technische Anlagen auf eine maximal zulässige Dauer von 30 Minuten am Tag bzw 30h im Jahr beschränken. Hierdurch werden dann jedoch die angestrebten Ziele des weiteren Ausbaus der Windenergienutzung nicht erreicht werden können.

Entsprechende Berechnungsprogramme ergeben beispielhaft für Anlagen mit einer Nabenhöhe von 100m und einem Rotordurchmesser von 80 m eine Unterschreitung der Beschattungsdauer von 30Min/Tag erst ab einer Entfernung von 750m zwischen WEA- Standort und Bezugsstandort.

Darüber hinaus ist für die Einhaltung der „TA Lärm" die Gesamtbelastung durch sämtliche Windkraftanlagen (im Bereich Anemolter bereits 28!) zu berücksichtigen. Eine Einhaltung der Vorgaben der „TA Lärm" ist bei einem Abstand von nur 300m nicht zu gewährleisten!

Die aktuelle Rechtsprechung (dreifache Anlagenhöhe) sowie die Empfehlungen des Umweltministerium (1000m) bestätigen die Forderung, dass ein Abstand größer als 500m zu Wohnbebauungen einzuhalten ist.

Zur Sicherstellung der Erreichung der Ziele der optimalen Nutzung der Windenergie als auch des Schutzes der Bevölkerung ist ein Abstand von mehr als 500m zur Wohnbebauung und somit auch zum an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereich „Auf dem Kampen" des Ortes Anemolter bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie zu berücksichtigen.

Soweit jedoch durch den Zuschnitt der möglichen Vorrangfläche die Fläche weiterhin den Bereich „ Auf den Kampen" in einem Halbkreis umschließt, sind die kumulierten Belastungen durch Lärm und Schattenwurf durch diesen, den Bereich umschließenden, Flächenzuschnitt als deutlich erhöht zu werten, mit der Folge, dass dann ein erhöhter Abstand von 750m zur Wohnbebauung Anemolter und somit auch „Auf den Kampen" zur Erreichung der o.a. Planungsziele zu berücksichtigen ist.

5. Windenergieanlagen , die in unmittelbarer Nähe zu bewohnten Immobilien stehen, führen zu einem Wertverlust von 30 bis 50 %. Zum Schutz vor diesem Wertverlust erwarten wir einen größeren Abstand zu unserem Haus. 1000 m Abstand sind für die Höhe der geplanten Anlagen entsprechend der Empfehlung des Bundes angemessen.

6.) Wir empfehlen dem Landkreis Nienburg zur Planung der Teiländerung Windenergie des RROP des Landkreises Nienburg die Resultate aus der 5 -Jahresstudie „Klinische Studie über gesundheitliche Folgen großer Windkraftanlagen" von Frau Dr. Nina Pierpont zu berücksichtigen. Der Studie nach empfehlen immer mehr Forscher einen Abstand von 1,5 bis 3 km bei großen Windkraftanlagen zur Wohnbebauung einzuhalten, da es sonst aufgrund von Infraschallbelastungen zu Kopfschmerzen, unstetem Gleichgewicht, Brechreiz, Schlafstörungen, Reizbarkeit, Depressionen, Konzentrations- und Gedächnisproblemen kommen kann. Der Landkreis ist verpflichtet, bei den Planungen auch dem „ Schutzgut Mensch" gerecht zu werden!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird der Hinweis auf das Dorfgebiet "Auf den Kampen" berücksichtigt.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Regionalplanung ist vielmehr gehalten, sich bei ihren Bewertungen an den auch im Zulassungsverfahren relevanten Wirkfaktoren zu orientieren.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 429	Privatperson	**332**

...hiermit nehmen wir als Eigentümer des Grundstücks Anemolter, Lange Dorfstr. … (Flur 4, Flurstück 74/1) zur geplanten Änderung des Teilabschnitts Windenergie des RROP für das Vorranggebiet 10 als unmittelbar Betroffene wie folgt Stellung. Es handelt sich in diesem Schreiben um fünf verschiedene Stellungnahmen, die im Folgenden näher erläutert werden sollen.

4. Planungskonzept 4.1 Ziele

„ Der Landkreis beabsichtigt (...) folgende Zielsetzungen umzusetzen (...) (...) dabei die Möglichkeit der Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts-und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen "

Der Erhalt attraktiver Orts-und Landschaftsbilder ist für das Vorranggebiet nicht bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Im Umweltbericht wird im Absatz 2.2.10 unter „Bevölkerung .." und „Landschaft" nicht auf die östlich (Anemolter) und südlich (Schinna) angrenzenden Gebiete eingegangen. Für die westlich angrenzenden Ortschaften wird jedoch von einer zu erwartenden „nennenswerten Zusatzbelastung" ausgegangen. Die zu erwartende Zusatzbelastung für die Ortschaften Anemolter und Schinna sind nicht untersucht worden.

Die Einhaltung des Zieles „ Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder" ist für die an das Vorranggebiet 10 angrenzenden Bereiche Anemolter und Schinna im Umweltbericht darzustellen. Eventuelle Auswirkungen der Ausweitung des Vorranggebietes 10 für diese Bereiche sind hierzu zu untersuchen.

Wir sind der Auffassung, das gerade der westliche Bereich Anemolters (zwischen den Straßen „Auf dem Kampen" und

„Zum Wiehof') nicht mehr ausgewiesen werden sollte.

Es ist der einzige Bereich zwischen surrenden Hochspannungsleitungen und lärmenden und Schatten werfenden Windrädern, in dem sich viele Bürger des Ortsteils zur Naherholung einigermaßen ungestört bewegen. Der östliche Ortsrand Anemolters ist zB. durch Auskiesungen stark eingegrenzt und im nördlichen Bereich stehen schon 28 Windräder, die in der Summe einiges an Emissionen und Immissionen verursachen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Aussage, Auswirkungen auf östlich und südlich angrenzende Flächen seien nicht dargestellt, ist nicht korrekt. Sowohl in der Übersichtsabbildung als auch im Text des Umweltberichts (bspw. unter SG Menschen, 2. Absatz) werden Auswirkungen gesamträumlich beschrieben.

Das Ortsbild der genannten Ortschaften wird einerseits aufgrund der Sichtverschattung durch die Bebauung und andererseits vor dem Hintergrund der vorhandenen Vorbelastung nicht in beurteilungsrelevantem Maße beeinträchtigt.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 446	Privatperson	**638**

Lt. Entwurf ist eine Abstandsregelung von 500 Metern zu der Wohnbebauung von Wendenborstel vorgesehen. Diese Abstandsregelung rührt von den bisher vorhandene Anlagen mit einer Höhe von knapp 100 Metern her. Bei der Regelung der Abstandsgrössen ist nach einhelliger Meinung nicht pauschal vorzugehen, sondern es sind Besonderheiten zu berücksichtigen.

Auf diese Besonderheiten weist das für Sie tätige Unternehmen „Planungsgruppe UMWELT" hin. Es führt u. a. aus, dass durch die steigenden Anlagenhöhen (künftig immerhin fast doppelt so hohe Anlagen) Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen auch über den Mindestabstand hinaus gegeben sind. In dem Unterabschnitt, in welchem auf erhebliche Umweltauswirkungen auf Schutzgüter hingewiesen wird, ist ausdrücklich gesagt, dass die unverschatteten Bereiche von Wendenborstel aufgrund der ungünstigen Lage nördlich des Vorranggebietes verstärkt betroffen sind. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Wohnbebauung „Am Wohldberg", „Auf dem Mandahle" und „Im Wohldgrund". In der zusammenfassenden Bewertung durch die Planungsgruppe wird dieser Punkt mit einem Minus (negativ) bewertet. Hieraus ist abzuleiten, dass es sich bei den negativen Folgen für die Wohnbevölkerung nicht um eine mögliche, sondern um eine mit Sicherheit eintretende Folge handelt. U.E. ist dem Schutz der Bevölkerung in dieser Hinsicht absolute Priorität einzuräumen.

Wir fordern deshalb einen Mindestabstand von 1000 Metern von der Wohnbebauung Wendenborstels, um die oben genannten Beeinträchtigungen abzumildern.

Es stellt sich für uns die Frage, wie ein evtl. Schadenersatz zu regeln ist, wenn trotz der in der Planungsphase durch Fachleute festgestellte Nachteil für die Wohnbevölkerung dann in der Praxis eintritt und vorher die Auswirkungen dieser Planungen konkret bekannt waren und bewusst hingenommen wurden.

Wir hoffen, dass aufgrund der eindeutigen Aussagen des Planungsbüros UMWELT in dieser Sachlage Einigung erzielt werden kann, indem die Abstandsregelung auf 1000 Meter festgelegt und außerdem künftige Anlagenhöhen mit max. 200 Metern festgeschrieben werden. Aufgrund der ungünstigen Lage der Wohnbebauung nördlich des Vorranggebietes würde durch immer höhere Anlagen die Wohnqualität durch Schattenwurf und Emissionen immer stärker leiden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**796**

An diesem Standort schlägt die Regionalplanung eine Erweiterung eines Vorrangstandorts aus der Teilfortschreibung von

2003 vor. Zwei Teilgebiete sollen im Norden und Süden die Vorrangfläche erweitern.

Aus Sicht der juwi Wind GmbH eignen sich beide Teilflächen aufgrund zu geringer Entfernung zur Wohnbebauung vor Ort nicht für eine Erweiterung des Vorrangstandortes. Die nördliche Teilfläche befindet sich komplett innerhalb eines 750 m Puffers zu geschlossenen Wohnsiedlungen, wie es am Standort gegeben ist. Ein gutes Viertel der Fläche befindet sich gar innerhalb des 500 m Abstandspuffer. Die südliche Teilfläche liegt mit gut vier Fünfteln innerhalb des 750 m Puffers und mit einem Fünftel im 500 m Abstandspuffer.

Aufgrund immissionsschutzrechtlicher Vorschriften sehen wir hier keine Genehmigungsfähigkeit für moderne Windkraftanlagen gegeben. Auch aus Rücksicht auf die Wohnbevölkerung sollte diese Ausweisung unterlassen werden.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund weiterer Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans für das Entwurfsgebiet ein veränderter Zuschnitt ergeben wird und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**649**

Vorranggebietes des RROP 2003

Das Gebiet erachten wir grundsätzlich als sehr geeignet, besonders da es Bestandsanlagen erfasst und Repowering ermöglicht, zusätzlich aber auch für neue Anlagen Raum gibt. Lediglich im mittleren Teil des Vorranggebietes sehen wir die Gebietsformung nicht so wie vorgeschlagen, da dort durch Siedlungsabstände eine Genehmigung als nicht realistisch einzuschätzen ist.

Im Südwesten und Südosten würden wir ebenfalls eine Überprüfung der Siedlungsabstände nahelegen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die erwähnten Hinweise werden berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**647**

Dieser Flächenvorschlag der Regionalplanung umfasst ein bestehendes Windvorranggebiet von 2003 und erweitert dieses leicht.

Grundsätzlich erachten wir dieses Gebiet als geeignet, weisen an dieser Stelle allerdings erneut auf die geringen Siedlungsabstände hin. Bei einer Beachtung von höheren Siedlungsabständen bleibt der größte Teil der Fläche weiterhin erhalten und passt sich verträglicher in den besiedelten Raum ein.

Zu diesem Flächenvorschlag der Regionalplanung sehen wir eine geeignete Flächenerweiterung, auf welche wir im Verlauf eingehen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**645**

Im Folgenden werden anschließend an die Kommentare zu sieben der Suchflächen der Regionalplanung alle Potentialgebiete,

die sich aus Sicht der juwi Wind GmbH für die Nutzung der Windenergie eignen, detailliert vorgestellt und als Karte im Anhang aufgeführt, Alle in Folge genannten Flächen wurden fachkundig begutachtet. Neue Flächenvorschläge der juwi Wind GmbH wurden mit Siedlungsabständen von 760 m zu geschlossenen Siedlungen und 500 m zu Außenbereichen erstellt.

Der Flächenvorschlag der Regionalplanung ist eine Erweiterung des Vorranggebietes der Teilfortschreibung aus 2003.

Aufgrund der dichten Besiedlung vor Ort ist dieser Raum nicht sonderlich geeignet für die Nutzung der Windenergie.

Fast die gesamte Fläche des Vorschlagsgebiets liegt im 500 m Puffer zu Siedlungen im Außenbereich und dem 750 m zu geschlossenen Wohnbereichen. Aufgrund der Schallimmissionen halten wir einen Windpark mit modernen WEA an dieser Stelle für kritisch.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**646**

An diesem Standort befindet sich eine Vorrangfläche aus der Teilfortschreibung 2003, welche durch eine vorgeschlagene Erweiterung westlich Erweitert werden soll.

Die Gebietskulisse der Erweiterung zieht sich direkt zwischen eine Vielzahl von Wohnfunktionen im Außenbereich und kann so nicht als verträglich beurteilt werden. Weit über die Hälfte der Erweiterungsfläche liegt 500 m Puffer zu den Außenbereichen, ein Drittel im 750 m Puffer zu geschlossenen Siedlungen und ein weiterer Teil innerhalb des von der Regionalplanung angelegten Abstandes von 500 m zu geschlossenen Siedlungen.

Daher würden wir empfehlen auf eine Ausweisung dieses Gebietes in der Teilfortschreibung zu verzichten.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 455	Privatperson	**641**

...mit großer Bestürzung und völligem Unverständnis haben wir nach Einsichtnahme der obigen Unterlagen festgestellt, dass die Kriterien, die diesem Entwurf zugrunde liegen, so nicht akzeptabel sind.

Als Anlieger des jetzigen „Windpark Hilgermissen" können wir beurteilen, dass die Festlegung des Pufferzonen zur Wohnbebauung auf 500m und zu einzelnen Wohngebäuden auf 300m zu einer weiteren Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität führt. Die Beeinträchtigungen ergeben sich durch vermehrten Lärm und Schlagschatten (Standort der WEA in westlicher Richtung) und die stark störende Nachtbefeuerung. Auch die vorgesehene Höhe von 181m beeinträchtigt das Landschaftsbild der Wesermarsch außerordentlich und verstärkt die negativen Einflüsse von Lärm, Schlagschatten und Nachtbefeuerung unakzeptabel.

Wir fordern deshalb nachdrücklich, die Empfehlungen des Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Schreiben vom 26.01.2004, AZ. 39.1-32346/8.4) den Planungen zugrunde zu legen, d.h. 1000m Mindestabstand zur Wohnbebauung und 5000m Mindestabstand zwischen den einzelnen Vorranggebieten. In Bezug auf die Fläche in Hilgermissen ist außerdem im Jahre 2002 festgelegt worden, dass der Mindestabstand zur Weser 1000m betragen sollte und nur 140m hohe Anlagen gebaut werden dürfen. Ist dies alles nicht mehr gültig?

Wenn solche Ausweisungen oder Ausweitungen von Vorranggebieten für WEA Ihrerseits geplant und evtl. durchgeführt werden, dann kann das doch nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung geschehen.

Pressen Sie diese Gebiete mit den WEA nicht in jeden freien Winkel zwischen der Wohnbebauung, denn so gibt es keine Akzeptanz der Windenergie.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

Gem. §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**883**

1. Zu 4.3.1.1.1 und 4.3.1.1.2: Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die Abstände zur Wohnbebauung nicht auf Basis willkürlicher Pauschalabstände von mind. 1000m, sondern vielmehr unter Berücksichtigung der maximal zulässigen Immissionspegel nach TA-Lärm bestimmt werden sollen. Dennoch wurden im Entwurf des Teilabschnitts „Windenergie" pauschale Abstände verwendet, ohne dass im konkreten Fall die Einhaltung der maximal zulässigen Immissionspegel geprüft wird. Dies führt u.U. zu einer theoretischen Vergrößerung des Vorranggebiets, ohne dass jedoch dieses Gebiet aufgrund von Immissionsproblemen vollständig genutzt werden kann. Dies lässt sich am Beispiel des Vorranggebiets 18 - Lavelsloh verdeutlichen. Aufgrund nunmehr geringerer Abstände zur Wohnbebauung wurde dieses Vorranggebiet im Vergleich zur bisherigen Darstellung im RROP vergrößert. Dadurch wäre die Errichtung weiterer Windenergieanlagen über die von der ENERCON GmbH geplanten 3 ENERCON E-126 hinaus möglich. Jedoch ist aufgrund der bereits durch die geplanten Windenergieanlagen vollständig ausgenutzten Immissionsrichtwerte an der Wohnbebauung die Errichtung weiterer Windenergieanlagen ausgeschlossen. Obwohl das Vorranggebiet 16 deutlich vergrößert wurde, wurde somit der Nutzung Windenergie gegenüber den Darstellungen im bisherigen RROP kein zusätzlicher Raum verschafft. Den Zielen des Landkreises Nienburg ist dies nicht dienlich und es relativiert den im Entwurf des Teilabschnitts „Windenergie" dargestellten Zuwachs der Fläche für die Windenergienutzung.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 462	Privatperson	**633**

...ich bin seit vielen Jahren Einwohner der Ortschaft Balge und wohne am östlichen Ortsrand mit Blick auf die Schleuse Drakenburg in Sebbenhausen

Mir ist aufgefallen, dass im Umweltbericht zum Vorranggebiet 05 die Vorbelastungen durch den Schiffverkehr und den Schleusenbetrieb nicht berücksichtigt wurden.

Weiterhin wurde die Vorbelastung durch den Sonderlandeplatz Nienburg-Holzbalge nicht berücksichtigt.

Der Schleusenkanal mit der Schleuse verläuft parallel zur L351 östlich von Sebbenhausen und Balge in einem Abstand von teilweise nur 100 m zur Bebauung. Durch den Schiffverkehr und den Schleusenbetrieb auf der Bundeswasserstraße kommt es schon jetzt zu erheblichen Lärmbelästigungen in der Zeit zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr, Nach Abschluss des Mittelweserausbaus ist mit einem erhöhten Fahrzeugaufkommen mit Großmotorschiffen im 24-Stundenbetrieb zu rechnen.

Das bedeutet einen weiten Anstieg der Belastungen durch den Lärm und die Schiffsbewegungen auf dem Kanal und in der Schleuse. Während der Warte- und Liegezeiten vor der Schleuse werden die Schiffe mit Energie aus Generatoren versorgt, die am Tag und in der Nacht betrieben werden und dadurch Lärm verursachen, welcher auch in Balge und Sebbenhausen wahrgenommen wird.

Wie bereits erwähnt, wurde auch die Vorbelastung durch den Flugplatz Holzbalge nicht berücksichtigt. Es finden überwiegend an den Wochenenden und in den Abendstunden Start- und Landevorgänge statt, die zum Teil erheblichen Lärm verursachen. Dazu kommen die Platzrunden der Freizeitflieger mit ihren Propellermaschinen, die die Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten im Bereich des Flugplatzes stark einschränken.

Durch die genannten, im Umweltbericht nicht berücksichtigten Vorbelastungen, wäre eine weitere Belastung durch WEA im Vorranggebiet 05 m. E. unverantwortlich und nicht hinnehmbar.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Der Abstand des Entwurfgebiets zum östlichen Ortsrand von Balge ist mit rd. 1000 m als ausreichend anzusehen, um erhebliche zusätzliche Lärmbeeinträchtigungen zu vermeiden. Im Übrigen soll im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Darüber hinaus ist aufgrund der zwischen potenziellem und Ostrand der Siedlung liegenden flächigen Bebauung von einer überdurchschnittlichen Abschirmung dieser Wohnlagen gegenüber von WEA verursachtem Lärm auszugehen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**436**

3.2. Ermittlung von Suchräumen und deren Begründung

3.2.1. Ausschlusskriterium Nr. 1 „Abstand zur Wohnbebauung"

Bereits am 26. Januar 2004 hat das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Abstandsempfehlungen bzgl. Windenergieanlagen zur Wohnbebauung von 1.000m und einen Abstand untereinander von 5 km formuliert.

Das RROP des Landkreises Nienburg wurde vor diesem Zeitpunkt initiiert. Die Beteiligungsphase endete jedoch im Dezember 2007, so dass die Empfehlungen zu diesem Zeitpunkt bereits hätten berücksichtigt werden müssen. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen Niedersachsens (s.u.) hat Nienburg den Erlass jedoch nur selektiv umgesetzt.

Der 5 km-Abstand ist in den Kriterienkatalog aufgenommen worden und wurde bei der Auswahl der Suchräume für jedes Gebiet als Maßstab angesetzt. Als Quelle wurde in den Beschlussvorlagen die o.g. Empfehlung genannt". Der Mindestabstand zu Gebieten mit Wohnbebauung wurde jedoch nicht berücksichtigt bzw. deutlich unterschritten.

Eine derart selektive Berücksichtigung der Empfehlung entspricht nicht dem Sinn des Erlasses.

Die Unterschreitung des empfohlenen Abstandes wird in den Beschlussvorlagen des AfR regelmäßig mit Rechtssicherheit begründet. Als Referenz wird das Urteil des Niedersächsischen OVG vom 08.11.2005 herangeführt, da dieses einen Abstand von 500m „nicht beanstandete". Ebenfalls angeführt wird ein Urteil vom 09.08.2006 des OVG Nordrhein Westfalen.

„Nicht zu beanstanden" heißt allerdings auch, dass durchaus größere Abstände möglich sind. Es gibt sowohl, in früherer als auch in späterer Folge Urteile, die auch andere Abstände „nicht beanstandeten". Trotzdem werden diese entgegen der Abstandsempfehlung des Landes nicht angeführt.

Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hat im Hinblick auf die Regionalplanung die Pauschalierung von Abständen zu Wohnhäusern grundsätzlich als gerechtfertigt angesehen und einen Abstand von 750 m im konkreten Fall zur Wohnbebauung „nicht beanstandet". Es liege im satzungsgeberischen Ermessen des Plangebers, auf welche Weise der Schutzwürdigkeit der betroffenen Gebiete Rechnung getragen werde, „Die Bemessung der Abstände muss nur auf sachgerechten raumplanerischen Erwägungen beruhen und der ggf. unterschiedlichen Schutzbedürftigkeit der Gebiete Rechnung tragen".

Als weiterer Anhaltspunkt sei an dieser Stelle ein weiteres, aktuelles Urteil des OVG Sachsen-Anhalt vom 30.07.2009 genannt. Es behandelt primär die Möglichkeiten eines Normenkontrollverfahrens, gibt jedoch auch Anhaltspunkte auf Abstandsregelungen der Planungsinstanz.

In dem zugrunde liegenden Fall hat die Planungsbehörde "dörfliche und städtische Siedlungen generell mit einem Puffer von 1000m zu einem Gebiet der Nutzung der Windenergie versehen". Und dies, obwohl der Landkreis Nienburg in den UB deutlich macht, dass weder ein Abstand von 1.000m, noch eine pauschale Berücksichtigung dieses Abstandes rechtlich möglich sei.

Das deutliche Unterschreiten der empfohlenen Mindestabstände konterkariert insbesondere deshalb die Ziele einer solchen Empfehlung, da bei der Festlegung von Abständen „die technische Weiterentwicklung der Anlagen und damit einhergehend eine Vergrößerung der Anlagen mit entsprechend weitergehenden Auswirkungen zu berücksichtigen" sind. Zum Zeitpunkt

des Erlasses lag die durchschnittliche Nabenhöhe bei ca. 78m. Die Planung des RROP ist an einer Anlage mit einer Nabenhöhe von 124m ausgerichtet. Dies entspricht einem Plus von 59%, so dass rein rechnerisch der empfohlene Abstand auf 1.590m steigen müsste. Stattdessen wird der Abstand auf einem Niveau veralteter Rechtsprechung gehalten. Die Begründung, dass bei höheren Abstandsempfehlungen nicht substantiell Raum geschaffen würde, ist nicht ausreichend. Die Gründe sind bereits ausgeführt worden (s.o.).

Hier ist u. E. der Gleichheitsgrundsatz nicht zu vernachlässigen. Die Abstände sind auf Landesebene festzulegen. Dass in Nordrhein Westfalen am 21.10.2005 ein Abstand per Erlass auf 1.500m festgelegt wurde und in Brandenburg sich eine Festlegung von 1.000m abzeichnet (entgegen der Forderung der Bevölkerung von 1.500m), im Landkreis Nienburg aber aus Gründen der Rechtssicherheit der niedersächsische Erlass aus 2004 keine Berücksichtigung finden kann, entspricht diesem Grundsatz nicht.

Unter dem Gesichtspunkt einer Baurecht schaffenden Legislative wird hier der Föderalismus der Bundesländer auf die Landkreisebene herunter gebrochen (jeder Kleinstaat / Landkreis mit eigenen Regeln).

Ebenso fragwürdig ist die Tatsache, dass andere niedersächsische Landkreise den Erlass 2004 des Landes umsetzen konnten, ohne eine Ungültigkeit des RROP damit hervorgerufen zu haben.

Im Landkreis Cuxhaven hat der Erlass Berücksichtigung gefunden - etwas, dass in Nienburg nicht möglich war. Wie auch Nienburg, so befand sich Cuxhaven ebenfalls in einem laufenden Planänderungsverfahren. Anders als Nienburg hat Cuxhaven allerdings den Kriterienkatalog entsprechend angepasst und die neuen empfohlenen Abstände in den Planungsprozess übernommen und sich somit diametral entgegengesetzt zum Landkreis Nienburg verhalten.

Auch der Landkreis Emsland berücksichtigt die Empfehlungen und „fordert einen Mindestabstand von 800m zu Einzelhäusern und 1000m zu Wohnsiedlungen".

Zudem fuhrt eine strenge Auslegung des vom Landkreis angeführten OVG Urteils aus Nordhrein Westfahlen vom 09.08.2006 zu durchaus anderen Abständen. Hier wird der dreifache Mindestabstand der Gesamthöhe zu Wohngebäuden empfohlen. Bei einer Gesamthöhe von 180m bedeutet dies einen Mindestabstand von 540m. Dies entspricht zwar keiner großen Abweichung, macht aber erneut deutlich, dass die hiesige Planungsinstanz zur Erreichung einer absoluten Rechtssicherheit eine äußerst defensive Auslegung der Rechtssprechung zu lasten des Bürgers vornimmt.

Aus den hier vorgetragenen Gründen lässt sich das Verhalten des Landkreises Nienburg nicht nachvollziehen. Bei Auswahl entsprechender Urteile und Nutzung der juristischen Möglichkeiten wäre ein weitergehender Schutz für Mensch und Tier möglich. Die Aussage, dass „ ... das Planungskonzept das als Grundlage für die Festlegung der Vorrangstandorte für Windenergienutzung im RROP 2003 diente, an die aktuellen rechtlichen und fachlichen Vorgaben angepasst" wurde, scheint aus den o. g. Gründen nur sehr einseitig erfolgt.

Das OVG Münster hat bereits in 2002 festgestellt, dass „den Belangen der Windenergie im Rahmen der Abwägung kein Vorrang oder auch nur ein besonders beachtliches Gewicht zukommt".

Auch das BVerwG hat bereit in 2002 ein Urteil bzgl. der Ausgestaltung von Konzentrationsflächen gefällt. Darin heißt es sinngemäß: „Gemeinden müssen nicht sämtliche Bereiche, die sich grundsätzlich für die Nutzung von Windenergie eignen, als Vorrangflächen ausweisen. Eine Gebietsauswahl darf in dem Interessenskonflikt zwischen Nutzung der Windkraft und anderen Schutzgütern (z.B. Naturschutz) je nach Gewichtung der Belange getroffen werden. Mit diesem Urteil wurde die Entscheidung des OVG Nordrhein- Westfalen vom 30.11.2001 (7 A 4857/00) bestätigt, worin eine Konzentrationszone mit höchstens 11 WKA als rechtswirksam angesehen wurde".

Dass diese Möglichkeiten ausgelassen werden und man sich hinter veralteten Urteilen „versteckt" ist so nicht akzeptabel. Es scheint, als sollten Planungsfehler der Vergangenheit auf diesem Wege überkompensiert werden und der Bürger das Nachsehen haben.

Die Furcht vor Schadensersatzklagen der Windenergieindustrie wurde auch durch Aussagen des BOR Pagels deutlich: "Wenn ein Dritter mögliche Schadensersatzforderungen der Betreiber übernimmt, werden wir sofort einen Abstand von 1.000m festlegen!". In diesem Zusammenhang wurde auch die Aussage getroffen, dass für den Landkreis Nienburg die Rechtsprechung des OVG Lüneburg ausschlaggebend war. Auch dieser Aussage kann entnommen werden, dass der Planungsträger eher eine schadensbegrenzende Haltung einnimmt. Offensichtlich wird das Risiko einer Klage der Bürger - und somit der Wähler - als geringer eingeschätzt, da diese keinen entgangenen Gewinn als Schadensersatzgrundlage anführen können, scheint diese Sichtweise auch finanzwirtschaftlich - nicht jedoch im Sinne des Grundgesetzes - nachvollziehbar.

Dass der Planungsträger sich im Hinblick auf die Schutzwürdigkeit des Gutes „Mensch" bei den von ihm festgelegten Abständen sehr unsicher ist, wird auch durch die suchende Hilfestellung in der TA Lärm dokumentiert: „Die jeweils erforderlichen Mindestabstände von WEA zur Wohnhebauung werden auf Grundlage vorzulegender schalltechnischer Gutachten des Anlagenbetreibers im Rahmen der Genehmigungsverfahren geprüft". Dadurch wird deutlich, dass der Landkreis Nienburg durch die einseitige Rechtsauslegung seine originäre und an diversen Stellen auch hervorgehobene Schutzfunktion nicht nur in unzureichendem Maße ausnutzt, sondern sogar die Verantwortung wohlwissend der Unzulänglichkeit auf nachfolgende Planungsinstanzen verschiebt - und somit sowohl Kosten als auch Konsequenzen aus Rechtsstreitigkeiten auf die Kommune überträgt. Dass die Ausarbeitung einer nicht vollzugsfähigen Bauleitplanung gegen höchstrichterliche Rechtsprechung verstößt, kommt erschwerend hinzu.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

m Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte

durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**458**

5.2.5. Schattenwurf

Der Schattenwurf der geplanten Anlagen mit einer Gesamthöhe von 180m trifft die Ortschaften Husum und Meinkingsburg in überdurchschnittlichem Maße. Planungen eines möglichen Betreibers auf Basis der deutlich kleineren Anlage mit einer Gesamthöhe von 149m verdeutlicht dass die Ortschaft Husum schon bei dieser geringeren Höhe bis zum Ortszentrum (Kirche) von Schattenwurf über die Belastungsgrenzen hinaus betroffen sein wird. In den Mittagsstunden ändert sich sonnenstandsbedingt die negative Auswirkung von Husum nach Meinkingsburg.

Umgekehrt verhält es sich mit der Reflexion von Sonnenlicht (Diskoeffekt), der mit der Formulierung „Reflexion" im Gutachten ebenfalls negativ hervorgehoben wird.

Leider ist es den Mitgliedern der Interessengemeinschaft aufgrund der komplexen Berechnungsmodalitäten nicht möglich, die Auswirkungen bei einer Anlage mit 180m Gesamthöhe zu simulieren. Diese werden jedoch entsprechend höher sein, als bei der o.g. kleineren Anlage. Hier wirkt sich überproportional die ungünstige Lage des Plangebietes im Dreidörfereck, wie unter 5.2.2. und dem Gutachten beschrieben, aus.

Auch die unter „Ausgleichsmaßnahmen" beschriebene Anpflanzung von Gehölzreihen zum Sichtschutz vor WEA mit einer Gesamthöhe von 180m scheint in diesem Zusammenhang wenig zielführend, insbesondere da das Gutachten der Planungsgruppe selbst von einem erheblichen negativen Einfluss auf die Bevölkerung ausgeht: „Beeinträchtigungen sind für die Schutzgüter Menschen und Landschaft sowie für die Avifauna zu erwarten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**454**

5.2.9. Zusammenfassung Bevölkerung und Gesundheit des Menschen

Insgesamt ist festzuhalten, dass mögliche Windindustrieanlagen mit einer Gesamthöhe von 180m oder mehr bei einem Abstand zu Gebieten mit Wohnbebauung von 500m einen nicht zumutbaren beherrschenden Einfluss auf die Ortsbilder im „Dreidörfereck" ausüben. Über die Ortschaften hinweg ist das Bild von niedriger Bebauung geprägt. Ein Windpark in der geplanten Größenordnung würde das einheitliche Bild nicht nur zerstören, sondern durch die unmittelbare Nähe zu den Bewohnern auch eine erdrückende optische Wirkung erzielen. Diese Wirkung lässt sich auch nicht durch neue Anpflanzungen relativieren, sondern nur durch größere Abstände und Höhenbeschränkungen erreichen.

Daher fordern wir aus diesem und den weiteren hier genannten Aspekten die Umsetzung der im Erlass 2004 genannten Empfehlungen und Beschränkung des Gebietes auf einen Mindestabstand von 1.000m zu Gebieten mit Wohnbebauung. Darüber hinaus dürfen mögliche Anlagen die Gesamthöhe von 150m nicht überschreiten.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Um dem Stand der Technik gerecht zu werden und eine effiziente Energieerzeugung zu ermöglichen, wird auf die Festlegung einer Höhenbegrenzung im RROP verzichtet. Im LROP Niedersachsen 2008 wird in den Erläuterungen zu Ziel 4.2 04 S. 1 darauf hingewiesen, dass der unter technologischen, klimatischen und umweltschonenden Aspekten sinnvolle Einsatz von Anlagen neuester Bauart nicht durch unverhältnismäßige Höhenbegrenzungen und Abstandsregelungen verhindert werden sollte (vgl. LROP 2008, S. 139). Das LROP wird zurzeit aktualisiert. Im LROP-Änderungsentwurf 2010 ist bezüglich der Windenergienutzung vorgesehen, folgendenden Grundsatz zu ergänzen: „5In Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung sollen Höhenbegrenzungen nicht festgelegt werden."

Damit entspricht die RROP-Standortkonzeption den landesseitigen Planungsleitlinien.

Höhenbegrenzungen sind grundsätzlich denkbar, wenn im konkreten Einzelfall nachgewiesen wird, dass diese erforderlich sind, z. B. aus Gründen der Flugsicherung oder besonderen Anforderungen zum Schutz des Landschaftsbildes. Dies setzt jedoch eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Einzelfall voraus, die das RROP nicht leisten kann und soll. Diese Auseinandersetzung und daraus resultierende, stichhaltig begründete Darstellungen und Festsetzungen sollten in den Bauleitplänen der Gemeinden erfolgen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**452**

5.2.2. Geographische Lage

Durch die Lage des geplanten Vorranggebietes im „Dreidörfereck" Meinkingsburg - Husum - Bolsehle potenzieren sich die im Gutachten skizzierten negativen Umweltauswirkungen. Hierzu heißt es im Gutachten:

„Durch die steigenden Anlagenhöhen sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexion auch über den Mindestabstand hinaus gegeben. Da sich innerhalb einer Entfernung von 1,5 km mehrere Siedlungsbereiche (Husum, Meinkingsburg, Bolsehle) befinden, sind Störungen als wahrscheinlich anzusehen. Besonders betroffen ist aufgrund der in Bezug auf Schattenwurf ungünstigen Lage im Norden des potentiellen Vorranggebietes und der wenig schichtverschattenden Gehölze der Ort Meinkingsburg".

Durch den geringen Abstand des Planungsraumes zu den benannten Ortschaften werden sämtliche negativen Auswirkungen unabhängig von Wind- oder Sonnenausrichtung eine Ortschaft treffen. Die somit tangierte Anzahl von Anwohnern steht in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen und ist in seiner Auswirkung einzigartig im Vergleich zu den anderen Standorten.

Erschütternd ist die Begründung, dass „die Fernsichtbarkeit der Anlagen innerhalb des Naturparks nach Süden und Osten aufgrund des ausgedehnten Waldgebietes stark eingeschränkt ist." Gerade die Gebiete mit Wohnsiedlungen werden nicht derart geschützt. Daher ist es eine Argumentation, deren Ironie jeden Anwohner trifft, der sich für das Leben in dem Naturpark entschieden hat. Zum Naturpark, siehe darüber Punkt 5.6.2.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen

Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**453**

5.2.3. Strukturelle Lage

In der Gemeinde Husum sind nur sehr wenige Gewerbebetriebe angesiedelt. Diese jedoch schwerpunktmäßig im Bereich der Nienburger Straße und somit unmittelbar in der Nähe des geplanten Vorranggebietes. Lärm- und sonstige Einflüsse auf den Anwohner werden sich somit über die bislang vorhandenen Einflüsse verschärfen.

Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Einnahmesituation. Aus dem vorgenannten Grund verfügt die Gemeinde nur über sehr geringe Gewerbesteuereinnahmen und ist im Umkehrschluss überproportional von den Einkommenssteueranteilen der Bürger abhängig. Wird die Wohnqualität durch den Bau einer Windenergieanlage verringert, verringert sich auch die Möglichkeit, sich weiter als attraktiver Wohnort hervorzuheben.

Unter Berücksichtigung der infrastrukturellen Situation in Husum (kaum angesiedelter Einzelhandel, voraussichtliche Schließung der letzten Einkaufsmöglichkeit zum Jahresende) wird deutlich, dass die Gemeinde in der Argumentation der Wohnqualität eben von dem Erholungsfaktor und der Unversehrtheit der Natur abhängig ist. Sämtliche Bemühungen der Bürger vor Ort, eine Verbesserung dieser Lebensqualität zu erreichen werden durch ein einziges Vorhaben im Rahmen der Teiländerung konterkariert.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**459**

5.2.6. Befeuerung

Bei der zur Disposition stehenden Anlagenhöhe wird, zumindest während der Dunkelheit eine Befeuerung unumgänglich sein. Alleine schon durch die Nähe zum Fliegerhorst Wunstorf wird diese entsprechend hohen Anforderungen genügen müssen. Die sich daraus für alle umliegenden Ortschaften ergebende Beeinträchtigung der Nachtruhe wird aufgrund der fehlenden Beschattung ein erhöhtes Maß annehmen. Jedem Betrachter wird sich aufgrund der notwendigen Nachtbefeuerungsanlagen an den möglichen WEA der Eindruck aufdrängen, es handele sich um ein Gebiet mit großen Industrieanlagen (Industriegebiet) z. B. mit hohen beleuchteten bzw. blinkenden Schornsteinanlagen.

Auch diesem Aspekt wurde in der gesamten Betrachtung nicht ausreichend Rechnung getragen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Gemäß §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**460**

5.2.7. Schallimmission

Der Bürger wird gegen Schallimmisson durch die TA Lärm geschützt. Hier gehen wir von einer Berücksichtigung des Immissionsrichtwertes für Wohnbebauung mit 35 dB (A) zur Nachtzeit aus.

In den UB wurde der Prototyp festgelegt . Mit welcher Emission die Umwelt durch diesen Typ beeinträchtigt wird, ist ebenfalls bekannt und im Gutachten auf Seite 11 dokumentiert. Hieraus ist ersichtlich, dass bei einem maximal nach TA-Lärm zulässigen Immissionsrichtwert bzw. Grenzwert von 35 dB (A) zu Wohnbebauung ein Mindestabstand zum ausreichenden Schutz von 1100m notwendig sein wird.

Allerdings muss dieser Maximalwert durch die spärliche Gewerbeansiedlung im angrenzenden Gebiet Nienburger Straße und

die ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe kumulativ Berücksichtigung finden. Nur durch die Vergrößerung der bislang geplanten Mindestabstände kann diesem Aspekt ausreichend Rechnung getragen werden.

Aus diesem Grund ist es u.E. sinnvoll, das Gebiet von Vornherein auf die gem. TA Lärm notwendigen Abstände zu begrenzen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 477	Privatperson	**504**

Schutzabstände von 300m und WEA-Höhen von 180m zu Wohngebäuden sind nicht ausreichend.

Im Beschluss des BVG vom 11.12.2006 - 4B72.06 heißt es: "WEA können gegen das in §35 Abs.3 Satz 1 BauGB verankerte Gebot der Rücksichtnahme verstoßen, weil von den Drehbewegungen ihrer Rotoren eine -optisch bedrängende Wirkung- auf bewohnte Nachbargrundstücke im Außenbereich ausgeht".

Ob eine derartige Wirkung anzunehmen ist, beurteilt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Im sogenannten Gutachten der Firma PU ist diese Würdigung nicht vorgenommen worden.

Schallimmission

Die derzeitige Stühring-Anlage mit 100m Gesamthöhe und 600KW Leistung soll lt. Schallprognose des Herstellers 40,5dBA Schallpegel im Abstand von 475m (Haus Oelschläger) erreichen.

(siehe Anlage 3: Schallimmissionsprognose der beiden WEA Stühring/Schäfer)

Diese Herstellerprognosen sind nicht das Ergebnis einer konkreten Sachverständigenprüfung am vorgesehenen Standort unter Zugrundelegung der dort herrschenden Bedingungen wie Windstärke, Windrichtung, Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Luftdichte.

Angenommen dieser Pegel stimmt (eine Nachmessung des LK im Rahmen der Amtsermittlung ist uns nicht bekannt), ist zu vermuten, dass bei 180 m Anlagenhöhe und 300m Abstand zu Wohngebäuden 45dBA bei Nacht überschritten werden.

Es ist ferner zu vermuten, dass die Pegel im allgemeinen Wohngebiet Calle und Duddenhausen den Nachtwert der TA Lärm von max. 40dBA auf Grund der multiplen Lärmausbreitung mehrerer WEA bei Abständen von 300m und Höhen von 180m überschreiten.

Es ist dringend geboten, hier vor der Entscheidungsfindung detaillierte Prognosen mit definierten, fiktiven Standorten der geplanten WEA durchzuführen.

Die Prognoseberechnungen müssen dabei nach dem alternativen Verfahren mit einer Geräuschprognoseunsicherheit von + 2,6dBA und bei einem Schallleistungspegel der Einzelanlage von mindestens 103dBA durchgeführt werden. Außerdem müssen für Einzeltöne (Ton-/lmpulshaltigkeit) entsprechende Unsicherheitszuschläge berücksichtigt werden. Hierzu ist die neueste Rechtsprechung des BVG zur TA Lärm von 1998 zu beachten.

Allein Schallprognoseberechnungen der WEA-Hersteller sind hier nicht ausreichend, da auf Grund der exponierten Standorte mit erhöhter Lärmimmission im niedriger gelegenen Dorfbereich Calle und Duddenhausen gerechnet werden muss.

Zumal für die in der Planung angenommenen WEA noch keine oder wenige konkret nachgemessene Schallleistungspegel vorliegen.

Im Bereich Barke mit einem möglichen Abstand von 300m (Hof Albert Meyer Nr.2 und Haus Stefan Schröter Nr.3) werden

diese Pegel mit absoluter Sicherheit überschritten.

Aus den der Öffentlichkeit bekannt gemachten Informationen zur RROP- Planung geht nicht hervor, dass diese Abwägung überhaupt stattgefunden hat.

Wenn in der Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge hätten eingestellt werden müssen, ergibt sich ein Abwägungsdefizit.

Da hier die Abwägung nach unserer Kenntnis überhaupt nicht stattgefunden hat, ist ein Abwägungsausfall anzunehmen, der allein für sich schon den Abwägungsvorgang als Fehlerhaft erkennen lässt.

Schattenwurf

Für Schattenwurf gibt es keine gesetzlichen Grenzwerte. Das Maß dessen, was an Schattenwurf der Nachbarschaft zugemutet werden darf, ist deshalb wertend zu bestimmen.

Gemäß Rechtsprechung darf die maximal mögliche Beschattungsdauer nicht mehr als 30 Std. im Jahr und darüber hinaus nicht mehr als 30 Minuten am Tag betragen.

Im Rahmen einer bewertenden Betrachtung sind die tatsächlichen Umstände des Einzelfalls in den Blick zu nehmen.

Die aktuellen Schattenwürfe der 5 WEA im jetzigen Sonderbaugebiet Calle lassen befürchten, dass bei 180m Anlagen mit 300m Abstand erhebliche regelüberschreitende Zeiten entstehen.

Dem Plangeber ist zu empfehlen, wie bei der Schallimmission, mit fiktiven Standortwerten nachzurechnen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Der Gesichtspunkt der "optischen Bedrängung" wird dabei auch berücksichtigt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 482	Privatperson	**515**

Darüber hinaus behalten wir uns die Möglichkeit der Zivilklage offen, wegen Verletzung des Art. 14 GG, Eigentumsschutz, da durch die negativen Auswirkungen des Windparks unsere Häuser und Grundstücke unzweifelhaft einen erheblichen Wertverlust erfahren und Vermietungen erschwert bzw. unmöglich werden, sowie nach Art. 2 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) in Verbindung mit Art. 3 GG (Gleichbehandlung). Letzteres, weil die Schadimmissionen für Einzelbebauungen genauso hoch sind wie für Siedlungen, für Siedlungen aber ein um ein Vielfaches höherer Mindestabstand gilt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

Die Entwurfsplanung unterscheidet bei den Vorsorgeabständen zur Wohnbebauung zwischen Einzelwohnbebauung im Außenbereich (300 m) und zu geschlossenen Wohnsiedlungen (500 m). Diese Differenzierung soll weiter verfolgt werden.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 482	Privatperson	**514**

Aus dem entsprechenden Umweltbericht vom Oktober 2009 für das vorgenannte Gebiet geht hervor, dass eine Erweiterung des Vorranggebietes 15 erhebliche Umweltauswirkungen auf uns als unmittelbare Anlieger haben würde: Zitat Umweltbericht Abschnitt 2.2.15: ..."sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen auch über den Mindestabstand hinaus gegeben." Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass sich diese Aussagen auf Anlagenhöhen von max. 135m beziehen, dem technischen Stand von 2003. Geplant sind aber bekanntlich 50% höhere Anlagen, die E-126 mit 198 m Gesamthöhe, analog zum Windpark Mensinghausen, mit 24-stündiger „Befeuerung".

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Gemäß § 14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 490	RA Brand Interessengemeinschaft Uchte/Höfen, Herr Dirk Mayland-Quellhorst	**663**

Unsere Mandantin ist eine Interessengemeinschaft, die den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen im geplanten Windvorranggebiet „Windpark Höfen" verfolgt. Diese hat sich eine Satzung gegeben, aus der der Zweck und die Aufgabe der Interessengemeinschaft ersichtlich sind. Wir fügen diese in der Anlage in Kopie bei. Weiterhin fügen wir eine Mitgliederliste an, aus der Sie entnehmen können, welche Bürger des Landkreises Nienburg Mitglieder in der Interessengemeinschaft sind und dementsprechend ein großes Interesse an der Nutzung der Windenergie innerhalb des vorgesehenen Vorranggebietes haben.

Unsere Mandantin ist grundsätzlich mit dem von Ihnen ermittelten Vorranggebiet Höfen im Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 „Teilabschnitt Windenergie" einverstanden. Die unter Ziffer 4.3.1 des Entwurfs

der Begründung des RROP enthaltenen Abstandskriterien (Pufferzonen) zu Gebieten mit Wohnbebauung von 500 m und Wohngebäuden außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung von 300 m sollten beibehalten werden. Den Wünschen der Gemeinde, eine Vergrößerung der Abstände auf 500 m auch zu Einzelwohnbauten, sollte nicht gefolgt werden. Eine den Wünschen der Gemeinden folgende Regionalplanung ist im Übrigen auch gefährdet, abwägungsfehlerhaft auszufallen. Eine solche Planung würde angreifbar. Dementsprechend wird dringend dazu angeraten, an den bisherigen Ausschlusskriterien und Pufferzonen festzuhalten. Nur dieses gewährleistet eine für das gesamte Kreisgebiet einheitliche und nachvollziehbare Planung. Sollten die Vorstellungen der Gemeinde Uchte aufgegriffen werden, bedeutete dieses zudem eine deutliche Verkleinerung des zur Verfügung stehenden Potentials. Dieses ist auch deshalb schon nicht notwendig, weil in den konkreten Genehmigungsverfahren für die Windenergieanlagen sich ausreichende Abstände zwischen den Windenergieanlagen und den Wohnhäusern ergeben. Schon allein zur Verminderung oder zur Vermeidung optisch bedrängender Wirkungen und um die Einhaltung der Immissionsrichtwerte nach der TA Lärm nachzuweisen, werden sich im konkreten Einzelfall jeweils ausreichende Abstände ergeben. Bei 150 m hohen Windenergieanlagen werden sich ohnehin Abstände von mehr als 400 m schon im konkreten Genehmigungsverfahren ergeben. Sollten allerdings nur 100 m hohe Windenergieanlagen geplant werden, sind im Einzelfall auch Abstände von 300 m ausreichend.

Dementsprechend ist es nicht notwendig und fachlich auch nicht geboten, zu jedem einzelnen Wohnhaus schon auf der Ebene der Raumordnungsplanung Abstände von 500 m vorzugeben. Es würde das Potential unnötigerweise schon auf der Planungsebene erheblich beschränken. Dieses würde die nötige Energiewende erschweren. Dementsprechend wird für die Anwohner des geplanten Windvorranggebietes, die gleichfalls auch großteils Mitglieder der Interessengemeinschaft sind, gebeten und beantragt, an den gewählten Abstandskriterien festzuhalten und die Wünsche der Gemeinde nach Vergrößerung der Abstände zu Wohnhäusern im Außenbereich zu ignorieren.

Abwägungsvorschlag:

1. Folgen.

Es ist richtig, dass die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft wird (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten.

2. Nicht folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 496	Privatperson	**660**

Der Bau weiterer Windkraftanlagen in diesem Gebiet ist für uns völlig unakzeptabel da wir als direkte Anwohner schon jetzt mit enormen Immissionen des bestehenden Windparks zu tun haben. Beim Bau weiterer Anlagen können die Immissionen, die von Schall und Schatten ausgehen, sehr wahrscheinlich in ihrem Grenzwertbereich nicht eingehalten werden da die bestehenden Anlagen sich zum Teil schon im Grenzbereich bewegen, was wir ggf. auch durch Messungen belegen werden.

Das Gewerbeaufsichtsamt schreibt den 2.5 -fachen Abstand bezogen auf die Höhe der zu bauenden Windkraftanlage zu Wohnhäusern vor, was bei einer 200 m Anlage mindestens 500 m beträgt. Unsere Kinder leiden seit Fertigstellung des bestehenden Windparks an akuten Schlafstörungen und überhaupt sind wir in unserer Lebensqualität sehr belastet worden. Auch der Wert unseres Grundstückes und Wohngebäudes ist dadurch sehr gesunken.

Wir haben in dieser Sache eine Interessengemeinschaft gebildet und werden ggf. den Rechtsweg nicht ausschließen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Enwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Gleichwohl können jenseits der angesetzten Schutzabstände Auswirkungen durch Schattenwurf, Reflexionen und Lärm auftreten, die jedoch zumutbar und tolerierbar sind.

Grenzwertüberschreitungen werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft und müssen selbstverständlich ausgeschlossen werden. Eine Prüfung einzelner möglicher Anlagenstandorte ist nicht Aufgabe der Regionalplanung.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010). Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 519	Privatperson	**742**

2. Der im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms erstellte Umweltbericht vom Oktober 2009 weist Vorranggebiete aus, die fast ausschließlich im Westen von Ortschaften liegen. Bei den im hiesigen Raum vorherrschenden Windverhältnissen ist zu erwarten, dass die von den WEA ausgehenden Geräuschbelastungen verstärkt in die Wohnbebauung getragen werden. Darüber hinaus hat sich herausgestellt (ich selbst bin Betroffener der WEA westlich Wohlenhausen) dass bei einer Anhäufung von Anlagen nicht mehr von den Emissionswerten einer einzelnen Anlage ausgegangen werden kann. Vielmehr ist die Belastung durch das Zusammenwirken mehrerer Anlagen wesentlich intensiver, wenn vielleicht auch kein höherer Pegel als z.B. 45 dB(A) erreicht wird.

...

Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Geräuschemissionen von Vorranggebieien mit einer Vielzahl von WEA sind daher gutachterlich zu prüfen.

3. Im o.g. Umweltbericht fällt auf, dass den Lebensräumen nicht nur gefährdeter Tierarten weit größere Schutzräume zugestanden werden, als den im Planungsgebiet lebenden Menschen. So ist von 1200 m für Gastvogellebensräume und von 1000 m z.B. für Fledermauswochenstuben die Rede. Zwar wird nicht in Abrede gestellt, dass die menschliche Population im Einzelfall höher und in der Regel auch nicht gefährdet ist. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei WEA um von Menschen für Menschen erfundene Technik handelt. Die Überlegung, dass aus Gründen des Klimaschutzes und damit zum Schutz der Menschheit eine Technik eingesetzt muss, die einen nicht unwesentlichen Teil der Menschheit gesundheitlichen Gefahren aussetzt, ist irrational.

Die im Umweltbericht vorgesehenen Mindestabstände der WEA zur Wohnbebauung sind daher zu überdenken und deutlich zu erhöhen.

Der Überlegung dass Abstände ab 1000 m zu einer „Verhinderungsplanung" führen würden, die vor Gericht keinen Bestand haben kann, kann ich nicht folgen. Wenn angemessene Abstände zur Wohnbebauung dazu führen sollten, dass WEA nicht aufgestellt werden können, so ist die logische Folgerung, dass die Region zu stark besiedelt ist, um sog. „Windparks" errichten zu können.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft wird (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer

Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 531	Privatperson	**786**

Siehe ID 910.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Hinsichtlich eines Verstoßes gegen bestimmte Genehmigungsauflagen für den Betrieb von WEA - wie Abschaltzeiten - wird empfohlen, die Immissionsschutzbehörde des Landkreises Nienburg/Weser zu informieren.

Um dem Stand der Technik gerecht zu werden und eine effiziente Energieerzeugung zu ermöglichen, wird auf die Festlegung einer Höhenbegrenzung im RROP verzichtet. Im LROP Niedersachsen 2008 wird in den Erläuterungen zu Ziel 4.2 04 S. 1 darauf hingewiesen, dass der unter technologischen, klimatischen und umweltschonenden Aspekten sinnvolle Einsatz von Anlagen neuester Bauart nicht durch unverhältnismäßige Höhenbegrenzungen und Abstandsregelungen verhindert werden sollte (vgl. LROP 2008, S. 139). Das LROP wird zurzeit aktualisiert. Im Änderungsentwurf 2010 ist bezüglich der Windenergienutzung vorgesehen, folgenden Grundsatz zu ergänzen: „5In Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung sollen Höhenbegrenzungen nicht festgelegt werden." Damit entspricht die Standortkonzeption den landesseitigen Planungsleitlinien.

Höhenbegrenzungen sind grundsätzlich denkbar, wenn im konkreten Einzelfall nachgewiesen wird, dass diese erforderlich sind, z. B. aus Gründen der Flugsicherung oder besonderen Anforderungen zum Schutz des Landschaftsbildes. Dies setzt jedoch eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Einzelfall voraus, die das RROP nicht leisten kann und soll. Diese Auseinandersetzung und daraus resultierende, stichhaltig begründete Darstellungen und Festsetzungen sollten in den Bauleitplänen der Gemeinden erfolgen.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 533	Privatperson	**790**

...als Grundstückseigentümer und Bewohner des Grundstücks (…) sind wir durch die geplante Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms direkt betroffen und haben erhebliche Bedenken und Einwendungen.

Das geplante 265 ha große Vorranggebiet liegt südwestlich bis nördlich in nur 300 m Abstand und in Hauptwindrichtung zu

unserem Grundstück. Dieses riesige Vorranggebiet würde sich aufgrund der Lage direkt auf unsere Wohnqualität auswirken.

Wir befürchten erhebliche Störungen und Irritationen durch Schattenschlag, Geräusche der Rotoren und der Flügel, durch Beleuchtung und Reflektionen, durch Eisabwurf und Luftverwirbelungen. Die stetige Bewegung der Flügelblätter dieser riesigen Windkraftanlagen in solcher Nähe wirkt auf uns bedrohlich. Wir befürchten negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

2	**Wohnen**	ID
Nr. 551	Privatperson	**787**

Wir wollen in unserem Dorf unsere Kinder in gesunder Umgebung aufwachsen sehen! Aus diesem Grund sind wir aufs Land gezogen….

Die Windkraftanlagen die vor unserer Haustür gebaut werden sollen, können eine Lautstärke von bis zu 80 Dezibel erreichen - nur wenig leiser als ein vorbeidonnernder Lastwagen...

Langsam zerschneiden schwertförmige Rotorblätter die Luft -ein ständiges Zischen, ein Pfeifen, ein Summen. Windkraftanlagen Energie - wer sich solch eine Anlage aufs Grundstück stellt, bekommt dafür fünfstellige Summen vom Staat und darf sich über Steuervorteile freuen.

Doch wer in unmittelbarer Nähe eines Windrads leben muß, wird krank!

Dabei geht es nicht nur um die unerträgliche Lärmbelästigung. Bei Sonneneinstrahlung kommt es zu Schattenwürfen und ständigen Hell-dunkel-Blitzen dem gefürchteten "Disco-Effekt". Noch nicht abzuschätzen sind Folgeschäden durch Infraschall: Schwingungen der Anlage lassen Ohr oder Lunge vibrieren, es kann zu Atembeschwerden und Angstzuständen kommen.

Was wir hier aufgebaut haben, kriegen wir doch niemals wieder."

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 562	Privatperson	**793**

Ich bin Anwohner des potentiellen Windvorranggebietes 04 und möchte hiermit eine positive Stellungnahme zu dem von Ihnen im 1. Änderungsentwurf des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie" ausgewiesenen Vorranggebiet 04 - Calle - abgeben.

Schall:

Einer höheren Lärmbelästigung durch neue Anlagen sehe ich eher gelassen entgegen, da ich mich an meinem Wohnort eh schon in Hauptwindrichtung befinde. Eine noch höhere Belastung kann, aufgrund der Vorgaben der TA-Lärm, nahezu ausgeschlossen werden. Somit ist die bisher auftretende Schallbelastung subjektiv als Limit zu empfinden und - bedingt durch die Vorbelastung - durchaus vertretbar. Wäre dieses Gebiet ein „weißer Fleck" und kein Lückenschluss zwischen bestehenden Anlagen könne man dieses anders sehen.

Die Befürchtungen einiger Anwohner bzgl. der geringen Planungsabstände von 300 m sind sicherlich verständlich, werden jedoch auch durch die Vorgaben der TA-Lärm entkräftet. Selbst wenn ein Gebiet mit so relativ dichten Abständen zur Wohnbebauung ausgewiesen würde, heiße es noch lange nicht, dass so dicht auch heran gebaut werden könne. Die Schall-Richtwerte sind einzuhalten und würden Abstände von bedeutend über 400 m erfordern.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 563	Privatperson	**666**

...wir, die Unterzeichner dieses Schreibens (siehe Tabelle), sind Anwohner des von Ihnen ausgewiesenen Vorranggebietes WE 07 und möchten zu der geplanten Änderung des RROP - Teilabschnitt Windenergie - durch den Landkreis Nienburg/Weser wie folgt Stellung nehmen:

Wir blicken derzeit auf 23 erbaute Windenergieanlagen und können uns in keinem Fall mit dem Bau weiterer Anlagen einverstanden erklären. Für uns hat die Feldmark mit ihrer nur durch wenig Wald beeinträchtigten Aussicht einen hohen Naherholungswert. Die bestehenden Anlagen sind bereits deutlich durch die auftretenden Geräuschemissionen und den Schattenwurf (Diskoeffekt) wahrzunehmen. Sollten weitere Anlagen bis auf 500 m an die Ortschaft Bühren heran gebaut werden, so fühlen wir uns sehr stark in unserer Lebensqualität beeinträchtigt. Einer „Verspargelung" der Landschaft mit Anlagen von bis zu 180 m Höhe sehen wir mit Schrecken entgegen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 564	Privatperson	**667**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID

Nr. 565	Privatperson	**668**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 566	Privatperson	**669**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 567	Privatperson	**670**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 568	Privatperson	**671**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 569	Privatperson	**672**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag:		

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 570	Privatperson	**673**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 571	Privatperson	**674**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 572	Privatperson	**675**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 573	Privatperson	**676**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 574	Privatperson	**677**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 575	Privatperson	**678**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 576	Privatperson	**679**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 577	Privatperson	**680**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 578	Privatperson	**681**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 579	Privatperson	**682**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 580	Privatperson	**683**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 581	Privatperson	**684**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 582	Privatperson	**685**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern,

um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 583	Privatperson	**686**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 584	Privatperson	**687**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 585	Privatperson	**688**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 586	Privatperson	**689**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID

Nr. 587	Privatperson	**690**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 588	Privatperson	**691**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 589	Privatperson	**692**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 590	Privatperson	**693**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.		
2	**Wohnen**	ID
Nr. 591	Privatperson	**694**
siehe ID 666		
Abwägungsvorschlag:		

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 592	Privatperson	**695**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 593	Privatperson	**696**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 594	Privatperson	**697**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 595	Privatperson	**698**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 596	Privatperson	**699**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 597	Privatperson	**700**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 598	Privatperson	**701**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 599	Privatperson	**702**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 600	Privatperson	**703**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 601	Privatperson	**704**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 602	Privatperson	**705**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 603	Privatperson	**707**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 603	Privatperson	**706**

siehe ID 666

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern,

um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

2	**Wohnen**	ID
Nr. 619	Energiekontor AG	**852**

Abstände zur Wohnbebauung:

Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein ausreichender Abstand zur Wohnbebauung notwendig ist. Dieser sollte grundsätzlich bei Anlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 100 m Gesamtbauwerkshöhe mindestens 500 m betragen und idealerweise bei 750 m Abstand zu Einzelhäusern liegen. Allerdings sollte in begründeten Ausnahmefällen auch ein geringerer Abstand zugelassen werden dürfen. Der Abstand von 1.000 m zu geschlossenen Ortslagen ist sinnvoll.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 197	Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt	**947**

…die von Ihnen in den Anlagen zugesandten Stellungnahmen von Bürgern aus Husum, Hilgermissen und Stolzenau zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Windkraftanlagen teile ich Ihnen nachfolgendes mit.

Die in den einzelnen Stellungnahmen aufgeführten Auswirkungen, Gefährdungen bzw. Risiken auf die Gesundheit des menschlichen Organismus durch Windkraftanlagen, durch

- enstehenden Infraschall
- optische Bedrängung (Höhe der WKA),
- Hindernis-Befeuerung (Flugsicherung ab einer Höhe von 100m)
- Schattenwurf (Schlagschatten)
- periodische Lichtreflexionen der Rotorblätter und/ oder
- Krebserkrankungen (im Zusammenhang mit WKA)

kann ich auf grund fehlender Beurteilungsgrundlagen nicht bewerten.

Zu dieser Problematik sind Erkenntnisse oder Studien/ Langzeitstudien nicht vorhanden.

Aus dem gesundheitlichen Präventivgedanken heraus, empfehle ich in Hinblick auf den Mindestabstand von Wohngebäuden zu WKA's die Empfehlungen des Niedersächischen Landkreistag anzuwenden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 325	Privatperson	**127**

...wir, die unten aufgeführten Bürger und Hausbesitzer aus Hilgermissen, lehnen die geplante Teiländerung des Bereichs Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) im Bereich Hilgermissen strikt ab.

Wir begründen dieses zum einen durch die noch mehr zu erwartenden unakzeptablen Lärmemissionen, den Schattenwurf und die Reflektionen. Es sollte doch in allererster Linie der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund stehen. Dieser ist ohnehin durch die Summe der Belastungen in Hilgermissen stark gefährdet. Nicht nur das wir durch das bereits vorhandene Umspannwerk, dem Sendeturm der Post die anliegende Genossenschaft und durch die bereits vorhandenen Windräder genug Belastungen ausgesetzt sind, sollen jetzt noch größere und näher anliegende Windkraftanlagen unser Leben auf dem Lande erschweren! Jetzt ist es genug! Das erhöhte Aufkommen von Krankheiten (Krebs) sogar mit Todesfällen ist bedenklich!

(Liste mit Privatpersonen aus Hilgermissen, die entweder an Krebs erkrankt oder verstorben sind.)

Für uns Bürger ist es nicht verständlich, warum die Fläche in Richtung Wohnbaugebiet Hilgermissen erweitert werden soll mit weiterhin negativen Auswirkungen auf uns Bürger!

Zum anderen nehmen wir Bezug auf die gemeinsam abgegebene Stellungnahme der Samtgemeinde Grafschaft Hoya und ihre Mitgliedsgemeinden Bücken, Hilgermissen, Hoyerhagen und Schweringen, die wir hier nicht noch mal näher erläutern möchten.

Die geplante Erweiterung der Fläche in Hilgermissen führt im Vergleich zur aktuellen Lage zu einer noch verstärkten Belastung der Bürger, und wir bitten daher, aus den oben aufgeführten Gründen von einer Erweiterung abzusehen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 340	Privatperson	**536**

Ebenso verweise ich ausdrücklich auf die biologische Wirkung von luftgeleitetem Infraschall!

Grundsätzlich hat Infraschall die gleichen Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden wie Schall und Lärm. Neben der Erzeugung von zeitweiligen oder permanenten Hörschwellenabwanderungen bis hin zur Taubheit bei ausreichenden Pegeln werden unter den sogenannten extraauralen Wirkungen folgende psychomentale Störungen wie Angst, Appetitlosigkeit, Benommenheit, Ermüdung, Konzentrationsminderung, Kopfschmerz, Verminderung der Leistungsfähigkeit, Lethargie, Magenbeschwerden, Ohrendruck, Reizbarkeit, Schlafstörungen und Störung des Wohlbefindens genannt. Darüber hinaus werden folgende Gesundheitsbeeinträchtigungen diskutiert: Augenbeschwerden, Blutdruckbeeinflussung, Depressionen, Durchblutungsstörungen, Epilepsie, Beeinflussung des endokrinen Systems, Veränderung der Erythrozyten, Veränderung der vibrotaktilen Fühlschwelle, Gleichgewichtsstörungen, Beeinflussung von Hauttemperatur, Hautwiderstand, Herzschlagfrequenz und der Hypophysenfunktion, myokardale Ischämien, Verminderung der Magenschleimhautdurchblutung, der Neuromotorik und des Nystagmus, sowie zum Auftreten von Tinitus. Aus heutigem Kenntnisstand heraus sollten Windkraftanlagen deshalb lediglich weitab von menschlichen Ansiedlungen, besser noch, nicht

in deren Sichtweite errichtet werden.

Auch aufgrund dieser Sicht ist nicht zu verstehen, daß die Grenze des Vorranggebietes in Husum zur Wohnbebauung "nur" 500 Meter beträgt!

Der Mindestabstand "muß" demzufolge mindestens 1.000 Meter von bebauten Gebieten betragen!

Insgesamt kommt das Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt" zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet" ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 - Husum - im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung.

Aus diesem Grund erwarte ich, durch die höhere Gewichtung der o.g. Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tier berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird. Das bedeutet, durch Übertragung der o.g. Mindestabstände ist das Gebiet entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig zu eliminieren!

Im Jahre 2006 sind wir aus der Stadt aufs Land gezogen, weil wir dem Lärm des Großstadtjungels entfliehen wollten.

Doch nun ist es leider so, daß dieses ländliche Leben durch WKA's in der Gemeinde Husum zerstört werden soll!! - Das darf nicht passieren!

Diese WKA's mindern den Wert unseres Grundstücks, so daß wir dieses nicht einmal mehr verkaufen können, um hier wegzukommen.

Sie beeinflussen unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit!

Außerdem wird die Natur kaputt gemacht. Nicht nur die Tiere sondern auch die Menschen gehen kaputt, durch Krankheiten, wie bereits oben beschrieben, die die WKA's (Industrieanlagen) verursachen.

Das sind nur einige Beispiele an Erkrankungen, die sie verursachen. Weiterhin beeinträchtigen sie uns durch Schattenwurf sowie die Laufgeräusche - das ist nervraubend und störend. Für uns Anwohner sehen wir keinen Nutzen in diesen WKA's, nur Negatives!

Den einzigen Nutzen haben die Betreiber und die Verpächter der Ländereien.

Möchten Sie direkt neben so einem Windpark leben????

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist

hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 367	Privatperson	**128**

siehe ID 127

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 368	Privatperson	**482**

siehe ID 127

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 369	Privatperson	**483**

siehe ID 127

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 370	Privatperson	**484**

siehe ID 127

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 371	Privatperson	**485**

siehe ID 127

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob die Abstände der festzulegenden potenziellen Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich vergrößert werden, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Moderne Anlagen verfügen über matte (mittelreflektierende) Rotorbeschichtungen um den so genannten Disco-Effekt (störende Lichtblitze) durch Sonnenreflexion zu minimieren (vgl. Länderauschuss Immissionsschutz [LAI] 2002: Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen, S. 6). Die Auflage, die Rotorblätter schwach reflektierend zu beschichten, ist für den Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**620**

Außerdem ist die biologische Wirkung von luftgeleitetem Infraschall zu berücksichtigen. Grundsätzlich hat Infraschall die gleichen Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden wie Schall und Lärm. Neben der Erzeugung von zeitweiligen oder permanenten Hörschwellenabwanderungen bis hin zur Taubheit bei ausreichenden Pegeln werden unter den sog. extraauralen Wirkungen folgende psychomentale Störungen wie Angst, Appetitlosigkeit, Benommenheit, Ermüdung, Konzentrationsminderung, Kopfschmerz, Verminderung der Leistungsfähigkeit, Lethargie, Magenbeschwerden, Ohrendruck, Reizbarkeit, Schlafstörungen und Störungen des Wohlbefindens genannt. Weitere Gesundheitsbeeinträchtigungen werden in der Fachwelt diskutiert. Aus heutigem Kenntnisstand heraus sollten WEA deshalb lediglich weit ab von Siedlungen errichtet werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen

Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**625**

Außerdem ist die biologische Wirkung von luftgeleitetem Infraschall zu berücksichtigen, Grundsätzlich hat Infraschall die gleichen Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden wie Schall und Lärm. Neben der Erzeugung von zeitweiligen oder permanenten Hörschwellenabwanderungen bis hin zur Taubheit bei ausreichenden Pegeln werden unter den sog. extraauralen Wirkungen folgende psychomentale Störungen wie Angst, Appetitlosigkeit, Benommenheit, Ermüdung, Konzentrationsminderung, Kopfschmerz, Verminderung der Leistungsfähigkeit, Lethargie, Magenbeschwerden, Ohrendruck, Reizbarkeit, Schlafstörungen und Störungen des Wohlbefindens genannt. Weitere Gesundheitsbeeinträchtigungen werden in der Fachwelt diskutiert. Aus heutigem Kenntnisstand heraus sollten WEA deshalb lediglich weit ab von Siedlungen errichtet werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und

Umwelt, 11.08.2010).

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**614**

Außerdem ist die biologische Wirkung von luftgeleitetem Infraschall zu berücksichtigen. Grundsätzlich hat Infraschall die gleichen Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden wie Schall und Lärm. Neben der Erzeugung von zeitweiligen oder permanenten Hörschwellenabwanderungen bis hin zur Taubheit bei ausreichenden Pegeln werden unter den sog. extraauralen Wirkungen folgende psychomentale Störungen wie Angst, Appetitlosigkeit, Benommenheit Ermüdung, Konzentrationsminderung, Kopfschmerz, Verminderung der Leistungsfähigkeit, Lethargie, Magenbeschwerden, Ohrendruck, Reizbarkeit, Schlafstörungen und Störungen des Wohlbefindens genannt.

Weitere Gesundheitsbeeinträchtigungen werden in der Fachwelt diskutiert. Aus heutigem Kenntnisstand heraus sollten WEA deshalb lediglich weit ab von Siedlungen errichtet werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass

messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**615**

Sämtliche Immissionsarten können für die Bewohner des Grundstückes Gesundheitsbeeinträchtigungen und damit eine Verletzung ihrer körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) herbeiführen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**621**

Sämtliche Immissionsarten können für die Bewohner des Grundstückes Gesundheitsbeeinträchtigungen und damit eine Verletzung ihrer körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) herbeiführen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**626**

Sämtliche Immissionsarten können für die Bewohner des Grundstuckes Gesundheitsbeeinträchtigungen und damit eine Verletzung ihrer körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) herbeiführen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 425	Privatperson	**480**

Auf Seite 12 wird kurz auf Infraschall eingegangen und „weil keine wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen“ existieren und der Schallpegel unterhalb der Wahrnehmung des Menschen liegt, „spielt Infraschall bei der immissionsrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit einer WEA keine Rolle und findet somit auch bei der Standortkonzeption im RROP keine Berücksichtigung.“

Im Internet gibt es genug Hinweise und auch Anwendungen mit Infraschall die eine Auswirkung auf Menschen belegen. Das Fehlen einer wissenschaftlichen Untersuchung garantiert eben nicht, dass Infraschall ungefährlich ist, sondern zeigt nur, dass diese noch nicht wissenschaftlich nachgewiesen oder eben wissenschaftlich verneint wurde.

Wenn der Landkreis sich auf den Standpunkt stellt, eine nicht existierende wissenschaftliche Untersuchung schließt gesundheitliche Auswirkungen von Infraschall aus, verletzt der Landkreis m.M. die Pflicht die Bewohner des Landkreises zu schützen.

Schutzbedürfnis der Bürger und Schutzpflicht der Behörden sind sicherlich in diversen Rechtsvorschriften geregelt, die ich nicht kenne, Ihnen aber bekannt sein müssten und leiten sich aus dem GG der Bundesrepublik Deutschland ab.

Infraschall ist sehr wohl wahrnehmbar und auch eine Nichtwahrnehmung, schließt gesundheitliche Wirkungen nicht aus. Warum gibt es eigentliche keine umfassende wissenschaftliche Untersuchung durch unparteiische Wissenschaftler, die durch die Betreiber der Windenergiebetreiber aufgegeben wurde. Wenn Infraschall unschädlich ist, müssten die Windkraftbetreiber doch das größte Interesse an einer Aufklärung der betroffenen Bevölkerung haben. Auch die Länder müssten, um ihren Schutzverpflichtungen gerecht werden ein dringendes Interesse daran haben und solange die Auswirkungen nicht wirklich bewertet wurden sind WEA nur mit äußerster Vorsicht zu genehmigen mit viel größeren Sicherheitsabständen.

Im vorliegenden Fall verletzt m.M. nach der Landkreis Nienburg/Weser seine Schutzpflicht mit dem vorliegenden RROP Entwurf.

In diesem Zusammenhang verwese ich auf Infraschall von Windkraftanlagen als Gesundheitsgefahr von Prof. Dr. iur. Erwin Quambusch und Martin Lauffer

(http://www.wkaweg.de/downloads/InfraschallvonWindkraftanlagenalsGesundheitsgefahr.pdf)

http://de.wikipedia.org/wiki/Infraschall

Negative gesundheitliche Auswirkungen durch Infraschall

http://www.erlauholz.de/2009/02/horen-heist-luft-schwingungen-auf-fangen-und-auf-nerven-ubertragen/

„Hinreichend intensiver Infraschall mit Frequenzen von einigen Hz zerstört die inneren Organe von Lebewesen, wenn die Frequenz der erregenden Schwingung mit der Eigenfrequenz des Organs im Resonanzfall übereinstimmt.“ http://www.schmerzforschung.de/hirnforschung.htm

Technische Universität Ilmenau

Fakultät für Maschinenbau

Projektarbeit

Infraschallwirkung auf biologische Systeme

(http://www.tu-ilmenau.de/fakmb/uploads/media/Infraschallwirkung_auf_biologische_Systeme.pdf)

Hier wird aufgezeigt, dass es sehr wohl negative Auswirkungen von Infraschall auf Mensch und Tier gibt.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden. Die Regionalplanung ist vielmehr gehalten, sich bei ihren Bewertungen an den auch im Zulassungsverfahren relevanten Wirkfaktoren zu orientieren.

Im Übrigen belegt die zitierte Internetseite die behauptete Gefahr in keiner Weise.

3	**Gesundheit**	ID
Nr. 519	Privatperson	**959**

Die Erkenntnisse der Infraschallmessungen der Bundesanstalt für Geowissenschafien und Rohstoffe (BGR) in Hannover (Kopie liegt vor) sind in keiner Weise berücksichtigt worden.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die erwähnte Arbeit ist bei der Entwurfserarbeitung berücksichtigt worden. Laut BGR existieren zu den Auswirkungen des Infraschalls auf den Menschen keine wissenschaftlichen Untersuchungen (vgl. Ceranna, L.; Hartmann, G.; Henger, M. 2005: Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen, S. 14). Auszug: "…Im Infraschall gibt es keinerlei Untersuchungen dieser Art, lediglich theoretische Abschätzungen. Werden jedoch die Ergebnisse dieser Arbeit sowie die Kurven aus Abbildung 10 zu Grunde gelegt, ist keine Belästigung von Anwohnern durch Windkraftanlagen im Infraschallbereich bis

etwa 20 Hz gegeben, da im Abstand von 1 km ein 5-MW Windrad nur einen Schalldruckpegel von maximal 80 dB erzeugt. Lediglich bei Frequenzen oberhalb von 15 Hz und größeren Windparks wäre in dieser Entfernung eine Wahrnehmung möglich…".

Das Landesumweltamt (LUA) Nordrheinwestfalen bestätigt, dass messtechnisch nachgewiesen werden kann, dass Windenergieanlagen Infraschall verursachen. Die festgestellten Infraschallpegel liegen aber weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und werden damit als harmlos eingestuft (vgl. LUA NRW 2002: Windenergieanlagen und Immissionsschutz, S. 19; Urteil des OVG Münster vom 13.05.2002 – 10 B 671/02, Abs. 25). Daher spielt Infraschall bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung der Zulässigkeit von WEA-Einzelvorhaben keine Rolle und kann im Rahmen der raumordnerischen Standortkonzeption unter Vorsorgegesichtspunkten nicht berücksichtigt werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 2	Stadt Rehburg-Loccum	**158**

Der geplante Vorrangstandort befindet sich in unmittelbarer Randlage zum Naturpark Steinhuder Meer. Die im Naturpark vertretenen Landkreise Nienburg und Schaumburg sowie die Region Hannover vertreten meines Wissens bisher den Standpunkt, dass der Naturpark selbst von Windenergieanlagen freizuhalten ist und ihm darüber hinaus ein nach den örtlichen Gegebenheiten zu bestimmender Puffer von bis zu 3.000 m eingeräumt werden soll. Hierzu findet sich in der Abwägung keine Aussage, so dass ich davon ausgehen muss, dass dieses Abwägungskriterium unberücksichtigt geblieben ist.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Es ist richtig, dass (auch laut Empfehlungen des NLT) ein Schutzpuffer zu Naturparks einzelfallbezogen festgelegt werden kann. Ähnlich wie bei sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks soll ein zusätzlicher Abstandspuffer nicht als zusätzliches Abwägungskriterium eingeführt werden.

Aufgrund der östlich benachbarten großflächigen Waldgebiete (z. B. Rehburger Berge) ist zudem eine Minimierung der Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Zudem besitzt die Gebietskulisse des Naturparks Steinhuder Meer in großen Teilen nicht die rechtliche Qualität eines Ausschlusskriteriums für die Windenergienutzung. Darüber hinaus auch noch pauschall einen Puffer von 3 km als Tabuzone um den gesamten Naturpark im Landkreis Nienburg/Weser anzulegen, wäre nicht begründbar und würde dem planerischen Abwägungsgrundsatz widersprechen.

Die Belange des Naturparks Steinhuder Meer sind u. a. über das Landschaftsbildgutachten in die planerische Abwägung eingeflossen. Gemäß der Präambel, Ziffer 4, der Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer soll die Kernzone des Naturparks mit dem Gewässerbereich und den angrenzenden Schutzgebieten im Landkreis Nienburg/Weser unter Beachtung insbesondere der naturschutzfachlichen Belange von der Windenergienutzung freigehalten haben, ebenso wie besonders empfindliche Bereiche für das Landschaftsbilderleben im Naturparkgebiet.

Das erwähnte Entwurfsgebiet in der Gemarkung Loccum liegt in ausreichender Entfernung von 1,6 bis 2 km zur Naturparkgrenze. Dieser östlich des Gebiets befindliche Bereich mit hoher Empfindlichkeit des Landschaftsbildes soll von der Windenergienutzung freigehalten werden. Dies geht auch aus der planerischen Abwägung hervor, die dem Ausschuss für Regionalentwicklung am 18.06.09 vorlag und vom Kreisausschuss am 29.06.09 beschlossen wurde. Zum Suchraum 162 aus dem Entwurfsgebiet entwickelt wurde, heißt es: "...Östlich grenzt der SR direkt an den Naturpark Steinhuder Meer. Aufgrund der hohen Landschaftsbildwertigkeit, der angrenzenden Rehburger Berge im Naturpark und der Bedeutung des Gebiets für die Erholung, sollte dieser Teilbereich des SR von WEA freigehalten werden…".

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 2	Stadt Rehburg-Loccum	**159**

Schließlich muss generell die Aussagekraft des Umweltberichtes und des avifaunistischen Gutachtens angesichts der in zeitlicher wie räumlicher Hinsicht offensichtlich nur stichprobenartig vorgenommenen Kartierungen sehr in Zweifel gezogen werden. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass umweltrelevante Belange nicht erfasst wurden und demzufolge auch nicht in die Abwägungsentscheidung einfließen konnten. Augenscheinlich soll diese notwendige Untersuchung auf die nachgelagerte Ebene des Baugenehmigungsverfahrens verschoben und damit dem potenziellen Investor auferlegt werden. Damit kann mindestens nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Standorte letztlich nicht realisierbar sein werden. Eine solche Planung dürfte wegen fehlender Bestimmtheit rechtswidrig sein, so dass sie auch keine raumordnerische Bindungswirkung entfalten kann

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Zur Durchführung der avifaunistischen Untersuchungen ist darauf hinzuweisen, dass ein solches Vorgehen bislang für die Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen in Niedersachsen nicht üblich ist und insofern einen fortschrittlichen und weit gehenden Ansatz einer Ermittlung von abwägungsrelevanten Sachverhalten darstellt. Dabei ist die Regionalplanung nicht gehalten, bereits das im Rahmen der Vorhabenszulassung zu berücksichtigende Abwägungsmaterial vollständig zu erheben. Vielmehr ist es Ziel, durch eine vorgezogene Einbeziehung von Aspekten, die (auch) im Rahmen der Zulassung relevant sind, auf der Ebene der Regionalplanung zweckmäßigerweise unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung zu treffen, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007-8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 2	Stadt Rehburg-Loccum	**157**

Der Umweltbericht und die avifaunistischen Untersuchungen des potenziellen Vorrangstandortes sind völlig unzureichend, so dass auf dieser Grundlage eine sachgerechte Abwägung nicht stattfinden konnte und auch nicht stattgefunden hat:

- Gemäß Ziffer 4.3.3.3) der Begründung der Abwägungskriterien wurde der Planung ein im Juni 2009 in Auftrag gegebenes avifaunistisches Gutachten zugrunde gelegt, dessen Ergebnis in den nur wenige Wochen später erstellten Entwurf der 1. Änderung des RROP eingeflossen ist. Damit wird lediglich ein sehr kleines Zeitfenster hinsichtlich der Auswirkungen eines Vorrangstandortes auf die Avifauna betrachtet, noch dazu eines, das wesentliche Erkenntnisse nicht liefern kann, da bspw. das überwiegende Brutgeschäft relevanter Arten bereits abgeschlossen ist. Es wird davon ausgegangen, dass etwa 2/3 der relevanten Arten von dem zitierten Gutachten nicht erfasst wurden bzw. wegen des begrenzten Untersuchungszeitraumes auch gar nicht erfasst werden konnten. Verwunderlich ist, dass dieser Umstand im Umweltbericht sogar kommuniziert wird (S. 17 - Datenlücken), gleichwohl darauf aufbauend Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen.

- Unter dem bereits angesprochenen Punkt 4.3.3.3) werden besonders stark kollisionsgefährdete, streng geschützte Arten, wie z. B der Seeadler, angesprochen.

Der zitierte Horststandort im Landkreis Nienburg befindet sich im Stadtgebiet Rehburg-Loccum. Daneben sind auch Fischadler-Horststandorte im Stadtgebiet bekannt. Nahrungshabitat und Jagdrevier dieser streng geschützten Vogelarten beschränken sich nicht nur auf das Gebiet des Steinhuder Meeres, sondern erstrecken sich mindestens bis zur Weser, so dass der Flugkorridor unmittelbar mit dem geplanten Vorrangstandort kollidiert. In der Abwägung zum geplanten Vorrangstandort 14 ist dieser Konflikt nicht dargestellt und das Problem nicht abgewogen. Dass dies aber abwägungsrelevant ist, hätte dem Planungsträger bekannt sein müssen, weil es in jüngerer Vergangenheit (2008) im östlichen Kreisgebiet einen Fall von Vogelschlag gegeben hat, als ein Seeadlerweibchen mit einer Windkraftanlage kollidiert und daran verendet ist.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Zur Durchführung der avifaunistischen Untersuchungen ist darauf hinzuweisen, dass ein solches Vorgehen bislang für die Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen in Niedersachsen nicht üblich ist und insofern einen fortschrittlichen und weit gehenden Ansatz einer Ermittlung von abwägungsrelevanten Sachverhalten darstellt. Die Regionalplanung ist nicht gehalten, bereits auf dieser Planungsebene das im Rahmen der Vorhabenszulassung zu berücksichtigende Abwägungsmaterial vollständig zu erheben. Vielmehr ist es Ziel, durch eine vorgezogene Einbeziehung von Aspekten, die (auch) im Rahmen der Zulassung relevant sind, bereits auf der

Ebene der Regionalplanung zweckmäßigerweise unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung zu treffen, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007-8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

Darüber hinaus wurde zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 3	Flecken Steyerberg	**421**

Der Flecken Steyerberg weist darauf hin, dass die Ermittlung avifaunistisch wertvoller Bereiche von lokaler, regionaler und höherer Bedeutung mit gegenüber Windenergieanlagen empfindlichen Arten nicht über das Jahr gesehen voll umfänglich erfolgt ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Es wurden für mögliche Neuplanungen oder maßgeblich potenziell erweiterungsfähige Gebiete bezogen eigene Erhebungen in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt, welche die Erhebungen des NLWKN ergänzen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 4	Gemeinde Stolzenau	**112**

2 Untersuchung der avifaunistischen Bedeutung des Vorranggebietes 13: Nendorf

Im Umweltbericht (S. 15) wird dargelegt, dass eine avifaunistische Übersichtskartierung für ausgewählte potenzielle Vorranggebiete durchgeführt worden ist, um im Einzelfall zusätzliche, belastbare und gebietsbezogene Informationen über avifaunistisches Arteninventar und dessen Empfindlichkeit zu erlangen. Nicht deutlich wird hierbei die Auswahl der Vorranggebiete, für die die beschriebene Übersichtskartierung durchgeführt worden ist. Die beiden in der Gemeinde Stolzenau liegenden Vorranggebiete sind nicht untersucht worden.

Wie der Darstellung in Kap. 2.2.13 im Umweltbericht zu entnehmen ist, grenzt das Vorranggebiet Nendorf im Süden direkt an einen wertvollen Bereich für die Avifauna respektive an ein Natura 2000 Gebiet mit Abstandspuffer an. Im Norden ist im Umweltbericht ebenfalls ein wertvoller Bereich für die Avifauna ausgewiesen. Die östliche Teilfläche grenzt direkt an das LSG 19 "Ehemalige Weserschlingen", einem Gebiet, das die Voraussetzungen zur Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet gem. § 26 NNatSchG erfüllt. Das potenzielle Landschaftsschutzgebiet umfasst verlandete Weserschlingen, die heute vorrangig als Grünland genutzt werden. Eine derartige Weserschlinge ist im direkten östlichen Anschluss an das Vorranggebiet deutlich erkennbar und weist in ihrer Ausprägung sehr gute Voraussetzungen als Habitat für die Vogelwelt feuchter Grünlandstandorte auf.

Das Vorranggebiet wird somit im Norden und Süden von ausgewiesenen Vogellebensräumen begrenzt. Im Osten liegt ein Bereich, der von seiner Struktur her ebenfalls gute Bedingungen als Vogellebensraum aufweist. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum das Vorranggebiet im Rahmen der avifaunistischen Kartierungen nicht näher begutachtet worden ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine Kartierung für Bestandsgebiete führt nicht zu zielführenden Ergebnissen ist daher unterblieben. Sämtliche neuen oder maßgeblich zu verändernde Gebiete wurden in die Untersuchung einbezogen. Der Aufwand für die vertiefte Sachverhaltsermittlung ist nur für Gebiete geboten, die aufgrund der zuvor analysierten Vorinformationen im Grundsatz für eine neue Vorrangfestlegungen in Frage kommen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 6	Samtgemeinde Grafschaft Hoya	**149**

	RA Dr. Wolfgang Schrödter	

Zu kritisieren ist weiter, dass der vom Niedersächsischen Landkreistag (NLT) empfohlene Mindestabstand zum Gastvogelgebiet Nr. 6.1.02.02 um 500 m und damit um die Hälfte unterschritten würde.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pendeln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug.

Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen Abstand von mindestens 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 7	Samtgemeinde Heemsen	**208**

An der Westgrenze ist das Vorranggebiet im nördlichen Bereich zum Schutz der Hügelgräber im Landschaftsschutzgebiet NI 56 auf die Grenzen des LSG zurückgenommen worden. Eine Reduzierung des südlichen Bereiches des Vorranggebiets im Westen auf die Grenze des Landschaftsschutzgebietes NI 28 wird angeregt.

Das Landschaftsschutzgebiet NI 28 wurde bereits 1967 verordnet. Gemäß der damaligen Vorgehensweise wurde der Schutzzweck recht allgemein gehalten. Im erst 1984 verordneten Landschutzgebiet NI 56 wurde der Schutzzweck gemäß der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes von 1981 genauer definiert und die Besonderheit des Gebietes herausgehoben.

Die beiden Landschaftsschutzgebiete weisen den gleichen Charakter auf. Dieser wird in großen Teilen insbesondere durch die mit naturnahen Laubmischwaldbeständen bestockten Flugsanddünen geprägt. Die Dünen sind in beiden Landschaftsschutzgebieten besonders prägnant und noch in hohem Maße erhalten. Kulturgeschichtlich weisen beide Landschaftsschutzgebiete ebenfalls Parallelen auf, denn es sind jeweils ausgeprägte Hügelgräberfelder vorhanden.

Nicht genutztes Gelände soll als Lebens- und Zufluchtsstätte für die freilebende Tierwelt und wildwachsenden Pflanzen erhalten bleiben. Die Eigenart, Vielfalt und Schönheit des Landschaftsbildes und der durch Bebauung kaum beeinträchtigte Landschaftsraum soll in erster Linie zum Zwecke der Erholungsnutzung erhalten bleiben.

Neben der Landschaftsschutzgebietsverordnung weist auch das RROP 2003 die Fläche, für die eine Herausnahme aus dem Vorranggebiet Windenergie angeregt wird, als Vorsorgegebiet für Erholung aus. Fast deckungsgleich wird hier auch ein Vorsorgebiet für Natur und Landschaft dargestellt.

Im Landschaftsrahmenplan sind die Waldbereiche des Landschaftsschutzgebietes als Bereiche hoher Vielfalt, Eigenart und Schönheit dargestellt. Die östlich an diesen Bereich anschließende Fläche, die auch das gesamte Areal des Vorranggebietes Windenergie umfasst, ist als Bereich mittlerer Vielfalt, Eigenart und Schönheit ausgewiesen.

Die Summe der Ausweisungen zeigt, dass es sich aus naturschutzfachlicher Sicht beim Dünengebiet Sandmeer um einen bedeutenden Landschaftsraum handelt. Um diesen zu schützen, wird deshalb seitens der Samtgemeinde Heemsen angeregt, das Vorranggebiet Windenergie auf den Bereich außerhalb des Landschaftsschutzgebietes zu reduzieren.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Der Anregung soll gefolgt werden, den Bereich für die Windenergienutung auf Flächen außerhalb des LSG zu reduzieren. Die Randzone des LSG östlich des Entwurfgebiets, die eine geringe Landschaftsbildwertigkeit laut Landschaftsbildgutachten aufweist, soll von WEA freigehalten werden, um die Kernzone des LSG vor Beeinträchtigungen zu schützen.

Hinweis: Der in der LSG-Verordnung geschützte Laubmischwald sowie die Flugsanddünen liegen außerhalb der Abgrenzung des geplanten Vorranggebiets. Sowohl die Dünen als auch der Laubmischwald werden durch WEA nicht beeinträchtigt oder gefährdet. Eine visuelle Beeinträchtigung betrifft lediglich den unmittelbaren Wald-rand, da das Waldinnere gegenüber den WEA abgeschirmt wird.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen	**175**

…vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Samtgemeinderat Landesbergen am 03.03.2010 gebe ich Ihnen im Folgenden die Stellungnahme der Samtgemeinde Landesbergen:

"Im Bereich der Samtgemeinde Landesbergen werden derzeit über 250 % der im Samtgemeindegebiet benötigten Energie mittels C02 neutraler Energieträger erzeugt.

Hieran sind neben dem Biomasse-Kraftwerk sowie dem Wasserkraftwerk an der Weser und der Biogas-Anlage im Bereich Oehmer Feld in Leese auch in erheblichem Umfang Windenergieanlagen sowie Photovoltaikanlagen beteiligt. Hieraus ist ersichtlich, dass im Bereich der Samtgemeinde Landesbergen der Einsatz regenerativer Energien, also auch der Windenergie, grundsätzlich auf Akzeptanz stößt.

Gleichwohl wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass weite Teile der Samtgemeinde bereits mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Rohstoffgewinnung und der damit verbundenen Nachfolgenutzung Naturschutz in Anspruch genommen worden sind. Die Auskiesung der Wesermarsch in den Gemeinden Leese, Landesbergen und Estorf führt ebenso zu einer nachhaltigen Veränderung des Landschaftsbildes, wie die bereits vorhandenen technischen Anlagen des Kraftwerkes Robert Frank in Landesbergen, sowie des Umspannwerkes Landesbergen und der dorthin führenden Zuleitung.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Estorf	**182**

5. Die Gemeinde Estorf hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich im Bereich Fremdenverkehr/Tourismus entwickelt. Hingewiesen sei hierbei auf das Scheunenviertel, aber auch auf die Aktivitäten einzelner örtlicher Gewerbetreibender, die mittlerweile zu einem erheblichen Umfang von den Fahrradtouristen, die über den Weser Radweg nach Estorf kommen, partizipieren.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Samtgemeinde Landesbergen im gültigen RROP 2003 als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe für den Fremdenverkehr festgelegt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Estorf	**181**

4. Die Gemarkung Estorf ist bereits durch die Ausweisung als Vorranggebiet für die Sicherung von Rohstoffen (Kiesabbau) in erheblichem Umfang betroffen. Die nun beabsichtigte Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie im Raum der Gemarkung Estorf führt zu einer bisher nicht vorhandenen Dimension und Qualität der Landschaftsbildbelastung. Dieses wird bereits durch den vorgenommenen Kiesabbau und der daraus resultierenden Folgenutzung im Bereich der Wesermarsch nachhaltig verändert. Die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergie östlich der B 215 würde eine weitere nachteilige Beeinflussung des Ortes (Landschaftsbild und Lärmimmissionen) bewirken.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine erhebliche negative Auswirkung auf das Ortsbild von Estorf wird aufgrund der vorhandenen Abschirmung durch ein Waldgebiet (Schünebusch) und die Bebauung nicht erwartet. Gleichwohl wird darauf hingewiesen, dass im Zuge einer Überarbeitung der Vorschlagskulisse geprüft werden soll, die Mindestabstände zu Siedlungen und Einzelbebauung zu vergrößern.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**198**

Es handelt sich bei der vorgeschlagenen Fläche im Gebiet der Gemeinde Estorf um eine avifaunistisch bedeutsame Fläche auf Grund des gesichteten Rotmilans.

Es werden grundsätzliche Bedenken gegen die avifaunistische Kartierung erhoben. Lt. Begründung Kap. 4.3.3.3 wurden in ausgewählten Suchräumen zwei Begehungen nach der Beauftragung eines Fachbüros im Juni 2009 durchgeführt, d. h. die Begehungen haben nur zum Ende der Brutperiode stattgefunden. Der Bericht zur avifaunistischen Kartierung weist auch auf diese Problematik explizit hin (S. 8 f).

Zum Schutz des Rotmilans und zur Freihaltung des Flugkorridors für den Seeadler wird dringend angeregt, die Erweiterung des Windparks nach Norden zu reduzieren.

Die Erfassung und Bewertung des avifaunistischen Bestandes und des Raumnutzungsverhaltens wird auf die nachfolgende Planungsebene verschoben.

Das Verwaltungsgericht Göttingen hat mit Urteil vom 09.03.2006 (Aktenzeichen 2 A 194/04) folgenden Leitsatz erhoben: Eine Gemeinde, die die Ausweisung von Sondergebieten für Windenergieanlagen durch ihren Flächennutzungsplan betreibt, ist im Rahmen der Abwägung verpflichtet, konkreten fachlichen Hinweisen auf die Beeinträchtigung von Vogelschutzbelangen nachzugehen. Eine Verlagerung der Lösung dieser Probleme auf nachgehende Verfahren ist abwägungsfehlerhaft.

Zwar handelt es sich im vorliegenden Fall um die Ebene der Regionalplanung und nicht um die Ebene der Flächennutzungsplanung, aber durch das bewusste nicht Ausschließen artenschutzrechtlicher Konflikte wird grundsätzlich in Kauf genommen, dass die ausgewiesenen Suchräume in der nachfolgenden Planungsebene nicht haltbar sind.

Zum Schutz des Rotmilans und zur Freihaltung des Flugkorridors für den Seeadler wird dringend angeregt, die Erweiterung des Windparks nach Norden zu reduzieren.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen.

Ein Brutvorkommen des Rotmilans konnte nachgewiesen werden; jedoch ist der angesprochene Horst des Seeadlers nicht mehr besetzt und somit nicht mehr planungsrelevant.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinden Estorf und Landesbergen	**180**

3. Naturschutzfachliche Einschätzung zur Avifauna:

Die bisher nur unzureichend durchgeführte avifaunistische Begutachtung dieses Gebietes ist in der erforderlichen und vorgeschriebenen Qualität nachzuholen. Dabei sind auch die Hinweise und Abstandsempfehlungen des NLT zu berücksichtigen. Insbesondere wird zum Schutz des Rotmilans und zur Freihaltung des Flugkorridors für den Seeadler dringend angeregt, die Erweiterung des Windparks nach Norden zu reduzieren (s. rot gestrichelte Linie auf der bgf. Karte).

...In naturschutzfachlich bedenklicher Nähe zu dem vorgesehenen Vorranggebiet befindet sich (westlich der Ortschaft Estorf/Nähe "Steinhuder Meerbach") ein Seeadlerhorst. Zu diesem ist ein ausreichender Sicherheitsabstand, analog der Empfehlung des NLT von 2007 (Anhang zu Teil I, S. 25) mindestens 3.000 m, einzuhalten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Horst des Seeadlers ist nicht mehr besetzt, sodass hieraus kein Schutzanspruch abgeleitet werden kann. Die durch den NLT angegebenen Mindestabstände werden berücksichtigt. Da es sich um Empfehlungen handelt, kann im begründeten Einzelfall hiervon abgewichen werden.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der Vorschlagskulisse im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**201**

Eine Beeinträchtigung der Vogelwelt ist nicht auszuschließen. Die Rücknahme der Fläche wirkt sich insgesamt positiv auf

die Avifauna aus.

Auf der bislang nicht bebauten Teilfläche, die auch im Gebiet der SG Landesbergen liegt, wurden mehrere Brutpaare der Feldlerche und ein Brutpaar des Blauschnäppers gesichtet. Im Umfeld von 100 m um das Vorschlagsgebiet wurde ein Brutpaar der Wachtel sowie „weitere verschiedene Brutpaare", die nicht namentlich aufgeführt werden, gefunden, für die von keiner besonderen Gefährdung sowie Empfindlichkeit gegenüber WEA ausgegangen wird.

Die positiven Aspekte der Verlagerung und Verringerung werden nicht geteilt. Durch die Verlagerung ist ein offensichtlich avifaunistisch bedeutsames Gebiet betroffen. Aufgrund des betriebsbedingt erforderlichen Abstandes der Windkraftanlagen untereinander wirkt sich die Flächenreduzierung geringer aus als dargestellt.

Es werden grundsätzliche Bedenken gegen die avifaunistische Kartierung erhoben. Lt. Begründung Kap. 4.3.3.3 wurden in ausgewählten Suchräumen zwei Begehungen nach der Beauftragung eines Fachbüros im Juni 2009 durchgeführt, d. h. die Begehungen haben nur zum Ende der Brutperiode stattgefunden. Der Bericht zur avifaunistischen Kartierung weist auch auf diese Problematik explizit hin (S. 8 f).

Der Brutzeitraum der Feldlerche ist im Juni in der Regel bereits abgeschlossen, ggf. kann somit nur eine zweite Brut erfasst worden sein. Das volle Brutgeschäft kann deshalb im Beobachtungszeitraum nicht erfasst worden sein. Ähnlich verhält es sich mit anderen Wiesenbrütern. Der warme und trockene April dieses Jahres hat dazu geführt, dass es zu keiner Verschiebung der Brutzeit Richtung Sommer gekommen ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**205**

Das Verwaltungsgericht Göttingen hat mit Urteil vom 09.03.2006 (Aktenzeichen 2 A 194/04) folgenden Leitsatz erhoben: Eine Gemeinde, die die Ausweisung von Sondergebieten für Windenergieanlagen durch ihren Flächennutzungsplan betreibt, ist im Rahmen der Abwägung verpflichtet, konkreten fachlichen Hinweisen auf die Beeinträchtigung von Vogelschutzbelangen nachzugehen. Eine Verlagerung der Lösung dieser Probleme auf nachgehende Verfahren ist abwägungsfehlerhaft.

Zwar handelt es sich im vorliegenden Fall um die Ebene der Regionalplanung und nicht um die Ebene der Flächennutzungsplanung, aber durch das bewusste nicht Ausschließen artenschutz- rechtlicher Konflikte wird grundsätzlich in Kauf genommen, dass die ausgewiesenen Suchräume in der nachfolgenden Planungsebene nicht haltbar sind, Da die Hinweise des NLT mittlerweile als Grundlage für avifaunistische Kartierungen für Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen als Standart herangezogen werden, ist mit ausgesprochen großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass nähere Untersuchungen auf nachfolgenden Planungsebenen eine Unvereinbarkeit des Standortes mit der Nutzung der Windenergie bestätigen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bin-denden Mindestabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung ein-zustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raum-ordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**204**

Auf Seite 38 f. wird im avifaunistischen Fachbeitrag die Problematik des Standortes hinsichtlich potenzieller Beeinträchtigungen verschiedener Großvögel begründet: „So wurde an der westlichen Grenze des Planungsraumes ein Schwarzmilanhorst verortet. Weiterhin befindet sich etwa 500 m von der nordöstlichen Gebietsgrenze ein weiterer besetzter Horst der Art. Dazu ist südlich des Planungsraumes ein Horststandort des Rotmilans zu vermuten. Das Gebiet liegt somit vollständig innerhalb der vom NLT (2007) angegebenen Abstandsradien. Obwohl eine Nachsuche sowohl auf den in Betrieb befindlichen als auch den aufgelassenen Abbaugruben keine Hinweise auf ein Brutvorkommen des Uhus im Untersuchungszeitraum erbrachte, ist dies grundsätzlich wahrscheinlich, da es sich nach Auskunft von Herrn Brandt (ÖSSM, in lit. 2009) um ein etabliertes Brutpaar handelt. Eine gezielte Erfassung zu artspezifisch günstigen Zeitpunkten könnte den Status der Art klären. Aufgrund der relativ stabilen Habitatverhältnisse und der generellen Bestandszunahme ist aber bis dahin präventiv von der aktuellen und zukünftigen Präsenz der Art in diesem Raum auszugehen. Der Untersuchungsraum liegt somit ggf. auch vollständig innerhalb des vom NLT (2007) und STEFFEN (2002; in REICHENBACH 2003) für den Uhu einzuhaltenden Abstandsradius von mindestens 3.000 m."

Die Bedenken werden geteilt und deshalb die Forderung aufgesellt, den Standort nicht auszuweisen.

Aufgrund der großen Sensibilität des Standortes hinsichtlich der Avifauna vor Ort wird dringend angeraten, auf die Ausweisung des Standortes Husum zu verzichten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Mindestabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Estorf	**187**

...Ferner ist die bisher nur unzureichend durchgeführte avifaunistische Begutachtung dieses Gebietes in der erforderlichen und vorgeschriebenen Qualität nachzuholen.

Dabei sind die Hinweise und Abstandsempfehlungen des NLT zu berücksichtigen. Außerdem soll der Bestand von Fledermäusen (Lokalpopulation und Zugtiere) analog der Empfehlung des NLT (Abs. 61, 2007) überprüft werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung unter Berücksichtigung der erwähnten Empfehlungen des NLTeinbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Estorf	**188**

...der Bereich südlich der Gemeindeverbindungsstraße Husum/Bolsehle aus dem Vorranggebiet ausgeschlossen wird, weil er sich im Landschaftsschutzgebiet NI-27 „Husumer Geest" befindet.

Dies wurde im Abwägungsergebnis des Landkreises zu diesem Gebiet vom 04.06.2009 (Anlage 1 zur Drucksache Nr, 2009/AfR/004-03) bereits so empfohlen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen und Gemeinde Estorf	**189**

e) Das Vorranggebiet liegt im „Naturpark Steinhuder Meer". Das Landschaftsbildgutachten der Planungsgruppe Umwelt bescheinigt dort eine „hohe Empfindlichkeit gegenüber der Neuanlage von Windparks".

f) Der Umweltbericht der Planungsgruppe Umwelt kommt für das „Vorranggebiet 12 - Husum" zu dem Ergebnis, dass es (im Gegensatz zu allen anderen 16 möglichen Gebieten im Landkreis) nur „mit Einschränkungen geeignet" ist.

g) Die Anregungen der Gutachterin König vom Fachbüro ump Verden sind in die Beratung mit einzubeziehen.

Abwägungsvorschlag:

zu g) Teilweise folgen.

Die Anregungen der Gutachterin werden im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs berücksichtigt (siehe ID 202, 203, 204).

zu e u. f) Kenntnisnahme.

Hinweis: Das potenzielle Vorranggebiet 12 Husum liegt in einem Bereich der gemäß Landschaftsbildgutachten eine mittlere Wertigkeit des Landschaftsbildes aufweist (Einheit 622.00 E). Im Umweltbericht ist das Schutzgut "Landschaft" hinsichtlich einer möglichen Errichtung von WEA bewertet worden, ebenso wie mögliche Beeinträchtigungen des Naturparks Steinhuder Meer (vgl. S. 55).

4	Umweltbericht	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**203**

Es wird die Rücknahme des Gebietes auf die Grenze des Landschaftsschutzgebietes NI-27 angeregt. Das Landschaftsschutzgebiet „Husumer Geest" wurde bereits 1968 ausgewiesen. Als Schutzzweck bzw. Entwicklungsziel wird im Landschaftsrahmenplan u. a. die Sicherung des Landschaftsbildes genannt. Die Fläche des Landschaftsschutzgebietes ist bis an die Straße als Bereich mittlerer Vielfalt, Eigenart und Schönheit ausgewiesen. Dieser Aspekt sollte bei der Grenzfestlegung des Vorranggebietes Berücksichtigung finden, denn im Westen hat diese Signatur des Landschaftsrahmenplanes zum Zuschnitt des Vorranggebietes geführt. Die Vorbelastung kann nicht nachvollzogen werden.

Zum Schutz des Landschaftsschutzgebietes Husumer Geest wird angeregt, die Flächen südlich der Straße aus dem Vorrangebiet herauszunehmen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Das potenzielle Vorranggebiet soll aus dem LSG „Husumer Geest“ herausgenommen werden und an seiner südlichen Grenze bzw. an der Gemeindestraße orientiert werden.

Hinweis: Das LSG ist im nördlichen, an das Entwurfsgebiet angrenzenden Bereich stark vorbelastet, sodass eine Beeinträchtigung durch WEA nur von untergeordneter Relevanz ist. Innerhalb der Waldflächen des LSG kommt es aufgrund der Sichtverschattung durch den Baumbestand nicht zu einer visuellen Beeinträchtigung.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**200**

Die Fernwirkung der Windkraftanlagen wird durch das Wegrücken von der Geestkante reduziert.

Das alte Gebiet lag auf Geländehöhen zwischen 36 m und 55 m, Das jetzt vorgeschlagene Gebiet liegt auf einer Geländehöhe zwischen 36 und 40 m, d. h. der Höhenunterschied zwischen den beiden Flächen beträgt 15 m. Geländehöhen über 45 m werden im alten Zuschnitt nur südlich der K 10 erreicht. Hinsichtlich der für die Planungen des RROP zu Grunde gelegten

Windkraftanlage mit einer Gesamthöhe von 180 m verliert der Höhenunterschied des Geländes stark an Bedeutung. Umgerechnet wird somit über die Fernwirkung

eines Bauwerkes mit einer Höhe von 180 m gegenüber 165 m diskutiert. Da die Dimensionen derart über alle sonstigen Erhebungen hinausragt, verliert dieser als positiv geschilderte Effekt seine Wirkung. Die wirksame Verschattung der Anlagen nach Süden durch den Höhenunterschied im Gelände ist nicht gegeben.

Die beschriebene reduzierte Fernwirkung der Windkraftanlagen durch die geringere Geländehöhe im neuen Vorranggebiet ist geringfügig und führt zu keiner erheblichen Entlastung des Landschaftsbildes.

Die Verkleinerung des Gebietes von 190 ha auf 77 ha führt zur Reduzierung der Belastung des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes.

Faktisch hat die Fläche des Gebietes stark abgenommen, die Reduzierung wird durch die Zweiteilung allerdings relativiert. Der betriebsbedingt erforderliche Abstand zwischen einzelnen Windkraftanlagen wird im vorliegenden Fall durch die nicht ausgewiesene Fläche beansprucht, d. h. die Fläche wird in den Aufstellungsplan für einen potenziellen Windpark einbezogen. Die Abstandsfläche zwischen den Teilflächen entspricht somit in etwa einer Abstandsfläche, die auch auf der größeren, ursprünglichen Fläche vorhanden gewesen wäre. Die rechnerische Reduzierung der Vorrangfläche entspricht somit nicht der Flächenreduzierung bei Realisierung des Windparks.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Im Prognose-Nullfall wäre in Zukunft mit dem Bau von WEA vergleichbarer Größen auf den bestehenden Vorrangflächen zu rechnen. Demgegenüber tritt durch die potenziellen Rücknahme der bestehenden Vorrangfläche im Bereich der Geestkante eine positive Wirkung gegenüber dem Prognose-Nullfall ein. Gleichwohl wird das Land-schaftsbild durch die fernwirksamen WEA beeinträchtigt und überprägt. Dieser Tatsache wird textlich im Kapitel 2.2.14 Rechnung getragen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Leese	**194**

4. Die Gemeinde Leese unterstützt den Vorschlag des Landkreises Nienburg / Weser, den Suchraum 162 (an der Gemarkungsgrenze zu Loccum, östlich der Bundesstraße) positiv zu bewerten und somit für die Nutzung von Windenergieanlagen freizugeben. Die Zustimmung steht unter der Bedingung, dass der Suchraum 162 insgesamt die Bestrebungen der Gemeinde Leese auf den Gebieten der Naherholung und des Tourismus nicht beeinträchtigt. Für uns ist daher der Verzicht auf eine Befeuerung und ein homogenes Erscheinungsbild der Windenergieanlagen zwingende Voraussetzung.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Regelungen zu einem homogenen Erscheinungsbild eines Windparks und ggf. Höhenbegrenzungen sollen der kommunalen Bauleitplanung vorbehalten sein.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lichtimmissionen hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Gem. §14 Luftverkehrgesetz besteht die rechtliche Verpflichtung, bauliche Anlagen mit mehr als 100 m Höhe mit einem sog. Gefahrenfeuer zu versehen. Diese Gefahrenfeuer gehören nicht zu den Anlagen im Sinne von §3 Abs. 5 BImSchG, und können daher nicht auf dieser Grundlage unzulässig sein. Die Nachtbefeuerungen werden zusätzlich abgeschirmt, weswegen Lichtwirkungen in umliegenden Wohnsiedlungen gemindert werden.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedskommunen Balge, Marklohe, Wietzen	**940**

Der Entwurf der RROP-Änderung umfaßt u. a. einen Umweltbericht mit beschreibenden und bewertenden Darstellungen der einzelnen Vorranggebiete. Unter der Überschrift ‚Vermeidung/Minderung und Ausgleich von Umweltauswirkungen' wird ausgesagt, daß im Zuge der SUP das Vorschlagsgebiet WE 05 aufgrund möglicher erheblicher negativer Auswirkungen auf die Avifauna (Rotmilanhorst) im Nordwesten, Weseraue im Osten auf zwei Teilflächen verkleinert wurde. Diese Zweiteilung des Vorrangstandortes ist aus der vorliegenden Planung nicht zu erkennen.

Zum Zwecke der Aufwertung des Landschaftsbildes und zum Zwecke des Sichtschutzes insbesondere für die Orte Sebbenhausen und Behlinger Mühle ist nach den Aussagen zu diesem Vorranggebiet die Anpflanzung von linienhaften Gehölzstreifen zu prüfen. Der alleinige Prüfungsauftrag für mögliche Anpflanzungen erscheint angesichts der künftig deutlich näher an die Ortslagen heranrückenden und wesentlich höheren Windkraftanlagen nicht ausreichend.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Flächenumfang des geplanten Vorranggebiets wurde im Vergleich zur Darstellung im RROP 2003 verringert. Darüber hinaus wird im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs geprüft, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung (leguan 2010) für das Gebiet durchgeführt. Der Rotmilan konnte im Rahmen dieser Un-tersuchung nicht mehr nachgewiesen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**167**

Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen nur Bedenken am Zuschnitt des Vorranggebietes Uchte/Lohof. Im Süden ragt das Vorranggebiet in den Bereich des Gebietes NI 26, das die Voraussetzungen zur Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt, hinein. Als Schutzzweck und Erhaltungsziel für das LSG werden

- der Erhalt der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes,
- die Bedeutung für die Erholung und
- die Bedeutung als naturraumtypischer oder auf Kreisebene seltener Landschaftsteil aufgeführt.

Der Landschaftsrahmenplan weist den Bereich des LSG als Bereich mittlerer Vielfalt, Eigenart und Schönheit aus. Diese Ausweisung war im Bereich der Kiesgrube ‚Aufschluss Bokelohsheide' Grundlage für den Flächenzuschnitt des Vorranggebietes. Sie sollte auch an der Südgrenze Beachtung finden.

Das RROP 2003 weist den Bereich deckungsgleich als Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft aus. Da der Nutzung der Windenergie bei der Größe des Vorranggebietes substanziell Raum gegeben wird, sollte aus naturschutzfachlicher Sicht das Vorranggebiet um die Fläche des potenziellen LSG reduziert werden.

Eine kleine Flächenkorrektur sollte an der Westgrenze im Bereich der Kiesgrube ‚Aufschluss Bokelohsheide', die die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturdenkmal ND 22 erfüllt, erfolgen, damit die Gesamtfläche aus der Vorrangfläche herausgenommen wird.

Im Südwesten sollte der Bereich des kleinen Teiches, der im Landschaftsrahmenplan als kleinflächiges besonders geschütztes Biotop gekennzeichnet ist, ebenfalls aus der Vorrangfläche herausgenommen werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die südliche Abgrenzung erfolgte an der Grenze zu einem Bereich der eine hohe Empfindlichkeit des Landschaftsbildes aufweist, und zwar auf Grundlage des Landschaftsbildgutachtens.

Eine Herausnahme kleinflächiger Strukturen aus dem potenziellen Vorranggebiet wie es bspw. geschützte Biotope sind, ist nicht erforderlich. Im Rahmen der konkreten Vorhabensplanung sind diese Flächen ohnehin von Eingriffen frei zu halten. Da es sich bei dem speziellen Biotopschutz um reinen Flächenschutz handelt, sind darüber hinaus keine Beeinträchtigungen der Schutzflächen durch Fernwirkungen der WEA zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 14	Landkreis Schaumburg	**427**

Bedingt durch den räumlichen Abstand der geplanten Vorranggebiete für Windenergienutzung ist eine Betroffenheit bezogen auf den Landkreis Schaumburg nicht erkennbar.

Ich weise jedoch darauf hin, dass das Vorranggebiet WE 12 innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer" liegt. Entsprechend besteht ein besonderes Abwägungserfordernis gemessen an den Zielvorgaben des Naturparks.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs wird der Umweltbericht entsprechend ergänzt. Die Lage im Randbereich des Naturparks Steinhuder Meers ist im Rahmen der planerischen Abwägung berücksichtigt worden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 16	Landkreis Verden	**70**

1. Regionalplanung:

Im Landkreis Verden ist beabsichtigt, den bestehenden Windpark Verden/Dörverden als Vorranggebiet Windenergie auch in der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms, die sich z.Zt. in der Erarbeitung befindet, beizubehalten. Dabei soll die Abgrenzung aus der Flächennutzungsplanung übernommen werden.

Der Abstand zwischen den bestehenden Windparks nördlich Hilgermissen und Verden/Dörverden im Landkreis Verden beträgt 4 km und unterschreitet damit den vom Land Niedersachsen empfohlenen 5-km-Abstand. Im Umweltbericht wird dies ohne Nennung, um welchen Windpark es sich handelt, lediglich auf S. 76 erwähnt. Bei der Einzelfallabwägung des Gebietes nördlich Hilgermissen (S. 19-21) wird auf die Abstandsunterschreitung nicht eingegangen. Dies sollte nachgeholt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Der Umweltbericht wird ergänzt. Im Rahmen der planerischen Abwägung ist eine Auseinandersetzung mit diesem Aspekt erfolgt. Auf der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.09 lag der Abwägungsvorschlag für die Flächenkulisse Hilgermissen der Politik vor. Zur nördlichen Teilfläche (Suchraum 3) heißt es:"…Das Landschaftsbild ist durch den Winpark und die Hochspannungsfreileitungen technisch vorgeprägt und von geringer Eigenart. Ein weiterer raumbedeutsamer Windenergiestandort liegt westlich Stedebergen (LK Verden) in rd. 3,5 km. Aufgrund des geringen Konfliktpotenzials und der Vorprägung durch raumbedeutsame WEA sollte der SR zusammen mit SR 4 zukünftig als Vorranggebiet Windenergienutzung festgelegt werden…".

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 16	Landkreis Verden	**72**

Zum Standort Hilgermissen ist anzumerken, dass der Abstand zur Weser als Vogelzugkorridor keine 1.000m beträgt, wie vom NLT (2007 und 2009) naturschutzfachlich gefordert. Auf die Konfliktsituation wird zwar im Umweltbericht hingewiesen, aber es erfolgt keine Flächenreduzierung. Hier sind Ergänzungen erforderlich.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pendeln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug.

Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen

Abstand von mindestens 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 16	Landkreis Verden	**71**

2. Naturschutz und Landschaftspflege:

Die geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung 01 Hilgermissen sowie 03 Hämelhausen liegen relativ nah an der gemeinsamen Kreisgrenze. Weder in der Begründung noch im Umweltbericht tauchen Aussagen und Bewertungen aus dem Landschaftsrahmenplan Verden auf.

Die Darstellung von Vorranggebieten im RROP beinhaltet eine verbindliche Vorgabe für einen sachlich bestimmten Raum; ein entscheidendes Merkmal ist die abschließend abgewogene zeichnerische Festlegung. Die Standortentscheidung fällt auf der Ebene der Raumordnung; die gemeindliche Bauleitplanung sowie die Vorhabensebene kann den Standort nicht mehr in Frage stellen. Im Sinne eines Planspieles sind die zu erwartenden Auswirkungen auf die FFH-Gebiete sowie auf das Schutzgut Landschaftsbild zu überprüfen.

Im Umweltbericht ist darzulegen, in welchem Umfang die Landschaftsbildeinheiten durch die geplanten Windenergieanlagen erheblich negativ beeinträchtigt werden. Als erheblich beeinträchtigt wird mindestens der Umkreis der 15-fachen Anlagehöhe angesehen. Bei einer zulässigen Höhe von 180 m ergibt sich ein erheblich betroffener Raum mit einem Radius von 2.700 m. Für den Untersuchungsraum wird in der Literatur (z.B. NLT 2007) ein Radius der 50 bis 100 fachen Anlagenhöhe als Anhaltswert genannt. In diesem Radius befinden sich auch Landschaftsbildeinheiten von sehr hoher und hoher Bedeutung für das Landschaftsbild, die im Landkreis Verden liegen. Hier sind Ergänzungen im Umweltbericht erforderlich. Zum Inhalt des Umweltberichtes gehören auch Aussagen, wie der Träger der Raumordnung auf diese Konflikte reagiert. Es sind Maßnahmen zu nennen, die geplant sind, um erhebliche negative Umweltauswirkungen zu verhindern, zu verringern und soweit wie möglich auszugleichen (siehe Anlage zu § 5 Abs. 2 Satz 3 Ziffer 3 Buchstabe e NROG). Dies gilt grundsätzlich auch für die zu erwartenden Beeinträchtigungen im Landkreis Verden. Falls keine geeigneten Maßnahmen geplant werden könnten, wäre aus hiesiger Sicht die jeweilige Standortentscheidung zu überprüfen

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen

Im Rahmen der Überarbeitung erfolgt eine Ergänzung zur landschaftlichen Situation im angrenzenden Landkreis Verden auf der Grundlage von Aussagen des Landschaftsrahmenplans Verden und zu möglicherweise zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes.

Hinweis: Eine Konkretisierung von Maßnahmen zur Minimierung der Eingriffswirkungen auf das Landschaftsbild ist Aufgabe im Zulassungsverfahren und erfolgt auf der Ebene der Regionalplanung grundsätzlich nicht; ungeachtet dessen ist davon auszugehen dass die visuellen Wirkungen großer WEA auf das Landschaftsbild i. d. R. nicht ausgleichbar sein werden.

Zu den FFH-Gebieten: Folgen.

Der Hinweis zu den FHH-Fledermaus-Gebieten wird als Maßgabe zur Prüfung für die nachfolgenden Planungsebenen in den Umweltbericht aufgenommen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 16	Landkreis Verden	**73**

Zum Standort Hämelhausen ist anzumerken, dass in ca. 5 km nordwestlich und in ca. 6 km nördlich sich zwei Teilflächen des FFH-Gebietes Nr. 422 „Mausohr Jagdgebietskomplex bei Bücken" befinden. Ob diese Gebiete in einem funktionalen Zusammenhang mit dem im Umweltbericht genannten FFH-Gebiet Nr. 335 „Mausohr-Habitate nördlich Nienburg" stehen, ist zu überprüfen. Falls dies der Fall sein sollte, würde das neue Vorranggebiet wie ein Riegel in Ost-West-Richtung eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen. Hier sind Ergänzungen erforderlich.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Der Hinweis zu den FHH-Fledermaus-Gebieten wird als Maßgabe zur Prüfung für die nachfolgenden

Planungsebenen in den Umweltbericht aufgenommen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Umwelt, Geschäftsstelle Naturpark Steinhuder Meer	**299**

Gebiet WE 12 - östlich Husum im Landschaftstyp 622.00 E / Teilfläche 2

Das Gebiet befindet sich innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer. Mit 310 qkm ist der Naturpark Steinhuder Meer im Vergleich zu anderen Naturparken in Niedersachsen vergleichsweise klein. Dennoch bildet er auf dieser Flache unterschiedliche, aber eng miteinander verwobene Landschafts- und Kulturräume ab; gerade diese Dichte ist eine besondere Qualität des Naturparks Steinhuder Meer. Zur Schonung, der wertvollen Naturschutzgebiete im Kernbereich, kommen den äußeren Bereichen besondere Erholungsfunktionen zu. Vorausgesetzt sind ungestörte Landschaften, Auch einer Randlage innerhalb des Naturparks (Umweltbericht) kommt deshalb eine hohe Bedeutung für die Erholungsvorsorge zu.

Es wird eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Kulturlandschaften und die nachvollziebare Bewertung der kulturhistorischen Zusammenhänge zwischen Siedlungen, Naturraum u. Landnutzung etc. vermisst. Dass lokal eine Beeinträchtigung des kulturellen Erbes und von Sachwerten nach aktuellem Kenntnisstand, laut Umweltbericht, nicht zu erwarten ist, reicht bei einer Naturparkfläche (vgl. Ziele/Aufgaben oben) als Aussage nicht aus.

Das Landschaftsbildgutachten geht von einer statischen Betrachtung der Landschaft aus. Im Besonderen für die Erholungsnutzung und das Naturerleben spielen aber das mit den Jahreszeiten wechselnde Landschaftsbild, die Positionierung und Bewegung des Betrachters im Raum, die verschiedenen Sinneseindrücke und die Erwartungshaltung eine große Rolle für die Wahrnehmung eines Landschaftsraumes. Je intensiver die Erwartung an eine durch technische Oberformung freie Landschaft ist, um so intensiver werden solche Störpotentiale wahrgenommen. Eine solche Erwartungshaltung darf für die Besucher eines Naturparks, die mit der Kulturlandschaft und der besonderen landschaftlichen Schönheit und Eigenart werben (vgl. Ziele/Aufgaben oben) angenommen werden.

Unmittelbar südlich bzw. teilweise innerhalb des WEA-Standortes, verlauft die Bolsehler Straße, die Teil eines Naturpark-Hauptwanderwegs ist der ringförmig die Randbereiche des Naturparks erschließt und zum Naturpark-Wegenetzes gehört. In den offiziellen Naturpark- und Wanderkarten ist er mit der Nr. 2 gekennzeichnet. Über Husum hinaus schließt er im Nordwesten an den Hauptwanderweg Richtung Nienburg und in die Fahrradregion Mittelweser an. Auch die Samtgemeinde Landesbergen wirbt mit ihrer Erholungsqualität und den ausgezeichneten Freizeitwegen. Im südlich angrenzenden Husumer Wald (hohe Empfindlichkeit) z. B. verlaufen Wanderweg (H2, S3) der Gemeinde, die auch mit dem Wegenetz des Naturparks in Verbindung stehen. Wanderer und Radfahrer würden auf dem Hauptwanderweg Nr. 2 unmittelbar an dem WEA mit 180m Windrädern und großer akustischer Belastung vorbeigeführt. Die Erholungsqualität würden durch die Dimension der Anlage, die Rotorbewegung, Schattenwurf und Reflexionen drastisch belasten; der Eindruck einer "technisch besetzten Landschaft", würde das Maß der jetzigen Vorbelastungen bei weitem übersteigen. Die Aussage des Umweltberichts, auf den Flächen des WE 12 sei keine erheblich Beeinträchtigung durch Verlust von (...) Erholungsnutzung gegeben, kann so nicht gelten gelassen werden.

Im Landschaftsbildgutachten ist der potenzielle WEA-Standort als Teilraum der natürlichen Landschaftseinheit 622.00 E dargestellt. Er liegt wie eine Halbinsel, umgeben von überwiegend hochwertigen Teilräumen, im Naturpark. Die Fläche wirkt wie aus einem Zusammenhang herausparzelliert. Ihr wird folglich auch eine geringe Eigenart zugeschrieben. Die besondere Eigenart wird erst mit den angrenzenden Flächen sichtbar (Teilfläche 3, 622,00 D). Das reizvoll, oft kleinräumig gewellten Relief, eröffnet dem Betrachter unterschiedliche Blickbeziehungen, interessante Feldwege queren die Fläche. Die Kulissen der angrenzenden Flächen z. B. der südliche Waldsaum (Husumer Wald), wirken in die Fläche hinein. Die nördlich verlaufende L 370/K4 ist auch Grenze des Naturpark. Sie ist Baum bestanden, alte Gehöfte und der durch einen grünen Saum und Gehölze markierte Bachlauf bilden eine abwechslungsreiche Kulisse.

Die erhobenen Vorbelastungen werden nicht näher qualifiziert, außer dass für 4 Kategorien zur Berücksichtigung der visuellen und akustischen Belastung Wirkräume festgelegt sind. Mit dem zu Grund gelegten 500 m Wirkraum bei Windrädern z. B. kann bei freier Lage der visuellen Wahrnehmung dieser technischen Belastung des Umfeldes nicht begegnet werden. So ist beispielsweise die Vorbelastung eines Landschaftsbildes durch einen Fernsehumsetzers anders zu beurteilen als durch eine Windkraftanlage, deren Drehbewegung eine andere Qualität der Beeinträchtigung darstellt (vgl. VGH Mannheim, Urteil vom 16.10.2002, 8 S 737/02). Insofern werden Vorbelastungen ganz verschiedener räumlicher Dimension und wahrnehmbaren Wirkung in der Bewertung zu "erheblichen Belastungen" verschmolzen und für die Einstufung der Empfindlichkeit herangezogen, Als lokale Vorbelastungen werden Sandabbau, Deponiebetrieb, Straßenverkehr sowie ein Sendemast angeführt. Sie wirken optisch und akktustisch jeweils begrenzt in den Landschaftsraum hinein und sind z. B. auf dem Wanderweg nicht gleichzeitig wahrnehmbar. Sandabbau und Deponiebetrieb sind z. B. an Betriebszeiten gebunden, Windräder dagegen sind jederzeit wahrnehmbar...

Laut Umweltbericht werden die Auswirkungen der WE 12 über die Mindestabstände auf die angrenzenden Flächen und Siedlungen hinaus wirken, d. h. in den Naturpark hinein. Diese weitreichende Belastung des Naturparks, für seine Schutzgebiete (das Natura 2000 Gebiet liegt nur 2,5 km entfernt), für die hier lebende Bevölkerung und seine Erholungsqualität wird abgelehnt und ist mit seinen Zielen und Aufgaben nicht vereinbar.

Das Gebiet WE 12 ist als Standort für Windenergie nicht geeignet und wird abgelehnt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Im Sinne der Präambel, Ziffer 4, der Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer soll die Kernzone des Naturparks mit dem Gewässerbereich und den angrenzenden Schutzgebieten im Landkreis Nienburg/Weser unter Beachtung insbesondere der naturschutzfachlichen Belange von der Windenergienutzung freigehalten werden, ebenso wie besonders empfindliche Bereiche für das Landschaftsbilderleben im Naturparkgebiet.

Das Entwurfsgebiet Husum liegt nicht im Kernbereich des Naturparks, sondern im nordöstlichen Randbereich, der bereits durch Rohstoffabbau, Deponiebetrieb, Sendemast und vierspurige B 6 beeinträchtigt ist. Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorrangstandorte für Windenergie festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Auswirkungen potenzieller WEA zu vernachlässigen seien; jedoch ist ihre Relevanz vor dem Hintergrund der genannten Belastungen zu bewerten. Dies gilt auch für eine etwaige besondere Erwartungshaltung von Besuchern des NP.

Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angren-zenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Umwelt, Geschäftsstelle Naturpark Steinhuder Meer	**300**

Das Problem, dass detaillierten faunistischen und floristischen Untersuchungen zu einzelnen Flächen und deren Arteninventar fehlen, kann nicht dazu führen, dass Vorrangebiete für WEA mangels Information ausgewiesen werden. Das Verschieben des Problems auf eine nachfolgende Planungsebene kann weder im Sinne potenzieller Investoren noch des Natur- und Artenschutzes liegen. Auch die selektive Auswahl von Untersuchungsstandorten, 7 von 18, entbehrt der Begründung. Das Vorkommen des Uhus sowie die Bedeutung der o. g. Flache als Jagd- und Nahrungsraum für den Schwarz- und Rotmilan ist festzustellen. Außerdem bietet sich die potentielle VVEA-Fläche auf Grund der offenen Lage und der umgebenden Strukturen als Lebensraum für Großvögel an, so auch den, keinesweg nur an Wasser als Nahrungsgebiet gebundenen, Seeadler. Die Gefährdung dieser Tier durch Kollisionen mit Windkraftrotoren ist hinlänglich bekannt. Des Weiteren schließt sich der Naturpark Steinhuder Meer der Stellungnahme der ÖSSM an.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Sämtliche neuen oder maßgeblich zu verändernden Gebiete wurden in die Untersuchungen einbezogen Eine Kartierung für Bestandsgebiete führt hingegen nicht zu zielführenden Ergebnissen. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Umwelt, Geschäftsstelle Naturpark Steinhuder Meer	**298**

Die Geschäftsstelle des Naturparks nimmt wie folgt Stellung zu dem vorliegenden Entwurf und im Besonderen zur

Ausweisung eines potentiellen WEA-Standortes innerhalb des Naturparks (W12).

Allgemeines

Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Naturpark gemäß seines Stellenwertes für den Natur-, Landschafts- und Artenschutz, für die landschaftsbezogene Erholung, und die Kulturlandschaft sowie als Wirtschaftsfaktor im Rahmen der vorliegenden Planung keinen eigenständigen Stellenwert in der Abwägung und Bewertung einnimmt. Der Naturpark Steinhuder Meer steht sowohl für Biodiversität. als auch für ein vielfältiges Kultur- und Erlebnisgut. Auch die mehrfach zitierten Hinweise des NLT (Juli 2007) führt Naturparke als naturschutzrechtlich besonders oder entsprechend geschützte Gebiete und potentielle Ausschlussgebiete auf. Der Benefit z. B., der ‚Vorsorgegebieten für Forstwirtschaft und zusammenhängende Waldgebiete ab 5 ha Größe' für ihre wirtschaftliche Bedeutung, Erholungsfunktion und Umweltbelange, einschließlich der Ränder in deren Bedeutung für den Artenschutz, zum Ausschlusskriterium erheben, muss uneingeschränkt auch dem 310 Quadratkilometer großen, zusammenhängenden Naturpark Steinhuder Meer zuerkannt werden und ihn auf gleiche Planungsstufe heben. Die politisch gewollte Zusammenfassung des Naturparks Steinhuder Meer mit anderen Landschaftsteilen, - gebieten und Vorsorgeflächen zu einem Abwägungskriterium, tilgt ihn als eigenständig darstellbares Kriterium. Dies kann nicht gelten gelassen werden; dagegen sprechen auch die gesetzlichen Grundlagen und die vertragliche Vereinbarung, die der Landkreises Nienburg/Weser zu Gunsten des Naturparks Steinhuder Meer eingegangen ist.

Naturparke sind nach § 34 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatG) in der Fassung vom 11 April 1994 „einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiets", in denen die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung „einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvieifalt (...) angestrebt wird" und „die sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und in denen ein nachhaltiger Tourismus angestrebt wird".

Diesem Auftrag hat sich auch der Landkreis Nienburg/Weser mit Unterzeichnung der ‚Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer' zwischen der Region Hannover, dem Landkreis Nienburg/Weser und dem Landkreis Schaumburg angeschlossen (in geänderter Form in Kraft getreten am 1.1.2008), die unter Punkt 1 der Präambel der gesetzlichen Vorlage uneingeschränkt folgt. Ebenso werden die Leitbilder des Dachverbandes der Deutschen Naturparke (VON) sowie die der Europäischen Charta für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten als Grundlage und Zielvorgaben in der Vereinbarung festgelegt. So heißt es im Leitbild des VDN „Naturparke sind geschaffen worden, um großräumige Kulturlandschaften, die aus Naturschutzgründen sowie wegen ihrer besonderen Eigenart und Schönheit von herausragender Bedeutung sind, zu erhalten, zu pflegen, zu entwickeln oder wiederherzustellen".

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die gesamte Gebietskulisse Naturpark Steinhuder Meer besitzt nicht die rechtliche Qualität eines Ausschlusskriteriums. Den gesamten Bereich als Tabuzone zu deklarieren, ist planerisch nicht begründbar und widerspricht dem planerischen Abwägungsgrundsatz. Die Belange des Naturparks Steinhuder Meer sind u. a. über das Landschaftsbildgutachten in die planerische Abwägung eingeflossen. Im Sinne der Präambel, Ziffer 4, der Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer soll die Kernzone des Naturparks mit dem Gewässerbereich und den angrenzenden Schutzgebieten im Landkreis Nienburg/Weser unter Beachtung insbesondere der naturschutzfachlichen Belange von der Windenergienutzung freigehalten werden, ebenso wie besonders empfindliche Bereiche für das Landschaftsbilderleben im Naturparkgebiet.

Das Entwurfsgebiet Husum liegt nicht im Kernbereich des Naturparks, sondern im nordöstlichen Randbereich, der bereits durch Rohstoffabbau, Deponiebetrieb, Sendemast und vierspurige B 6 beeinträchtigt ist.

Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Aus-schluss für Vorrangstandorte für Windenergie generiert. Eine Festlegung von Vorrangstandorten soll nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Regionalplanung	**223**

(1) Vorranggebiet für Windenergienutzung östlich Husum (WE 12)

Sie beabsichtigen innerhalb des Gebiets des Naturparks Steinhuder Meer die Neufestlegung des Vorranggebiets für Windenergienutzung östlich Husum (WE 12) mit einer Flächengröße von rd. 90,5 ha.

Dies steht meines Erachtens im Widerspruch zur Standortfindung und -bewertung gemäß der Begründung des

Änderungsentwurfs, wonach "fremdenverkehrsbetonte Gebiete" bereits zur Ermittlung der Suchräume ("weiße Flächen") ein Ausschlusskriterium waren (Kapitel 4,3.1, Seite 9). Im Folgenden wird nicht näher dargelegt, was unter dieser Kategorie zu verstehen ist und welche Gebiete konkret darunter gefasst werden. Nach meiner Auffassung ist der Naturpark Steinhuder Meer als ein "fremdenverkehrsbetontes Gebiet" anzusehen. Naturparke sind nach § 34 NNatG einheitlich zu pflegen und zu entwickeln. Die Aufgaben und Ziele der Naturparkarbeit sind insbesondere der Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Natur und Landschaft, der Erhalt der landschaftlichen Vielfalt im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips, der Erhalt und die Förderung der charakteristischen Kulturlandschaft und der regionalen Identität sowie die Förderung der landschaftsbezogenen Erholung. Zur Konkretisierung und Umsetzung dieser Ziele haben die Region Hannover, der Landkreis Nienburg/ Weser und der Landkreis Schaumburg gemeinsam eine Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer unterzeichnet (in Kraft getreten am 01.01.2008). In dieser wird unter anderem herausgestellt, dass das gesamte Naturparkgebiet einheitlich nach Maßgabe der genannten gesetzlichen Vorgaben und entsprechend den Leitbildern des Dachverbands der Deutschen Naturparke (VDN) zu entwickeln ist. Weiterhin wird sich auf die "Europäische Charta für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten" berufen, die als Auszeichnung vom Dachverband der europäischen Schutzgebiete (EUROPARC) für europaische Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke vergeben wird, die sich für einen nachhaltigen Tourismus engagieren. Nach meiner Auffassung ist eine Vereinbarkeit zwischen Erholungsnutzung und Windenergienutzung - insbesondere aufgrund deren Fernwirkungen - nicht gegeben. Aus diesem Grund haben der Landkreis Schaumburg und ich das Naturparkgebiet planerisch von einer Windenergienutzung freigehalten. Von daher widerspricht das Vorranggebiet den Zielen und Funktionen des Naturparks Steinhuder Meer - auch im Hinblick auf die gemeinsame Verpflichtung zwischen der Region Hannover, dem Landkreis Nienburg/ Weser und dem Landkreis Schaumburg - und ist nicht weiter zu verfolgen. In diesem Zusammenhang verweise ich zudem auf die Stellungnahme der Geschäftsstelle des Naturparks "Steinhuder Meer" vom 12.02.2010 und dessen Bedenken.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Im Sinne der Präambel, Ziffer 4, der Vereinbarung über den Naturpark Steinhuder Meer soll die Kernzone des Naturparks mit dem Gewässerbereich und den angrenzenden Schutzgebieten im Landkreis Nienburg/Weser unter Beachtung insbesondere der naturschutzfachlichen Belange von der Windenergienutzung freigehalten werden, ebenso wie besonders empfindliche Bereiche für das Landschaftsbilderleben im Naturparkgebiet.

Das Entwurfsgebiet Husum liegt nicht im Kernbereich des Naturparks, sondern im nordöstlichen Randbereich, der bereits durch Rohstoffabbau, Deponiebetrieb, Sendemast und vierspurige B 6 beeinträchtigt ist. Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorrangstandorte für Windenergie festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Auswirkungen potenzieller WEA zu vernachlässigen seien; jedoch ist ihre Relevanz vor dem Hintergrund der genannten Belastungen zu bewerten. Dies gilt auch für eine etwaige besondere Erwartungshaltung von Besuchern des NP.

Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angren-zenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 17	Region Hannover, Fachbereich Regionalplanung	**224**

Meine Ablehnung dieses Vorranggebiets basiert auch auf erheblichen Bedenken aus Gründen des Artenschutzes. Ich beziehe mich dabei auf fachliche wie rechtliche Gesichtspunkte mit Auswirkungen auf die regionalplanerische Handhabung, wie ich sie jüngst bei der Neufestlegung eines Vorranggebiets für Windenergiegewinnung im Bereich Niedernstöcken (lfd. 8. Änderung des RROP 2005 für die Region Hannover) habe vornehmen müssen. Danach sind bei Ihrer Entwurfsbearbeitung nach meiner Auffassung artenschutzrechtliche Belange nicht ausreichend berücksichtigt worden (Umweltbericht, Seite 15ff). Mit der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12.12.2007 wurde das deutsche Artenschutzrecht an die europarechtlichen Vorgaben angepasst. Nunmehr sind die artenschutzrechtlichen Vorschriften bei Planungs- und Zulassungsverfahren anzuwenden, besonders da sich artenschutzrechtliche Belange der Abwägung entziehen und strikt zu beachten sind. Nach meiner Auffassung sind bezüglich der Windenergienutzung artenschutzrechtliche Belange auf der Ebene Regionalplanung insoweit zu prüfen und zu bewerten, dass ausgeschlossen werden kann, dass sie in nachfolgenden Bauleitplan- und/ oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu einer grundsätzlichen Unzulässigkeit der Windenergienutzung führen. In dem Zusammenhang erachte ich es planungsrechtlich für bedenklich, fehlende faunistische Untersuchungen als Datenlücke zu benennen (Umweltbericht, Seite 17) und Vorrangfestlegungen mit dem Hinweis zu

versehen, dass artenschutzrechtliche Belange auf nachfolgenden Ebenen geklärt werden können und eine weitergehende Behandlung auf der Ebene Regionalplanung nicht erforderlich ist. Hinsichtlich von Vorgehensweise und Inhalt des Umweltberichts verweise ich auch auf die Stellungnahme der Ökologischen Schutzstation Steinhuder Meer e. V. (ÖSSM) vom 27.01.2010 und die dort dargelegten nachvollziehbaren Bedenken.

Daran anknüpfend gibt es bei dem im Naturpark Steinhuder Meer geplanten Vorranggebiet für Windenergiegewinnung östlich Husum (WE 12) erhebliche artenschutzrechtliche Konflikte. Im Umweltbericht wird in der Zusammenfassung zum "Gebiet WE 12 - östlich Husum" dargelegt, dass der Grad der Auswirkungen auf Schwarz-/ Rotmilan und Uhu auf dieser Planungsebene nicht abschließend geklärt werden könne (Kapitel 2.2.12, Seite 55). Es wird ausgeführt, dass der Rotmilan in diesem Gebiet Nahrungsgast sei und dass mit einem erhöhten Vogelschlagrisiko zu rechnen sei. Der Rotmilan besitzt in der artenschutzrechtlichen Beurteilung ein besonderes Gewicht. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die so genannten 'Rotmilan-Urteile' der Oberverwaltungsgerichte Rheinland-Pfalz vom 16.03.2006 (AZ 1 A 10884/05. OVG) und Thüringen vom 14.05.2007 (AZ1 K01054/03), in denen herausgestellt wird, dass artenschutzrechtliche Belange des Rotmilans eine Unzulässigkeit von Windenergienutzungen begründen können. Der Rotmilan ist eine Art des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie, was zur Folge hat, dass auf den Rotmilan besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich seiner Lebensräume anzuwenden sind, um sein Überleben und seine Vermehrung in seinem Verbreitungsgebiet sicherzustellen (Art. 4 Abs. 1 Satz 1 VRL). Zusätzlich ist die Art auch in der EG-Artenschutzverordnung Nr. 338/97 aufgeführt und zählt zu den streng geschützten Arten im Sinne von § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG. Der Erhaltungszustand des Rotmilans wird aufgrund von regionalen Bestandsrückgängen von der Staatlichen Vogelschutzwarte im NLWKN als ungünstig beurteilt. Auch in der atlantischen biogeografischen Region ist der Erhaltungszustand als ungünstig bewertet. Ferner ist der Rotmilan durch Kollisionen mit Windkraftanlagen erheblich gefährdet. Nach der von dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) Brandenburg geführten Recherche zu Vogelschlagopfern an Windkraftanlagen steht der Rotmilan mit 99 Verlusten an der Spitze der Totfunde an Windkraftanlagen. Angesichts der relativ geringen Bestandszahlen und der recht geringen Fortpflanzungsrate sind diese Verluste zumindest für lokale Populationen des Rotmilans als hohes Risiko zu beurteilen, im Gegensatz zur Situation bei häufigen Arten wie z.B. dem Mäusebussard. Diese Aspekte werden auch in den o. g. Urteilen herausgestellt. In Ihrem Umweltbericht legen Sie dar, dass die Bereiche östlich von Husum eine große Bedeutung für den Lebensraurn des Rotmilans besitzen. Ferner prognostizieren Sie ein erhöhtes Vogelschlagrisiko für den Rotmilan, woraus für einzelne Arten und/ oder die lokale Population eine erhebliche Gefährdung eintritt, die deutlich über das artenschutzrechtlich zu akzeptierende, allgemeine Lebensrisiko hinausgeht. Nach meiner Auffassung fällt dieses unter die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 42 Abs. 1 BNatSchG, die keiner Abwägung zugänglich sind. Weiter sind für den Rotmilan meines Erachtens einerseits Vermeidungs- bzw. CEF-Maßnahmen aus fachlicher Sicht nicht möglich und andererseits sind die Tatbestände für eine Ausnahmegenehmigung nach § 43 Abs. 8 BNatSchG nicht erfüllt, zumal im Entwurf zur Änderung des Teilabschnitts Windenergie des RROP für den Landkreis Nienburg/ Weser 2003 ausreichend geeignete Standortalternativen aufgezeigt werden. Zudem wird nach meinem Wissen eine Sicherung des bereits jetzt ungünstigen Erhaltungszustands des Rotmilans durch wirksame Verhinderung von Kollisionen im Planungsraum sowie eine Entwicklung von entsprechenden Lebensräumen an anderer Stelle aufgrund der großen Aktionsräume der betroffenen Arten und der Komplexität ihrer Habitatansprüche als fachlich nicht realisierbar eingeschätzt. Da meines Erachtens dieser artenschutzrechtliche Konflikt auch nicht in nachfolgenden Zulassungsverfahren aufzulösen ist, halte ich hier die Festlegung eines Vorranggebiets für sehr bedenklich.

Im Hinblick auf weitere artenschutzfachliche und -rechtliche Bedenken verweise ich auch auf die Stellungnahme der ÖS8M vom 27.01.2010.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwä-gungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundla-ge noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.). Das Auftreten von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG im Rahmen eines konkreten Vorhabens kann auf dieser Planungsebene nicht endgültig ausge-chlossen werden.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeten planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden. Vorkommen des Rotmilans werden dabei mit besonderem Gewicht in die Abwägung eingestellt.

Insoweit wird mit einer der Ebene der Regionalplanung entsprechenden Detailschärfe Hinweisen auf mögliche artenschutzrechtliche Konflikte nachgegangen.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**308**

Ein Problem ist auch darin zu sehen, dass einige der Vorranggebiete eine kritische Distanz zur Weseraue als Leitlinie des Vogelzuges unterschreiten. M. E. genügt es nicht, lediglich die gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebiete auszusparen. Ziehende Vögel kennen die Abgrenzung dieser Gebiete nicht, sondern orientieren sich – zumal bei schlechten Sichtbedingungen in der Nacht – in einem viel gröberen Sinne an Fluss und Umland. Geboten erscheint ein Abstand von mindestens 1.000 m beidseits der Geestkante.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Weser als maßgebliche Leitlinie für den regionalen Vogelzug wird generell von Windparkfestlegungen freigehalten. Soweit es sich um an der Weser überwinternde Populationen handelt, kann davon ausgegangen werden, dass die Tiere bei ihren Flugbewegungen zwischen Nahrungs- und Rasthabitaten den Windparks ausweichen können.

Hinweis: der Vogelzug im Landkreis Nienburg/Weser erfolgt, wie im gesamten Binnenland, überwiegend als Breitfrontzug. Diesbezügliche Untersuchungen erübrigen sich.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**307**

Der Umweltbericht hat ausweislich der als verwendet bezeichneten Literatur die vorbereitete 3. Auflage der Empfehlungen des Niedersächsischen Landkreistages „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen“ (NLT, Stand 02.04.2009) in die Bewertung einbezogen. Die Ermittlung und Darstellung der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt hingegen eine ältere Fassung. Allerdings nimmt auch der Umweltbericht widersprüchlicher Weise z. T. auf die ältere Fassung von 2007 Bezug (so etwa in der Fußnote 9 auf Seite 15).

In der vorbereiteten 3. Auflage empfiehlt der Landkreistag den Trägern der Regionalplanung u. a., deutlich größere Schutzabstände zu bestimmten bedeutenden Vogellebensräumen, Brutplätzen bestimmter Arten und generell gegenüber Gebieten mit besonderer Bedeutung für Fledermäuse einzuhalten. Diese Anpassung begründet der NLT im Vorwort zur 3. Auflage zu Recht mit neuen Erkenntnissen sowie mit der Berücksichtigung der Abstandsregelungen, welche die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten veröffentlicht hat. Ich rege an, die Ermittlung der Sonderbaugebiete an diesen Stand anzugleichen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Es wird die aktuelle Version des Leitfadens zitiert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**310**

Ein Teil der im Entwurf dargestellten 17 Vorranggebiete ist hinsichtlich von Belangen des Vogelschutzes problematisch. Das gilt für die folgenden Gebiete, welche nachweislich oder vermutlich bedeutende Vogellebensräume oder die Nahrungshabitate im hohen Maße kollisionsgefährdeter Vogelarten beanspruchen: ...

Gerade unter Berücksichtigung des Umstandes, dass für die Ermittlung der Vorranggebiete nicht auf die Ergebnisse einer systematischen Erfassung bedeutender Vogellebensräume zurückgegriffen werden konnte, spräche m. E. einiges für einen generellen Ausschluss der vorstehend genannten Gebiete. Die auf der Ebene des Zulassungsverfahrens für Anlagen in diesen Gebieten erforderlichen Bestandsaufnahmen der Avifauna führen voraussichtlich zu Ergebnissen, welche die Eignung der oben genannten Gebiete für Windenergie in Frage stellen könnten. Ein Verzicht könnte auch die Planungssicherheit für Investoren erhöhen.

Zumindest sollten die problematischen Gebiete nicht als uneingeschränkt geeignet dargestellt werden (ggf. Einführung einer entsprechenden neuen Planungskategorie) und in den textlichen Ausführungen des RROP sollte auf den zusätzlichen Prüfungsbedarf, die möglichen Konflikte und die daraus resultierenden Eingriffsfolgen hingewiesen werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde

2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse einbezogen.

Durch die erfolgten Kartierungen und ihre Berücksichtigung kann die Planungssicherheit für Investoren nur zu einem gewissen Grad erhöht werden. Aus den jedenfalls erforderlichen Kartierungen auf der Zulassungsebene können sich daher u. U. Zulassungshemmnisse ergeben.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**312**

Hinweise zur Bewertung des Kollisionsrisikos für Rotmilan und Uhu

Bei der Bewertung der Zahl der in Deutschland tot unter WEA aufgefundenen Rotmilane (123) und Uhu (8) sind einschränkende Sachverhalte zu beachten: Die Verluste an WEA werden nicht systematisch ermittelt, sondern es handelt sich überwiegend um bloße Zufallsfeststellungen. Wie Versuche zeigen, werden Opfer innerhalb kürzester Zeit von Prädatoren aufgenommen. Insofern sind sich Fachleute einig, dass mit einer hohen Dunkelziffer gerechnet werden muss.

Immerhin kamen von 130 toten Rotmilanen mit bekannter Todesursache in Brandenburg und Sachsen-Anhalt 38 (29 %) an den Rotorblättern von WEA um. Dabei trägt Deutschland die Hauptverantwortung für den Schutz der Art in der Welt, weil der größte Teil der Population in Deutschland vorkommt. In Niedersachsen brüteten 2005 ca. 900 Paare. Zwischen 2000 und 2006 ging der Bestand um etwa 15 % zurück. Langfristig ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Beim Rotmilan dürften die kollisionsbedingten Verluste zudem leichter auch ein populationsbedrohliches Maß erreichen. Zu Tode kommen an WEA überwiegend Altvögel, zumeist brütende Vögel; sie haben für den Erhalt der Population die größte Bedeutung. Der Verlust brütender Altvögel ist bei langlebigen Arten mit geringer jährlicher Fortpflanzungsrate wie dem Rotmilan der schwerste Eingriff in die Population. Der Ausfall brütender Altvögel führt leicht zum Verlust der Brut. Bislang sind nach dem Verlust kaum Ersatzbruten festgestellt worden. Ein Ersatz verunglückter Brutvögel durch eine „Brutvogelreserve“ scheint gerade beim Rotmilan weit weniger zu erfolgen als bei anderen Arten, worauf Beobachtungen in Brandenburg und Sachsen hinweisen (T. Dürr, Staatliche Vogelschutzwarte Brandenburg, schriftliche Mitteilung vom 18.12.2003). Dort kam es nach dem Tod eines Altvogels nicht zum Ersatz des Brutpartners, sondern stets zur Aufgabe der Brut.

Die Verantwortung Niedersachsens hinsichtlich des Bestands- und Arealerhalts der Art in Deutschland und Europa ist hoch. In den Vollzugshinweisen des NLWKN ist der Rotmilan deswegen als „höchst prioritäre Art“ eingestuft. Dort werden kollisionsbedingte Verluste an WEA noch vor solchen Verlusten an ungesicherten Mittelspannungsmasten aufgeführt. Der Umstand, dass aus Niedersachsen bisher lediglich zwei Rotmilane als Schlagopfer belegt sind, relativiert die Gefährdung schon deshalb nicht, weil Windparks in Niedersachsen nicht systematisch auf Schlagopfer hin untersucht werden. Am ehesten könnte – wären die Verluste tatsächlich gering – vermutet werden, es sei bisher gelungen, Dichtezentren der Art vor der Errichtung von WEA zu schützen.

Die Zahl an WEA tödlich verunglückt aufgefundener Uhus beträgt zwar lediglich acht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der Uhubestand in Deutschland nur etwa ein Zehntel des Rotmilanbestandes beträgt. Beachtlich dürfte in diesem Zusammenhang auch die Mitteilung der Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen e. V. (EGE) sein. Sie registrierte nach Errichtung von WEA die Aufgabe von Uhubruten und führt hierzu weiter aus, sie könne zwar nicht beweisen, dass hierfür WEA verantwortlich seien. Andere plausible Gründe für den Abbruch von Bruten und das Verschwinden von Uhus seien aber nicht erkennbar. Die Geräuschemissionen der WEA könnten es zwar den Uhus erschweren, Beutetiere zu orten und insoweit die Nutzbarkeit der Nahrungshabitate verringern. Dies bedeute aber nicht notwendigerweise, dass die Uhus Gebiete mit WEA mieden. Wahrscheinlicher sei, dass die Uhus in diesen Gebieten einem hohen Risiko ausgesetzt seien, an den Anlagen zu verunglücken und tatsächlich auf diese Weise sehr viel mehr Uhus ums Leben kommen, als offiziell festgestellt würde. Die bekannt gewordenen Todfunde belegen, dass sich Uhus offensichtlich auch in dem Luftraum bewegen, der von den Rotoren erreicht wird.

W. Breuer, 16.03.2010

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der dargestellten Bedeutung und Gefährdung der Arten wird durch die Berücksichtigung im Rahmen der Erfassung sowie Einhaltung von Mindestabständen der potenziellen Vorranggebiete Windenergienutzung von 1000 m zu erfassten Brutstandorten berücksichtigt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**311**

- Seite 18, vorletzter Absatz: Fraglich ist, was unter einer „rezenten Klimaerwärmung“ verstanden werden soll.

- Seite 60, „Flora und Fauna“: Statt Blauschnäpper (eine Vogelart dieses Namens existiert nicht) dürfte der Grauschnäpper gemeint sein.

- Seite 82 unten: Im Umweltbericht wird die Kollisionsgefahr für den Schwarzmilan offenbar unterschätzt. Zwar sind für diese Art deutlich weniger Totfunde ermittelt worden, es ist aber zu berücksichtigen, dass diese Art wesentlich seltener in Deutschland vorkommt als der Rotmilan. So kommen in Niedersachsen zwar 900 Rotmilanpaare, aber nur 125 Schwarzmilanpaare vor! Zudem scheint es bisher tendenziell eher gelungen zu sein, die Lebensräume dieser Art vor einer Inanspruchnahme der Windenergiewirtschaft zu schützen.

- Seite 84, vorletzter Spiegelstrich: Die Möglichkeiten, in Windparks das Kollisionsrisiko für kollisionsgefährdete Arten zu senken (sofern dies gemeint sein sollte), sind außerordentlich begrenzt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme zu S. 18, S. 84.

Folgen zu S. 60.

Kenntnisnahme zu S. 82.

Die Frage einer bisherigen Schonung von Schwarzmilanlebensräumen ist hier wenig beurteilungsrelevant. Hingegen ergibt sich für die Art aus der zu verzeichnenden Ausbreitungstendenz im Vergleich mit dem in Rückgang begriffenen Rotmilan für den zudem besondere nationale Verantwortung besteht, ein geringeres Gewicht im Rahmen der Abwägung.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**301**

Sofern sich das Brutvorkommen des Schwarzmilans auch in den Folgejahren bestätigt, dürfte eine Zulassung von Bau und Betrieb von Windenergieanlagen beträchtliche artenschutzrechtliche Probleme aufwerfen, weil hier eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos zu erwarten ist. Statt der Einstufung „- negativ“ wird man eher von einer sehr negativen Einstufung ausgehen müssen. Die von LAG und NLT empfohlenen Abstände werden nicht eingehalten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Auf das Brutvorkommen wird mit einer Anpassung der Flächenabgrenzung im Zuge der Fortschreibung des Umweltberichts reagiert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**302**

Zwar werden die vom NLT empfohlenen Abstände zu bedeutenden Fledermausvorkommen eingehalten. Eine Gefährdung der Population der Wochenstuben im südlich gelegenen FFH-Gebiet 3021-335 bleibt allerdings in einem Zulassungsverfahren zu prüfen. Es kann nämlich derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass Fledermäuse dieses Vorkommens auch Nahrungshabite innerhalb oder nördlich des geplanten Vorranggebietes nutzen. Das Vorranggebiet und die westlich stehenden Anlagen könnten wegen der enormen Längsausdehnung ein nicht unwesentliches Kollisionsrisiko darstellen. Dies würde die Einstufung „-- sehr negativ“ begründen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Detaillierte Untersuchungen zu den Fledermäusen sind auf Ebene der Genehmigungsverfahren für WEA durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**958**

Zudem wird auch der gebotene Abstand zum Wesertal als Gastvogellebensraum und Leitlinie des Vogelzuges unterschritten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pendeln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festlegungen freigehalten. Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug. Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen Abstand von mindestens 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**303**

Der Standort ist hinsichtlich des Seeadlerschutzes problematisch. Dies belegt der dort an einer bestehenden Anlage getötete Seeadler. Die Flächen liegen innerhalb des Umkreises des ehemaligen Neststandortes. Dieser Umkreis kommt im Falle einer Wiederansiedlung als Nahrungshabitat des Seeadlers in Frage. Mit einer Wiederbesiedlung ist zu rechnen. Der Radius, in dem nach LAG und NLT Nahrungshabitate der Art von Windenergieanlagen freigehalten werden sollen, beträgt 6.000 m; nicht lediglich 3.000 m um den Neststandort. Das Vorranggebiet unterschreitet selbst diesen geringeren Abstand. Das Kollisionsrisiko dürfte hier auch deshalb besonders hoch sein, weil der Seeadler vermutlich Fallwild von der Bahnstrecke aufnimmt und hierzu von Osten aus auf die Windenergieanlagen trifft. Die Planung müsste diesen besonderen Umständen Rechnung tragen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das hohe Kollisionsrisiko der Art ist unstrittig. Jedoch ist der ehemalige Horst nicht besetzt, und daher nicht planungsrelevant. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**304**

Auf dieses Vorranggebiet sollte wegen der offensichtlichen Lagediskrepanzen zu Vorkommen der kollisionsgefährdeten Vogelarten Schwarzmilan, Rotmilan und Uhu verzichtet werden. Der Umstand, dass bei der ohnehin zeitlich und methodisch unzureichenden Erfassung 2009 keine Uhus festgestellt wurden, ist wenig belastbar. Zudem haben 2009 wegen der schlechten Nahrungssituation in Niedersachsen deutlich weniger Uhus gebrütet als in „normalen“ Jahren. Soll das Vorranggebiet aufrechterhalten werden und sollten sich die Brutvorkommen bestätigen, ist im Zulassungsverfahren mit beträchtlichen artenschutzrechtlichen Problemen zu rechnen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse, die den Brutstandort des Uhus nachweisen konnten, sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis: Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Mindestabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3

BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**872**
Gegen das Vorranggebiet sprechen nicht zuletzt auch die Auswirkungen auf das benachbarte Landschaftsschutzgebiet und die Inanspruchnahme des Naturparks. Der vorhandene Sendemast dürfte weniger als Vorbelastung ins Gewicht fallen, als es im Umweltbericht angenommen wird. Mögliche negative Umweltwirkungen durch Rohstoffabbau und Deponiebetrieb dürften zudem mit der Zeit eher abnehmen.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme. Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorrangstandorten kann jedoch nur in landschaftlich gering-wertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten. Das LSG „Husumer Geest“ ist im nördlichen, an das potenzielle Vorranggebiet angrenzenden Bereich stark vorbelastet, sodass eine Beeinträchtigung durch WEA nur von untergeordneter Relevanz ist. Innerhalb der Waldflächen des LSG kommt es aufgrund der Sichtverschattung durch den Baumbestand nicht zu einer Beeinträchtigung.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 40	NLWKN - Betriebsstelle Hannover-Hildesheim -	**309**
Das Gebiet ist potentielles Nahrungshabitat überwinternder Kornweihen sowie Nahrungshabitat weiterer Greifvögel. Auf der Ebene nachgelagerter Zulassungsverfahren dürften hierzu vertiefende Untersuchungen erforderlich sein.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 48	Behörde für Geoinformation , Landentwicklung und Liegenschaften (GLL Hannover)	**228**
Die niedersächsische Landesregierung unterstützt bekanntlich eine technologieoffene Energiepolitik, um die Versorgungssicherheit für die Bürger zu gewährleisten. Dabei ist es Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien wie z. B. Windenergie zu erhöhen und noch wettbewerbsfähiger zu machen, um von Seiten des Landes einen wachsenden Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz zu leisten.		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**100**

Tg. 88, 89, 164 und 92; "SW- bis SO-Randlage Uchter Moor"

Tg. Sind Nahrungsgebiete rastender Kraniche, die im Uchter Moor übernachten (Daten aus Herbst 2009). WEAs sind hier naturschutzfachlich inakzeptabel.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannten Bereiche sind keine geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung und sollen von WEA freigehalten werden.

Hinweis: Grundsätzlich würde eine Bedeutung als Nahrungshabitat rastender Kraniche einer potenziellen Festlegung als Vorranggebieit nicht entgegen; die Tiere meiden zwar Windparks, jedoch stehen im Umfeld genügend potentielle Nahrungshabitate bereit.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**102**

Tg. 72 und 74; „östlich Warmsen"

Zumindest Wiesenweihen-Verdachtsräume. Gelegentliche Ww- Beobachtungen (Nahrungssuche), bisher kein Brutnachweis.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannten Bereiche sind keine geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung und sollen von WEA freigehalten werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**98**

Tg. 61, weniger 63 „östlich Brinkmoor"

Brutgebiet von Rohrweihe, Kiebitz, Feldlerche, Ortolan, Wachtel. Rast von Wasservögeln auf dem Sarninghauser Meerbach.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannten Bereiche sind keine geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**97**

Tg. 145 und 146 „Am Rüsselbach" und „Große Heide"

WEAs sind auch hier naturschutzfachlich inakzeptabel.

Tg. sind Nahrungsgebiet von rastenden Kranichen (insbesondere Tg. 145) die im Hohen Moor, Siedener Moor und Borsteler Moor übernachten, Brutgebiet von Kiebitz, Feldlerche, Wachtel, Wiesenweihe, Rohrweihe, Neuntöter, Braunkehlchen, Ortolan und vereinzelt Großer Brachvogel.

Der Bereich gehört zum einzigen Vorkommengebiet von Wiesenweihen im LK Nl. Zur Nahrungssuche nutzen Baumfalke, Wiesenweihe und Rohrweihe das Gebiet.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannten Bereiche sind keine geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung und sollen insbesondere auch aus den angeführten avifaunistischen Wertigkeiten von WEA freigehalten werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**95**

...obwohl zeitlich überfällig, möchten wir zu den uns mit Schr. v. 16.04.09 bekannt gemachten Suchräumen zu Windenergieplanungen im LK Nl Stellung nehmen, soweit unsere Kenntnis in der Landschaft reicht, z.B. i.R. von Bestandserfassungen der Wiesenweihe, Kraniche u.a..

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den vorliegenden Entwurf, sondern auf das Scopingverfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung, das bereits im Zuge der Planerarbeitung unter Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände durchgeführt wurde.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**242**

In diesem Zusammenhang möchten wir uns der Kritik in der Stellungnahme der ÖSSM bezugl. Methodik und Zeitpunkt des avifaunistischen Gutachtens, das für einige der geplanten VR-Gebiete erstellt wurde, ausdrücklich anschließen. Insbesondere sehen wir auch einen Mangel im Verfahren, nur 7 von 18 VR-FIächen zu kartieren, Zumindest die durch Windkraft bedrohten Vogel- und Fledermausarten hätten vorweg so einer zeitlich und methodisch passenden Form erfasst werden müssen. Ebenso hätten alle möglichen Zugwege (für Vögel und Fledermäuse) genau untersucht werden müssen, da ziehende Vögel besonders sensibel auf WE-Anlagen reagieren.

Wir wollen aus Abwägungsgründen die Brutplätze von Wachteln in geplanten Flächen nicht als Ausschlusskriterium für ein Vorranggebiet ansehen sondern diesen Eingriff für ausgleichbar halten, da Wachteln ohnehin flexibel auf die landwirtschaftliche Ackernutzung reagieren.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine Kartierung für Bestandsgebiete führt nicht zu zielführenden Ergebnissen und muss daher unterbleiben; sämtliche neuen oder maßgeblich zu verändernden Gebiete wurden in die Untersuchung einbezogen. Hierzu wurde 2010 eine ergänzende Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse bei der Überarbeitung des Entwurfes einfließen.

Für Fledermäuse wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen (befristete Abschaltung) .

Die Weser als maßgebliche Leitlinie für den regionalen Vogelzug wird generell von Windparkfestlegungen freigehalten. Hinweis: der großräumige Vogelzug im Landkreis Nienburg/Weser erfolgt, wie im gesamten Binnenland überwiegend als Breitfrontzug. Diesbezügliche Untersuchungen erübrigen sich also.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**241**

Die Kreisgruppe des BUND begrüßt grundsätzlich die Erweiterung der Vorrangflächen für Windenergieanlagen. Nur durch

Vermehrung der Erzeugung regenerativer Energie kann dem Klimawandel entgegen gewirkt werden.

Gleichzeitig möchte der BUND die durch Errichtung von WEA-Anlagen beeinträchtigten ökologischen Ressourcen soweit wie möglich schützen, so dass möglicherweise Vorrangflächen verkleinert werden oder ganz entfallen müssen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**244**

Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) fordert 1000 m Abstand zu Gastvogellebensräumen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Abstand sinnvoll und notwendig ist für den Schutz der Gastvögel im Wesertal sowie der Vogelzuglinie Wesertal. Daher sollte die Vorrangfläche so festgelegt werden, dass dieser Abstand überall eingehalten wird und somit die Fläche WE 01 entsprechend zu verkleinern ist.

Es sollte geprüft werden, ob der Raum zwischen den beiden Teilflächen wegen der dort bestehenden WE-Anlagen zur VR-Fläche hinzugenommen werden kann.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pendeln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der gesetzlichen Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug. Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen Abstand von mindestens 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks angrenzend an die Niederung gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**245**

Bezüglich des Brutplatzes des Schwarzmilans sollte die Lage der auf Kreis Diepholzer Seite genehmigten WE-Anlagen berücksichtigt werden. Gegebenenfalls muss die Vorrangflache um einen Sicherheitsabstand zum Brutplatz verkleinert werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Auf das Brutvorkommen im Bereich Hoyerhagen wird mit einer Anpassung der Flächenabgrenzung im Zuge der Fortschreibung des Umweltberichts reagiert.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**246**

Bezüglich Wachtelbrutplätzen siehe Bemerkung oben.

Hier sollten die Flächen im Norden mit den bestehenden WE-Anlagen im jetzigen VR-Gebiet für Repowering hinzugenommen werden.

Sonst keine Einwände.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisname.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**248**

Da der Rotmilan eine bedrohte Vogelart ist, dessen Weltbestand zu 60% in Deutschland vorkommt, ist hier besonders sensibel zu entscheiden. Es sollte schon bei der Festlegung des Vorranggebiets die Raumnutzung dieser Art berücksichtigt werden, was eventuell zur Verkleinerung bzw. Aufgabe dieser Fläche führen könnte.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine abschließende Bewertung der Flächen ist aufgrund der Planungsebene und des zeitlichen Planungshorizontes von 10 Jahren selbst bei einer mehrjährigen und umfassenden Kartierung der Avifauna nicht möglich. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung (leguan 2010) für das Gebiet durchgeführt. Der Rotmilan konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht mehr nachgewiesen werden. Dies verdeutlicht die hohe rämlich-zeitliche Dynamik der Brutstandorte. Die Ergebnisse werden bei der Festlegung der neuen Gebietsgrenzen im Rahmen der Umweltprüfung berücksichtigt.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**249**

Keine Einwände (zum potenziellen Vorranggebiet 6).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**251**

Keine Einwände (zum potenziellen Vorranggebiet 8).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung	**96**

Tg. 141 und Tg. 143 „Siedener Bruch" und südlich angrenzend:

Naturschutzfachlich völlig inakzeptabel, da eine Fließgewässerniederung (Siede) mit rastenden Wasservögeln (Enten, Gänse, Taucher, Säger) und einem Kernnahrungsgebiet regelmäßig rastender Kraniche, die in den benachbarten Mooren Siedener Moor und Borsteler Moor ihre Schlafplätze haben. Die Flüge der Kraniche zwischen Nahrungs- und Schlafplätzen würden erheblichst behindert und damit vollständig unterbunden. Außerdem ist das Gebiet Rastplatz für Watvögel wie Kiebitz u.a..

Als Brutvögel wurden u.a. Kiebitz, Feldlerche, Neuntöter, Wachtel und zeitweise Wachtelkönig festgestellt, zur Nahrungssuche u.a. Rotmilan, Rohrweihe und Wiesenweihe. Im benachbarten Siedener Moor und Borsteler Moor brüten Kraniche.

Das Borsteler Moor wird sich nach der Abtorfung zu einem großen Rastplatz für Kraniche, Gänse u.a. entwickeln. Dies darf durch WEAs an dieser Stelle nicht behindert werden. Südlich des Borsteler Moores ist durch mehrere WEAs bereits eine erhebliche und u.E. unverantwortliche Belastung des Raumes entstanden, die nicht forciert werden darf. Die Argumentation, dass dann ja schon eine Vorbelastung vorhanden sei, kann und darf nicht zu einer Ausweitung an diesen Stellen führen. Im Gegenteil, die vorhandenen WEAs dürfen nicht durch Repowering ersetzt werden, sondern sind nach Verwendung abzubauen (Korrektur einer Fehlentwicklung).

Frau B. .. aus Deblinghausen beklagt (11.11.09 telefonisch), dass am Fuße des Hesterbergs ein WEA-Vorranggebiet geplant sei, just wo sich Kraniche beim Zug öfter hochschrauben (Termik) um Höhe zum Weiterflug zu erreichen. Hier würden auch

regelmäßig Kiebitze beobachtet. Das Problem trete überwiegend im Frühjahr auf.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweise:

• Offenlandvögel / Brutstandorte: auf-grund der bestehenden Vorbelastung können die genannten Arten ggf. als Beleg dafür herangezogen werden, dass sich WEA nicht störend auswir-ken; jedenfalls ist eine Rücknahme so nicht begründbar.

• Kraniche: Da Kraniche WEA i. d. R. ausweichen, ist aufgrund der bestehenden Vorbelastungen die behauptete Störung von Flugverbindungen auszuschließen.

• Borsteler Moor: eine möglicherweise zukünftig auftretende Situation kann grundsätzlich allenfalls als Hinweis in die regionalplanerische Abwägung eingestellt werden. Aufgrund von Abständen und der randlichen Moorwaldvegetation kann Beeinträchtigung einer möglichen Bedeutung als Vogelrastplatz ausgeschlossen werden

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**252**

Hier muss dringend vor Festlegung der Vorrangflache der Brutvogelbestand des benachbarten Großen Moores ermittelt werden und danach bezüglich der Empfindlichkeit der festgestellten Arten der Abstand der Vorrangfläche zum Großen Moor festgelegt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Entfernung von mehr als 1000 m zum Großen Moor hält die vom NLT geforderten Mindestabstände zu empfindlichen Arten in jedem Fall ein. Darüber hinaus wurden die vorliegenden Daten des NLWKN zum Brut- und Gastvogelinventar des Großen Moores ausgewertet. Eine eigene Bestandsaufnahme ist auf Ebene der Regionalplanung aufgrund des im Wesentlichen bereits bestehenden Standortes und Einhaltung der Mindestabstände nicht angezeigt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**99**

Tg. 55, 56, 57; „östlich Steyerberg"

Keine eigen Daten vorhanden.

Erscheint jedoch lagestrategisch im Mündungsdreieck von Großer Aue in die Weser und nahe der Wellier Schleife für Wasservögel als erhebliche Belastung der Flug- und Zugwege.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Abstand zum Flugkorridor des Wesertals ist mit minimal 1200 m als hinreichend anzusehen. Darüber hinaus exis-tieren hier bereits 28 WEA, sodass eine erhebliche Vorbelastung besteht. Vor dem Hintergrund einer Bündelung von Belastungen, ist die Vergrößerung und Repowering-Nutzung der Fläche daher sinnvoll.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**254**

Bzgl. Wachtelbruten siehe Bemerkung unter „Grundsätzliches".

Bei Wiederansiedlung des Seeadlers im Nienburger Bruch wäre eine Erweiterung der Vorrangfläche nach Norden sehr problematisch.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**256**

Bezgl. Wachtelbruten siehe oben.

Der Uhu hat in der Sandgrube Bolsehle gebrütet. Ob auch jetzt noch Brut vorliegt muss vor Festlegung der Vorrangfläche ermittelt werden. Zweimalige Feststellungen des Uhus in den letzten Jahren - trotz nur sporadischen Erfassungstests - weisen darauf hin, dass der Uhu wahrscheinlich dort nach wie vor brütet. Zumindest sind die Sandgruben ein geeignetes Brutgebiet für Uhus.

Für Uhu, Rot-, Schwarzmilan sollte das Gefährdungspotential durch Windkraft in Bezug zu deren Nähe und Nutzung der Flache vor Festlegung des Vorrangs ermittelt und berücksichtigt werden. Hier schließen wir uns der Abstandsforderung des Niedersächsischen Landkreistags an, von Uhu-Brutplätzen einen Abstand von mindestens 3000 m einzuhalten.

Man muss aufgrund obiger Argumente dieses VR-Gebiet sehr in Frage steilen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvo-gelkartierung durchgeführt. Deren Er-gebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse einbezogen werden. Ein Brutplatz des Uhus konnte im Rahmen dieser Untersuchungen nachgewiesen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die aktuelle Fassung des NLT-Gutachtens einen Mindestabstand von 1000 m zum Brutplatz des Uhus und nicht 3000 m fordert.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**257**

Die vorgesehene Vorrangfläche liegt im Naturpark Steinhuder Meer. Soweit wir informiert sind will zumindest die Region Hannover den Naturpark von WE-Anlagen frei halten. Dieser Aspekt sollte berücksichtigt werden, zumal im Naturpark zwei FFH- Gebiete Siegen und weitere Großvogelarten (Seeadler, Fischadler) im LK Nienburger Bereich des Naturparks brüten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorrangstandorten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angren-zenden Naturparkflächen zu erwarten. Insoweit sind die behaupteten erheblichen belastenden Wirkungen auf die Landschaft des Naturparks nicht gegeben.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**260**

Wir widersprechen der Feststellung im Gutachten, dass die Fläche als Winterquartier für eine größere Zahl von Kornweihen

nicht essentielles Nahrungshabitat sei. Wir meinen, die Kornweihen halten sich im Winter gerade wegen der Nahrung dort auf. Auch wegen der Nahrungsgäste Rotmilan, Rohrweihe und Wespenbussard ist für diese Fläche eine genauere Kartierung vor Festlegung des Vorrangs notwendig, um eine sinnvolle Festlegung zu treffen.

Bezgl. Wachtelbruten siehe oben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Umweltbericht stellt fest, dass Teilflächen des VSG „Diepholzer Moorniederung“ einer größeren Anzahl von Kornweihen als Winterquartier dient, nicht jedoch die beplante Fläche selbst. Hinsichtlich der Nahrungshabitate wird konstatiert, dass „aufgrund fehlender Kenntnisse zur Raumnutzung der Art […] erhebliche Beeinträchtigungen […] nicht per se ausgeschlossen werden können.“ (S. 63 Umweltbericht). Eine Nutzung als Nahrungshabitat wird somit nicht ausge-schlossen, jedoch aufgrund der ausreichend vorhandenen vergleichbaren Flächen in der näheren Umgebung nicht als essenziell eingeschätzt. Es bestehen ausreichende Ausweichmöglichkeiten.

Zudem ist die Kornweihe als tief fliegende Greifvogelart nicht in erhöhtem Maße durch Kollisionen mit den Rotoren der WEA gefährdet.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Diepholzer Moorniederung Wagenfeld-Ströhen	**101**

Tg. 70, 71, 167 und 168; „südlich Lohhof"

Zumindest Wiesenweihen-Verdachtsräume. Gelegentliche Ww- Beobachtungen (Nahrungssuche), bisher kein Brutnachweis.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**262**

Keine Einwände (zum potenziellen Vorranggebiet 16).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 77	BUND Kreisgruppe Nienburg	**264**

Wir begrüßen die Abwägung, die dieses Vorranggebiet entfallen ließ.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**275**

Auch die fehlende Kartierung der Fledermäuse muss hier als ablehnendes Argument genannt werden. Diese Artgruppe, die auch extrem in ihrem Bestand durch WEA gefährdet werden kann, darf nicht von den Voruntersuchungen ausgeschlossen werden. Eine reine Gefahrenabwägung aufgrund von Biotopstrukturen ist hier nicht ausreichend. Zumindest die durch Windenergieanlagen bedrohten Vogel- und Fledermausarten hätten vorweg in einer zeitlich und methodisch anerkannten

Form erfasst werden müssen. Ebenso hätten alle möglichen Zugwege (für Vögel und Fledermäuse) genau untersucht werden müssen, da ziehende Arten besonders durch WEA gefährdet sind.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Für Fledermäuse wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen (befristete Abschaltung).

Die Weser als maßgebliche Leitlinie für den Vogelzug wird generell von Windparkfestlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser).

Hinweis: Der Vogelzug im Landkreis Nienburg/Weser erfolgt, wie im gesamten Binnenland, überwiegend als Breitfrontzug. Diesbezügliche Untersuchungen erübrigen sich.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**273**

Grundsätzlich tritt der NABU für die Energieerzeugung aus einem Mix von regenerativen Energien (Wind-, Sonnenenergie, Wasserkraft, ...) ein, um dem Klimawandel entgegen zu wirken. Natürlich müssen bei der Planung der Windenergieanlagen (WEA) Standorte alle gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Somit wird von uns auch begrüßt, dass der Landkreis weitere Flächen zur gezielten Nutzung der Windenergie ausweisen will.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**274**

Das avifaunistische Gutachten (leguan Planungsbüro) ist aus unserer Sicht nicht ausreichend und kann von uns so nicht anerkannt werden. Hier wurden, wohl bedingt durch die späte Beauftragung, fachliche- und wissenschaftliche Erkenntnisse missachtet. Die Methodik und der Zeitpunkt der Erfassung werden einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten können. Weiterhin sehen wir auch einen Mangel im Verfahren, nur 7 von 18 Vorrangflächen zu kartieren.

Der Kartierzeitraum lag so spät im Jahr (ab dem 8. Juni!), dass viele durch WEA bedrohte Arten längst ihr Brutgeschäft beendet hatten und somit gar nicht mehr erfasst werden konnten (z.B. Kiebitz, Gr. Brachvogel, fast alle Wiesenvögel), da sie im Gebiet nicht mehr anwesend waren oder ihr Balzverhalten (u.a. Gesang) längst eingestellt hatten.

Nachtaktive Vogelarten (z.B. Eulen, Wachtelkönig) wurden überhaupt nicht berücksichtigt. Auch dieser Umstand führt zu der Erkenntnis, dass das Gutachten ungeeignet ist, die einzelnen Gebiete abschließend bzgl. der dort vorkommenden Vögel zu bewerten. Dies ist aber zwingend Voraussetzung für eine rechtlich unanfechtbare Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie!

Aufgrund der Fehler bei der Beurteilung der Vorrangflächen bzgl. der Avifauna (viel zu später Kartierungsbeginn, keine Kartierung von nachtaktiven Arten, nur zwei oberflächliche Kartierungen pro Gebiet, nicht alle Gebiete kartiert) und der komplett fehlenden Fledermauskartierungen, erwarten wir die vorläufige Einstellung des Verfahrens und den sofortigen Auftrag für ein neues Gutachten nach den anerkannten Methoden und Standards.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Untersuchungsmodi und Anforderungen an Kartierungen, wie sie auf der Ebene der Vorhabenszulassung üblich und angebracht sind, sind für die Ebene der Regionalplanung nicht angemessen. Eine vollständige Erfassung von Brutvögeln ist für die Standortentscheidung im Rahmen die Teilfortschreibung nicht erforderlich und daher nicht erfolgt. Aus diesem Grund wurde die Erfassung auf solche Standorte beschränkt, die in er-heblichem Umfang zu erweitern oder neu aufzunehmen waren, Eine abschließende Bewertung der Flächen wäre aufgrund der Planungsebene und des zeitlichen Planungshorizontes von 10 Jahren im Übrigen selbst bei einer mehrjährigen und umfassenden Kartierung der Avifauna rechtlich gar nicht möglich und kann daher nicht als

(zwingende) Voraussetzung für die regionalplanerische Flächenfestlegung angenommen werden.

Durch die erfolgten Kartierungen und ihre Berücksichtigung kann die Planungssicherheit für Investoren nur zu einem gewissen Grad erhöht werden. Aus den jedenfalls erforderlichen Kartierungen auf der Zulassungsebene können sich gleichwohl u. U. Zulassungshemm-nisse ergeben.

Zu den Fledermäusen: vgl. ID 442.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**277**

Zum Vorkommen einiger spezieller Vogelarten haben wir folgende Anmerkungen: Rotmilan: Als besonderes Problem im Zusammenhang mit WEA haben sich zahlreiche Kollisionen mit Rotmilanen herausgestellt. Es handelt sich dabei überwiegend um lokale Brutvögel. Wegen der hohen Verantwortung, die Deutschland für diese Art hat - etwa die Hälfte des Weltbestandes der Rotmilane brütet in Deutschland - und des geringen Bestandes überhaupt (24.000 Paare weltweit!), ist hier beim Vorkommen dieser Art die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergie zu stoppen.

Schwarzmilan: Für den Schwarzmilan gilt bzgl. des Kollisionsrisikos dasselbe wie für den Rotmilan. Der Schwarzmilan hat an der Weser seine westliche Verbreitungsgrenze erreicht. Westlich der Weser werden nur noch selten Brutvorkommen kartiert. Es kann also durch WEA ein erheblicher Schaden an der lokalen Brutpopulation entstehen. Auch diese Art sollte als Ausschlusskriterium für die Ausweisung eines Gebiets gelten.

Wachtel: Bei der im Umweltbericht immer wieder kartierten Wachtel ist uns aus heutiger Sicht nicht bekannt, dass eine besondere Gefährdung durch WEA mit hoher Nabenhöhe vorliegt. Der Brutplatz der Wachtel ist immer abhängig von der Bewirtschaftung der Flächen.

Somit sehen wir im Vorkommen der Wachtel kein Ausschlusskriterium.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Brutvorkommen des Rotmilans wurden aufgrund des bekanntermaßen hohen Kollisionsrisikos der Art im Zuge der durchgeführten avifaunistischen Untersuchungen speziell geprüft. Zu bestehenden Brutstandorten werden für die Art in Übereinstimmung mit den vorsorgeorientierten Empfehlungen des NLT Mindestabstände von etwa 1000 m ein-gehalten. Damit können Kollisionsrisiken maßgeblich reduziert werden, so dass der besonderen nationalen Verantwortung für die Art entsprochen werden kann.

Da der Schwarzmilan im Gegensatz zum Rotmilan in Ausbreitung begriffen ist und zudem für die Art keine besondere nationale Bedeutung besteht, erfolgt für die Brutstandorte ggf. eine Berücksichtigung unter besonderer Würdigung des Einzelfalls, jedoch keine pauschale vorsorgeorientierte Einhaltung von Mindestabständen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**278**

Der Abstand von nur 500m zur Vogelleitlinie Weser ist nicht akzeptabel. Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) fordert 1000 m Abstand zu Gastvogellebensräumen. Dieser Abstand sollte nicht unterschritten werden. Das Gebiet ist entsprechend zu verkleinern.

Die zwei Teilgebiete sollten nach Möglichkeit als ein zusammenhängendes Gebiet ausgewiesen werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pendeln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug. Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen Abstand von mindestens 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon

ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**279**

Schwarzmilan (s. ID 277)

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Da der Schwarzmilan im Gegensatz zum Rotmilan in Ausbreitung begriffen ist und zudem für die Art keine besondere nationale Bedeutung besteht, erfolgt für die Brutstandorte ggf. eine Berücksichtigung unter besonderer Würdigung des Einzelfalls, jedoch keine pauschale vorsorgeorientierte Einhaltung von Mindestabständen.

Hinweis:Kenntnisnahme

Hinweis: Auf das Brutvorkommen im Bereich Hoyerhagen wird mit einer Anpassung der Flächenabgrenzung im Zuge der Fortschreibung des Umweltberichts reagiert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**280**

Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 3).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**281**

Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 4).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**282**

Keine Ausweisung aufgrund des Rotmilans (s. ID 277).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine abschließende Bewertung der Flächen ist aufgrund der Planungsebene und des zeitlichen Planungshori-zontes von 10 Jahren selbst bei einer mehrjährigen und umfassenden Kartierung der Avifauna rechtlich gar nicht möglich. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung (leguan 2010) für das Gebiet durchgeführt. Der Rotmilan konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht mehr nachgewiesen werden. Dies verdeutlicht die hohe rämlich-zeitliche Dynamik der Brutstandorte. Die Ergebnisse werden bei der Festlegung der neuen Gebietsgrenzen im Rahmen der Umweltprüfung

berücksichtigt.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**283**
Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 6).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**284**
Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 7).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**285**
Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 8).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**286**
Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 9).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**287**
Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 10).		
Abwägungsvorschlag: Kenntnisnahme.		
4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**288**
Keine Ausweisung: • Aufgrund des Vorkommens des Rotmilans (s.ID 277),		

• Weiterhin wird von allen Fachleuten erwartet, dass der in der Nähe liegende aber zur Zeit verwaiste Horst des Seeadlers – das Weibchen des Paares wurde ein Kollisionsopfer einer WEA (!) – kurzfristig wieder besiedelt wird.

• Das Vorkommen von Fledermäusen (Nahrungsraum) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund der Biotopstrukturen im Osten bzw. im NE anzunehmen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der ehemalige Horst des Seeadlers ist seit einiger Zeit unbesetzt und somit nicht planungsrelevant.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**289**

Keine Ausweisung:

• Aufgrund des Vorkommens des Rotmilans (s.ID 277.).

• Aufgrund des Vorkommens des Schwarzmilans (s. ID 277).

• Aufgrund des Vorkommens des Uhus (ÖSSM, 2008). Der NLT fordert einen Mindestabstand der WEA von 3.000 m zu Uhubrutplätzen. Auch daraus lässt sich die Nichteignung des Standortes ableiten.

• Das Vorkommen von Fledermäusen (Nahrungsraum) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund der Biotopstrukturen im Osten (Grinderwald) bzw. im Süden anzunehmen.

• Die vorgesehene Vorrangfläche liegt im Naturpark Steinhuder Meer. In diesem Naturpark brüten neben den o.g. Milanen und des Uhu weitere viele durch WEA besonders gefährdete „Großvogelarten“ (z.B. Fisch- und Seeadler, Kranich, Gr. Brachvogel, Weißstorch, ...).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse und im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**290**

Soweit wir informiert sind, wollen sowohl die Region Hannover als auch der Kreis Schaumburg den Naturpark von Windparks zukünftig frei halten. Dieser Aspekt sollte berücksichtigt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**292**

Keine Ausweisung:

• Aufgrund des Vorkommens des Fischadlers. Der Standort östlich der Bundesstraße 441 liegt innerhalb eines 3 km Radius eines seit 2006 dauerhaft besetzten Fischadlerhorstes und steht in der direkten Flugroute zur Weser, die nachweislich als Nahrungshabitat genutzt wird. Eine Erweiterung des vorhandenen Windvorranggebiets lehnen wir deswegen ab, weil die Kollisionsgefahr (vor allem der Jungvögel) mit steigender Zahl an WEA zunimmt.

Die Kartierung eines Blauschnäppers erscheint uns als sehr unwahrscheinlich und lässt an der Qualität der vorausgegangenen Untersuchung zweifeln. Der Blauschnäpper ist eine asiatische Vogelart, die in Europa nicht vorkommt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der vom NLT empfohlene pauschale Mindestabstand zu Brutplätzen des Fischadlers beträgt 1000 m und keineswegs 3000 m. Somit ist der Mindestabstand zum Horst als gewahrt anzusehen. Es wird ein Hinweis in den Umweltbericht aufgenommen, wonach die Lage innerhalb einer Flugroute auf der Zulassungsebene zu prüfen ist.

Bei der Nennung des Blauschnäppers handelt es sich um einen Übertragungsfehler aus dem avifaunistischen Fachgutachten in den Umweltbericht, den die Planungsgruppe Umwelt bedauert. Gemeint ist hier der Grauschnäpper.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**293**

• Die vorgesehene Vorrangfläche liegt im Naturpark Steinhuder Meer. In diesem Naturpark brüten neben den o.g. Milanen und des Uhu weitere viele durch WEA besonders gefährdete „Großvogelarten“ (z.B. Fisch- und Seeadler, Kranich, Gr. Brachvogel, Weißstorch, ...). Soweit wir informiert sind, wollen sowohl die Region Hannover als auch der Kreis Schaumburg den Naturpark von Windparks zukünftig frei halten. Dieser Aspekt sollte berücksichtigt werden,

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Gebiet liegt knapp 1,5 km westlich der Westgrenze des Naturparks und somit außerhalb dessen Geltungsbereichs.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**294**

Wegen der Nahrungsgäste Rotmilan, Rohrweihe und Wespenbussard auch ist nicht auszuschließen, dass die Wiesenweihe hier vorkommt. Für diese Fläche ist, wie bei allen anderen Gebieten auch, eine genauere Kartierung vor Festlegung des Vorrangs notwendig, ggf. darf keine Ausweisung erfolgen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Detaillierte Kartierungen sind auf der Ebene des Zulassungsverfahrens erforderlich.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**295**

Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 16).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**296**

Keine Anmerkungen (zum potenziellen Vorranggebiet 17).

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 79	NABU Nienburg	**297**

Die Aufgabe des Vorrangstandortes WE 18 wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 159	Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.	**88**

Es fällt sehr schnell auf, dass weder der Bericht noch die zu Grunde liegenden Freilanduntersuchungen geeignet sind, um die artenschutzrechtlichen Belange bewerten zu können.

Die Nennung einer nicht europäischen Vogelarten (z. B. Blauschnäpper auf Seite 60 - eine fernöstliche Vogelart) ist nur ein Beispiel dafür, dass handwerkliche Fehler im Umweltbericht enthalten sind. Gemeint ist hier sicher der Grauschnäpper, einer der häufigen (Garten-) Vogelarten in Deutschland und eine Art, die hier für eine artenschutzrechtliche Prüfung irrelevant ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Fehler im Umweltbericht wird korrigiert.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 159	Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.	**87**

...Unsere folgende Stellungnahme bezieht sich auf das allgemeine Procedere und im Detail auf die geplanten WEA-Standort östlich Husum (W12) und im Bereich Rehburg-Loccum (W14). Hier liegen uns entsprechende Kenntnisse vor.

Allgemeine Anmerkungen

Grundsätzlich ist die Ausweisung von Windvorranggebieten zu begrüßen, um koordiniert Standorte zu finden und um "Wildwuchs" und aufwändige Einzelprüfungen zu vermeiden. Für eine sinnvolle Standortauswahl ist u. a. die Erfassung von Tierarten (z. B. im Rahmen der SUP) erforderlich,

v. a. von denen, die durch die Anlagen gefährdet werden können. Dies soll die Basis darstellen, um die artenschutzrechtlichen Belange prüfen zu können. Wir haben den Umweltbericht, der durch die Planungsgruppe Umwelt erstellt wurde, durchgearbeitet.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Da sich die Regelungen des Artenschutzes an die Zulassungsebene wenden, ist die Erfassung von Tiervorkommen auf Ebene der Raumordnung grundsätzlich nicht erforderlich; dies kann aber dennoch durchaus zweckmäßig und angebracht sein.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 159	Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.	**89**

In der avifaunistischen Kartierung fehlen sicher betrachtungsrelevante Arten, denn zum einen lag der Kartierzeitraum zu spät im Jahr (in der 24. - 26. Kalenderwoche, also ab dem 8. Juni!) und damit weitgehend nach der Brutzeit vieler, z. T. streng geschützter Arten. Vögel werden in der Regel anhand der Lautäußerungen (Gesang) kartiert. Die Gesangsphase ist Mitte Juni in der Regel am Ausklingen. Die Ausführung der Geländearbeiten entspricht somit keinem Standard! Im Gegenteil. Der Ausführungszeitraum lag so spät im Jahr, dass zwangsläufig Brutvorkommen von Vögeln übersehen werden mussten. Befremdlich ist, das im Umweltbericht das Manko der späten Kartierung nicht genannt (sondern verschleiert?) wird. Außerdem reicht die Begehungshäufigkeit - es wurde nur 2x plus potenziell ein weiteres Mal kartiert - bei weitem nicht aus. Sonderuntersuchungen zur Erfassung von nachtaktiven Arten liegen - soweit wir dem Bericht entnommen haben - gar nicht vor! Dem selbst gesteckten Ziel (im Umweltbericht S. 15), belastbare avifaunistische Daten zu gewinnen, wird somit nicht Rechnung getragen. Und schon gar nicht kann eine flächenscharfe Aussage getroffen werden (ebenfalls S. 15, unten)!

Ein Beispiel ist das Vorkommen des Uhus in Bolsehle unweit des dortigen geplanten Vorranggebietes. Von der Art konnten wir im Jahr 2006 einen Brutnachweis erbringen (21.05., Altvogel mit zwei Jungtieren im Ästlingsalter von 5-6 Wochen) und später wiesen wir ein rufendes Männchen zu Beginn der Brutzeit 2008 nach (rufendes Männchen am 20.02.2008). Es ist wahrscheinlich, dass die Art dort auch 2008 und 2009 gebrütet hat, wir haben das nicht kontrolliert. Das Büro Leguan hat lediglich die westlichen Bereiche des Sandgrubenkomplexes nach Spuren untersucht, 2006 brüteten die Vögel jedoch in dem südöstlichen Teil des Gebietes. Rückfragen bei uns hat es nicht gegeben!

Nach unserer Erfahrung halten Uhus jedoch jahrelang an ihren Brutgebieten fest, wenn auch die Brutplätze im Einzelnen verlagert werden können. Der hier genutzte Kartierungsraum ist nicht geeignet, um diese Vogelart zu erfassen. Rufende Uhus sind vor allem im Februar und März nachzuweisen (nach Sonnenuntergang). Brutnachweise durch Verhören oder Suche der Jungvögel und deren Spuren sind - sofern die Brut erfolgreich war - bis Juni möglich, aber oft schwer zu erbringen und zweifelsfrei eine Arbeit für spezialisierte Gutachter!

Im Übrigen reicht es aus unserer Sicht nicht aus, die Avifauna nur in sieben von 18 geplanten Standorten zu untersuchen (S. 15). Das widerspricht einer zu erwartenden Sorgfaltspflicht und kann dazu führen, dass naturschutzfachlich wertvolle Bereiche übersehen werden. Später nachgeholte Kartierungen auf unteren Planungsebenen sind sicher nicht das Mittel der Wahl und führen zu Planungsunsicherheiten bei den Investoren. Es entbehrt aus unserer Sicht jeder Logik, das avifaunistische Arteninventar der Gebiete bei der Aufstellung des Raumordnungsprogrammes nicht zu berücksichtigen, den Investoren bei der Detailplanung dann Kartierungen aufzubürden, die eine Aufstellung von WEA im Nachhinein vereiteln oder zumindest zu Konflikten führen.

Der Transfer von Aussagen vom avifaunistischen Gutachten zum Umweltbericht ist nicht in Gänze korrekt. Sehen Sie dazu bitte das o. g. Beispiel des Uhus. Hier wird die Aussage des avifaunistischen Gutachtens meines Erachtens unzulässig relativiert.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Untersuchungsmodi und Anforderungen an Kartierungen, wie sie auf der Ebene der Vorhabenszulassung üblich und angebracht sind für die Ebene der Regionalplanung nicht angebracht. Eine vollständige Erfassung von Brutvögeln ist für die Standortentscheidung im Rahmen die Teilfortschreibung nicht erforderlich und daher nicht erfolgt. Aus diesem Grund wurde die Erfassung auf solche Standorte beschränkt, die in erheblichem Umfang zu erweitern oder neu aufzunehmen waren. Eine abschließende Bewertung der Flächen wäre aufgrund der Planungsebene und des zeitlichen Planungshorizontes von 10 Jahren im Übrigen selbst bei einer mehrjährigen und umfassenden Kartierung der Avifauna rechtlich gar nicht möglich.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse, die in einem Änderungsentwurf gesondert vorgelegt wird, einbezogen.

Durch die erfolgten Kartierungen und ihre Berücksichtigung kann die Planungssicherheit für Investoren nur zu einem gewissen Grad erhöht werden. Aus den auf Zulassungsebene jedenfalls erforderlichen Kartierungen können sich daher u. U. Zulassungshemmnisse ergeben; dieses Risiko kann durch Kartierungen auf Ebene der Regionalplanung nicht ausgeschlossen werden

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 159	Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.	**90**

W12 - östlich Husum

Zu dem geplanten Gebiet W12 im Einzelnen: Das Plangebiet liegt noch im stark touristisch genutzten Naturpark Steinhuder Meer. Bislang war es das Ziel der Landkreise Nienburg, Schaumburg und der Region Hannover, den Naturpark von WEA freizuhalten. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen soll hier der touristische Aspekt berücksichtigt werden, zum anderen brüten innerhalb des Naturparks zahlreiche nach Bundesartenschutzverordnung streng geschützte und seltene Vogelarten, die durch die WEA gefährdet werden würden.

Dazu zählen See- und Fischadler, Rot- und Schwarzmilan, Weiß- und (möglicherweise) Schwarzstorch, Kranich, Baumfalke, Uhu, Großer Brachvogel etc. Die aufgezählten Arten sind streng geschützt und weitgehend im Anhang 1 der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt. Zu diesen Brutvogelarten ist noch eine Reihe von Gastvögeln hinzuzuzählen. Einige dieser Arten brüten im Nahbereich der geplanten Anlagen (Schwarzmilan, Uhu, vermutlich Rohweihe von der wir am 21.05.2006 einen brutverdächtigen Vogel in ein Getreidefeld westlich der

Sandabgrabung einfliegen sehen haben). Der niedersächsische Landkreistag (Naturschutz und Windenergie, Stand 2007) schlägt einen Mindestabstand der WEA von 3.000 m zu Uhubrutplätzen vor, 6.000 m sogar, wenn Verbindungen zu Nahrungsgebieten unterbrochen werden. Schon allein daraus lässt sich die Nichteignung des Standortes ableiten. Zu Brutvorkommen von Schwarz- und Rotmilan sowie Rohrweihe sollen 1000 m frei gehalten werden.

Zu Brutvorkommen des Seeadlers sind wie beim Uhu 3.000 m Abstand einzuhalten, Nahrungshabitate innerhalb von 6.000 m. Der geplante Standort liegt etwa 5.000 m von einem bekannten und aktuellen Nistplatz entfernt (12.000 m von einem weiteren). Ob die überplante Fläche als Nahrungsgebiet genutzt wird, ist bislang nicht ermittelt worden, wird von uns aber als wahrscheinlich eingestuft (vor allem in den Wintermonaten). Verluste von Seeadlern an Windkraftanlagen sind mittlerweile häufig dokumentiert worden, so auch ein populäres Beispiel aus dem Landkreis Nienburg. Das elfjährige, beringte Seeadlerweibchen eines Brutplatzes in der Nähe von Husum geriet im Januar 2008 in einer WEA, die etwa 12 km (!!!) vom Nest entfernt stand. Damit starb das erfolgreichste Niedersächsische Seeadlerweibchen, dass im Laufe seines Lebens 16 Jungvögel aufzog. Das zeigt, dass auch das Risiko des Vogelschlags weit über die Vorschlagsradien des NLT hinausgeht. Das Risiko steigt natürlich mit der Nähe zum Nest. Mit dem Bau von WEA in dem Gebiet W12 sind die noch vorhandenen bzw. neu angesiedelten Seeadlerpaare im Naturpark Steinhuder Meer gefährdet.

Grundsätzlich ist darüber hinaus auch abzulehnen, dass mit der Erstellung von Windparks potenziell besiedelbare Flächen für Großvögel unnutzbar gemacht werden. Einige Arten wie Schwarzstorch, Kranich, Fischadler (niedersachsenweit nur 7 Brutpaare in 2009) und Seeadler (niedersachsenweit etwa 20 Brutpaare in 2009) erholen sich gerade wieder in ihren Beständen und können sich nur in ungestörten und gefahrenfreien Gebieten erfolgreich ansiedeln. Das sind oft auch Gebiete, die für WEA-Parks geeignet erscheinen. Wenn in diesen WEA aufgestellt werden, wird das Potenzial für eine Bestandserholung gebremst bzw. zunichte gemacht. Ein solches Gebiet mit einem hohen Entwicklungspotenzial für Großvögel liegt z. B. innerhalb der gesamten Naturparkkulisse vor und die sollte deswegen von „Windparks" freigehalten werden.

Fazit: Das Gebiet ist als Standort für Windenergieanlagen unbedingt abzulehnen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein ho-hes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorrang-standorte für Windenergie festgelegt. Eine Festlegung von Vorrangstandorten kann andererseits nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. A. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 159	Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer e. V.	**91**

We14

Der Standort östlich der Bundestraße 441 liegt innerhalb eines 3 km Radius des seit 2006 dauerhaft besetzten Fischadlernestes und außerdem in der Flugroute zur Weser, die nachweislich als Nahrungshabitat genutzt wird. Eine

Erweiterung des vorhandenen Windvorranggebiets lehnen wir deswegen ab, weil die Kollisionsgefahr (vor allem der Jungvögel) mit steigender Zahl an WEA zunimmt.

Fazit. Eine Erweiterung des vorhandenen Standortes ist abzulehnen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Empfehlungen des NLT weisen für den Fischadler einen Mindestabstand von 1000 m zu WEA aus. Dieser wird eingehalten. Es wird ein Hinweis in den Umweltbericht aufgenommen, wonach die Lage innerhalb einer Flugroute auf der Zulassungsebene zu prüfen ist.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 168	Landkreis Nienburg, Fachbereich Bauen Fachdienst Bauordnung	**162**

Aus Sicht der Unteren Denkmalschutzbehörde sind von der Planung sowohl Baudenkmale als auch Bodendenkmale betroffen.

Insbesondere bei den herausragenden Baudenkmalen im Landkreis (Kloster Loccum, Bücker Dom, Kloster Schinna etc.) sollte eine Störung der wichtigsten Sichtachsen vermieden werden.

Hinsichtlich archäologischen Fundstellen gibt die nachfolgende Gliederung in archäologisch sehr fundreiche, weniger fundreiche Areale und solche, von denen bislang keine archäologischen Funde vorliegt, Aufschluss über die Betroffenheit.

Für die weiteren Planungen in den fundreichen Gebieten ist die Bodendenkmalpflege unbedingt bereits in einem frühen Stadium der Findung einzelner Standorte von Windkraftanlagen einzubeziehen, um die Zerstörung wichtiger archäologischer Kulturdenkmale zu verhindern.Bislang keine archäologischen Fundstellen liegen nach derzeitigem Kenntnisstand aus folgenden Vorranggebieten vor:

01- Hilgermissen

04 – Calle

07 – Wohlenhausen/Bühren

12 – Husum

13 – Nendorf

16 – Lavelsloh

Wenige archäologische Fundstellen liegen aus folgenden Vorranggebieten vor:

02 – Hoyerhagen

03 – Hämelhausen

05 – Schweringen/Sebbenhausen

08 – Wendenborstel

09 – Deblinghausen

15 – Uchte/Lohhof

17 – Glissen/Westenfeld

Viele und bedeutende Fundstellen liegen aus folgenden Vorranggebieten vor:

06 – Gadesbünden

10 – Steyerberg/Anemolter

11 – Landesbergen/Estorf

14 – Loccum/Leese

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Hinweise werden im Zuge der Überarbeiung des Entwurfs berücksichtigt. Der Umweltbericht ggf. ergänzt.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 175	Stadt Verden	**120**

Fraglich ist auch der relativ geringe Abstand des Standortes Hilgermissen zur Weser und zu den damit verbundenen avifaunistisch wertvollen Bereichen. Bei der Festlegung Ihrer Ausschlusskriterien (Kapitel 4.3.1) haben Sie zu der Vogelzuglinie Weser im gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebiet keine Pufferzone festgelegt. Gemäß Abbildung 1 der SUP ist im Bereich des Vorranggebietes Hilgermissen westlich der Weser ein knapp 500 m großer Abstand eingehalten, was eine Unterschreitung des Mindestabstandes von 1000 m (NLT) bedeutet, die jedoch nicht näher begründet wird. Aussagen aufgrund der möglichen großen Anlagenhöhen finden sich nicht. Der LK Verden hingegen sieht im Rahmen der Neuaufstellung seines RROP bzw. insbesondere für den Standort Verden/ Dörverden aufgrund der avifaunistischen Belange im Bereich der Weser eine Höhenbeschränkung von 100 m vor. Das Vorranggebiet Hilgermissen liegt sogar noch dichter an der Weser und damit an einer der wichtigen Vogelzuglinien. Ihrerseits wird hier jedoch gemäß SUP keine Beeinträchtigung der Avifauna gesehen, was aus Verdener Sicht verwunderlich ist. Hier wird offensichtlich mit unterschiedlichen Kriterien gemessen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Wesertal ist v. a. für überwinternde Wasservögel bedeutsam, die entlang der Weser zwischen Teillebensräumen pen-deln. Aus diesem Grund wird die Weserniederung im Bereich der Überschwemmungsgebiete grundsätzlich von Festle-gungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Darüber hinaus erfolgt der Vogelzug im betroffenen Binnenland des norddeutschen Tieflands als Breitfrontzug.Ohne Kenntnis zu relevanten Arten und Raumfunktionen fehlt die Begründung für einen generellen Abstand von mind. 1000 m zwischen Vorranggebieten und Gastvogellebensräumen. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 177	Stadt Neustadt am Rübenberge	**69**

Wir weisen insbesondere für den Standort WE 08 - südlich Wendenborstel darauf hin, dass bei der Neufestlegung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen auch Vorbelastungen durch bereits bestehende Windenergieanlagen in die Abwägung eingestellt werden sollten. Dies gilt auch für Windenergieanlagen in angrenzenden Landkreisen und Regionen. Der Standort WE 08 - südlich Wendenborstel liegt direkt an der Stadtgrenze der Stadt Neustadt a. Rbge. Im dortigen Stadtteil Laderholz befindet sich der Windpark „Laderholz" mit 12 bestehenden und 3 geplanten Windenergieanlagen. Die 3 neuen Windenergieanlagen sind planungsrechtlich durch die am 27.03.2008 rechtswirksam gewordene Flächennutzungsplanänderung Nr. 03 bereits vorbereitet worden.

Weder in der Begründung zur Änderung des RROP 2003 -Teilabschnitt Windenergie noch im Umweltbericht wird auf diesen Standort Bezug genommen. Wir regen daher an, die Vorbelastungen durch die Windenergieanlagen im Stadtteil Laderholz zumindest im Kap. 2.2.8 des Umweltberichtes abzuhandeln.

Es wird in diesem Zusammenhang ferner darauf hingewiesen, dass durch die Neufestlegung des Standortes WE 08 und der sich daraus ergebenden Möglichkeit eines Repowerings deutlich höhere Windenergieanlagen realisiert werden können als derzeit, welche die vorhandenen und geplanten Windenergieanlagen im Stadtteil Laderholz negativ beeinflussen (Abschattungseffekte) können. Zwischen den Windenergieanlagen sind Mindestabstände einzuhalten. Empfohlen wird zumeist, Abstände bis zu 8- bis 10- fachen des Rotordurchmessers in der Hauptwindrichtung einzuhalten. Damit kann erreicht werden, dass sich die Anlagen im Windpark nicht gegenseitig den Wind „wegnehmen". In der Richtung quer zur Hauptwindrichtung am Rübenberge wird auch empfohlen, Abstände mindestens vom 3- bis 6-fachen des Rotordurchmessers anzusetzen. Ferner wird empfohlen, den Abstand in einem Winkelbereich von +/- 30 zur Achse der Hauptwindrichtung einzuhalten (vgl. NRW- Windenergieerlass vom 03.05.2002). Moderne Windenergieanlagen haben derzeit einen Rotordurchmesser von etwa 80 m. Danach ergeben sich Abstände von etwa 640 bis 800 m voneinander, bezogen auf die Hauptwindrichtung. Abseits der Hauptwindrichtung ergeben sich Abstände von 240 - 480 m.

Die Stadt Neustadt a. Rbge. regt an, dass bei der Festlegung des Standortes WE 08 berücksichtigt wird, dass es bei einer summarischen Betrachtung der Abschattungseffekte und dadurch verursachter Ertragsverluste bei den bereits errichteten bzw. planerisch vorbereiteten Windenergieanlagen durch weitere in der Hauptwindrichtung vor ihr errichteten Anlagen nicht zu einer planungsrechtlichen Rücksichtslosigkeit im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB kommen kann und entsprechende Abstände des Vorranggebietes WE 08 zum Windpark Laderholz eingehalten werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Hinweise zur Vorbelastung des geplanten Vorranggebiets und im angrenzenden Bereich der Stadt

Neustadt am Rbge. werden im Rahmen Überarbeitung des Entwurfs und bei der Umweltprüfung berücksichtigt.

Hinweis: Die Erarbeitung detaillierter Windpark-Aufstellungen ist nicht Aufgabe der Regionalplanung, sondern die Flächensicherung für raumbedeutsame WEA. Konkrete Standortkonzepte sollen auf Ebene der Bauleitplanung umgesetzt werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 306	RA Blanke, Meier, Evers WPD Windpark Nr. 250 Renditefonds GmbH & Co. KG	**942**

b) Landschaftsbild

Wie sich dem von unserer Mandantin in Auftrag gegebenen Gutachten zur Bewertung des Landschaftsbildes entnehmen lässt, können die zu erwartenden Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft nicht nur wegen der vorhandenen Vorbelastung als gering angesehen werden. Das Gutachten haben wir zu Ihrer Information als Anlage 1 beigelegt.

In dem Gutachten wurde der aus der Karte 2 ersichtliche Untersuchungsraum einer Landschaftsbildbewertung nach Köhler & Preiß unterzogen. Der geplante östliche Teil des potentiellen Vorranggebietes WE 14 befindet sich danach überwiegend im Bereich Offenland Leese-Wasserstraße, das eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild hat (Landschaftsbildgutachten, S. 25 ff.) sowie zu geringen Teilen in den Bereichen Loccumer Umland und Waldlandschaft Osterberg-Hütten mit einer mittleren Bedeutung für das Landschaftsbild (Landschaftsbildgutachten, S. 30 ff. und S. 33 ff). In der dortigen Umgebung dominiert die intensive Ackernutzung, Heckenstrukturen, Ruderalfluren oder Biotopstrukturen sind fast gar nicht vertreten. Nur vereinzelt finden sich Baumreihen, Insgesamt handelt es sich um einen Bereich mit geringer Vielfalt, Eigenart und Schönheit, so dass durch eine Ausweisung als Vorrangfläche für die Windenergienutzung keine landschaftlich hochwertigen Bereiche beeinträchtigt werden. Außerdem ist die Sichtbarkeit der Anlagen in Richtung Süden wegen des Höhenunterschiedes von ca. 15 m bis 30 m, den vorhandenen Gehölzen und der Bebauung in der Stadt Loccum weitgehend eingeschränkt, so dass die negativen Auswirkungen auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert sind.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 306	RA Blanke, Meier, Evers WPD Windpark Nr. 250 Renditefonds GmbH & Co. KG	**943**

c) Avifauna

Das Gebiet ist nicht aus avifaunistischen Gründen ungeeignet, weil in der avifaunistischen Bestandserfassung ermittelt wurde, dass auf der östlichen Teilfläche mehrere Feldlerchen, ein Grauschnäpper (im Umweltbericht fälschlicherweise als „Blauschnäpper" bezeichnet), eine Wachtel sowie mehrere andere Vögel brüten. In tatsächlicher Hinsicht weisen wir darauf hin, dass die Brutvögel Grauschnäpper und Feldlerche nach dem von unserer Mandantin in Auftrag gegebenen avifaunistischen Gutachten, das wir als´Anlage 2 vorlegen, ebenfalls festgestellt werden konnten. Nicht bestätigt werden kann hingegen, dass im Untersuchungsgebiet auch eine Wachtel brütet (Brutvogelgutachten, S. 7 f.).

Die genannten Arten weisen keine besondere Gefährdung sowie Empfindlichkeit gegenüber Windenergieanlagen auf (Umweltbericht, S. 60). Diese Einschätzung deckt sich mit dem Ergebnis des von unserer Mandantin in Auftrag gegebenen Gutachtens.

Zwar wurde im von unserer Mandantin definierten Untersuchungsgebiet mit 71 Brutvogelarten eine relativ hohe Artenanzahl festgestellt. Allerdings werden die brütenden Arten durch die Planung entweder nicht tangiert oder nur unwesentlich beeinträchtigt. Die Beeinträchtigungen können durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden (Brutvogelgutachten, S. 20 f.).

Die naturschutzrechtlichen Belange sowie die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände werden im Landschaftspflegerischen Begleitplan, der im immissionsschutz-rechtlichen Genehmigungsverfahren vorzulegen ist, umfassend geprüft. Die

Untersuchungen werden wesentlich detaillierter sein als die Ermittlung der avifaunistischen Datengrundlage im Verfahren zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Insbesondere werden zur Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplans auch nicht lediglich zwei Begehungen des Plangebiets durchgeführt.

Von daher ist es nicht zu beanstanden, dass eine intensivere Prüfung des avifaunistischen Bestandes auf die nachfolgenden Planungsebenen übertragen wurde. Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im

Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007-8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06-juris Rz. 38 f.). Die Vorgehensweise zur Einschätzung des Konfliktpotentials bezüglich der Avifauna (Begründung, 5, 22) entspricht daher den gesetzlichen Anforderungen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 311	RA Schulz-Koffka / Deter	**867**

Das Grundstück meines Mandanten ist als "Biotop" (ca. 2 ha) gestaltet. Auf dem Grundstück dominiert eine Wasserfläche. Es handelt sich um ein Gewässer mit sehr guter Wasserqualität und großem Fischreichtum. Das Grundstück meines Mandanten ist Nahrungshabitat für folgende bedrohte Lebensarten:

- Fischadler,
- Seeadler,
- Milan,
- Fledermäuse (Großer Abendsegler und Kleiner Abendsegler),
- Uhu.

Die Nutzung des Grundstücks meines Mandanten als Nahrungshabitat für die vorstehend bezeichneten bedrohten Tierarten kann Ihnen durch

- Herrn Brand, Ökologische Schutzstation Winzlar,
- Tierarzt Dr. Enno Holzhausen (direkter Nachbar und Jagdpächter),
- Bernd Brüning, Leiter des zuständigen Forstamtes in Linsburg bestätigt werden.

Für die Fisch- und Seeadlerpopulation gilt Folgendes:

Anerkannt ist bei Fisch- und Seeadlern ein hohes „Schlagrisiko" durch Windenergieanlagen. Todfunde sind wissenschaftlich nachgewiesen.

Im vorliegenden Fall handelt es sich bei dem Grundstück um ein Nahrungshabitat für Fisch- und Seeadler. Diese werden insbesondere in den Sommermonaten regelmäßig beim Jagen von Fischen beobachtet. Die Tiere stammen aus der Region „Steinhuder Meer", die geplanten Windenergieanlagen innerhalb des geplanten Vorranggebietes Nr. 12 würden direkt in der „Anflugschneise" zu dem Nahrungshabitat liegen.

Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg sind die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen, herausgegeben vom Niedersächsischen Landkreistag (NLT-Papier), eine sachkundige Handreichung zur Konfliktbewältigung zwischen den Belangen der Windenergie und den Belangen des Naturschutzes und haben die Qualität eines „antizipierten Sachverständigengutachtens". Nimmt man allein den Uhu und den Seeadler, so ist nach diesen Hinweisen das Freihalten der Nahrungshabitate sowie der Flugwege dorthin bis zu einem Abstand von ca. 3.000 m angezeigt.

Mir ist bewusst, dass mein Mandant Belange des Naturschutzes nicht unmittelbar geltend machen kann. Sollten Sie allerdings beabsichtigen, entgegen dieser fachlich eindeutigen Sach- und Rechtslage an Ihrer Planung festzuhalten, behalte ich mir vor, wegen der zugleich drohenden Verletzung auch des Europäischen Habitatschutzes eine Beschwerde an die Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu richten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.). Inwieweit die behaupteten Sachverhalte tatsächlich zutreffen, ist ggf. auf der Zulassungsebene zu klären.

Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Mindestabstände im Sinne eines

generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation, möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 315	Privatperson	**876**

Weiterhin ist zu bemerken, dass wir mehrmals den roten Milan gesehen haben. Dem Verfasser der avifaunistische Übersichtskartierung können wir sicherlich wertvolle Hinweise geben. Könnte ich diese Information dem Verfasser der Kartierung direkt geben?

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Erkenntnisse der avifaunistischen Untersuchungen werden im Rahmen der Umweltweltprüfung berücksichtigt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 315	Privatperson	**875**

...gerne würde ich für die avifaunistische Übersichtskartierung bezüglich der Teiländerung Windenergie Fledermaus Bestände melden.

Im Umwelt Bericht werden ja nur 7 der 18 Vorranggebiete untersucht. Auf der letzten Sitzzung des Bausauschusses des LK Nienburg haben Sie ja aufgeführt, dass der Betrachtungszeitraum der avifaunistische Übersichtskartierung verlängert wird. Leider ist mir entfallen ob nun auch das Gebiet Calle betrachtet wird. Können Sie mich bitte kurz über den Status informieren...

Vor einiger Zeit haben wie bei (…) (zusammen mit Herrn Schniedermann LK Nienburg) in Duddenhausen verschiedene Fledermaus Arten festgestellt. Daraufhin haben wir uns ein Ultraschall Wandler gekauft und konnten so nach der gleichen Methode weitere Orte lokalisieren. Siehe Anhang. Können Sie bitte diese Informationen in die avifaunistische Übersichtskartierung aufnehmen lassen und mir eine Rückmeldung geben.

Gerne würden wir auch das seltene Winterquartier bei (…) aufnehmen lassen. Herr Dr. Barkhoff aus Nienburg hatte bereits im Frühjahr die alten Kellerräume besichtigt. Können oder sollen wir die Feststellung des Winterquartier über Herrn Dr. Barkhoff durchführen lassen oder kann dies auch durch die avifaunistische Übersichtskartierung erfolgen?Eine Mail mit ähnlichem Inhalt sende ich zu Herrn Schniedermann. Eventuell können ja Arbeitsvorgänge zusammen gelegt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Hinweise wurden sowohl telefonisch als auch per E-Mail seitens der Verwaltung beantwortet.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 315	Privatperson	**540**

Da (…) die Bedeutung der Fledermaus nicht bewusst war, hat er den Bestand in seinem Wohnhaus erst Ende Februar 2010 gemeldet. Bitte berücksichtigen Sie diesen Bestand.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 321	Privatperson	**869**

Es sind aber Fledermäuse in großer Zahl in der gesamten Ortschaft Bolsehle zu beobachten (z.B. an meinem Haus in ca. 1000 m Entfernung sowie bei meinem Nachbarn in der Scheune). Fledermäuse finden sich auch im östlichen Bereich der Ortschaft Husum. Auch dort sind sie immer wieder zu beobachten und selbst während der Feierabenderholung sind Fledermäuse in dem Plangebiet festzustellen.

Es kann also davon ausgegangen werden, dass eine Gefährdung oder Störung der Tiere durch das geplante Vorranggebiet wahrscheinlich ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Einzelbeobachtungen/Zufallsfunde können keine hinreichende Datengrundlage für eine Bewertung der Raumbedeutung für Fledermäuse liefern. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabenszulassung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 321	Privatperson	**868**

2. Avifaunistische Bewertung

Die avifaunistische Bewertung ist m.E. fehlerhaft und unzureichend ermittelt.

Es wird der Rotmilan als Nahrungsgast angeführt. Dies wird bezweifelt. Der Rotmilan ist seit vielen Jahren regelmäßig zu beobachten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es sich um ein Rotmilanpaar handelt, da immer wieder zwei Vögel zu beobachten sind.

Da die Tiere auch im Bereich der geplanten Vorrangfläche zu beobachten sind, ist von einer Gefährdung der Tiere auszugehen.

Die avifaunistische Untersuchung berücksichtigt überhaupt nicht, dass auf der geplanten Vorrangfläche während der Vogelzugperioden immer wieder größere Gruppen Kraniche zu beobachten sind. Die Vögel nutzen die landwirtschaftlichen Flächen im Herbst und Frühjahr immer wieder als Rast- und Nahrungsfläche.

Bei den Kranichen dürfte es sich um Vögel handeln, die vom Steinhuder Meer in diese Region ausweichen.

Ein Windpark dürfte für die Vögel eine große Gefährdung darstellen.

Das vermutete Uhu Brutpaar kann aus eigenen Beobachtungen bestätigt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden. Eine Nutzung als Nahrungsbiotop für Kraniche steht einer Festlegung als Vorranggebiet nicht entgegen; es bestehen ausreichend Ausweichmöglichkeiten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 325	Privatperson	**81**

Das von Ihnen in Auftrag gegebene Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt" unter Leitung von Dipl.-Ing. Dietrich Kraetzschmer erklärt im Landschaftsbildgutachten im Rahmen der Teiländerung Windenergie des RROP LK Nienburg unter Punkt 4 Ergebnisse der flächendeckenden Landschaftsbildbewertung:

„Ackerlandschaften mit Siedlungsprägung: Diese Räume finden sich hauptsächlich westlich der Weser. Sie weisen eine durchgängige Prägung durch kleinere ländlich geprägte Dörfer oder Streusiedlungen auf. Über weite Strecken zeigt sich ein kleinstrukturiertes Flächennutzungsmuster mit häufig eingestreuten Grünlandflächen sowie Waldparzellen. Zugleich besteht ein hoher Anteil an zumeist landschaftstypisch ausgeprägten Feld- und Siedlungsgehölzen. Etwas großflächigere Ackerfluren können eingestreut sein, die dann aber maßgeblich durch positive Randeffekte beeinflusst werden. Aufgrund einer hohen bis herausragenden Bedeutung als historische Kulturlandschaften besteht eine hohe Empfindlichkeit gegenüber einer Ansiedlung

von Windparks."

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 331	Privatperson	**84**

...hiermit möchte ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprogramms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12 - Husum - wie folgt Stellung nehmen:

Meines Erachtens ist der vorliegende Entwurf dahingehend unausgewogen, weil

- die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt, sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habitatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000m) keine Berücksichtigung gefunden haben.

- branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist.

- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer“ liegt, erst durch nachträgliche Änderung im Gutachten berücksichtigt wurde.

- somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

- empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000m Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung über das BVerwG-Urteil von 2005 „Verhinderungsplanung“ ist dahingehend nicht ausreichend, da die dem Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt.

- bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt, was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

- somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat.

- durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Insgesamt kommt das Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt“ zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet“ ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 – Husum – im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung.

Aus diesem Grund erwarte ich, durch die höhere Gewichtung der o.g. Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tier berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird. Das bedeutet, durch Übertragung der o.g. Mindestabstände ist das Gebiet entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig zu eliminieren!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies

geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 332	Privatperson	**85**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm /

Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und

raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 338	Privatperson	**107**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um

pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 340	Privatperson	**535**

...hiermit möchte ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprogramms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12 - Husum - wie folgt Stellung nehmen:

Meines Erachtens ist der vorliegende Entwurf dahingehend unausgewogen, weil die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt, sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habi- tatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000m) keine Berücksichtigung gefunden haben, branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist.
- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer" liegt, erst durch nachträgliche Änderung im Gutachten berücksichtigt wurde.
- somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000m Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung über das BVerwG-Urteil von 2005 „Verhinderungsplanung" ist dahingehend nicht ausreichend, da die dem Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist. Hier verweise ich zusätzlich auf:

Neuregelung des Abstandes von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung

In seiner Dezember-Sitzung hat der Niedersächsische Landtag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet, in dem die Landesregierung gebeten wird, den bisher regelmäßig unzureichenden Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung zu überarbeiten. Dieser Abstand sollte nach dem Beschluss des Landtages zukünftig mindestens 1.000 Meter betragen.

Inzwischen hat das zuständige Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz diesen Beschluss umgesetzt.

Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Postfach 243, 30002 Hannover an die Träger der Regionalplanung über die Bezirksregierungen

Nachrichtlich: Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

z. Hd. des Nds. Städte- und Gemeindebundes Arnswaldstr. 28 30159 Hannover

26.1.04

Raumordnung; Empfehlungen zur Festlegung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für die Windenergienutzung Bezug: RdErl. d. MI vom 11.07.1996, Az. 39.1 -23246/8.4

In Ausfüllung der Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 12.12.2003, mit der die Landesregierung aufgefordert wurde, geeignete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die eine Entscheidungsfindung bei der Festlegung von Abständen zu Windenergieanlagen erleichtern, gebe ich nachfolgende Empfehlungen für die vorsorgende Standortplanung der Windenergienutzung in der Regionalplanung.

Diese Empfehlungen richten sich an die Träger der Regionalplanung.

Über die materiellen Vorgaben anderer Fachgesetze hinaus können auf der Grundlage des § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zusätzlich Aspekte der Vorsorge (abwägungsfähige und berücksichtigungspflichtige öffentliche Belange) durch Festlegungen als Ziele der Raumordnung in die Genehmigungsvoraussetzungen eingebracht werden.

Der Planvorbehalt des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ermöglicht für die gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB im Außenbereich privilegiert zulässigen Windenergieanlagen eine raumordnerische Koordinierung der Standorte und zugleich einen Ausschluss an anderer Stelle im Plangebiet. Für den jeweiligen Planungsraum des Trägers der Regionalplanung bietet die Festlegung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für die Windenergienutzung gem. Ziffer C 3.5.05 Abs. 4 Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) die Möglichkeit, raumbedeutsame Windkraftanlagen auf dafür geeignete Flächen zu konzentrieren, andere Flächen davon freizuhalten und andere bestehende oder geplante Nutzungen vor Beeinträchtigungen, die von Windkraftanlagen ausgehen können, zu schützen. Hierzu zählen insbesondere Auswirkungen auf Wohnnutzungen, z.B. durch Lärm und Schlagschatten, oder auf Erholungsfunktionen, z.B. durch Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Die Ausschlusswirkung gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kann nur erzielt werden, wenn der raumordnerischen Festlegung ein schlüssiges Konzept auf der Grundlage von Eignungs- und Ausschlusskriterien in Abhängigkeit von den raumbedeutsamen Gegebenheiten und regionalen Entwicklungszielen zu Grunde liegt. Die allgemeinen Anforderungen an ein planungsrechtliches Abwägungsgebot müssen dabei erfüllt sein. Für den gesamten Planungsraum ist zu prüfen, welche Flächen für die Windenergienutzung geeignet sind, welche Flächen als Vorrang- oder Eignungsgebiet in Regionalen Raumordnungsprogrammen (RROP) in Frage kommen und welche ausgeschlossen werden sollen.

Die besondere Gewichtung der Windenergienutzung, die der Gesetzgeber durch den Privilegierungstatbestand des § 35 Abs. 3 BauGB geschaffen hat, zwingt nicht dazu, jede Fläche, die grundsätzlich für die Windenergienutzung geeignet erscheint, als Vorrang- oder Eignungsfläche festzulegen. Die jeweilige Entscheidung ist auf der Grundlage sachgerechter Abwägung im Einzelfall zu treffen. Sowohl die Auswahl wie auch die jeweils vorgenommene Abgrenzung der Vorrangoder Eignungsgebiete gegenüber anderen, insbesondere schützenswerten Nutzungen und Raumfunktionen ist nachvollzie- bar zu begründen. Der alleinige Hinweis auf einen politischen Beschluss wird den Anforderungen, die an das planungsrechtlichen Abwägungsgebot zu stellen sind, nicht gerecht.

Voraussetzung für das Wirksamwerden der Ausschlusswirkung ist, dass innerhalb des Planungsraumes mindestens ein Vorrangoder Eignungsgebiet festgelegt ist, für das unter objektiven Gesichtspunkten eine Windenergienutzung möglich ist. Dies schließt z.B. die generelle Festlegung einer Höhenbegrenzung auf nicht marktübliche Größen von Windenergieanlagen aus.

Es empfiehlt sich, bei der Entscheidungsfindung im Rahmen des Abwägungsvorgangs zu Gebieten mit Wohnbebauung von einem Mindestabstand von 1000 m auszugehen und von 5000 m zwischen den einzelnen Vorrang- oder Eignungsgebieten. Die festgelegten Abstände müssen sich im Einzelfall aus dem Schutzbedürfnis angrenzender Nutzungen und Raumfunktionen begründen. Da dieses in Abhängigkeit von den raumdeutsamen Bedingungen unterschiedlich gewichtet werden kann und die technischen Merkmale der in den festgelegten Gebieten möglichen Anlagen zur Windenergienutzung variieren, ist die allgemeinverbindliche Festlegung von Abstandsregelungen für die raumordnerische Standortvorsorge nicht sachgerecht und dem raumordnerischen Abwägungsgebot der Regionalplanung nicht angemessen.

Bei der Festlegung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für die Windenergienutzung ist die technische Weiterentwicklung der Anlagen und damit einhergehend eine Vergrößerung der Anlagen mit entsprechend weitergehenden Auswirkungen zu berücksichtigen. Soweit dies bei den bereits festgelegten Vorrangflächen nicht erfolgt ist, sollten die Standorte daraufhin überprüft werden. Ferner sollte überprüft werden, ob und ggfs. in welchem Ausmaß sie für Repowering in Frage kommen. Entsprechend den Prüfergebnissen sind die RROP anzupassen.

Festlegungen in den RROP gelten für für raumdeutsame Windenergieanlagen. Die Frage, ab wann eine oder mehrere Windenergieanlagen raumbedeutsam sind, lässt sich nicht durch eine bestimmte Anzahl oder Höhe definieren. Entscheidend ist die Gesamtwirkung, so z.B. nicht nur die statische Anlagen sondern auch der Einbezug der drehenden Rotorblätter. Die Frage, ob eine Windenergieanlage raumdeutsam ist, wird im Genehmigungsverfahren für dei einzelne Anlage entschieden (vgl. hierzu Verwaltungsvorschriften zum Niedersächsischen Gesetz über Raumordnung und Landesplanung, RdErl. d. ML vom 07.07.03).

Bei der Planung von Vorrang- oder Eignungsgebieten für Windenergie in den RROP sollte eine frühe Einbeziehung der Öffentlichkeit erfolgen. Zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung von Raumordnungspländen verweise ich auf meinen Erlass vom 12.08.2003, Az. 302-20002. Die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Anregungen oder Bedenken sind ebenso wie die der Beteiligten gem. § 8 NROG in die Abwägung einzustellen. Eine unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung und nicht sachgerechte Abwägung führen regelmäßig zur Unwirksamkeit der Zielsetzungen. Aus der Begründung zum RROP muss die Erfüllung dieser Anforderungen ersichtlich sein.

Der Erlass des Nds. Innenministeriums vom 11.07.1996 "Festlegung von Vorrangstandorten für die Windenergienutzung", Az. 39.1-32346/8.4, ist nicht mehr anzuwenden.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt.

bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt, was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat.

- durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen

im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**857**

3. Eignung als Vorranggebiet im Hinblick auf das Landschaftsbild

Die Liste der Ausschlusskriterien des RROP 2003 soll nunmehr neu aufgestellt und ein besonderes Augenmerk auf die Gebiete mit besonderen Abwägungserfordernissen, darunter landschaftlich wertvolle Gebiete, gelegt werden. Unter anderem zu diesem Zweck haben sie ein Landschaftsbildgutachten in Auftrag gegeben.

Unsere Mandantin hat für das Plangebiet ebenfalls eine Landschaftsbildbewertung vornehmen lassen, deren Ergebnisse am 21. November 2008 durch die ecoda Umweltgutachten vorgelegt wurden. Auf Grundlage der Bewertungsmethode von Köhler & Preiß wurde ermittelt, dass die Bedeutung des Plangebiets für das Landschaftsbild als gering zu betrachten ist, weil die Umgebung einerseits nur eine geringe Natürlichkeit und Vielfalt aufweist und andererseits durch verschiedene anthropogene Störeinflüsse wie die bestehenden Windenergieanlagen, die 110 kV-Hochspannungstrasse oder einen Kraftwerksschornstein stark vorbelastet ist. Die Ergebnisse der Landschaftsbildbewertung entsprechen der Einschätzung des LRP 1996, das diesen Bereich als einen solchen mit geringer Vielfalt, Eigenart und Schönheit darstellt und zu den strukturärmsten des Landkreises zählt. Wir haben unserem Schreiben die Landschaftsbildbewertung vom 21. November 2008 zu Ihrer Information als Anlage 3 beigelegt.

4. Erweiterung des bestehenden Vorranggebiets

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen wären nach der mit der Änderungsplanung verfolgten Konzentration von Anlagenstandorten zur Entlastung des Landschaftsbilds eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Vorranggebiets mit seinen neun Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 100 m. Eine Visualisierung per Fotomontage, die dem Schreiben als Anlage 4 beiliegt, zeigt, dass sich auch neuere und mit ca. 180 m Gesamthöhe größere Anlagen (Kennzeichnung in den Fotos durch eine rote Krempe auf halber Turmhöhe) gut in die vorhandene Vorbelastung einfügen, weil die Proportionen der alten und neuen Anlagen (Verhältnis Nabenhöhe/Rotorblattlänge) sehr ähnlich sind. Insofern ist im Hinblick auf das Schutzgut Landschaftsbild eine Erweiterung des bestehenden Vorranggebiets sicherlich als weniger belastend einzustufen als ein komplett neuer Standort.

5. Ergebnis

Die vorstehenden Ausführungen machen deutlich, dass sich das von unserer Mandantin ins Auge gefasste Plangebiet hervorragend für eine Ausweisung als Vorranggebiet eignet. Wir bitten daher um eine Beachtung der abgegebenen Stellungnahme bei der Erarbeitung des ersten Planentwurfs und regen ausdrücklich an, das Plangebiet als Vorranggebiet in den Entwurf aufzunehmen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**808**

d) Avifauna

Das Gebiet ist nicht aus avifaunistischen Gründen ungeeignet, weil in der avifaunistischen Bestandserfassung ermittelt wurde, dass im Norden vier Paare der Wachtel brüten, vereinzelt Rotmilane gesichtet wurden und der Schutzradius von 3.000 m um ein ehemaliges Brutvorkommen des Seeadlers nicht eingehalten wird (Umweltbericht, S. 51). Die Auswirkungen auf die Vogelfauna werden gegebenenfalls im Umweltbericht einer nachfolgenden Bauleitplanung erörtert. In jedem Fall werden die naturschutzrechtlichen Belange sowie die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände aber im Landschaftspflegerischen Begleitplan, der im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vorzulegen ist, umfassend geprüft. Die Untersuchungen werden wesentlich detaillierter sein als die Ermittlung der avifaunistischen Datengrundlage im Verfahren

zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Insbesondere werden zur Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplans auch nicht lediglich zwei Begehungen des Plangebiets durchgeführt.

Von daher ist es nicht zu beanstanden, dass eine intensivere Prüfung des avifaunistischen Bestandes auf die nachfolgenden Planungsebenen übertragen wurde. Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.).

Die Vorgehensweise zur Einschätzung des Konfliktpotentials bezüglich der Avifauna (Begründung, S. 22) entspricht daher den gesetzlichen Anforderungen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 351	Privatperson	**950**

3.) Zu Umweltbericht 2.2.10

Flora und Fauna (biol. Vielfalt)

(…) Wertvolle Fledermauslebensräume im Gebiet sind nicht bekannt. (..)

Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen, die aus Beobachtungen in diesem Gebiet resultieren. Es sind sehr wohl Fledermausvorkommen bekannt, und zwar in und um den Bereich des kleinen Wäldchens an der Straße „Zum Wiehof". Daher sind Untersuchungen durchzuführen, um den Lebensraum der Fledermäuse zu wahren und so das Vorkommen dieser zu schützenden Tierart in diesem Gebiet nicht zu gefährden.

In jedem Fall ist der Erhalt der biologischen Vielfalt bei den Planungen ausreichend zu berücksichtigen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Einzelbeobachtungen/Zufallsfunde können keine hinreichende Datengrundlage für eine Bewertung der Raumbedeutung für Fledermäuse liefern. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabenszulassung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 352	Privatperson	**953**

Zu

Umweltbericht 2.2.10

Flora und Fauna (biol. Vielfalt)

(…) Wertvolle Fledermauslebensräume im Gebiet sind nicht bekannt. (…)

Es sind sehr wohl Fledermausvorkommen bekannt, und zwar in und um den Bereich des keinen Wäldchens an der Straße "Zum Wiehof". Dieser Gegebenheit sollte untersucht werden und Berücksichtigung in den Planungen finden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Einzelbeobachtungen/Zufallsfunde können darüber hinaus keine hinreichende Datengrund-lage für eine Bewertung der Raumbedeutung für Fledermäuse liefern. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzufüh-ren.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 356	Privatperson	**125**

...hiermit erhebe ich Einspruch gegen Ihre Änderung der Gebietskulisse im Raum Schweringen. Laut Auskunft Ihrer Behörde wurden die Flurstücke 53/1, 53/2, 53/3, 54, 55, 45, 58, 59, 42, 60, 44 Gemarkung Schweringen aus dem Entwurf der Teiländerung Windkraft heraus genommen, weil dort ein Rotmilan Sein Horst hat. Laut Auskunft einiger Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Windkraft ist dieser Horst schon mindestens 4 Jahre nicht mehr vorhanden.

Ich habe mit einem Hobby-Ornithologen und mit den örtlichen Jägern und Landwirten über dieses Thema gesprochen. Laut deren Auskunft haben sie Keinerlei Sichtungen von Rotmilan in den letzten Jahren gehabt. Mit Ihrer Frau Siemers hatte ich am 22.02.2010 einen Ortstermin in Schweringen, wir Haben festgestellt, dass der Horst nicht mehr vorhanden ist. Da der Rotmilanhorst der einzige Grund für die Herausnahmen der vorgenannten Flächen war, gibt es nachdem es keine Sichtungen des Milan und auch kein Horst mehr vorhanden ist, auch keinen Grund mehr, die Flächen aus dem neuen RRoP heraus zu nehmen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen der Überarbeitung des Entwurfs wird die Gebietskulisse anhand der avifaunistischen Untersuchungsergebnisse aus dem Jahre 2010 überprüft.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 357	Privatperson	**555**

...hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Änderung des RRoP im Raum Schweringen.

Als Jäger und Landwirt in der Gemeinde Schweringen habe ich vor ca. sechs Jahren, vor dem Bau der bestehenden Windkraftanlagen, den Landkreis Nienburg auf den sich in der Nähe befindenen Rotmilanhorst, aufmerksam gemacht.

Durch meinen Beruf und mein Hobby achte ich auf die Natur und bin dadurch auch sehr oft in dem Gebiet unterwegs. Hier fiel mir der Rotmilan sehr oft auf.

Seit ca fünf Jahren ist der Vogel bzw. das Brutpaar bis heute verschwunden und der alte Milanhorst auch nicht mehr vorhanden.

Ich sehe daher keinen Grund, das Gebiet in der Flur 15 mit Flurstücken 53/1, 53/2, 53/3, 45, 55, 59, 60, 44, 42, aus dem Flächennutzungsplan zu nehmen.

Die Flächennutzung mit Windkraftanlagen ist in meinen Augen eine moderne Art der Flächenbewirtschaftung. Da die wirtschaftliche Lage auf den landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere der Milchviehhaltung, nicht so "rosig" ist, möchte ich als Hofnachfolger mir die Möglichkeit erhalten, die Windkraft zu nutzen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen der Überarbeitung des Entwurfs wird die Gebietskulisse anhand der avifaunistischen Untersuchungsergebnisse aus dem Jahre 2010 überprüft.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 359	Privatperson	**557**

der im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie des RROP für den Landkreis Nienburg durch die Planungsgruppe Umwelt, Hannover, im Oktober 2009 erstellte Umweltbericht hebt die Schutzbedürftigkeit von im WE 05 ansässigen Rotmilanen hervor.

Wie Frau Siemers aus der FD 554, Naturschutz, lhres Hauses sich heute, am 22.O2.2010, vor Ort übezeugen konnte, kann inzwischen allerdings kein Rotmilanhorst mehr aufgefunden werden kann, dessen Schutz eine Verkleinerung des Gebietes WE 05 in dessen Norden und Westen rechtfertigt.

Außerdem hat sich die avifaunistische Bedeutung der Weseraue gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Insofern kann ich auch das Erfordernis eine Verkleinerung im Osten des Gebietes WE 05 nicht nachvollziehen.

lch wende mich daher gegen die Neuabgrenzung des Gebietes WE 05 Westlich Sebbenhausen im Sinne einer Verkleinerung und bitte um entsprechende Berücksichtigung bei der Interessenabwägung.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Eine Verkleinerung der geplanten Vorrangfläche im Osten ist neben der Nachbarschaft zur Weseraue ist in erster Linie auch auf die Nähe und die Schutzansprüche der Ortslagen Sebbenhausen und Balge zurückzuführen.

Teilweise folgen.

Im Rahmen der Überarbeitung des Entwurfs wird die Gebietskulisse anhand der avifaunistischen Untersuchungsergebnisse aus dem Jahre 2010 überprüft und ggf. entsprechend geändert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 360	Windpark Haßbergen Gadesbünden Projektierungs- und Verwaltungs-GmbH	**558**

Für das Gebiet WE 06 - nördlich Gadesbünden wird seitens der Windparkbetreiber (Anschrift s.o.) ein einheitlicher Abstand vom Waldrand von 200 m beantragt!

Begründung:

Anwendung einheitlicher Kriterien bei der Festlegung von Windvorrangstandorten (siehe auch südwestl. Bereich). Die im nordwestlichen Bereich gewählte Abgrenzung ist insbesondere im Hinblick auf die ebenfalls intensive Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen entlang des Waldrandes nicht nachvollziehbar. Eine Beeinträchtigung der benachbarten Hügelgräber durch die Errichtung von Windkraftanlagen ist weder plausibel noch nachvollziehbar!

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Verwaltung regt an, Wald einschließlich einer Pufferzone von 200 m wird nicht mehr als Tabuzone für die Windenergienutzung zu betrachten, sondern zu prüfen, ob es Wälder im Landkreis Nienburg/Weser gibt, die aufgrund ihrer Nutzung und Funktion Möglichkeiten für die Windenergienutung bieten könnten. Es wird daher ein Änderungsentwurf erarbeitet, in dem Wald als Abwägungskriterium eingestellt wird. Dies wird im Entwurf entsprechend konkretisiert und begründet. Stellungnahmen, die sich mit der Aufnahme von Waldgebieten für die Windenergienutzung befassen, die keine Ausschlussfunktionen erfüllen (z. B. Naturschutzgebiete) werden im Rahmen der Abwägung entsprechend geprüft. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund der Einstufung von Wäldern als Abwägungskriterium eine Änderung der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans ergibt und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 363	wpd think energy GmbH & Co. KG, Daniel Kurreck	**549**

1) Avifauna

Das Gebiet ist auch unter Berücksichtigung avifaunistischer Belange grundsätzlich als Vorranggebiet Windenergie geeignet, auch wenn in der avifaunistischen Bestandserfassung innerhalb des geplanten WE 12 einzelne Brutpaare und Nahrungsgäste gefunden wurden und durch eine mündliche Aussage von Herrn Brandt wahrscheinlich ein Uhu-Brutpaar im Bereich der Abbauflächen existiert.

Die naturschutzrechtlichen Belange und artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände werden im Landschaftspflegerischen Begleitplan, der im immissionsschutz- rechtlichen Genehmigungsverfahren vorzulegen ist, umfassend geprüft. Die Untersuchungen werden wesentlich detaillierter sein als die Ermittlungen der avifaunistischen Datengrundlage im Verfahren zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms.

Daher ist es nicht zu beanstanden, dass eine intensivere Prüfung des avifaunistischen Bestandes auf die nachfolgende Planungsebene übertragen wurde. Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhaben bezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. V. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. V. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.). Die Vorgehensweise zur Einschätzung des Konfliktpotentials bezüglich der Avifauna entspricht daher den gesetzlichen

Anforderungen.

Als weiteres, bekräftigendes Beispiel für Ihre von uns unterstützte Argumentation möchten wir das Lösungskonzept aus einem unserer Projekte in Nordhessen anführen. Hier sollte ein geplantes Vorranggebiet Windkraft wieder aus dem Regionalplanentwurf gestrichen werden, nachdem Brutpaare des Rotmilans (ähnliches Gefährdungspotential wie beim Schwarzmilan gegeben) in unmittelbarer Nähe festgestellt wurden. Als Lösung konnte wir mit der Regionalplanung, in Zusammenarbeit mit der staatlichen Vogelschutzwarte, folgendes Konzept entwickeln; Es wurde ein Gutachten von uns in Auftrag gegeben, welches das Raumnutzungsverhalten des Rotmilans vor Ort bewertet. Darauf aufbauend konnte ein Steuerungskonzept entwickelt werden. Vom Rotmilan bevorzugte Habitate in zum geplanten Windpark entgegen gesetzter Richtung werden durch wpd vertraglich gesichert und für die Dauer des Windparkbetriebs konserviert. Dadurch wird eine verminderte Nutzung des potentiellen Gefährdungsraum durch den Rotmilan gefördert. Dieser Maßnahme, der Sicherung von Habitaten für den Rotmilan, sprechen Ornithologen eine größere Nutzwirkung zu, als den potentiellen Schadwirkungen durch den Windpark zugeschrieben wird.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse und im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 363	wpd think energy GmbH & Co. KG, Daniel Kurreck	**551**

3) Landschaftsbild

Im Rahmen des Teiländerungsverfahrens Windenergie des RROP LK Nienburg wurde ein Landschaftsbildgutachten im Auftrag des Landkreises durch die Planungsgruppe Umwelt vorgelegt. Die Teilraumanalyse der Fläche des Vorranggebietes WE 12 zwischen Husum und Bohlsehle weist dem Bereich eine mittlere Empfindlichkeit zu, da „die ausgeräumte Ackerflur in einem kleinflächigen Randbereich keine erhöhte Eigenart aufweist". Das ausgewiesene Vorranggebiet Windenergie WE 12 wird klar von dem benachbarten, mit einem Pufferbereich von mindestens 200m abgegrenzten, Landschaftsschutzgebiet NI 27 „Husumer Geest" abgegrenzt, dem eine hohe Empfindlichkeit zugesprochen wird. Daher ist das Gebiet auch unter Betrachtung der Schutzwürdigkeit des Landschaftsbildes grundsätzlich als Vorranggebiet Windenergie geeignet.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 373	RA Dr. Fischer, Paysan & Partner	**616**

Unsere Mandantin und ihre Ehemann betreiben ihren Pensionspferdestall mit derzeit 6 Pferden und 10 Reitern, davon 3 Kindern. 8 Reiter wohnen in der Gemeinde Husum. Bei den Reitern handelt es sich um Freizeitreiter, die gerne mit ihren Pferden in der Natur Erholung suchen.

Als Ausreitgelände steht der Bereich zwischen den drei Dörfern Husum, Bolsehle und Meinkingsburg zur Verfügung. Das von Ihnen als Potentialfläche für Windenergie ermittelte Gebiet liegt vollständig im genutzten Ausreitgelände und kann nicht umgangen werden.

Das Gelände wird durch die K4, L370 und die B6 eingegrenzt. Ein Überqueren dieser Straßen, insbesondere mit den Ponys und Kindern, um in ein anderes Gelände zu gelangen, ist aufgrund des Verkehrsaufkommens immer mit einem hohen Risiko verbunden und kann somit nur sehr restriktiv genutzt werden.

Auch das Waldgebiet zwischen Bolsehle - Husum - Rehburger Str. kann durch die Reiter nur eingeschränkt genutzt werden, da ein Großteil der Waldwege für Reiter gesperrt ist.

Weitere Einschränkungen sind durch die vorhandenen Kies- und Sandgruben gegeben und werden durch die bereits als Vorranggebiete für Kies- und Sandabbau gekennzeichneten Flächen in der Zukunft noch verstärkt werden.

Im Falle der Errichtung eines Windparks in diesem Gebiet geht der Erholungswert, den die Reiter/Bewohner der Gemeinde Husum hier suchen, verloren.

Im Gutachten der Planungsgruppe Umwelt wird dargestellt, dass sich die Erholungsnutzung im Wesentlichen auf die Nah- und Feierabenderholung der Bewohner umliegender Ortschaften beschränkt.

Auch wenn dieses Gebiet im Vergleich zu vom Tourismus intensiver genutzten Gebieten nur einer geringeren Anzahl an Menschen zur Erholung dient, haben die Bewohner der Gemeinde Husum sich für das Leben auf dem Lande, im Bereich des Naturparks Steinhuder Meer, entschieden, nämlich aufgrund der vorhandenen landschaftlichen Voraussetzungen, die

Erholung und Lebensqualität bieten.

Es darf nicht sein, dass die Husumer andere Gebiete aufsuchen müssen, um dort Erholung zu finden und den permanenten Schallimmissionen und dem Schattenwurf zu entgehen.

Die Pferdeställe wurden zur artgerechten Haltung als Außenboxen mit angeschlossenem Auslauf erstellt, so dass die Pferde keinen geschlossenen Stall haben und permanent den Immissionen ausgeliefert sind.

Auch die Bewohner des Grundstückes verbringen bei ihrer täglichen Arbeit viel Zeit im Freien und haben nicht die Möglichkeit, Schall und Schattenwurf zu entgehen. Sie müssen raus gehen, um die Pferde zu versorgen, Haus, Hof und Weide zu pflegen.

Unsere Mandantin und ihr Ehemann rechnen mit finanziellen Verlusten durch Abwanderung der Einsteller wegen der WEA zu attraktiver gelegenen Reitanlagen (pro Pensionspferd ca. 1200,00 €/Jahr).

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Lärm hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden. Die rechtlichen Anforderungen für die einzuhaltenden Lärmpegel ergeben sich aus der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998. Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, ist eine WEA nur unter entsprechenden Auflagen (z. B. Abschaltautomatik in der Nacht) genehmigungsfähig.

Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 374	Privatperson	**627**

...wie sie in ihrem Umweltbericht schreiben, grenzt im Norden in 200 m Entfernung ein Vorranggebiet für Grünlandbewirtschaftung an den Beobachtungsraum.

In diesem Gebiet sind sowohl Kiebitze, Eisvögel als auch Waldwasserläufer Standortvögel. Außerdem ist es das Brutgebiet der Bekassine und der Waldschnepfe. Als besonders gefährdeter Bodenbrüter ist vor allem die Wachtel zu nennen. Immer wieder stehen Seidenreiher in diesem Gebiet.

Sollte das Gebiet des Vorrangstandortes für die Windenergie nördlich von Deblinghausen in seiner Ausdehnung vergrößert werden, werden diesen Arten massiv in ihrem Lebensraum beeinträchtigt. Gerade die sehr seltene Wachtel würde wieder einen Lebensraum mehr verlieren. Der Seidenreiher ist meiner Ansicht nach durch die jetzt schon existierenden WEA massiv bedroht. Immer wieder können einzelne Seidenreiher im Bereich des Fichtendamms beobachtet werden, wo sie in den Gräben jagen. Sie kommen den WEA gefährlich nahe, so dass es eine Frage der Zeit ist, bis die ersten Tiere erschlagen werden.

Durch die steigenden Anlagenhöhen sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen weit über den Mindestabstand hinaus gegeben. Gerade die seltenen bis massiv gefährdeten Bodenbrüter in dem o.g. Gebiet werden in ihrem Lebensraum stark beeinträchtigt.

Sie schreiben zwar, dass innerhalb des Vorranggebietes nach derzeitigem Kenntnisstand keine wertvollen Vogellebensräume

mit hoher Empfindlichkeit gegenüber WEA existieren, so grenzen die Lebensräume schon jetzt ohne Erweiterung dicht an das Gebiet der WEA.

Es trifft nicht zu, dass keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten ist. Es wird eine massive Beeinträchtigung der Lebensräume geben und evtl. werden diese seltenen Arten ihren Lebensraum verlieren.

Genauso wie es geschehen ist, als die jetzt existierenden WEA gebaut wurden. Vor dem Bau war das Gebiet Standort für Hunderte von Kiebitzen. Jetzt gibt es hier nur noch vereinzelt Kiebitze.

Südwestlich des Vorranggebietes befindet sich die Diepholzer Moorniederung.

Die Diepholzer Moorniederung stellt mit den von landwirtschaftlichen Flächen (v.a. Maisanbau) umgebenden renaturierten Mooren ein neues großes Rastgebiet in Niedersachsen dar. In milden Wintern erfolgen dort erste Überwinterungsversuche. Im November 2009 wurden dort über 40000 (2008 waren es ca. 75000)Kraniche gezählt.

Östlich des Vorranggebietes befindet sich der Hesterberg. Mit 82,8 m Höhe ist es die höchste Erhebung im weiteren Umkreis. Über dieser Erhebung bilden sich Steigungswinde und zwar zu jeder Jahreszeit.

Diese Steigungswinde werden von den Kranichen intensiv genutzt.

Die Kraniche kommen im Tiefflug aus dem Moor aus süd-westlicher Richtung. Je nach Witterung fliegen sie extrem niedrig (ca. 20-35 m hoch).

Trupps von mehreren hundert Tieren schrauben sich dann im Aufwind langsam über dem Hesterberg nach oben. Wenn sie ausreichend Höhe gewonnen haben ziehen sie ab.

Es ist immer wieder ein überwältigendes Naturschauspiel vor allem im Frühjahr, allein auf Grund der großen Anzahl an Kranichen.

Mehr und mehr können wir aber auch in der anderen Zeit Kraniche beobachten, die nicht weiter gezogen sind und als Standortvögel die Aufwinde ständig nutzen.

Die WEA liegen genau in der Einflugschneise der Kraniche.

Sollte das potenzielle Vorranggebiet WE 09 wirklich vergrößert werden, sind die Kraniche massiv gefährdet.

Zieht man in Betracht, dass das Gebiet nicht nur vergrößert wird, sondern vor allem die Höhe der Anlagen stark ansteigen wird, so sind diese seltenen Vögel massiv gefährdet.

Ich gehe davon aus, dass ihnen die Besonderheiten dieses Gebietes nicht bekannt sind. Gerade die überregionale Bedeutung für den Vogelzug ist meiner Meinung nach nicht zu überschätzen.

In dieser schwach reliefierten Landschaft sind nicht nur die Vögel während des Vogelzugs auf die Aufwinde angewiesen. Immer wieder können wir Greifvögel, Störche etc. beobachten, die die Aufwinde intensiv nutzen.

Im Gebiet Hesterberg/Staken wird seit Sommer letzten Jahres immer wieder ein Uhu gehört. Es ist davon auszugehen, dass es sich um eine Neuansiedlung handelt. Der im Entstehen begriffene Standort wäre durch eine Erweiterung der WEA massiv gefährdet.

Meine Meinung nach müsste sogar der Rückbau der bestehenden Anlagen in Erwägung gezogen werden

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Allgemein bzw. mögliches Kollisionsrisiko für einen Uhu:

Aufgrund der bereits bestehenden Windenergienutzung werden durch die Erweiterung des Standortes keine grundsätzlich neuen Risiken für die Avifauna erzeugt. Aus diesem Grunde ist für den Standort - wie in allen vergleichbaren Fällen - keine Brutvogeluntersuchung erfolgt. Mögliche für den Uhu oder andere kollisionsgefährdete Arten bestehende Risiken können und müssen in diesen Fällen mit hinreichender Genauigkeit auf der Ebene der Vorhabenszulassung ermittelt, in ihrer Konsequenz bewertet und entsprechend der objektiv gegebenen Relevanz berücksichtigt werden. Dies gilt auch für mögliche Vorkommen des Uhus.

Beeinträchtigung von Brutvögeln:

Der nordöstlich des Standortes (nördlich „Fichtendamm“) bestehende gem. NLWKN für Brut- / bzw. Gastvögel bedeutsame Moor – Grünlandkomplex befindet sich in einer Entfernung von mehr als 600 m vom bestehenden Vorrangstandort bzw. Entwurfsgebiet in Deblinghausen. Störwirkungen sind für die benannten Arten in einer derartigen Entfernung nicht belegt. Vielmehr hat eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen ergeben, dass ein Meideverhalten überwiegend wenig ausgeprägt auftritt und in einer Distanz von mehr als 100 m nur für wenige Arten relevant ist. Abwägungserhebliche Risiken durch Kollision könnten gleichwohl auftreten, wenn das Gebiet von den relevanten Arten gezielt und mit einer signifikant erhöhten Häufigkeit aufgesucht würde und zugleich eine artspezifisch erhöhte Kollisionsgefahr belegt ist. Aufgrund der intensiven ackerbaulichen Nutzung kann ein gezieltes Aufsuchen des Standortes mit einer signifikant erhöhten Häufigkeit durch die an extensiv genutzte Landschaftsräume gebundenen Arten ausgeschlossen werden.

Mögliche Beeinträchtigung von Kranichen:

Für Kraniche ist bekannt, dass die Tiere Windparks großräumig umfliegen, so dass aufgrund dessen eine vergleichsweise geringe Kollisionsgefahr besteht. Da der Standort bereits durch WEA belegt ist, ergibt sich aus einer vorgesehenen vergleichsweise kleinflächigen Erweiterung für die Kraniche keine Änderung der Situation. Dies gilt auch für ein mögliches Repowering mit höheren Anlagen. Zudem liegt der Standort bei Anflug des Hesterbergs aus südwestlicher Richtung (vom Uchter Moor) nicht in einem möglichen Flugkorridor.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 394	Privatperson	**559**

...hiermit erhebe ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprognamms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12-Husum - folgende Einwendungen:

Nach meiner Überzeugung ist der vorliegende Entwurf unausgewogen.

Begründung:

- Die veröffentlichten Unterlagen stimmen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage überein. Es wurden im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen.

- Die empfohlenen Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 haben in dem Entwurf keine Berücksichtigung gefunden. Konkret sind hier die Brutstätten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane zu nennen. Gemäß des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) sind hier mindestens 1.000m Abstand bei Schwarz- und Rotmilane sowie mindestens 3.000m Abstand bei dem Uhu einzuhalten.

- Die branchenüblichen Standards zur Erstellung von Gutachten wurden nicht eingehalten. Aufgrund der zu späten Beauftragung des Gutachters erfolgte eine nur unvollständige Datenerhebung.

- Das Vorraggebiet 12 - Husum - Siegt innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer". Dieses wurde erst durch eine nachträgliche Änderung des Gutachtens berücksichtigt. Die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange wurden dadurch nicht ausreichend beachtet.

- Die geplanten Anlagen von einer Gesamthöhe von ca. 180 m stehen südwestlich ca. 800 bis 900 m von Meinkingsburg entfernt. Damit ist das Wohngebiet Meinkingsburg von einer nicht zu akzeptierenden Belästigung durch Schlagschatten von diesen Anlagen besonders stark betroffen. Auch eine Geräuschbelästigung ist nicht auszuschließen. Dieses führt zu einer erheblichen Einschränkung der Lebensqualität bis zur Hervorrufung von Gesundheitsstörungen.

- Die empfohlenen Mindestabstände des Landes Niedersachsen von mindestens 1 000 m zu Wohn- und dörflichen Siedlungen fanden in dem Entwurf keine Berücksichtigung.

Selbst dieser Mindestabstand ist bei einer Anlage in Höhe von 180 m nicht ausreichend. Aufgrund des technischen Fortschrittes ist auch der Mindestabstand zur Wohnbebauung entsprechend anzupassen. Ein Abstand von 1500 m, wie im Landkreis Cuxhaven vorgesehen und in dem benachbarten Bundesland Nordrhein-Westfahlen sogar gesetzlich verankert ist, sollte auch im Landkreis Nienburg/Weser Gültigkeit haben.

- In dem veröffentlichten Gutachten wird besonders die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorgehoben. Diese Beeinträchtigungen ergeben sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus. Der Schutz der dort ansässigen Menschen hat nur eine unzureichende Berücksichtigung gefunden. Hier entsteht für mich der Eindruck, dass der Mensch den wirtschaftlichen Interessen geopfert wird.

- Das Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt" kommt zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 als einzige von den ausgewiesenen Vorranggebieten nur „mit Einschränkungen geeignet" ist, Im Vergleich zu den übrigen Gebieten ist das Vorranggebiet 12 - Husum - folglich das einzige Gebiet mit einer negativen Beurteilung.

Abschließen bleibt festzustellen, dass der angemessene Schutz von Mensch und Fauna einen höheren Stellenwert als bisher erhalten muss. Außerdem werden die extrem hohen Windkraftanlagen auf die Lebensgewohnheiten der dort wohnenden Menschen einen starken negativen wenn nicht sogar einen bedrückenden Einfluss haben. Dieses gilt es auf jeden Fall zu vermeiden. Auch sollte dabei bedacht werden, dass der Landkreis Nienburg eine überproportional starke Förderung der Windenergie zu Lasten der Anlieger verfolgt.

Aufgrund der von mir vorgetragenen Einwendungen gegen die Teiländerung des Raumordnungsprogramms in Bezug zum Vorraggebiet 12 - Husum - ersuche ich Sie, dieses Gebiet aus den weiteren Genehmigungsverfahren herauszunehmen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein

erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter

Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 395	RA Dr. Jutta Engbers, Martin Engbers	**566**

Ausweislich der eigenen Kriterien wird zu Vorranggebieten für Natur und Landschaft gem. bestehendem RROP bzw. zu Naturschutzgebieten gem. § 2 4 Nds. NatschG und solchen Gebieten, die die Voraussetzung zur Unterschutzstellung erfüllen, ein Abstand von 200 m vorgeschlagen, zu besonders geschützten Biotopen gem. § 28 a und b Nds. NatschG und zu Wallhecken dagegen kein Abstand. Faktisch bedeutet dies im konkreten Fall des Vorranggebietes 03 in Hämelhausen, dass zwei Flächen vollkommen überplant wurden und eine Fläche lediglich mit einem Ausschnitt ausgespart wurde entlang einer Baumreihe und eines Biotop, die keine Berücksichtigung der Schutzzwecke vorsieht. Da die Rotorblätter die Aussparung komplett überstreichen, findet faktisch keine Berücksichtigung statt. Ein Mindestabstand von 200 m beidseits der geschützten Fläche ist erforderlich, da bei der Größe des geplanten Anlagentypes bei einer Aussparung lediglich der Fläche selbst faktisch keine Schutzfläche erreicht wird, die Rotoren ragen darüber, lediglich die Fundamente stehen unmittelbar rechts und links am Rand, das ist unzulässig.

Zu Wald wird erst eine im Einzelfall zu prüfende Abstandsfläche eingehalten, wenn dieser größer als 5 ha ist. Dies ist rechtswidrig. Wald ist Wald, wenn er größer als 0,5 ha ist, so das Nds. Waldgesetz. Eine Unterscheidung in 5 ha Wälder und kleinerer, ist rechtlich unzulässig und sachlich auch nicht weiter begründet. Nach den weiteren rechtlichen Grundlagen, insbesondere des Waldgesetzes, dient dies gerade dem Schutz kleinerer Waldflächen und einem Ausbau zusammenhängender Waldflächen, nicht dem Schutz großer Wälder. Aus diesem Gesichtspunkt sind u. a. die beiden fehlenden Waldflächen, im Vorranggebiet 03 Hämelhausen zu berücksichtigen und derart unter Schutz zu stellen, dass ein Überstreichen der Baumwipfel durch Windenergieanlagen ausgeschlossen ist. Zudem muss der Bestand durch ausreichenden Abstand (wenigstens 200 m) vor einer Zerstörung durch die verursachte Verwirbelung geschützt werden. Auf die in der Anlage 1 beigefügten karte wird auf die übersehenen Waldflächen verwiesen.

Der Metgraben nördlich von Hohnholz sowie die vorhandenen Alleen und Wälder werden, ebenso wie einzelne unter Schutz stehende Biotope und Naturdenkmäler nicht ausreichend geschützt. Die westlich angrenzende Fläche hält keinen ausreichenden Schutzabstand zum Graben ein und überplant zudem einzelne Naturdenkmäler. Die östlich angrenzende Fläche hält keinen aus reichenden Schutzabstand zur Straße nördlich von Hohenholz ein. Auch sie überdeckt zu dicht an die Naturdenkmäler, so dass bereits durch die auftretende Verwirbelung eine konkret Gefahr für die Bäume und den Bewuchs verursacht wird. Eine Zerstörung von geschützten Naturbestandteilen ist unzulässig und muss daher planungsrechtlich ausreichend berücksichtigt werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Grundsätzliche Hinweise: Die zeichnerischen Festegungen auf der Ebene des RROP werden im Maßstab 1:50000 getroffen und sind nicht parzellenscharf. Die Schutzwürdigkeit der genannten kleinflächigen, punktuellen und linienförmigen Schutzgüter nach dem NNatG und NLWaldG ist in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren bzw. im Genehmigungsverfahren zu beachten. Dies ist in der Begründung zur RROP-Teiländerung bzw. im Umweltbericht dargelegt.

Die Verwaltung regt an, Wald nicht mehr als Tabuzone für die Windenergienutzung zu betrachten, sondern zu prüfen, ob es Wälder im Landkreis Nienburg/Weser gibt, die aufgrund ihrer Nutzung und Funktion Möglichkeiten für die Windenergienutung bieten könnten. Es wird daher ein Änderungsentwurf erarbeitet, in dem Wald als Abwägungskriterium eingestellt wird. Dies wird im Entwurf entsprechend konkretisiert und begründet. Stellungnahmen, die sich mit der Aufnahme von Waldgebieten für die Windenergienutzung befassen, die keine Ausschlussfunktionen erfüllen (z. B. Naturschutzgebiete) werden im Rahmen der Abwägung entsprechend geprüft. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund der Einstufung von Wäldern als Abwägungskriterium eine Änderung der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans ergibt und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

Fachliche Hinweise:

Besonders geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG). Die Aufnahme hat klarstellenden Charakter, eine Berücksichtigung in der nachfolgenden Zulassung hat oh-nehin zu erfolgen. Abstandsflächen sind hier funktional nicht erforderlich, da es auf den Schutz der Biotopfläche an-kommt, bildet selbst ein angrenzender Maststandort aufgrund der Kleinflächig-keit keine erhebliche Beeinträchtigung.

Die unterschiedliche Behandlung von Waldflächen hinsichtlich der Abstands-flächen begründet sich raumordnungs-rechtlich aus ihrer unterschiedlichen Relevanz bei der Festlegung der Flächenkulisse;

die Abstände zu Waldflächen bilden insoweit ein Abwägungskriterium.

Schäden an Waldvegetation durch eine Verwirbelung von WEA moderner Bauart sind bislang nicht bekannt geworden.

Den Hinweisen zum pauschalen Ausschluss von Wäldern unabhängig von ihrer Größe und ihrem Schutzstatus einschließlich einer Tabuzone von 200 m wird nicht gefolgt. U. a. aufgrund der aktuellen Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen 2010 wird Wald einschließlich einer Pufferzone von 200 m im Änderungsentwurf nicht mehr als Ausschlusskriterium, sondern als Abwägungskriterium eingestuft. Die Begründung hierzu ist in Ziffer … der Begründung und im Umweltbericht aufgezeigt. Bei der Erarbeitung des Änderungsentwurfs sind daher größere Waldgebiete, die keine rechtlichen Ausschlussfunktionen erfüllen, wie z. B. Wälder in Naturschutzgebieten, in die planerische Abwägung und den laufenden Abwägungsprozess eingestellt worden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 395	RA Dr. Jutta Engbers, Martin Engbers	**569**

Fehlende Umweltprüfung

Für den betroffenen Bereich Hämelheide, der nicht bisher komplett unter Schutz steht, ist eine Umweltprüfung nicht durchgeführt worden. Da sich aus dem Flächennutzungsplan der Samtgemeinde ergibt, dass der komplette Bereich nicht geeignet ist für die Nutzung von Windkraftanlagen und die Nutzung dort vollständig ausgeschlossen ist, ein Windpark an anderen Orten ausgewiesen ist, offensichtlich keine neueren Erkenntnisse vorliegen, ist nicht erkennbar, auf welchen Gesichtspunkt der Landkreis seine Eignung stützen möchte. Alle vorhandenen Erkenntnisse sprechen gegen eine solche Ausweisung. Da der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde recht aktuell und gültig ist, und durch das teilfortgeschriebene RROP sollte es verabschiedet werden - ein Anpassungsdruck besteht, andererseits nach Auffassung der Samtgemeinde nach umfassender Untersuchung des gesamten Samtgemeindegebietes dieser Bereich ungeeignet ist, ist erkennbar, dass ein offensichtlicher Widerspruch zu den vorhandenen Erkenntnissen - gerade auch aus naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten besteht. Eine Untersuchung des Bereiches hat es im aktuellen Verfahren bisher nicht gegeben.

IX.

Nach alledem steht fest, dass es an einem schlüssigen rechtmäßigen Gesamtkonzept des Landkreises Nienburg fehlt, so dass die Ausweisung wegen Verstoßes gegen landesrechtliche Bestimmungen, bundesrechtIiche Schutzbestimmungen zugunsten der Anwohner und den Landesvorgaben im Verwaltungsbereich sowie den Erlassen des Landtags rechtswidrig ist. Es fehlt an einem schlüssigen Planungskonzept.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das potenzielle Vorranggebiet Hämelhausen ist im Rahmen der Entwurfserarbeitung einer Umweltprüfung unterzogen worden (siehe Umweltbericht).

Das Planungskonzept ist Ergebnis eines intensiven Abstimmungsprozesses mit Fachbehörden, anerkannten Naturschutzverbänden und den politischen Gremien. Der Ausschuss für Regionalentwicklung hat der RROP-Änderung am 03.09.2010 zugestimmt und der Kreisausschuss hat sie am 21.09.2009 in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen.

Auf Grundlage eines gesamträumlich angewendeten Kriterienkonzepts hat sich der Bereich Hämelhausen als potenzieller Suchraum für die Windenergienutzng herauskristallisiert (Suchraum 40 des Planungskonzepts). Die planerischen Abwägungen für diesen Suchraum und angrenzender Potenzialflächen lag dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 14.05.2009 vor, denen der Kreisausschuss auf seiner Sitzung am 29.06.2009 zugestimmt hat.

4	**Umweltbericht**	ID

Nr. 407	Privatperson	**314**

Nach der Berichterstattung In der lokalen Tageszeitung verweist die Stadt Rehburg-Loccum in seiner Kritik an der RROP-Vorlage des Landkreises auch auf die Höhe der modernen Windkraftanlagen, die vermutlich auch vom Kloster Loccum aus sichtbar sein würden. Die Stadtverwaltung sieht die das Orts- und Landschaftsbild prägende Rolle des Klosters dadurch beeinträchtigt; dies Problem sei von der RROP-Vorlage nicht berücksichtigt worden. Sie liefert dem Landkreis aber auch gleich die Stichworte, damit die für die RROP-Vorlage Verantwortlichen nicht lange nach einer Entschuldigung für Ihr Versäumnis und ihre Nachlässigkeit suchen müssen: Es könne sich nur um ein redaktionelles Versehen des Landkreises handeln.

Dazu ist festzustellen, dass der Windpark Loccum-Nord etwa 2,500 Meter vom Kloster entfernt ist; Besucher des Klosters müssten schon auf den Kirchturm (den sogenannten Dachreiter) klettern, um die Windräder sehen zu können. Außerdem braucht das Kloster nicht die Vormundschaft der Stadtverwaltung, denn das Kloster kann seine Interessen allein vertreten, in dem bereits erwähnten - im Genehmigungsverfahren befindlichen - Windpark Loccum-West ist das Kloster mit landwirtschaftlichen Eigentumsflächen von bis zu 40 Hektar vertreten. Die dort vorgesehenen Windräder sollen ebenfalls eine Höhe von 180 Metern haben. Obwohl die Entfernung zum Kloster nur knapp 2.000 Meter beträgt, ist das Kloster mit dieser Windparkanlage einverstanden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Für die Orts- und Landschaftsbild prägende Rolle des Klosters ist nicht die etwaige Sichtbarkeit von WEA vom Kloster aus gesehen relevant, sondern das Ensemble aus Stadtbild, Klostersilhouette und umgebender Landschaft. In diesem Zusammenhang wird nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung der Kulisse durch das potenzielle Vorranggebiet ausgegangen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 413	Prowind GmbH	**982**

Weiterhin richtet sich die fachliche Abgrenzung des Windvorranggebiets nach Osten im Sinne des Naturschutzes nach den Ausführungen im Umweltbericht aus Oktober 2009, welche einen reduzierten Mindestabstand von 500 m zum Gastvogelgebiet „Weserbogen" vorschlagen. Diese Vorgehensweise wird grundsätzlich begrüßt. Zu beanstanden ist hier lediglich, dass dieses Vogelgebiet keinen gesetzlichen Schutzstatus genießt. Im Betrachtungsraum existieren keine FHH- oder EU-Vogelschutzgebiete, die beeinträchtigt werden könnten. Über Beeinträchtigungen der Avifauna wird hier insgesamt nur gemutmaßt. Weiterhin wird angeführt, dass eine Beeinträchtigung von Fledermausvorkommen oder wertvoller Biotope nicht erkennbar ist.

Detaillierte Untersuchungen dazu werden zwingender Bestandteil zukünftig zu stellender Genehmigungsanträge. Ohne weitere fachliche Begründung ist daher ein von der NLT vorgeschlagener Mindestabstand von 1.000m schwerlich darzustellen und nicht sinnvoll durchzusetzen im Sinne einer optimalen Nutzung des Gebiets für die Windenergie.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Es ist bekannt, dass die Weserniederung im Winter als Rastgebiet insbesondere von Gänsen genutzt wird, die sich bei ihren regionalen Flügen am Weserlauf orientieren. Aus diesem Grund wird nicht nur zu bekannten Gastvogelgebieten, sondern zum Weserlauf mit seinem Überschwemmungsgebiet (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 in der Entwurfsbegründung: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet) insgesamt ein Schutzabstand eingehalten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 416	Privatperson	**547**

Gegen die Planung, das Windenergievorranggebiet in der Gemarkung Estorf nordöstlich von Landesbergen (WE 11) auszuweiten lege ich Widerspruch ein und beantrage, auf die geplante Erweiterung auf 145 ha vollständig zu verzichten.

Nach Erkenntnissen und Ausagen der Herren K. Löhmer (Ornithologe / NaBu) und L. Gerner (BUND) leben in oder sehr nahe dem geplanten Erweiterungsgebiet

- 4 Brutpaare des Rotmilan
- 1 Uhu
- Wachteln

- Verschiedene Arten Fledermäuse

- Der Seeadlerhorst im Leeseringer Forst wird vermutlich in Kürze wieder besetzt, nachdem das dort bisher lebende Adlerweibchen durch ein Windrad erschlagen wurde.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Der ehemalige Horst des Seeadlers ist seit einiger Zeit unbesetzt und somit nicht planungsrelevant.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 418	Windwärts Energie GmbH	**490**

3. Ausweisung eines Vorranggebietes im Bereich Grinderwald

Unter Berücksichtigung der Ausführungen oben unter 1. und 2. ist ein Vorranggebiet im Bereich des Grinderwald (Gemeinde Linsburg, Samtgemeinde Steimbke) auszuweisen. Großräumige Teilflächen des Grinderwald sind besonders für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen aus den folgenden Gründen geeignet;

- Der nahezu monotone und junge Nadelholzbestand wird intensiv forstwirtschaftlich genutzt,

- innerhalb des Grinderwald existieren teilweise stark und in wassergebundener Form ausgebaute Lkw-taugliche Wirtschaftswege,

- es bestehen durch Funkturm, Sandabgrabung und Bundesstraße 6 Vorbelastungen, im Bereich des angrenzenden ehemaligen Militärgeländes "Hawk-FlaRak-Stellung Borstel Hüttenberg" werden Altlasten vermutet,

- der Wert des Grinderwald für das Landschaftsbild im Nahbereich ist überwiegend gering bis mittel,

- der Waldanteil in der Gemeinde Linsburg ist überdurchschnittlich hoch,

- eine Erholungsnutzung des Waldes ist mangels Zufahrts-/ Zugangsmöglichkeiten erheblich erschwert und findet auch nur in äußerst geringem Umfang statt. Es sind keine Erholungseinrichtungen innerhalb des Waldes installiert,

- Abstände zu Wohnbebauung von mindestens 1.000 m werden eingehalten.

Es wurde im November/Dezember 2009 in unserem Auftrag eine Landschaftsbildanalyse durch die Planungsgemeinschaft Marienau nach der Methode KÖHLER & PREIß (2000) für unseren Vorhabenbereich im Grinderwald verfasst. Hiernach ist das Landschaftsbild der inneren Wirkzone unseres geplanten Vorhabens im Grinderwald überwiegend von mittlerer, teilweise von geringer und fast gar nicht von hoher Empfindlichkeit:

„Dies ist im Wesentlichen auf die Sichtverschattung durch den Grinderwald und eine eher geringe Erhülungsnutzung zurückzuführen. Nur am Rand der Wirkzone wären die WEA überhaupt sichtbar. Eine .hohe Empfindlichkeit durch die Sichtbarkeit der Anlagen bei einem hohen Landschaftsbildwert wird nur am Ortsrand von Bolsehle erreicht. Auch die Erholungsfunktion der Landschaft ist trotz Ausweisung des Gebietes im RROP als Vorsorgegebiet für Erholung überwiegend untergeordnet und bedingt so auch die mittlere Empfindlichkeit. Der Grinderwald selbst erfüllt nur bedingt eine Erholungsfunktion, die über das Aufsuchen des Waldes durch Ortskundige hinausgeht. Eine entsprechende Infrastruktur (erholungsorientierte Erschließung, Parkplätze, entsprechende Beschilderung etc.) ist nicht vorhanden. Die Erreichbarkeit, etwa von der Bundesstraße 6, ist aufgrund fehlender Zufahrten und Parkmöglichkeiten für PKW stark eingeschränkt" (Landschaftsbildanalyse Planungsgemeinschaft Marienau 2009).

Die Landschaftbildanalyse der Planungsgemeinschaft Marienau ist dieser Stellungnahme vollständig beigefügt

Folgende Abbildung:

Landschaftsbildanalyse Grinderwald, innere Wirkzone (vervielfältigungsbedingt nicht maßstabsgetreu)

Zur Lage des Vorhabengebietes im Landschaftschutzgebiet „Grinderwald" (Verordnung vom 7. März 1966) ist festzuhalten, dass der Schutzzweck in der LSG-Verordnung nur allgemein formuliert ist. Eine grundsätzliche Ausschlusswirkung für einen Windpark innerhalb des LSG wird damit nicht herbeigeführt.

Als Anlage ist eine Landschaftsbildanalyse Grinder Wald der Windwärts Energie GmbH der Stellungnahme beigefügt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1) Hinweis zu Wäldern: Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob es Wälder im Landkreis Nienburg/Weser gibt, die aufgrund ihrer Nutzung und Funktion Möglichkeiten für die Windenergienutung bieten könnten. Es wird daher ein Änderungsentwurf erarbeitet, in dem Wald als Abwägungskriterium eingestellt wird. Dies wird im Entwurf entsprechend konkretisiert und begründet.

Stellungnahmen wie diese, die sich mit der Aufnahme von Waldgebieten für die Windenergienutzung befassen, die keine Ausschlussfunktionen erfüllen, werden im Rahmen der Abwägung entsprechend geprüft, sofern sie kein Ausschlusskriterium darstellen (z. B. NSG sind). Die Verwaltung geht davon aus, dass sich auf Grund der Einstufung von Wäldern als Abwägungskriterium eine Änderung der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans ergibt und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

2) Hinweis zum Landschaftsbild: Der Grinderwald zeichnet sich durch eine hohe Landschaftswertigkeit aus (vgl. Landschaftsbildgutachten des Landkreises Nienburg/Weser). Dies wird durch seinen Schutzstatus als LSG untermauert. In rd. 3,5 km vom Kern des LSG entfernt liegt das potenzielle Vorranggebiet 12 Husum. Diese Aspekte werden ebenso in die planerische Abwägung eingestellt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 418	Windwärts Energie GmbH	**470**

4. Bewertung des Landschaftsbildes

Der generelle Ausschluss von Bereichen als hochwertig eingestufter Landschaften missachtet die Privilegierung der Windenergienutzung im Außenbereich. Insbesondere im Grenzbereichen zu weniger werthaltigen, bzw. zu vorbelasteten Landschaftsbereichen, in denen die Errichtung von Windenergieanlagen zugelassen werden soll (durch die Ausweisung eines Vorranggebietes) kann dieser pauschale Ausschluss so nicht erfolgen. Denn die benachbarte Vorbelastung (bereits vorhandene oder durch die Zulässigkeit von neu zu erstellenden Windenergieanlagen zukünftig vorhandene) wirkt ohnehin in den als hochwertig bewerteten Landschaftsbereich hinein.

Im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes muss somit eine weitere Differenzierung der als hochwertig eingestuften Landschaftsbereiche hinsichtlich ihrer benachbarten Bereiche, insbesondere der Grenzbereich selbst erfolgen. Ein großräumig als hochwertig eingestuftes Landschaftsbild ist dabei mit einer höheren Empfindlichkeit zu bewerten als kleinräumige Bereiche oder als solche, in die ohnehin Vorbelastungen hinein wirken oder zukünftig hinein wirken werden.

Ingesamt ist festzustellen, dass durch den Ausschluss von allen Giebieten mit hoher Landschaftsbildbewertung, die immerhin etwa 50% des gesamten Landkreises ausmachen, eine einseitige, eklatante Überbewertung des Schutzgutes Landschaftsbild vorgenommen wird. Zudem ist die Landschaftsbildbewertung kleinteilig zum Teil nicht nach vollziehbar und widerspricht den Ausweisungen des derzeit gültigen RROP.

Im derzeit gültigen RROP ist der Bereich östlich der im Entwurf ausgewiesenen Fläche WE 12 - östlich Husum - als Gebiet zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes ausgewiesen. Es ist unverständlich, wie das jüngst erstellte Landschaftsbildgutachten diesen Bereich nun jedoch als hochwertig einstufen kann. Ähnliches gilt für die Verlängerung des Bereichs zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes nach Osten hin bis zur K 7 der im aktuellen RROP als Weißfläche dargestellt ist. Auch hier ist nicht nachvollziehbar, wie ein, auch im Landschaftsrahmenplan als nicht besonders hochwertig eingestufter Landschaftsbereich, nun aufgrund seines hochwertigen Landschaftsbildes die Windenergienutzung ausschließt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Das potenzielle Vorranggebiet 12 Husum liegt in einem Bereich, der gemäß Landschaftsbildgutachten eine mittlere Landschaftsbildwertigkeit aufweist (siehe Gebiet 622.00 E).

Das zugrunde gelegte Landschaftsbildsgutachten wurde flächendeckend für den gesamten Landkreis Nienburg und mit einer einheitlichen Methodik erarbeitet. Insoweit stellt es eine geeignete Grundlage für ein schlüssiges Planungskonzept gemäß der rechtlichen Anforderungen dar.Vorbelastungen wurden bei diesem Gutachten berücksichtigt. Dabei wurde das Gutachten im Rahmen der Abwägung einbezogen.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, das RROP 2003 neu aufgestellt wird, um den Planungsraum den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Auch der Landschaftsrahmenplan von 1996 wird aktualisiert. Die Verwaltung plant ab 2011 den Einstieg in die Fortschreibung.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 419	Privatperson	**635**

...in der Anlage übersende ich Ihnen als Sammeleingabe eine Stellungnahme zum o. g. Vorranggebiet. Diese Sammeleingabe wurde von insgesamt 123 Bürgern unterzeichnet, die zum überwiegenden Teil Anwohner des geplanten Vorranggebietes

sind.

Stellungnahme zum regionalen Raumordnungsprogramm,

Teilabschnitt Windenergie, Vorranggebiet 04 Calle -

Duddenhausen

Bereits seit 2004 werden im geplanten Vorranggebiet 04 Calle - Duddenhausen insgesamt sieben Windenergieanlagen betrieben. Diese verursachen wesentliche Beeinträchtigungen für Mensch und Natur, so dass ein weiterer Ausbau des Vorranggebiets wie ihn der Landkreis Nienburg plant, nicht zumutbar ist,

Das Dorf Duddenhausen befindet sich in nordöstlicher Richtung dieses Gebietes und damit in der Hauptwindrichtung der Anlagen. Dadurch werden die Einwohner durch Lärmemissionen (Mähdreschergeräusche) und am Abend durch Schlagschatten erheblich belastet. Der von der niedersächsischen Landesregierung empfohlene Abstand von 1000 Metern zu Siedlungen und 500 Metern zu Einzelhäusern wird jetzt schon unterschritten.

Bei den Dörfern Calle und Duddenhausen handelt es sich um ländlich geprägte Streusiedlungen, die besonders schützenswert sind. Waldgebiete an der Geestkante und prägende Altbaumbestände, wie sie hier vorhanden sind, stellen Ausschlussgründe für geplante Vorranggebiete dar.

Das geplante Vorranggebiet 04 befindet sich auf einer landschaftlichen Erhebung (Geestkante). Insbesondere raumwirksame WEA's (über 100 Meter hohe Windenergieanlagen) werden dadurch weithin sichtbar. Dies zerstört das hiesige Landschaftsbild. Der Blick auf und von Bücken mit seinem Dom als touristischem Anziehungspunkt wird weitgehend technisiert und dadurch die Umgebung als Erholungsraum beeinträchtigt.

Im Raumordnungsprogramm nicht genügend berücksichtigt ist die Randlage zum Landkreis Diepholz. Das Waldgebiet in Duddenhausen schließt direkt an ein großes zusammenhängendes Waldgebiet, den Sellingsloh an. Dieses Waldgebiet und auch das bekannte Naherholungsgebiet am Heiligenberg werden durch die visuelle Fernwirkung von raumwirksamen WEA's erheblich gestört.

Durch die Ausweitung des Gebietes zu einem möglichen Windpark mit raumbedeutsamen Anlagen in unmittelbarer Nähe von kleinflächigen Schutzgebieten für die Tier- und Pflanzenwelt tritt eine Überprägung in hohem Maße ein.

Sollte das neue Vorranggebiet 04 ausgewiesen werden, fordern wir die Begrenzung der Anlagenhöhe auf 100 Meter und die Einhaltung der empfohlenen Mindestabstände zu unseren Häusern und Dörfern.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorrangstandorte zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Um dem Stand der Technik gerecht zu werden und eine effiziente Energieerzeugung zu ermöglichen, wird auf die Festlegung einer Höhenbegrenzung im RROP verzichtet. Im LROP Niedersachsen 2008 wird in den Erläuterungen zu Ziel 4.2 04 S. 1 darauf hingewiesen, dass der unter technologischen, klimatischen und umweltschonenden Aspekten sinnvolle Einsatz von Anlagen neuester Bauart nicht durch unverhältnismäßige Höhenbegrenzungen und Abstandsregelungen verhindert werden sollte (vgl. LROP 2008, S. 139). Das LROP wird zurzeit aktualisiert. Im LROP-Änderungsentwurf 2010 ist bezüglich der Windenergienutzung vorgesehen, folgendenden Grundsatz zu ergänzen: „5In Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung sollen Höhenbegrenzungen nicht festgelegt werden."

Damit entspricht die RROP-Standortkonzeption den landesseitigen Planungsleitlinien.

Höhenbegrenzungen sind grundsätzlich denkbar, wenn im konkreten Einzelfall nachgewiesen wird, dass diese erforderlich sind, z. B. aus Gründen der Flugsicherung oder besonderen Anforderungen zum Schutz des Landschaftsbildes. Dies setzt jedoch eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Einzelfall voraus, die das RROP nicht leisten kann und soll. Diese Auseinandersetzung und daraus resultierende, stichhaltig begründete Darstellungen und Festsetzungen sollten in den Bauleitplänen der Gemeinden erfolgen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 419	Privatperson	**491**

Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie des regionalen Raumordnungsprogramms wurde vom Landkreis Nienburg ein Umweltbericht in Auftrag gegeben. Die darin enthaltene Behauptung, es gäbe innerhalb und in der Umgebung des geprüften Standortes keine bedeutenden Fledermausgebiete, ist schlicht falsch. Wir beobachten in den Sommermonaten Fledermäuse, die um unser Haus und auf der angrenzenden Wiese fliegen. Von Nachbarn wissen wir, dass auch sie an Sommerabenden viele Fledermäuse sichten. Fledermäuse gehören hier fest zu der uns umgebenden Natur. Um so mehr

verwundert uns die so offensichtlich falsche Einschätzung der „Planungsgruppe Umwelt“ bezüglich dieser Tiere.

Die vogelkundliche Erfassung dieses Gebietes erfolgte zu oberflächlich. So verwundert es nicht wenig, dass Milane, die im Sommer hier jagen, im Bericht der Planungsgruppe Umwelt nicht einmal Erwähnung finden - vor allem wenn man weiß, dass der Rotmilan zu den seltensten Vögeln dieser Region zählt und durch hohe Windenergieanlagen extrem gefährdet ist. In den Wäldern um das neue Vorranggebiet nisten Schleiereulen, die in den letzten Jahrzehnten immer seltener geworden sind. Wir fordern den Landkreis Nienburg auf, diese Tierbestände erneut bzw. erstmals prüfen zu lassen.

Wir haben unser Haus im November 2006 gekauft. Damals hieß es von Gemeindeseite, dass außer den bestehenden sieben Windenergieanlagen in Zukunft keine weiteren gebaut werden dürfen. Die Nähe zu den beiden Windenergieanlagen außerhalb des alten Vorranggebietes konnten wir uns zunächst nicht als störend vorstellen. Nachdem wir nun drei Jahre in der Nähe dieser Anlagen wohnen, fühlen wir uns durch die Lärmemissionen dieser Windräder häufig gestört. Wenn die Windrichtung entsprechend ist, hören wir deutlich „Mähdreschergeräusche“, vor allem auch nachts. Das neue Vorranggebiet reicht mit seiner östlichen Grenze bis auf 450 m an unser Haus heran. Sollte eine Windenergieanlage dort gebaut werden, wird die Abstandsempfehlung des Landwirtschaftsministerium Niedersachsen deutlich unterschritten. Wir fordern die Einhaltung der Mindestabstände. Sollten im neuen Vorranggebiet 04 trotz aller vorhandenen Ausschlussgründe (diese entnehmen Sie bitte auch der Stellungnahme mit den Unterschriftenlisten der betroffenen Bürger) tatsächlich raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet werden, fordern wir eine genaue Berechnung der Lärmbelastung und des Schattenwurfes sowie eine Ausstattung der Positionslichter mit moderner Radartechnik.

Insgesamt sind wir sehr verärgert über das Vorgehen des Landkreises bezüglich der Mindestabstände der Windenergieanlagen zu Einzelhäusern und zu Siedlungen. Wie kann es sein, dass Empfehlungen, die immerhin in anderen Bundesländern mittlerweile aus gutem Grund gesetzliche Bestimmungen darstellen, einzig mit der Begründung unterlaufen werden, dass ansonsten nicht genug Platz für neue Vorranggebiete im Landkreis Nienburg vorhanden sei? Dieses Vorgehen und der fehlerhafte Umweltbericht lässt auch die Ergebnisse der Planungsgruppe Umwelt in sehr fragwürdigem Licht erscheinen. Wo Mindestabstände so einfach vom Tisch gefegt werden, finden offensichtlich auch Ausschlussgründe für Windenergie wie oben erwähnt keine Beachtung mehr.

Wir fordern den Landkreis Nienburg auf, die Ausweisung des Vorranggebietes 04 wegen seiner negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt fallen zu lassen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1. Fledermäuse: Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betrieb-liche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Eine regionalplanerische Betrachtung und Festlegung von VR für die Windenergienutzung kann nicht die detaillierten Prüfungen im Rahmen der Vorhabenszulassung ersetzen.

2. Avifauna: Ähnliches gilt für die Erfassung von Brutvögeln. Eine abschließende Bewertung der Flächen wäre aufgrund der Planungsebene und des zeitlichen Planungshorizontes von 10 Jahren im Übrigen selbst bei einer mehrjährigen und umfassenden Kartierung der Avifauna rechtlich gar nicht möglich. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt.

Gleichwohl können sich aus den auf Zulassungsebene jedenfalls erforderlichen Kartierungen u. U. Zulassungshemmnisse ergeben; dieses Risiko kann durch Kartierungen auf Ebene der Regionalplanung nicht ausgeschlossen werden.

3. Wohnnutzung: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorrangstandorte zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 429	Privatperson	**334**

Zu Umweltbericht 2.2.10 Flora und Fauna (biol. Vielfalt)

(...) Wertvolle Fledermauslebensräume im Gebiet sind nicht bekannt. (..)

Es sind sehr wohl Fledermausvorkommen bekannt, und zwar in und um den Bereich des kleinen Wäldchens an der Straße „Zum Wiehof". Dieser Gegebenheit sollte untersucht werden und Berücksichtigung in den Planungen finden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vor-ranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maß-nahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Einzelbeobachtungen/Zufallsfunde können darüber hinaus keine hinreichende Datengrundlage für eine Bewertung der Raumbedeutung für Fledermäuse liefern. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 451	juwi Wind GmbH	**643**

Dagegen sind jedoch die Abstände zu naturschutzfachlichen Gebieten als deutlich zu hoch und demnach unangemessen und nicht nachvollziehbar anzusehen. Solche Gebiete weisen bereits umfangreiche Schutzgebietskulissen auf, die das eigentliche Schutzgut innerhalb der Gebiete mit einem ausreichenden Puffer schützen. Somit ist ein zusätzlicher Schutzgürtel um das Schutzgebiet eine nicht nachvollziehbare Vorgehensweise. Weiterhin ist eine Betrachtung des jeweiligen Schutzziels bei dem jeweiligen Gebiet notwendig, da sich die Windenergienutzung oftmals mit dem Schutzziel des jeweiligen Schutzgebiets vereinbaren lässt. Daher wird im Rahmen dieser Stellungnahme gefordert, auf die Pufferbereiche bei Naturschutzgebieten und Natura2000 Gebieten zu verzichten und eine regelmäßige Einzelfallprüfung bei oben genannten Schutzgebieten zu ermöglichen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Annahme bestehender innerer Puffer bei naturschutzrechtlichen Schutzgebieten geht fehl. Soweit die festgelegten Schutzziele der Festlegung für einen Windpark nicht entgegenstehen, werden Schutzgebiete ggf auch teilrräumlich nicht als generelle Ausschlussflächen eingestellt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**878**

Doch es sind auch positive Nachrichten zu verzeichnen: Nach der letzten Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes wurde die Privilegierung der Nutzung erneuerbarer Energien auch in das Naturschutzrecht übertragen. Gemäß § 2 Abs, 1 Nr 8 ist es insbesondere ein Grundsatz des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Beeinträchtigungen des Klimas zu vermeiden; hierbei kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu. Dieser Aspekt muss zukünftig auch im Rahmen der Abwägung naturschutzfachlicher Belange beachtet werden.

Dieser zukunftsweisende Schritt des Gesetzgebers resultiert sicherlich aus den unzähligen Untersuchungen, die in den letzten Jahren den Auswirkungen von WEA auf den Naturschutzhaushalt auf den Grund gingen und im Ergebnis nur eine geringfügige negative Einflussnahme feststellten. Eine fünfjährige Untersuchung der NABU zeigte u. a., dass entgegen früherer Annahmen nur einige wenige Vogelarten an WEA kollisionsgefährdet sind und Maßnahmen zur Minimierung dieser Beeinträchtigungen machbar und schon während der Planungsphase erörtert und ausgearbeitet werden sollten (Auswirkungen regenerativer Energiegewinnung auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel, NABU 2004).

Am Beispiel des Kranichs kann verdeutlicht werden, wie haltlos zum Teil Vorwürfe gegen die Windenergie sind. Als höchstschützenswert galt der Kranich noch vor einiger Zeit als ein zusätzlich durch die Windenergie stark gefährdete Vogelart. Beeinträchtigungen wurden sowohl durch Kollision als auch durch Lebensraumverlust angenommen. Ein Forschungsvorhaben hat nun über viele Jahre die Populationsdynamik des Kranichs in der Region Uckermark - Barnim (Land Brandenburg) untersucht und dabei festgestellt, dass in der Fortpflanzungs- und Vermehrungsrate des Kranichs ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen ist. Der zeitgleich über die Jahre in dieser Region massive Ausbau der Windenergie hatte dabei keinerlei nennenswerten Einfluss auf den Großvogel. In diesem Zusammenhang wollen wir am Beispiel eines ENERCON Windparks demonstrieren, wie erstaunlich gut das Zusammenspiel zwischen Anlagenbetreiber und Naturschutz sein kann: In einem Windpark bei Trier werden durch einen Vogelgutachter jedes Jahr WEA Abschaltungen während des Kranichzuges bestimmt. Der Gutachter, der die Zugaktivität beobachtet, gibt bei schlechter Sicht auf direktem Weg Anweisungen an das zuständige ENERCON Service Team und definiert dadurch Betriebsabschaltungen an den WEA. Bei klarer Sicht zieht der Kranich so hoch, dass keine Abschaltungen notwendig sind.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**879**

Gegenwärtig kommt den artenschutzrechtlichen Belangen der Fledermausfauna im Rahmen von Windenergieprojekten eine große Bedeutung zu. So ist es in vielen Bundesländern zur Regel geworden, dass ein genereller Abstand von mindestens 150 m plus Rotorradius zwischen Windenergieanlage und allen potentiellen Fledermaus-Leitstrukturen wie z.B. Baumreihen, Hecken, Gräben, usw. einzuhalten ist. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, ob das Gebiet eine Bedeutung als Überwinterungs-, Reproduktions- oder Fluggebiet für Fledermäuse hat und welches Beeinträchtigungsrisiko mit der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen verbunden ist. Wir möchten auch hier anregen, bereits vorliegende Untersuchungen zu dieser Thematik zu Rate zu ziehen und somit ein Zusammenspiel zwischen globalem Klimaschutz und lokalem Naturschutz zu ermöglichen. Aktuell liegen u. a. neue wissenschaftliche Erkenntnisse von der Leibniz Universität Hannover vor. Das dreijährige Forschungsprojekt untersuchte insbesondere, welche Vorgänge und Faktoren zum Tod der Tiere an WEA führen können (Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen, Brinkmann et. al. Leibniz Universität Hannover, 2007 - 2009). Erste Ergebnisse machen deutlich, welchen Einfluss verschiedene Faktoren wie z. B. Windgeschwindigkeit, Temperatur, Jahreszeit und Uhrzeit auf den Fledermausschlag hat. Einen sehr starken Effekt auf die Fledermausaktivität zeigte die Windgeschwindigkeit mit einer Abnahme der Fledermausaktivität bei zunehmender Windgeschwindigkeit. Bei Windstärken über 5 bis 6 m/s sinkt die Fledermausaktivität gen Null. Sollte sich dieser Trend bestätigen, so könnte in Flächen mit einer hohen Fledermausaktivität WEA Abschaltungen unter 6 m/s die Lösung sein. Der abschließende Ergebnisbericht des Forschungsvorhabens ist Ende 2009 zu erwarten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 463	Privatperson	**634**

hiermit möchte ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprogramms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12 - Husum - wie folgt Stellung nehmen:

Nach unserer Meinung ist der vorliegende Entwurf sehr unausgewogen, weil

•- die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt, sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habitatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000 m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000m) keine Berücksichtigung gefunden haben.

- branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist

- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer" liegt, erst durch nachträgliche Änderung im Gutachten berücksichtigt wurde.

- somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

- empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000m Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung „Verhinderungsplanung" ist dahingehend nicht ausreichend, da die dem Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt

- bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

- somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat

- durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Insgesamt kommt das Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt" zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet" ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 - Husum - im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung. Auskünfte von NABU und ÖSSM haben die extrem eingeschränkte Eignung ebenfalls bestätigt.

Wir machen uns an dieser Stelle auch das Beteiligungsschreiben der „Interessengemeinschaft Windkraft in Husum" zu eigen! Auf eine Kopie des umfangreichen Schreibens (über 60 Seiten) haben wir an dieser Stelle aus Rationalisierungsgründen bewusst verzichtet. (RED. HINWEIS LK NI: s. Verteiler-Nr. 464)

Auf Basis der o.g Sachlage erwarten wir, durch die höhere Gewichtung der o.g. Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tiere berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der

möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird.

Nach unserer festen Auffassung muss das Husumer Vorranggebiet aus der Teiländerung des RROP entfernt werden!

Wir werden für unsere Interessen auf allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln kämpfen.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die

raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**442**

3.3.4. Fledermäuse

Im Rahmen der Abwägungskriterien werden Fledermausbestände als schützenswerte Spezies im Rahmen der Gebiete „Natura 2000" mit einem Abstand von 500m berücksichtigt.

Ob und in welcher Form eine Prüfung von Fledermausbeständen bei der Ermittlung der potentiellen Vorranggebiete im Einzelfall erfolgt ist, kann nicht beurteilt werden, da entsprechende Erläuterungen im Gutachten fehlen. Es ist daher anzunehmen, dass einmal mehr davon „ausgegangen" wurde, dass alle wesentlichen Fledermausbestände des Landkreises über den Ausweis der „Natura 2000" erfasst worden sein sollen.

Die Vermutung einer solchen Vorgehensweise verhärtet sich im Zusammenhang mit den Feststellungen zum Vorranggebiet 12 (s. Punkt 5.3.4.) und ist ein weiterer Hinweis für eine unzulängliche naturschutzrechtliche Prüfung im Rahmen des Planverfahrens.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**447**

4.3. Die Änderungen des Gutachtens

Wie unter Punkt 1. Bereits angemerkt wurden die UB im Vergleich zur AVE deutlichen Änderungen unterworfen. Zu Einzelheiten siehe hierzu Punkt 5. „Vorranggebiet 12".

Dieser Aspekt wird an dieser Stelle lediglich erneut und explizit hervorgehoben, da es seitens des Planungsträgers im bereits zitierten Gespräch mit Vertretern der Interessengemeinschaft zu keinem Konsens bzgl. der Qualität der Änderungen, und ihrer Auswirkung kam.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**445**

4. DAS GUTACHTEN DER PLANUNGSGRUPPE UMWELT

4. Einleitung

Der Landkreis Nienburg hat das Unternehmen Planungsgruppe Umwelt, Hannover, damit beauftragt ein Umweltgutachten zu erstellen, das gem. § 4 NROG gesetzlich, für die Teilfortschreibung des RROP zwingend vorgeschrieben ist.

„Ziel der Umweltprüfung ist es, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes

Umweltschutzniveau sicherzustellen" .

Diese Ausführung macht deutlich, dass es sich bei dem Umweltgutachten um einen wesentlichen Teil des Prozesses handelt, ohne den die Ausweisung eines Vorranggebietes rechtlich nicht möglich ist. Der Planungsträger hat somit höchste Sorgfalt bei der Auswahl des Gutachters walten zu lassen und muss dessen Feststellungen mit eben dieser in seine Beurteilung einfließen lassen. Zudem muss sich der Träger, der sich an dieser Stelle eines Dritten bedient, dessen Handeln zurechnen lassen, da es sich hierbei um dessen ErfüllungsgehiIfen gem. BGB handelt.

Aus diesem Grund enttäuscht die Aussage seitens des Landkreises, man müsse Fehler innerhalb des Gutachtens nicht gegen sich gelten lassen sondern habe nur die im Haus erstellten Teile der veröffentlichten Unterlagen zu vertreten. Dies beziehe sich ebenso auf Änderungen des Gutachtens nach Vorlage und Beschluss durch den AfR und den Kreisausschuss. Insgesamt seien die Änderungen nicht so gravierend, da das Gutachten lediglich ein kleiner Teil des Planungsprozesses sei.

Dem ist eben nicht so.

Unbegreiflich ist die Tatsache, dass der Planungsträger die Beratungsgesellschaft erst im Juni 2009 beauftragt hat, um „die z.T. lückenhafte Datenlage hinsichtlich der Avifauna zu beheben und mögliche Auswirkungen neuer Vorranggebiete ... im Entwurfsstadium bewerten zu können" . Bei einem Projekt dieser Größenordnung erwartet der Bürger eine größtmögliche Sorgfalt in Bezug auf die Erhebung der relevanten Daten. Die gesetzlichen Vorschriften natürlich nicht zu vergessen. § 5 (2) 1. NR.OG besagt, dass der Umweltbericht frühzeitig zu erstellen ist.

Dieser Aspekt wird dadurch verschärft, dass bereits in dem Suchprozess gem. Beschlussvorlagen des AfR die Suchräume nach den Kriterien „avifaunistisch wertvoller Bereich mit/ohne empfindliche Arten" beurteilt wurden. Wie dies geschehen kann, während der Träger selbst eingesteht, dass noch im Juni die Datenlage lückenhaft war, ist unverständlich und unseres Erachtens im Vorgehen nicht logisch. Ohne detaillierte Offenlegung der Datenbasis und des Informationsstandes zum Zeitpunkt der Suchraumbeurteilung, ist das Ergebnis nicht zuletzt aus diesem Grund juristisch nicht haltbar.

4.2. Grundlagen des Gutachtens

4.2.1. Allgemeine Grundsätze zur Erstellung von Gutachten

Zur Erstellung von Gutachten bestehen gewisse Standards, deren Erfüllung ein ungeschriebenes Gesetz der jeweiligen Berufsgruppe darstellt,

Derartige Grundsätze sind in der bereits zitierten NLT-Vorlage „Naturschutz und Windenergie" enthalten. Die bereits in der Einleitung angesprochene Bedeutung zur sorgfältigen Bestandserfassung wird hier wie folgt beschrieben:

Die auf allen Planungsebenen erforderliche Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege erfordert die Einbeziehung von Informationen über Natur und Landschaft. Art und Umfang ... müssen der jeweiligen Planungsebene angemessen sein. Die hierfür erforderlichen Untersuchungen sind in der Regionalplanung ... Aufgabe des Trägers. ... Im Interesse der Planungssicherheit sollten Vorrangstandorte ... nur dargestellt werden, wenn eine besondere Bedeutung dieser Gebiete für den Schutz der Avifauna ... ausgeschlossen werden kann. ... Der Schutz bedeutender Lebensräume und Arten sowie des Landschaftbildes ist ein abwägungsrelevanter Belang, der entsprechend zu ermitteln, zu bewerten und in die planerische Abwägung nach § 1. (7) BauGB einzubeziehen ist".

Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein Abwägungskriterium handelt, ist die Vorgehensweise des Landkreises nicht zu erklären. Der Nachweis eines Fehlers in der Abwägung ist somit entsprechend erbracht. Sollten bzgl. der Relevanz weiterhin unterschiedliche Interpretationen bestehen, wird hier die Sichtung der Rechtsprechung eine eindeutige Klärung herbeiführen.

Das BVerwG hat bereits in 1993 klargestellt dass eine sorgfältige Bestandsaufnahme Grundlage einer ordnungsgemäßen Abwägung ist. Bezüglich unzureichender Bestandsaufnahmen der Tierwelt urteilte das VGH Kassel. „Auch wenn es im Rahmen des Verfahrens Anhaltspunkte für das Vorhandensein gefährdeter oder seltener Arten gibt, wird dem im Rahmen der Ermittlung nachzugehen sein". Zudem muss für eine ordnungsgemäße Abwägung das Abwägungsmaterial vollständig erhoben werden.

Insbesondere der vollständigen Erfassung und der Verfolgung von Anhaltspunkten bzgl. gefährdeter Arten ist im Folgenden eine besondere Beachtung zu schenken, denn diese Leitsätze sind mittlerweile auch per Gesetz im § 2. (4) BauGB verankert.

Um eine vollständige Erfassung zu erreichen, sollte der „Untersuchungsraum ... bei Windfarmen ab 6 WEA mindestens 2.000m im Umkreis von den äußeren Anlagenstandorten umfassen".

„Die Brutvogelbestandsaufhahme sollte 10 Bestandserfassungen (in strukturarmen Agrarlandschaften mindestens 5) auf der gesamten Fläche, verteilt auf die gesamte Brutzeit (Ende Marz bis Mitte Juli) umfassen. Zwischen den einzelnen Erfassungstagen sollten Abstände von mindestens einer Woche liegen".

Dass diese Grundsätze nicht ansatzweise erfüllt worden sind, wird im folgenden Abschnitt dargelegt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Landkreis Nienburg/Weser bedauert die aufgetretenen Inkonsistenzen der Planungsunterlagen und wird die hierzu ergangenen Einwändungen im Zuge der Entscheidungsfindung berücksichtigen.

Zur Durchführung der avifaunistischen Untersuchungen ist darauf hinzuweisen, dass ein solches Vorgehen bislang für die Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen in Niedersachsen nicht üblich ist und insofern einen fort-schrittlichen und weit gehenden Ansatz einer Ermittlung von abwägungsrelevanten Sachverhalten darstellt. Zusätzlich wurden vom Landkreis Nienburg/Weser

2010 weitere Kartierungen in Auftrag gegeben.

Dieses Vorgehen steht nicht im Widerspruch zu einer vorherigen Berücksichtigung bekannter Hinweise über die avifaunistische Bedeutung von Teilräumen im Rahmen der Bildung der Flächenkulisse, sondern entspricht der anzuwendenden rationalen Planungssystematik. Demzufolge ist der Aufwand für die ver-tiefte Sachverhaltsermittlung nur für Gebiete geboten, die aufgrund der zuvor analysierten Vorinformationen im Grundatz für eine Vorrangfestlegung in Frage kommen.

Zu Nr. 4.2.1: Die zitierte Veröffentlichung des Niedersächsischen Landkreistages enthält Hinweise, die im Sinne von Empfehlungen bei bestimmten Planungen zu verstehen sind, sich jedoch nicht auf bestimmte Berufsgruppen beziehen. Zur Begründung des Vorgehens bei der Abwägung siehe ID 439 und 442. Eine fehlerhafte Abwägung kann aufgrund dessen nicht konstatiert werden. Hierzu ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Regionalplanung nicht gehalten ist, bereits auf dieser Planungsebene das im Rahmen der Vorhabenszulas-sung zu berücksichtigende Abwägungs-material vollständig zu erheben. Vielmehr ist es Ziel, durch eine vorgezogene Einbeziehung von Aspekten, die (auch) im Rahmen der Zulassung relevant sind, und erst auf der Ebene der Vorhabens-zulassung anzusprechen sind, bereits auf der Ebene der Regionalplanung er-kennbare Konflikte bei der Festlegung der Flächenkulisse einzubeziehen. Hierzu gehören auch die angesprochenen Aspekte des Artenschutzes. Insoweit ist das zitierte Urteil des VGH Kassel hier ohne Relevanz.

Da durch regionalplanerische Festlegungen die artenschutrzrechtlichen Anforde-rungen nicht endgültig abgedeckt werden (können), sind die Untersuchungsmodi und Anforderungen an Kartierungen, wie sie auf der Ebene der Vorhabenszulassung zur abschließenden Abdeckung dieser Anforderungen üblich und angebracht sind, für die Ebene der Regionalplanung nicht angemessen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**465**

5.6. Vermeidung und Ausgleich von Umweltauswirkungen

Unter Kapitel 2.3.3. der UG werden Maßnahmen zur Vermeidung und Ausgleich von Umweltauswirkungen aufgezeigt. Diese sollten gem. AVE noch „generell durchzuführen" sein. In den UG reichte bereits die reine Nennung der Maßnahmen.

Geht man davon aus, dass die Maßnahmen aus diesem Kapitel tatsächlich generell umgesetzt werden, erscheinen diese jedoch trotzdem wenig zielführend, die im Gutachten genannten negativen Auswirkungen zu relativieren. Bei einer Grenze des Gebietes zur Wohnbebauung von 500m und einer Anlagenhöhe von angenommenen 180m scheint es ein eher lächerlicher Versuch, bedrängende Wirkung, Schattenwurf Reflexion u.ä. durch die Anpflanzung von Gehölzreihen reduzieren zu wollen. Sämtliche Maßnahmen werden nicht verhindern können, dass das einheitliche Landschaftsbild durch WEA überprägt wird und sich negative Auswirkungen auf die vorhandene Avifauna bemerkbar machen werden.

5.7. Zur Zusammenfassung des Gutachtens

Die Zusammenfassung des Gutachtens wurde, wie bereits ausfuhrlich dargelegt, in diversen Punkten geändert. Berücksichtig man die AVE, das Gutachten Leguan und letztendlich auch die veröffentlichten Unterlagen, wird die nicht gegebene Eignung der Flächen klar zum Ausdruck gebracht.

Es wird ebenfalls in der Fassung der AVE deutlich, dass noch „vertiefende Untersuchungen" notwendig sind, um die avifaunistischen Aspekte vollständig berücksichtigen zu können. Dies scheint logisch, erläutert ja das Gutachten von Leguan bereits, dass es zu Erhebungsfehlern in der Erfassung aufgrund der untypischen Erfassungszeit gekommen ist.

Wäre das Gebiet in irgendeiner Form geeignet, hätte das Resümee - wie in 14 der anderen 16 Flächen - "grundsätzlich geeignet" gelautet (s. auch Punkt 4.5.). Dass der Gutachter trotz sämtlicher o.g. nicht berücksichtigter Aspekte nicht zu diesem Schluss kommt, schließt unseres Erachtens die Weiterverfolgung des Gebietes 12 aus.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebieten zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse und im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**434**

1. ANMERKUNG ZU DEN VERÖFFENTLICHTEN UNTERLAGEN

Die mit o.g. Veröffentlichung in das Beteiligungsverfahren eingereichten Unterlagen (Unterlagen Beteiligungsverfahren, UB) stimmen nicht mit der Ausschussvorlage des Entwurfes (AVE) vom 04. bzw. 21. September 2009 überein. Gemäß Aussage des Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalentwicklung (AfR) Herrn Rolf Warnecke wurde vom AfR beschlossen, die Unterlagen wortwörtlich zu veröffentlichen. Die Aussage wird durch das Sitzungsprotokoll bestätigt.

Dies ist jedoch nicht geschehen. Es wurden sowohl gravierende inhaltliche, als auch verbale Änderungen vorgenommen. Hierdurch wurden die Kernaussagen, über die durch den AfR abgestimmt wurde, inhaltlich derart verändert, dass sie nicht mehr dem Inhalt des Entwurfes entsprechen. Somit handelt es sich, hierbei um einen nicht akzeptablen Verfahrensfehler.

Die Bürger und alle weiteren Verfahrensbeteiligten werden durch die Änderungen in großem Umfang über die ursprunglichen Aussagen des Gutachters getäuscht bzw. es wir suggeriert, dass die in den UB veröffentlichten Aussagen, in dieser Form als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung standen.

Die Auswirkungen werden an entsprechender späterer Stelle hervorgehoben.

Wir werden in dieser Ausarbeitung darlegen warum die Beibehaltung des Gebietes 12 in der veröffentlichten Konstellation nicht haltbar ist. Unter Würdigung notwendiger und möglicher Abstandsgestaltungen ist das Gebiet zum Schutze der Anwohner zu verkleinern. Eine darüber hinaus bislang nicht ausreichende Berücksichtigung der vorhandenen Avifauna fuhrt zu einer weiteren Eingrenzung des Gebietes bis zum vollständigen Ausschluss als potentielles Vorranggebiet zur Windenergienutzung.

2. STAND DES PLANUNGSPROZESSES ZUM ZEITPUNKT DER VERÖFFENTLICHUNG

In der Beschlussvorlage AfR vom 18.06.2009 ist auf Seite 1 folgendes vermerkt: „Im weiteren Planungsprozess können neue Kenntnisse z.B. über den Umweltzustand ... zu Änderungen führen... über diese Änderungen soll im Rahmen der Beschlussfassung über den Änderungsentwurf abgestimmt werden."

Dies bedeutet unseres Erachtens, dass bis zur Abstimmung über den Änderungsentwurf wesentliche Aspekte aus allen Teilbereichen bereits untersucht worden sein sollten, bevor das Beteiligungsverfahren angestoßen wird.

Das Gravierende an der o.g. Aussage ist die Tatsache, dass den zur Beteiligung aufgerufenen Parteien suggeriert wird, dass wesentliche abwägungsrelevante Fragen bis zum Beschluss über den Entwurf geklärt seien.

Die Interessengemeinschaft Husum wird in dieser Ausarbeitung darlegen und beweisen, dass der Landkreis Nienburg:

- insbesondere naturschutzrechtliche Belange nicht in ausreichendem Maße in die Abwägung hat einfließen lassen,
- sich auf eine einseitige Auslegung veralteter Rechtsprechung bezieht,
- Kriterien und Empfehlungen selektiv und ohne einheitlichen Maßstab im gesamten Teiländerungsprozess ansetzt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Verwaltung bedauert, dass im Entwurf des Umweltberichts Fehler zur Lage des potenziellen Vorranggebiets Husum in Naturpark Steinhuder Meer enthalten waren. Dazu ist Folgendes anzumerken:

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung empfohlen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies ist auch in der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 dokumentiert (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung

eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**449**

4.5. Zusammenfassungen zu den einzelnen Gebieten

Im Gutachten heißt es zum Vorranggebiet 12: „ ... ist der Standort ... mit Einschränkung geeignet". Die Bedeutung und Wertigkeit dieser Worte wird beim Vergleich der Aussagen zu den einzelnen Vorranggebieten deutlich.

Vorranggebiet 1: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet"

Vorranggebiet 2: „ ... ist der Standort grundsätzlich .... geeignet.'"

Vorranggebiet 3: "... ist der Standort grundsätzlich ...geeignet"

Vorranggebiet 4: "... ist der Standort grundsätzlich ...geeignet"

Vorranggebiet 5: "... ist der Standort grundsätzlich ...geeignet"

Vorranggebiet 6: "... ist der Standort grundsätzlich ...geeignet"

Vorranggebiet 7: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet"

Vorranggebiet 8: „ ... vor dem Hintergrund ... der bereits vorhandenen Windparks ... ist aus Umweltsicht eine Eignung ... festzustellen."

Vorranggebiet 9: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet."

Vorranggebiet 10: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet;"

Vorranggebiet 11: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet."

Vorranggebiet 12: „ ... ist der Standort... mit Einschränkung geeignet."

Vorranggebiet 13: „ ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet," Vorranggebiet 14:" ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet,"

Vorranggebiet 15: ... ist der Standort grundsätzlich ... geeignet."

Vorranggebiet 16:„ ... ist der Standort grundsätzlich geeignet."

Aus diesem Vergleich wird deutlich, dass der Gutachter für alle Gebiete die grundsätzliche Eignung festgestellt hat - bis auf den Standort 12 in Husum. Konsequenzen hat der Landkreis daraus nicht gezogen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**462**

5.4. Die Bewertung: Doppelminus

Die o.g. Aspekte führen dazu, dass der Gutachter in Bezug auf die zu beurteilenden avifaunistischen Aspekte zu einer Einstufung mit einem Doppelminus kommt - d.h. in der Bewertung „sehr negativ".

Ein weiteres Doppelminus in der Beurteilung gibt es für kein anderes potentielles Vorranggebiet. Das einzige Gebiet, das ebenfalls ein Doppelminus in der Beurteilung erreicht hatte, war das Gebiet Steinbrink- das bekanntermaßen aus dem weiteren Prozess ausgeschieden ist.

Diese Beurteilungssystematik ist insbesondere deshalb interessant, da durch sie der negative Einfluss eines Baus von WEA auf die Umwelt noch einmal kurz und knapp hervorgehoben wird. Im Vergleich zu anderen Gebieten erreicht er in Husum eine nicht wiederkehrende negative Ausprägung. Es überrascht speziell im Vergleich zu dem Gebiet 11, wo eine streng geschützte Vogelart mit einem Minus trotzdem mit Abstandempfehlungen des NLT verbal gewürdigt wurden, während zwei (bzw. drei inkl. des Uhus) artgeschützte Brutpaare mit einem Doppel minus diese Abstandsempfehlung nicht erhalten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse werden bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**457**

3.4. Fehlende artgeschützte Spezies

Über die unter Punkt 5.3.2. hinaus festgestellten Arten bleiben diverse Arten unbenannt. Die o.g. Biotope bieten folgenden Arten, einen nachweisbaren Standort als Nahrungshabitat: Seeadler, Eisvogel, Kormoran, Graureiher und Kranich.

Diese Tatsache wird durch die ausgewiesenen Tierexperten Frau Dr. Gabriele Holzhausen, Herrn Dr. Enno Holzhausen, Tierärzte und Jagdpächter in dem beschriebenen Gebiet und Herrn Jörg Brünning, Revierleiter Linsburg, bezeugt.

Durch die unmittelbare Nähe zum Vorranggebiet 12 wären diese Arten durch Vogelschlag ebenso stark gefährdet wie der Schwarz- und Rotmilan.

Deutlich hervorzuheben ist somit die Tatsache, dass anders, als in den UB dargestellt und oben unter Punkt 2. ausgearbeitet, somit artgeschützte Arten im Planungsprozess nicht ausreichend berücksichtigt wurden:

Schwarzmilan, geschützt gem. EG-VO 388/97 und somit Einstufung als streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. Dieser Vogel, hat sich bislang kaum über die Weser nach Westen ausgebreitet. Aus diesem Grund ist dem Standort Husum auch unter dem Aspekt der westlichen Ausbreitung erhebliche Bedeutung beizumessen.

Rotmilan, geschützt gem. EG-VO 388/97 und somit Einstufung als streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. Gem. „Roter Liste" in Niedersachsen stark gefährdet. Im Weser-Elbe-Raum als Brutvogel lediglich sehr zerstreut.

Uhu, geschützt gem. EG-VO 388/97 und somit Einstufung als streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. Da es sich hierbei um einen Brutvogel handelt, der vornehmlich im Bergland anzutreffen ist, ist dessen Existenz im westlichen Tiefland der Gemeinde Husum umso höher zu werten, da der Vogel hier weitgehend nicht vorkommt.

Seeadler, geschützt gem. EG-VO 388/97 und somit Einstufung als streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. gem. „Roter Liste" in Niedersachsen als stark gefährdet eingestuft.

Eisvogel, streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. Gem. „Roter Liste" in Niedersachsen gefährdet, lediglich zerstreut auftretend.

Kormoran, streng geschützte Art gem. § 10.2.10. a) BNatSchG. Früher weitverbreiteter Brutvogel, der durch Verfolgung ausgerottet wurde. Bedingt durch abermalige Verfolgung ist kaum noch mit weiteren Brutvorkommen zu rechnen. Außerhalb der Brutzeit weit umherziehend.

Kranich, geschützt gem. EG-VO 388/97 und. somit Einstufung als streng geschützte Art gem. § 10.2.11. a) BNatSchG. Selten westlich der Weser brütend, somit ist der Bestand in Nienburg für wie weitere Verbreitung äußerst interessant. Zur Zugzeit oft auf Feldern weitab der Brutgebiete rastend.

Auch ohne vollständige Berücksichtigung der Liste des NLT hat der Planungsträger eigenständig auf Seite 22 der UB beispielhaft einige Vogelarten festgehalten, die zu den durch WEA besonders gefährdeten Arten zählen. Sämtliche o.g. Vogelarten sind in dieser Aufzählung enthalten und müssten in der Konsequenz auch durch die NLT- Abstandsempfehlung geschützt werden.

Darüber hinaus liegt durch Beobachtung fachkundiger Personen die Vermutung nahe, dass das Gebiet 12 zudem als relevanter Nist- und Habitatstandort für diverse Fledermausspezies dient. Diese wurden im gesamten Prozess der Bestandserfassung nicht weiter berücksichtigt.

5.3.5. Zusammenfassung Flora und Fauna

Die Mitglieder der Interessengemeinschaft fordern die Würdigung der festgestellten, avifaunistisch wertvollen und schützenswerten Spezies durch Berücksichtigung der Abstandsempfehlungen des NLT.

Hierbei sind zu den Brutplätzen des Schwarz- und Rotmilans 1.000m sowie zu der Brutstätte des Uhus mindestens 3.000m einzuhalten. Ein möglicher Ausschluss des Gebietes durch Unterschreitung der landkreisseitig festgelegten Mindestgröße ist hierbei, entgegen der bisherigen Vorgehensweise, unberücksichtigt zu lassen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das schlichte Vorhandensein von Biotopstrukturen, die ein potentielles Nahrungshabitat für die genannten Vogelarten darstellen, kann keinen rechtlichen Ausschluss der Planung herbeiführen. Das Vorhandensein von für geschützte Tierarten geeigneten Biotopstrukturen indiziert hingegen eine genaue, der Planungsebene angepasste Untersuchung des Planungsraumes.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanten Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden. Brutnachweise sowie eine nachweisliche Nutzung der betroffenen Flächen durch die angesprochenen Arten wurden in diesem Zusammen-hang nicht erbracht.

Bei den vom NLT genannten Schutzab-ständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Mindestabstände im Sinne eines

generellen Ausschlusses darstellen.Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsi-tuation, möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Zielen des RROP, die Rechts-folgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegen-de Daten ausgewertet. Eine explizite Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vor-ranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maß-nahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Einzelbeobachtungen/Zufallsfunde können darüber hinaus keine hinreichende Datengrundlage für eine Bewertung der Raumbedeutung für Fledermäuse liefern. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabenszulassung durchzuführen

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**456**

5.3.3. Biotope

In dem Gutachten heißt es: „Wertvolle Biotope werden nicht in Anspruch genommen oder erkennbar beeinflusst". Fraglich ist, was diese Formulierung bedeutet.

Auf Seite 6 der UB kann der Übersicht entnommen werden, dass Biotope gem. §28a NNatG in den Abwägungskriterien „Brutvorkommen, Nahrungshabitate und avifaunistisch wertvolle Bereiche" Berücksichtigung finden sollen. Dies ist bei der unmittelbaren Nähe des potentiellen Vorrangebietes zu diesen gem. NNatG geschützten Biotopen nicht nachvollziehbar. Es gibt sowohl dies- als auch jenseits der B6 zwei § 28a Biotope. Ergänzend hinzu kommt das private Biotop in Meinkingsburg 2, 31616 Linsburg, das ebenfalls vollständig ohne Berücksichtigung blieb und innerhalb eines Abstandes von weniger als 1000m zu dem potentiellen Vorranggebiet liegt. Offensichtlich scheinen die § 28a Biotope im Planungsprozess des Gebietes 12 nicht berücksichtigt worden zu sein.

Ein Indiz hierfür scheint zu sein, dass die Existenz von § 28a Biotopen im Gebiet 1 explizit genannt worden sind, im Gebiet 12 jedoch gar nicht erst erwähnt werden.

Das ist deshalb unerklärlich, da diesem seitens des Landkreises die offizielle Genehmigung vorliegt und es somit der Planungsinstanz bekannt ist und auf den Suchraumkarten auch entsprechend deutlich zu erkennen ist .

Diese Biotope werden von diversen geschützten Arten als Nahrungshabitat regelmäßig frequentiert (s. Punkt 5.3.4.). Die Ansiedlung von WEA im Gebiet 12 würde somit nicht nur die kartierten Bruttiere stark gefährden, sondern ebenfalls die sich auf den Fluglinien durch dieses Gebiet bewegenden geschützten Vogelarten. Insbesondere der Seeadler auf seinem Weg vom/zum Lebensraum Steinhuder Meer sei hier beispielsweise hervorgehoben.

Durch den gesetzlichen Schutz, die Empfehlungen des NLT und die Aussagen des Planungsträgers, „über die eigentlichen Rastgebiete hinaus die Flugkorridore zwischen Nahrungs- und Schlafplätze freizuhalten" wird gefordert, die Biotope entsprechend zu berücksichtigen und die Nahrungshabitate und Flugkorridore freizuhalten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Aufnahme besonders geschützter Biotope (§ 30 BNatSchG) hat klarstellenden Charakter; ihre Berücksichtigung in der nachfolgenden Zulassung hat ohnehin zu erfolgen. Abstandsflächen sind hier funktional nicht erforderlich, da es auf den Schutz der Biotopfläche ankommt, bildet selbst ein angrenzender Maststandort aufgrund der Kleinflächigkeit keine erhebliche Beeinträchtigung.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**455**

5.3. Flora und Fauna (biologische Vielfalt)

5.3.1. Festgestellte Artenvielfalt

Obwohl die Landschaft gem. Gutachten als relativ „ausgeräumt" bezeichnet wird, beherbergt sie dennoch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von artgeschützten Tieren. Diese Artenvielfalt zu gefährden wäre ein nicht wieder gut zu machendes Verbrechen an der Natur. Neben den im Gutachten genannten Rot- und Schwarzmilan sind darüber hinaus noch Uhu und Wachtel an diesem Standort beheimatet. Hinzu kommen die unter Punkt 5.3.4. genannten Vogelarten.

Diese Vielfalt muss über entsprechende Berücksichtigung von Mindestabständen geschützt werden.

5.3.2. Avifaunistische Bestandserfassung

In den UG werden bereits zwei nachgewiesene Brutpaare des Schwarzmilans dokumentiert. Dennoch wurden diese in der Ausgestaltung der Fläche nicht berücksichtigt, auch wenn die AVE zu diesem Aspekt ausführt: „Der Schwarzmilan ist aufgrund seines vergleichbaren Jagdverhaltens als ähnlich kollisionsgefährdet wie der Rotmilan anzusehen, so dass im Zuge einer Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet mit einer Erhöhung des Risikos von Vogelschlag gerechnet werden muss. Als Nahrungsgäste wurden einzelne Rotmilane gesichtet, die durch eine Ansiedlung von WEA gefährdet werden" (insbesondere der letzte Halbsatz wurde in den UG gestrichen).

Im Gegensatz hierzu wurde der letzte Satz folgendermaßen geändert: „Erhöhtes Vogelschlagrisiko ist darüber hinaus nicht auszuschließen aufgrund: Vorkommen des Rotmilans als Nahrungsgast."

Dass hier der ausdrückliche Hinweis darauf gestrichen wurde, dass die streng geschützte Vogelart durch mögliche WEA gefährdet wird, deutet daraufhin, dass dieses sensible Thema ausgeblendet werden soll. Hierbei handelt es sich einmal mehr um einen manipulativen Eingriff, der nicht akzeptiert werden kann.

Lediglich zum Ende des Gutachtens schreibt die Planungsgruppe Umwelt, Bezug nehmend auf das Leguan Gutachten, zur Klarstellung: „ Hinsichtlich der kollisionsgefährdeten Groß- und Greifvögel kommt innsbesondere der Schwarzmilan häufig vor. Diese Art ist derzeit in Expansion begriffen. Kritischer hingegen ist die Funktion einzelner potentieller Vorranggebiete (WE 05 „westlich Sebbenhausen", WE 12 „östlich Husum) für den Rotmilan (Nahrungshabitat) zu sehen ... so dass eine zusätzliche Gefährdung des Rotmilans in jedem Falle als erheblich anzusehen wäre".

Unabhängig von den Formulierungen, ist die Existenz des Rot- und des Schwarzmilans unstrittig. Die fehlende Berücksichtigung der Tiere im Rahmen der Flächenausgestaltung im bisherigen Planungsprozess ist ein Verstoß gg. § 35(3)1 Nr.5 BauGB .

Ebenfalls auffällig sind die bereits an anderen Stellen genannten ausdrücklichen Hinweise auf Abstandsempfehlungen des NLT. Beispielhaft seien hier die Gebiete 5, 9 und 11 genannt. Den Vergleich mit dem Gebiet 11 versuchte der Landkreis dadurch zu relativieren, dass es sich im Gebiet 11 um eine brütende Rohrweihe, im Gebiet 12 um ein Schwarzmilanpärchen ohne Horst handeln würde. Dies sind jedoch keine Argumente: Zum einen sind beide Vogelarten gleichwertig geschützt., Zum anderen weisen beide Kartierungen (und beide Gutachten) ein Brutpaar aus, ohne Differenzierung. Eine Differenzierung lässt sich somit weder gesetzlich, noch von der Kartierung ableiten.

Aber sowohl bei der Rohrweihe des Gebietes 11, dem Kranich des Gebietes 9 und auch bei den Vogelzugkorridoren des Gebietes 5 wurden Abstandsempfehlungen explizit hervorgehoben.

Bei den geschützten Vogelarten des Gebietes 12 jedoch nicht.

Auch die Differenzierung in der gewählten Ausformulierung lässt sich nicht nachvollziehen. Das Gebiet 12 beheimatet zwei Schwarz-, ein Rotmilan- und ein Uhubrutpaar in unmittelbarer Nähe. Hinzu kommen diverse ebenfalls schützenswerte Wachteln. Die Auswirkung auf Fauna und Flora wird mit einem Doppelminus bewertet. Trotzdem wird im Text nur von einer „Erhöhung des Vogelschlagrisikos" gesprochen.

Dem gegenüber heißt es deutlich schärfer im Text zum Gebiet 5: „kann es zu einer erheblichen Beeinträchtigung ... .führen".

In den Zusammenfassungen heißt es zum Gebiet 12: „Der Grad der Auswirkung auf Schwarz- Rotmilan und Uhu kann nicht abschließend geklärt werden". Dem gegenüber ist bei nur einem Brutpaar des Gebietes 5 das „Entstehen artenschutzrechtlich relevanter Beeinträchtigung nicht auszuschließen".

Ebenfalls in diese Kategorie einzuordnen ist die Tatsache, dass die Existenz des vom ÖSSM angezeigten Brutpaares des auch streng schützenswerten Uhus nicht weiter verfolgt wurde, obwohl der Hinweis: „bei der weiteren Planung ist zu berücksichtigen, dass sich laut Mitteilung des ÖSSM im westlich gelegenen Sandgruben-Komplex ein langjähriger Uhu-Brutplatz befindet" bereits mit Datum 28.05.2009 in die Beschlussvorlage des AfR vom 18.06.2009 aufgenommen wurde. Dass der von renommierter und anerkannter Seite stammende Hinweis nicht überprüft wurde, ist ein weiteres Zeichen für die Nachlässigkeit und fehlende Sorgfältigkeit im Umgang mit den schutzbedürftigen Vogelarten.

Auch fragwürdig ist die Verarbeitung des schriftlich ergangenen Hinweises in den UG. Obwohl sich der ÖSSM nachweislich schriftlich zu dem Brutvorkommen geäußert hat, wird in den UG eine „mdl. Aussage Herr Brandt Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer als Quelle aufgeführt .

Das Fortsetzen des Prozesses deutet daraufhin, dass die o.g. Aussage, Kenntnisse über den Umweltzustand zu berücksichtigen, bewusst nicht eingehalten wurde. Hier ist Nacharbeit zu leisten. Die Existenz wird über den ÖSSM hinaus von diversen vogelkundigen Anwohnern bestätigt .

Auch die Wachtel wurde an dieser Stelle nicht weiter hervorgehoben, obwohl sie ebenfalls zu den streng geschützten Arten gehört. Im Gegensatz hierzu heißt es in der Zusammenfassung zum Gebiet 03: „ Erhebliche negative Auswirkungen sind ...zu erwarten ... Dies gilt insbesondere für den östlichen Teil ... so konnten hier Brutpaare der Wachtel nachgewiesen werden ...". Nicht zu erklären ist die Tatsache, dass die drei Brutpaare der Wachtel zwar in der AVE ausführliche Erwähnung finden, in den veröffentlichten UG jedoch vollständig gestrichen worden sind. In ähnliche Kategorie fallt auch die Änderung in Bezug auf das Rotmilanpärchen. Geht man noch im Leguan Gutachten von einem Pärchen aus, zu dessen Brutstätte es wie folgt heißt: „...ist südlich des Planungsraumes ein Horststandort des Rotmilans zu vermuten ..." werden aus einem Pärchen, in den AVE nur noch „einzelne Rotmilane" um in den UG lediglich den „Rotmilan als Nahrungsgast" zu erwähnen. Eine derartige Missachtung und Verfälschung der Erkenntnisse des Gutachters können nur dem Zweck dienen, den interessierten Beobachter des Verfahrens über die Hochwertigkeit des Standortes zu täuschen.

Aus diesem Grund fordern die Mitglieder der Interessengemeinschaft die Berücksichtigung der Abstandsempfehlungen zu Brutplätzen und Nahrungshabitaten von schützenswerten Vogelarten einheitlich für alle Gebiete wie vom NLT in 2007

formuliert. Hierdurch wird das Risiko einer Bestandsreduktion der o.g. geschützten Vogelarten reduziert.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der ausreichenden Detailschärfe wurde u. a. durch eine 2010 durchgeführte ergänzende selektive Brutvogelkartierung Rechnung getragen. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Min-destabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhande-ner Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte der artspezifischen Situation (z.B. Kollisionsrisiken, nationale Verantwortung) in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustel-len. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordneri-sche Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sol-len, nicht gerecht werden.

Aus der artspezifischen Situation resultiert beispielsweise, dass den Brutvo-kommen des Rotmilans im Rahmen der Abwägung eine besondere Bedeutung zugemessen wird, während Vorkommen der Wachtel ohne Belang für die Standortentscheidung sind.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**463**

5.5. Landschaft

5.5.1. Vorbelastung

Bereits unter 5.1. wurde auf einen Teil der im Bereich der Vorbelastung angeführten Aspekte eingegangen. Um die Argumentation der Mitglieder der Interessengemeinschaft juristisch zu untermauern, muss teilweise auf untere Gerichte zurückgegriffen werden, da seitens des Planungsträgers so unwesentliche Argumente angeführt werden, die bislang nicht Bestandteil höchstrichterlicher Rechtsprechung sind. Dennoch konnten einige Urteile recherchiert werden, die belegen, dass im Vergleich zur AVE nachgeschobene Aspekte keiner juristischen Überprüfung standhalten würden.

So urteilt das VGH Mannheim in 2002, dass „eine Vorbelastung z.B. durch einen Fernsehumsetzer nicht entscheidend ist, da die Drehbewegung der WEA eine andere Qualität der Beeinträchtigung hat" .

Ähnliche urteilt das VG Regensburg in 2001, wo „ein 40m hoher Mobilfunksendemast, der sich in einer weiniger exponierten Lage befindet, keine Vorbelastung darstellt".

Diese beiden Urteile belegen, dass die verzweifelt angeführte Vorbelastung durch in der Höhe sichtbare Bauten wie dem Sendemast in Bolsehle nicht berücksichtigungsrelevant sind. Auch die weiteren Argumente für eine Vorbelastung sind in der Sache wenig stichhaltig. Zwar ist eine Belastung für die Landschaft durch den Sand- bzw. Kiesabbau zu vermuten. Allerdings hat diese keinerlei direkte Auswirkung auf die Bewohner und auch nicht in negativer Form auf die Tierwelt. Eher im Gegenteil. Das wird durch die Ansiedlung des Uhus im Bereich der Kiesgruben deutlich.

Anders verhält es sich bei diversen WEA mit einer Gesamthöhe von 180m oder mehr, die bis zu einem Mindestabstand von 500m an die Wohnsiedlungen gebaut werden könnten. Diese raumbeherrschenden Industrieanlagen würden die Lebensqualität bis weit über die Grenzen der Gemeinde hinaus belasten und die Tierwelt erstmalig in einer nicht akzeptablen Art und Weise gefährden.

Dass der Planungsträger die Situation anders bewertet und versucht, den Planungsfehler, das Gebiet nicht dem Naturpark zugeordnet zu haben, anderweitig zu korrigieren, überrascht nicht. Allerdings scheint es schon sehr verzweifelt, eine Beeinträchtigung des Naturparkes durch die Windindustrieanlagen durch die o.g. Vorbelastungen relativieren zu wollen.

Welch dominierende Wirkung Windräder dieser Höhe haben und wie lächerlich in diesem Zusammenhang die angebliche Einschränkung der Fernsichtbarkeit der Anlagen aufgrund der ausgedehnten Waldgebiete im Süden und Osten ausmacht, sieht man am Beispiel des Funkturmes Nähe Neustadt. Dieser hat eine Höhe von ca. 150m und steht ca. 15 km von Husum entfernt. Trotzdem ist er weithin sichtbar - trotz ausgedehnter Waldflächen zwischen Standort und Betrachtungspunkt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis: Sendemast und Rohstoffabbau stellen keine erhebliche Vorbelastung der menschlichen Gesundheit, wohl aber des Landschaftsbilds dar, da sie als teilweise weithin sichtbare technische Elemente Eigenart und Naturnähe der Landschaft reduzieren. Die Annahme, dass bereits jede

Sichtbarkeit von WEA (Bezug zum Vergleich mit dem Funkturm) erhebliche Beeinträchtigungen bedingt, ist nicht korrekt. In großer Entfernung befindliche Objekte werden vom Betrachter nur noch in geringer Größe als Teil des Horizonts wahrgenommen (keine Erheblichkeit). Die Abschirmungswirkung der Wälder betrifft hingegen die nähere Umgebung der potenziellen WEA, in welcher es ohne Abschirmung zu erheblichen visuellen Beeinträchtigungen kommen würde.

Zum Naturpark Steinhuder Meer ist Folgendes festzuhalten: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu. Aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**448**

4.4. Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden

Im Entwurf der Teiländerung wurde die Stellungnahme der Samtgemeinde Landesbergen nicht berücksichtigt. Diese datiert vom 30.11.2007 und wurde dem Landkreis vor Ende der Beteiligungsphase am. 31.12.2007 zugeleitet. Das Fehlen in der Aufstellung den UB dokumentiert die unzureichende Genauigkeit hei der Erarbeitung der Vorlage.

Zudem wird durch das Beteiligungsschreiben, das der Interessengemeinschaft vorliegt, die Absicht der Samtgemeinde dokumentiert, in ihrem Zuständigkeitsbereich keine weiteren Vorranggebiete ausweisen zu wollen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Hinweise in der Stellungnahme der Samtgemeinde Landesbergen vom 30.11.2007 im Rahmen der Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsichten gemäß NROG i.V.m. dem ROG sind allgemeiner Natur. Im Rahmen des gesamträumlichen Planungskonzepts haben sich weitere potenzielle Suchräume für Windenergienutzung auf dem Gebiet der Samtgemeinde Landesbergen herauskristallisiert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**464**

5.5.2. Naturpark Steinhuder Meer

„Folgende Abwägungskriterien sind in die Landschaftsbildbewertung ... eingeflossen: ... Naturpark Steinhuder Meer ... . Diese Kriterien werden sowohl einzeln als auch zusammen im Gutachten gewichtet... etwa 60% der Suchräume scheiden u.a. aufgrund ihrer Lage in Gebieten, die eine hohe Empfindlichkeit gegenüber WEA ... für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung aus...".

Diese Ausführungen, die auch bereits an früherer Stelle in ausführlicherer Form dargelegt worden sind, machen deutlich, dass alleine 60% der Suchräume durch eine Lage in hoch empfindlichen Gebieten aus dem weiteren Planungsprozess ausgeschieden sind.

Dass das Gebiet 12 nicht vor Eröffnung des Beteiligungsverfahrens ebenfalls aus dem Prozess ausgeschieden ist, dokumentiert, dass der Gutachter dem Gebiet 12 diesen Aspekt nicht zugeordnet hat. Gem. Unterlagen der Planungsgruppe Umwelt hat diese den Naturpark Steinhuder Meer in dem AfR explizit als Beispiel dafür herangezogen, dass in der „flächendeckenden Analyse" ein Naturpark eine „hohe Empfindlichkeit" ggü. der zu erwartenden Belastungswirkung aufweist.

Der Matrix der Planungsgruppe Umwelt in gleicher Ausarbeitung kann entsprechend entnommen werden, dass das Gebiet „Naturpark Steinhuder Meer" eine „sehr hohe bis hohe Bewertung der Eigenart erfährt".

Diese hohe Wertigkeit ist im weiteren Planungsprozess nicht in ausreichendem Maße seitens des Gutachters gewürdigt worden. Zwar besteht Einigkeit darin, dass ein Naturpark keine generelle Schutzfunktion gegen den Bau von Windenergieanlagen genießt. Allerdings darf ein solcher nach Auslegung aktueller Rechtsprechung nur nach entsprechend

gründlicher Abwägung der Klimaschutzziele einbezogen werden. Da unseres Erachtens der geringe klimatische Vorteil in keinem Verhältnis zu der belastenden Wirkung auf Landschaft, Mensch und Umwelt steht, ist der Schutzwirkung des Naturparks Vorrang einzuräumen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorrangstandorten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das Vorschlagsgebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angren-zenden Naturparkflächen zu erwarten. Insoweit sind die behaupteten erheblichen belastenden Wirkungen auf die Landschaft des Naturparks nicht gegeben.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**439**

3.3.1 Landschaftsbildgutachten

„Das ... Kreisgebiet wurde auf Grundlage des Landschaftsrahmenplans 1996 in einzelne Landschaftsbildeinheiten untergliedert und die jeweilige Empfindlichkeit des Landschaftsbildes gegenüber WEA ... bewertet und kartographisch dargestellt.

Eine Datangrundlage von 1996 zur Beurteilung des Landschaftsbildes ist nicht akzeptabel. Aufgrund der großen Umweltveränderungen wird erwartet, dass das Landschaftsbild auf Basis aktueller Daten beurteilt wird.

Allerdings findet sich hier auch eine Begründung für die teilweise gravierenden Abweichungen der Soll- zur Ist-Situation.

Des Weiteren heißt es an selber Stelle: „Folgende Abwägungskriterien sind in die Landschaftsbildbewertung ... eingeflossen: ... Naturpark Steinhuder Meer ... . Diese Kriterien werden sowohl einzeln als auch zusammen im Gutachten gewichtet, bewertet und in der Folge in die Abwägung eingestellt. Somit werden sie im Katalog der Planungskriterien ... nicht mehr im Einzelnen aufgenommen.

... Etwa 60% der Suchräume scheiden u.a. aufgrund ihrer Lage in Gebieten, die eine hohe Empfindlichkeit gegenüber WEA aufweisen - d.h. durch größere technische Bauwerke in der Regel noch, unbeeinträchtigt sind - für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung aus, damit der Landschaftsbildcharakter des jeweiligen Gebietes im Sinne des o.g. raumordnerischen Ziels erhalten bleibt."

Auch hier täuscht die Verwaltung den Entscheider und die Öffentlichkeit. Im vorherigen Absatz wird deutlich, dass eben gerade die Berücksichtigung des Naturparks im Gutachten ausschlaggebenden Einfluss nimmt. Im Folgenden wird darüber hinaus dargelegt, dass die Zugehörigkeit zum Naturpark Steinhuder Meer und die sich daraus zwangsläufig ergebene „hohe Empfindlichkeit" grundsätzlich zum Ausscheiden des Gebietes 12 aus dem weiteren Prozess hätte bedeuten müssen.

Auch hier hält sich der Landkreis erneut nicht an seine eigenen Vorgaben. Im Detail werden die Konsequenzen für das Gebiet 12 aus der fehlerhaften Zuordnung unter Punkt 4.2. „Änderung des Gutachtens" und 5.5.2. „Naturpark Steinhuder Meer" weiter behandelt.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

a) Grundsätzlicher Hinweis: Die Behauptung, die Verwaltung hätte den Entscheider und die Öffentlichkeit getäuscht, ist unbegründet und daher nicht akzeptabel. Die Verwaltung handelt auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben nach bestem Wissen und Gewissen. Bei der Erarbeitung der Entwurfsunterlagen ist ein Fehler im Umweltbericht hinsichtlich der Zugehörigkeit des Entwurfgebiets zum Naturpark Steinhuder Meer aufgetreten, den die Verwaltung bedauert und den sie vor der öffentlichen Auslegung korrigiert hat. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert. Hierzu siehe Abwägungsvorschlag zu ID 450.

b) Zum Landschaftsbildgutachten: Die Untersuchung ist im Jahr 2008 erfolgt. Hierbei handelt es sich um ein spezielles Fachgutachten, welches explizit unter Bezug auf die Teilfortschreibung Wind des RROP erstellt wurde und die u. a. den in der Einwendung zitierten Landschaftsrahmenplan

berücksichtigte, da, in Übereinstimmung mit der erwähnten Einwändung, der Landschaftsrahmenplan aufgrund seines Alters als Beurteilungsgrundlage für nicht mehr aktuell genug erachtet wurde.

c) Zum Naturpark Steinhuder Meer: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorrangstandorte für Windenergie festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für das potenzielle Vorranggebiet Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**450**

5. DAS VORRANGGEBIET 12

5.1. Änderungen des Gutachtens

Insbesondere in Bezug auf das Vorranggebiet 12 haben die Änderungen des Gutachtens der Planungsgruppe Umwelt nach Beschlussfassung dramatische - in den Auswirkungen manipulierende - Wirkung. Diese wird hier allgemein skizziert und in den entsprechenden Unterpunkten ausführlich behandelt.

Die Änderungen haben in keiner Form nur „redaktionellen Charakter". Es wurden Fehler korrigiert, Wertungen und Mahnungen vollständig gestrichen und Formulierungen derart geändert, dass deren Brisanz in ihrer Aussagekraft gemildert wurde.

„Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark Steinhuder Meer". So heißt es noch in der AVE. Diese Annahme hat sehr wohl planungstechnische Auswirkung, siehe hierzu Punkt 5.5.2. „Naturpark Steinhuder Meer".

Dieser Aspekt wird auch keinesfalls dadurch geheilt, dass der Planungsträger selbst diesen Aspekt berücksichtigt haben will. Denn auf der einen Seite handelt es sich, seitens des Landkreises um den Prozess im Auswahlverfahren des Suchraumes - wobei die Mitglieder der Interessengemeinschaft aus o.g. Punkt 3.2.3. ebenfalls bezweifeln, dass der Aspekt an dieser Stelle ausreichend gewürdigt wurde - auf der anderen Seite um die Ergebnisse des Umweltgutachters und dessen Einfluss auf die Abwägungskriterien.

Wenn der Gutachter in der AVE das Gebiet außerhalb des Naturparks ansiedelt, wird er die Umweltauswirkungen auf den Naturpark eben nicht berücksichtigt haben können.

Interessant ist allerdings, dass der Fehler in den UG bereits korrigiert wurde. So heißt es in den öffentlichen Unterlagen: „Beide Gebiete sind Teil des Naturparks Steinhuder Meer". Durch diese Änderung wird eine verbale Irreführung in der Entscheidungsvorlage korrigiert und somit die Bürger über die Entscheidungsgrundlage getäuscht, da suggeriert wurde, dass dieser Aspekt in der Entscheidungsfindung des AfR und des Kreisausschusses bereits umfassend gewürdigt wurde.

In den UG wird zudem versucht, das Potentialgebiet innerhalb eines Naturparks durch Abstufung des umliegenden Gebietes zu erreichen.

Darüber hinaus gibt es noch weitere gravierende Änderungen. Hierzu gehört nicht zuletzt die Zusammenfassung, in der es im Original heißt: „Somit ist der Standort... als eingeschränkt geeignet anzusehen". In den UG heißt es: .. ist der Standort mit Einschränkungen geeignet". Vertreter des Landkreises behaupten, hier keine wesentliche Änderung erkennen zu können. Daher erwarten wir die Wiederherstellung der ursprünglichen Formulierung. Ein „eingeschränkt geeignetes" Gebiet ist grds. nicht geeignet, während ein „mit Einschränkung geeignetes" Gebiet grds. geeignet ist, wenn man die Einschränkung beseitigt. Dieser Unterschied sollte auch den Vertretern der Planungsbehörde nicht entgangen sein, da diese die Änderung veranlasst haben.

Ergänzt wurde auch die „Landschaftliche Vorbelastung" mit dem Hinweis auf einen Sendemast. Das Anführen dieses Mastes hat schon etwas Ironisches. Mit einer Höhe von 71,5 Metern ist er nach der Definition des Landkreises nicht „raumbedeutsam". WEA dieser Höhe (s. Linsburg) werden nicht berücksichtigt, ein Sendemast wird jedoch landkreisseitig angeführt um die Minderwertigkeit des Landschaftsbildes zu dokumentieren.. Siehe auch Punkt 5.5.1 Vorbelastung.

Diverse Änderungen werden an dieser Stelle nicht weiter hervor gehoben, auch wenn teilweise durch Satzumbau der Inhalt in der Schärfe seiner Aussage relativiert wird. Eine Darstellung würde hier jedoch den Rahmen überschreiten. Streichungen (gestrichene Passagen fett) und Ergänzungen (ergänzte Passagen kursiv) zwischen der AVE und den UG haben wir hier in Auszügen zusammengefasst:

Präambel:

AVE: „... Heckenstrukturen fehlen. ... „

UG: Passus gestrichen.

Relevante Umweltziele:

AVE: Innerhalb des potentiellen Vorranggebietes für Windenergienutzung existieren keine Festlegungen zu konkreten Umweltzielen oder Schutzgebieten ... im Süden grenzen die Flächen direkt an das Landschaftsschutzgebiet NI-27 "Husumer Geest" und den Naturpark „Steinhuder Meer"."

UG: „... Das potentielle Vorranggebiet für die Windenergienutzung

liegt innerhalb des Naturparks ,,Steinhuder Meer". ... Im Süden grenzen die Flächen direkt an das Landschaftsschutzgebiet NI-27 „.Husumer Geest"."

Flora und Fauna:

AVE: „Im Süden sind wertvolle Bereiche für Brutvögel benachbart. Das südlich benachbarte Gebiet ist mit einer Entfernung von ca. 1,3 km einer Beeinträchtigung ausgesetzt Jedoch liegt aktuell noch keine Bewertung der Bedeutung des Gebietes durch das NLWKN vor, ..."

UG: „Im Süden sind in einer Entfernung von ca. 1,3 km wertvolle Bereiche für Brutvögel benachbart. Es liegt keine aktuelle Bewertung der Bedeutung durch das NLWKN vor, ..."

AVE: „ ... Der Schwarzmilan ist aufgrund seines vergleichbaren Jagdverhaltens als ähnlich kollisionsgefährdet wie der Rotmilan anzusehen, so dass im Zuge einer Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet für Windenergienutzung mit einer Erhöhung des Risikos von Vogelschlag gerechnet werden muss. Als Nahrungsgäste wurden einzelne Rotmilane gesichtet, die durch eine Ansiedlung von WEA gefährdet werden. Des Weiteren ist das Vorkommen eines Uhu-Brutpaares im Bereich der Abbaugruben anzunehmen (mdl. Aussage Herr Brandt Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer, PU Leguan 2009) und es wurden insgesamt drei Brutpaare der Wachtel, innerhalb des potentiellen Vorranggebietes gefunden. Für diese Arten ist ebenfalls mit Beeinträchtigungen zu rechnen."

UG:„ ... Der Schwarzmilan ist aufgrund seines Jagdverhaltens als ähnlich kollisionsgefährdet wie der Rotmilan anzusehen, so dass im Zuge einer Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet für Windenergienutzung mit einer Erhöhung des Risikos von Vogelschlag gerechnet werden muss. Erhöhtes Vogelschlagrisiko ist darüber hinaus nicht auszuschließen aufgrund:

- Vorkommen des Rotmilans als Nahrungsgast

- Wahrscheinlichem Vorkommen eines Uhu-Brutpaares im Bereich der Abbauflächen (mdl. Aussage Herr Brandt Ökologische Schutzstation Steinhuder Meer jedoch keine Bestätigungng im Rahmen der Kartierung, PU Leguan 2009)

Vermeidung/Minderung/Ausgleich von Umweltauswirkungen:

AVE: „Im Zuge der strategischen Umweltprüfung wurde das Gebiet im Süden erweitert. Die Flächen waren zunächst aufgrund von Schutzabständen zu Hecken und Feldgehölzen nicht in der Gebietskulisse enthalten, wurden jedoch aufgrund der aus Umweltsicht nicht erforderlichen Pufferung dieser Gehölze nachträglich hinzugefügt."

UG: „Im Zuge der strategischen Umweltprüfung wurde das Gebiet kleinräumig erweitert. Die Flächen waren zunächst aufgrund von Schutzabständen zu Hecken und Feldgehölzen nicht in der Gebietskulisse enthalten, wurden jedoch einbezogen, um eine optimale Ausnutzung des Bündelungsprinzips zu ermöglichen."

AVE: "Über die in Kapitel 2.3.3. genannten generell durchzuführenden Maßnahmen hinaus ist der Brutstandort des Uhus nach Möglichkeit exakt zu lokalisieren ..."

UG: „Über die in Kapitel 2.3.3. genannten Maßnahmen hinaus - ist der Brutstandort des Uhus zu lokalisieren ..."

Zusammenfassung;

AVE: „Beeinträchtigungen sind für die Schutzgüter Menschen und Landschaft sowie im Speziellen für die Avifauna zu erwarten. Der Grad der Auswirkung auf Schwarz- /Rotmilan und Uhu kann jedoch auf dieser Planungsebene nicht abschließend geklärt werden. Hier sind vertiefende Untersuchungen angezeigt. Eine Beeinträchtigung der Wachtel kann durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Das FFH-Gebiet wird nicht beeinträchtigt."

UG: Beeinträchtigungen sind für die Schutzgüter Menschen und Landschaft sowie für die Avifauna zu erwarten. Der Grad der Auswirkung auf Schwarz- /Rotmilan und Uhu kann jedoch auf dieser Planungsebene nicht abschließend geklärt werden. Zudem befindet sich das Gebiet in Randlage innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer"."

AVE: „Somit ist der Standort insbesondere vor dem Hintergrund des durchlaufenden Abwägungsprozesses als eingeschränkt geeignet anzusehen."

UG: „Vor dem Hintergrund des durchlaufenden Abwägungsprozesses sowie aus Gründen der Eingriffsbündelung ist der Standort für ein Vorranggebiet für Windenergie mit Einschränkungen geeignet."

Weitere Differenzen entnehmen Sie bitte einem eigenständigen Vergleich der beiden Fassungen. Vor dem Hintergrund der hier aufgeführten Änderungen von „redaktionellen Änderungen" zu sprechen, entspricht unseres Erachtens dem verzweifelten Versuch, unzulässige Manipulationen einen Anschein des Rechtmäßigen zu geben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Hinweis zu den erwähnten Fehlern in den Entwurfsunterlagen, die dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlagen:

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets - die Suchräume 34 und 35 - anhand der dem Planungskonzept zugrunde gelegten Kriterien geprüft und insgesamt als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert. Im Übrigen ist der Umweltbericht laut NROG dem jeweiligen Planungsstand des RROP anzupassen.

Die Annahme, Umweltauswirkungen innerhalb des Naturparks seien nicht entsprechend berücksichtigt worden, ist wie Kap. 2.2.12 des Umweltberichts belegt, nicht korrekt. Als Vorbelastungen wurden darüber hinaus neben dem Sendemasten auch eine Bundesstraße, ein Sandabbau und eine Deponie angeführt, welche eine Beeinträchtigung der Funktion des Naturparks im Planungsraum bereits im Bestand bedingen. Hierbei ist keineswegs ausschließlich die Fernwirksamkeit der Vorbelastungen relevant. Offenbar werden in der Einwändung marginale Änderungen von Formulierungen überinterpretiert; eine Wiederherstellung der ursprünglichen Formulierung wäre für das Ergebnis der Abwägung ohne Bedeutung.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**441**

3.3.3. Avifaunistisch wertvolle Bereiche mit ggü. WEA empfindlichen Arten

Mit diesem Beteiligungsschreiben werden wir darlegen, dass der Landkreis Nienburg geschützte Tierarten gem. EG-Artenschutzverordnung Nr. 338/97 und Bundesnaturschutzgesetz bzw. Bundesartenschutzverordnung übergeht bzw. deren Existenz trotz verlässlicher Hinweise nicht überprüft hat.

In den Ausschlusskriterien wurden keine Abstände zu artgeschützten Tieren festgelegt und auch kein ausdrücklicher Querverweis gegeben. Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) hat in einer Ausarbeitung in 2007 solche Abstände formuliert , die in Fachkreisen als Grundlage naturschutzrechtlicher Gutachten gilt.

Diese Empfehlungen wurden auch in einigen Zusammenhängen durch den Landkreis als Referenz herangezogen und sollten daher eine akzeptierte Quelle darstellen. Zu Vorranggebieten für Grünland bzw. Wäldern oder den Gebieten der "Natura 200" wurden die durch den NLT empfohlenen Abstände abwägungsseitig berücksichtigt.

Es heißt darüber hinaus weitreichend: „die letztendlich verwendeten umweltbezogenen Schutzabstände entsprechen weitgehend den vorsorgeorientierten Richtwerten des NLT". Darüber hinaus wird unter 4.3.3.3. der UB explizit erwähnt, dass „gem. Artenschutzrecht der §§ 42 und 43 Bundesnaturschutzgesetz die artspezifischen Empfehlungen der NLT-Arbeitsgruppe bei Vorkommen stark gefährdeter Arten bei der Planung der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt werden." Dies ist schlichtweg falsch, wie wir nicht nur anhand des Vorrangebietes 12 beweisen werden.

Dass naturschutzrechtliche Belange im Rahmen der Abwägung ausreichende Berücksichtigung finden müssen, eine Missachtung ansonsten zu einem abwägungsfehlerhaften Verfahren führt hat bereits das VG Göttingen in 2006 entschieden, der Landkreis jedoch nicht beachtet.

Es ist nicht zu erklären, nach welchem Schema die Empfehlungen des NLT bei den artgeschützten Vogelarten Berücksichtigung gefunden haben sollen. In Fällen, in denen per Gutachten die Existenz artgeschützter Tiere nicht bestritten wird, wurden zu diesen keine ausreichenden Abstände bei der Ausgestaltung der Gebiete berücksichtigt. Auch im Gutachten der Planungsgruppe Umwelt selbst wird der NLT nur vereinzelt als Referenz verbal angeführt.

In den Gebieten 1 und 11 wurden beispielsweise geschützte Vogelarten in den verbalen Darstellungen mit den empfohlenen NLT-Abständen explizit hervorgehoben. Diese Sensibilisierung fehlt im Gebiet 12 sowohl zu den „festgestellten" Brutpaaren des Milans, als auch zu dem „Wahrscheinlichen Vorkommen des Uhus" .

Beide Tiere sind gem. NLWKN streng geschützt und für beide Fälle wurde in dem Gutachten ein Brutplatz ausgewiesen.

Die Art und Weise, wie der Landkreis Nienburg im gesamten Prozess selektiv Empfehlungen, Quellen und Urteile nutzt, entspricht keinem einheitlichen, objektiven und konsistenten Vorgehen im Rahmen eines verantwortungsvollen, und rechtmäßigen Planungsprozesses. Die Interessengemeinschaft fordert daher, die Lücken durch einheitliche und durchgängige Berücksichtigung der Empfehlungen des NLT zu schließen und die Abstände für alle geschützten Tierarten zu verwenden.

In den Abwägungskriterien wird auf „avifaunistisch wertvolle Bereiche von lokaler, regionaler und höherer Bedeutung mit ggü. WEA empfindlichen Arten" verwiesen. Im gleichen Teilbereich wird jedoch ebenfalls angeführt dass „davon auszugehen ist, dass die wertvollsten Gebiete für den Schutz der Avifauna im Zuge der Festlegung von Vogelschutzgebieten (Vorranggebiete Natura 2000) ausgewählt worden sind." Das bedeutet, dass hier keinesfalls eine Einzelfallprüfung vorgenommen, sondern mit Annahmen gearbeitet wurde. Ob und warum artgeschützte Tiere auch in Regionen ansässig bzw. diese als Nahrungshabitate nutzen, die nicht als Natura 2000 ausgewiesen werden, soll hier nicht diskutiert werden. Fakt ist, dass offensichtlich die Planungsräume nicht entsprechend individuell überprüft wurden.

Aus den genannten Gründen liegt eine fehlende Berücksichtigung des Artenschutzes gem. § 35 (3) 1 Nr.5 BauGB vor.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifi-scher Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Die Annahme, der Planungsraum sei nicht individuell hinsichtlich des Arteninventars der Avifauna untersucht worden, ist nicht korrekt. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden. Beide avifaunistischen Untersuchungen beinhalteten das Gebiet WE12 „Husum“.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**446**

4.2.2. Unzulänglichkeiten in der naturschutzfachlichen Einschätzung des Planungsbüros Leguan GmbH

„Die Leguan GmbH wurde Anfang Juni von der Planungsgruppe Umwelt beauftragt, die Suchräume hinsichtlich der avifaunistischen Ausstattung zu untersuchen."

Alleine dieser Aspekt mach deutlich, dass die vorgenannte Schließung der vorhandenen Lücken in der avifaunistischen Bestandserfassung in keinem Fall mit der notwendigen gutachterlichen Sorgfalt erfolgen konnte, da die Brutzeit der wesentlichen Vogelarten zu diesem Zeitpunkt schon weit überschritten war.

Das Planungsbüro hat lediglich „zwei Kartierungen zur Erfassung der Vogelgemeinschaften für die Einschätzung des Konfliktpotentials bezüglich der Avifauna durchgeführt", oder wie es später im Gutachten heißt: „Aufgrund der späten Beauftragung wurden lediglich zwei Vollbegehungen zur Erfassung durchgeführt. Diese fanden im Zeitraum zwischen der 24. und 26. Kalenderwoche statt. Weiterhin erfolgte in der 26. Kalenderwoche eine weitere Begehung der Gebiete, wobei lediglich selektiv auf Vorkommen potentiell empfindlicher Arten geachtet wurde bzw. solche ggf. schon erbrachten Nachweise verifiziert werden sollten".

Hinzu kommen „Potentialabschätzungen" als Grundlage, um „Beeinträchtigungen sensibler Vogellebensräume bzw. Arten möglichst früh zu erkennen".

Ein Verfahren dieses Ausmaßes nicht auf eine ausreichende Erfassung, sondern auf Potentialabschätzung abzustellen, ist inakzeptabel. Dies erkennt das Planungsbüro ebenfalls, denn der Gutachter selbst gesteht ein, dass bei dieser Vorgehensweise

kein verlässliches Ergebnis ermittelt werden konnte:

„Aufgrund der späten Erfassungstermine ist nicht auszuschließen dass für einzelne Arten eine methodisch bedingte Unterrepräsentanz in den erhobenen Daten vorliegt. Dies ist grundsätzlich auf die artspezifisch günstigsten Erfassungsperioden zurückzuführen, die für manche Arten zum Zeitpunkt der Kartierung bereits verstrichen waren ... Auch relevante Arten, für die eine Empfindlichkeit gegenüber den geplanten Vorhaben nicht auszuschließen ist, konnten somit ggf. nicht vollständig erfasst werden. Dies gilt insbesondere für Eulen .... Auch die Horstsuche bei Greifvögeln ist durch die Belaubung eingeschränkt. Die erhobenen Daten erlauben zwar eine Einschätzung des Konfliktpotentials sowie Gewichtung der einzelnen Suchräume untereinander. Dennoch sind im Zuge weiterführender Planungen unbedingt vertiefende Untersuchungen ... durchzuführen".

Die gravierenden Auswirkungen der späten Beauftragung sei am Beispiel des durch den ÖSSM gemeldeten Uhubrutpaares erläutert: Über den Gesang lässt sich der Uhu nur im Zeitfenster Februar-April ausmachen. Danach sind lediglich optische Kontrollen potentieller Nistplätze möglich. Dabei erschweren große Aktionsräume oft die Zuordnung, so dass eine hohe Beobachtungskapazität erforderlich ist. Zudem liegt die günstige Tageszeit 3 Stunden um den Sonnenuntergang.

Zu den Beobachtungszeiten wurde in dem Gutachten keine Stellung bezogen. Bei einem Hamburger Büro und 7 Gebieten, 2 Wochen Beobachtungszeit und 2 Begehungen zzgl. Extrabegehung ist jedoch schon rein rechnerisch eine Beobachtung zu sensiblen Zeiten kaum möglich.

Auch dass der Gutachter vom Landkreis lediglich zur Begutachtung von 7 der 17 Gebiete beauftragt wurde, ist ans unserer Sicht nicht nachvollziehbar.

Den Planungsprozess auf dieser Basis weiterzufuhren ist fahrlässig und widerspricht allen Grundsätzen eines sorgfältigen Planungs- und Abwägungsprozesses. Diesem Aspekt wird in den folgenden Ausführungen noch erhebliche Bedeutung zukommen. Denn dass der Landkreis für die Gebiete trotz fehlender avifaunistischer Gutachten das Beteiligungsverfahren initiiert hat und dazu in seinen Unterlagen erklärt, sämtliche umweltrechtlich relevanten Fragen geklärt zu haben, ist falsch, irreführend und rechtlich unhaltbar.

Auch der Umkreis wurde nicht, wie von NLT empfohlen, in einem Umkreis von 2.000m, sondern lediglich von 50-150m durchsucht. Insbesondere für die Frage des Brutstandorts des Rotmilans ist dies ein erheblicher Mangel. Auch der vom ÖSSM benannte Uhu fällt voraussichtlich in diesen 2.000m Umkreis. Hier erfolgten zwar zwei weitere Untersuchungen, allerdings derart außerhalb der Brut- und Paarungszeit, dass der falsche Zeitpunkt die weiteren Begehungen deutlich überlagert.

Irreführend ist auch die Tatsache, dass die Leguan GmbH auf Seite 8 ausführt dass „Brutverdacht und Brutnachweis bei der Bewertung generell als gleichwertig eingestuft werden". Die Aussage „der Horststandort des Rotmilans ist in den ausgedehnten, südlich des Untersuchungsgebietes befindlichen Waldbereichen zu vermuten", wurde zumindest durch die Planungsgruppe Umwelt nicht weiter verfolgt. Verwunderlich ist es ebenfalls, dass selbst die „mehrfache Sichtung einzelner Rotmilane" nicht zu einer weiteren Untersuchung des Brutstandortes führte, sondern, die Vermutung des Brutstandortes sogar vollständig aus dem Gutachten der Planungsgruppe gestrichen wurde. Hier heißt es nur noch, dass der Rotmilan als Nahrungsgast gesichtet wurde.

Fraglich ist des Weiteren, ob und in welcher Form Vogelfluglinien bei der Beurteilung herangezogen wurden. Zu diesen ist in dem Gutachten keine Stellungnahme vorhanden.

4.2.3. Erkenntnisse der naturschutzfachlichen Einschätzung des PIanungsbüros Leguan GmbH

Trotz der vorgenannten Unzulänglichkeiten in der Anzahl der Begehungen und der nicht angemessenen Jahreszeit, konnten in dem Gebiet 12 diverse streng geschützte Vogelarten ausgemacht werden.

Dies bedeutet, dass bei entsprechend sorgfältiger Begehung die Wertigkeit des Gebietes noch deutlich gesteigert werden könnte. Trotzdem ist bereits jetzt eine hohe Wertigkeit festgestellt worden und das Planungsbüro kommt für das Vorranggebiet 12 zu folgender Schlussfolgerung:

„Problematisch hinsichtlich potentieller Beeinträchtigung ist das Auftreten verschiedener Großvögel. So wurde an der westlichen Grenze des Planungsraumes ein Schwarzmilanhorst verortet. Weiterhin befindet sich etwas 500m von der nordöstlichen Gebietsgrenze ein weiterer besetzter Horst der Art. Dazu ist südlich des Planungsraumes ein Horststandort des Rotmilans zu vermuten. Das Gebiet liegt somit vollständig innerhalb der vom NLT angegebenen Abstandsradien.

Obwohl eine Nachsuche sowohl auf den in Betrieb befindlichen als auch, auf den aufgelassenen Abbaugruben keine Hinweise auf ein Brutvorkommen des Uhus im Untersuchungszeitraum erbrachte, ist dies grundsätzlich wahrscheinlich ... . Eine gezielte Erfassung zu artspezifisch günstigen Zeitpunkten könnte den Status der Art klären. Aufgrund der relativ stabilen Hlabitatverhältnisse ... ist aber bis dahin präventiv von der ... Präsenz der Art in diesem Raum auszugehen. Der Untersuchungsraum liegt somit ggf. auch vollständig innerhalb des vom NLT und STEFFEN für den Uhu einzuhaltenden Abstandsradius von 3.000m.

Auch die hier herangezogenen Abstandsempfehlungen des NLT fehlen in der späteren Betrachtung der Planungsgruppe vollständig.

Abschließend heißt es in der Zusammenfassung auf Seite 42:

„Aufgrund der Erfassungsergebnisse und der spezifischen Auswertungen ergibt sich für die Mehrzahl der Suchräume durchaus die Option für die Errichtung von Windenergieanlagen. Lediglich für zwei Suchräume - Uchte/Steinbrink und Landesbergen/Husum - ist ein hohes naturschutzfachliches Konfliktpotential für alle betrachteten Flächen zu prognostizieren.

Diese Vorrangstandorte sollten von den weiteren Planungen ausgenommen werden".

Warum dieser Empfehlung für Steinbrink gefolgt wurde, Husum allerdings trotz der erhobenen streng geschützten Vogelarten den Planungsprozess weiter durchschreitet, ist unerklärlich.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Es ist nicht zu beanstanden, dass eine intensivere Prüfung des avifaunistischen Bestandes auf die nachfolgenden Planungsebenen übertragen wird. Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**451**

5.2. Bevölkerung und Gesundheit des Menschen

5.2.1. Erholungsfaktor

In dem Gutachten wird daraufhingewiesen, dass „... sich der Erholungsfaktor ... auf die Nah- und Feierabenderholung beschränkt. Diese ist durch die Errichtung von WEA nicht in erheblichem Maße beeinträchtigt". Der Erholungsfaktor des Gesamtgebietes wird damit deutlich unterschätzt. Die direkt durch das geplante Gebiet verlaufene Ortsverbindungsstraße Husum-Bolsehle ist nicht nur ein hoch frequentierter Radwanderweg. Er wird auch überregional von Inlineskatern zur sportlichen Betätigung genutzt.

Beide Benutzergruppen können räumlich nicht ausweichen, da es weder eine befahrbare Alternativstrecke für den Radwandertourismus von Husum nach Bolsehle/Schneeren gibt, noch eine vergleichbare asphaltierte Strecke mit gewissen Höhenunterschieden zum Skaten. Insbesondere die spärliche Gastronomie im Gemeindegebiet ist in der wärmeren Jahreszeit auf diese Frequentierung angewiesen. Der Bau von WEA mit dessen unbestrittenem Einfluss auf den Tourismus und Erholungsfaktor könnte diesem Wirtschaftszweig eine nicht zu verkraftende Eintrübung bescheren, dem durch entsprechende Mindestabstände entgegen gewirkt werden muss.

Zudem wird bei den (ehemaligen) Suchräumen 37 und 39 durch die Nahe bzw. Zugehörigkeit zum Naturpark Steinhuder Meer die „Bedeutung für Tourismus und Erholung" hervorgehoben. Da das Gebiet 12 (Suchräume 34/35) nachweislich im Naturpark liegt, scheint der Erholungsfaktor hier vollständig unterbewertet.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Das Gebiet ist durch die Nähe zur Bundesstraße sowie durch den Rohstoffabbau vorbelastet, sodass eine pauschal hohe Eignung für die landschaftsbezogene Erholung, gerade auch vor dem Hintergrund und in Relation zu den in der näheren Umgebung vorhandenen, wesentlich hochwertigeren Flächen, nicht angenommen werden kann.

Die Funktion der Gemeindeverbindungsstraße für die touristische Nutzung wird durch das potenzielle Vorranggebiet Windenergienutzung nicht beeinträchtigt, da die mögliche Windenergienutzung räumlich konzentriert wird.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**444**

3.3.6. Fehler bei der Entwicklung der Abwägungskriterien

Einer der noch nicht explizit erwähnten Fehler ist die falsche Zuordnung des potentiellen Vorranggebietes 12 zur SG

Steimbke. Dieser Fehler wurde in den UB geändert und mit der richtigen Zuordnung zur SG Landesbergen veröffentlicht. Nichts desto trotz handelt es sich hier um einen Fehler, der sowohl im Suchprozess, als auch in den AVE dokumentiert und zudem als Quelle für einen Zeitungsbericht in „Die Harke am Sonntag" genutzt wurde .

Die Konsequenzen dieses Fehlers sind weitreichend. Zum einen wurde die AVE im Vergleich zu den UB geändert, was gegen den Beschluss des AfR vorgenommen wurde und somit einem Verfahrensfehler entspricht.

Zum anderen werden durch diesen Fehler sowohl Kreistagsabgeordnete, als auch die Öffentlichkeit getäuscht. Viele Bürger werden - aufgrund der fehlerhaften Zuordnung - das Gebiet um Husum nicht lokalisiert haben und somit die Teiländerung des RROP als nicht relevant für sie herausgelesen haben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Verwaltung bedauert, das Vorschlagsgebiet 12 Husum fälschlicherweise der Samtgemeinde Steimbke und nicht der Samtgemeinde Landesbergen zugeordnet zu haben. Dieser Fehler wurde vor der öffentlichen Auslegung korrigiert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 477	Privatperson	**503**

Die Aufgabenstellung des LK Nienburg zur Teiländerung des RROP 2003 an die Fa. Planungsgruppe PU-Hannover nachstehend PU genannt lautet u.a.:

"Windenergieanlagen an geeigneten konfliktarmen Standorten zu lokalisieren..."

Das von PU erstellte Landschaftsbildgutachten als wesentliche Grundlage der Planung ist fehlerhaft, da das Ziel den "Schutz und Erhalt attraktiver Orts- und Landschaftsbilder" auf Grund falscher Bewertung und Abwägung hier verfehlt wird.

Ein Gutachten soll dazu dienen, dem Planungsträger eindeutige Entscheidungsgrundlagen zu liefern und nicht wie hier im Bewertungsergebnis mit drei Bewertungsstufen:

hoch

mäßig

gering empfindlich

Empfehlungen auszusprechen.

So ist es hier:

Unter Nummer 594.13D-E-F Duddenhausen-Calle wird eine hohe Empfindlichkeit gegenüber der Neuanlage von Windparks bescheinigt. Die Verunstaltung ist gegeben, auch wenn der Umgebungsbereich einer geplanten Anlage nicht durch ein LSG geschützt ist. U.a. auf Grund des markanten Geländes an einer stark ausgeprägten Geestkante mit 50m über NN (Bücken 16m über NN) sowie der Siedlungen, der fernwirksamen Sichtbeziehungen und einer hohen Vielfalt und Eigenart. Die Umgebung ist geprägt durch einen Wechsel von Freiflächen und Bewaldung und dem freien Blick auf die hügelige Landschaft.

WEA stellen hier durch ihren exponierten Standort landschaftsästhetisch wirksame neue Bezugspunkte dar, die nicht erst aus kurzer Distanz, sondern schon aus weiterer Entfernung ins Auge fallen, zumal WEA mit Gesamthöhen größer 100m aus luftfahrtrechtlichen Gründen mit einer optisch störenden Gefahrfeueranlage (weiß/rot) ausgerüstet werden müssen.

Die bisherige Höhenbeschränkung auf 100m im gültigen Sonderbaugebiet Calle ist daher absolut gerechtfertigt und muss beibehalten werden.

Eine attestierte gute Sichtverschattung der angrenzenden Bereiche ist falsch, denn wie kann bei einer beschriebenen fernwirksamen Sichtbeziehung im Landschaftsbildgutachten zugleich der angrenzende Bereich sichtverschattet sein.

Es sei hier noch einmal ausdrücklich auf die innerbetriebliche Stellungnahme des LK hingewiesen, wie in Anlage 2 beigefügt.

Sollte der Landkreis dieses Gebiet mit WEA von 180m Höhe überplanen, werden wir darauf bestehen, dass der Empfehlung von Frau Katja Keul MDB gefolgt wird, und die Sichtverschattung für die Orte Calle/Duddenhausen dann mit 30 bis 60m hohen Nadelbäumen (auch im Winter dicht) vorgenommen wird. Eine Ausgleichmaßnahme mit der Anpflanzung von max. 1m hohen Büschen ist nicht ausreichend.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Durch vorhandene Waldgebiete ist eine wirksame Abschattung bestimmter empfindlicher Offenlandbereiche gegeben.

Gleichwohl kann i. d. R. ein kompletter Augleich von Landschaftsbildsbeeinträchtigungen nicht erreicht werden.

Entsprechende Maßnahmen sind auf der Zulassungsebene zu konkretisieren.

Hinweis: Eine pauschale Höhenbeschränkung für WEA im Rahmen regionalplanerischer Festlegungen ist rechtlich bedenklich. Sie müsste in jedem Einzelfall explizit begründet werden und sollte der Ebene der Bauleitplanung vorbehalten sein.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 477	Privatperson	**505**

Naturschutz/Umweltbericht

Der weiteren Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen im Planungsgebiet stehen die Belange des Naturschutzes entgegen.

Der Umweltbericht sowie die strategische Umweltprüfung wurde ebenfalls von der beauftragten Firma Planungsgruppe Umwelt PU erstellt.

Es wird behauptet, dass keine Beeinträchtigung von Wohn- oder Erholungsnutzen besteht, jedoch wird gleichzeitig darauf hingewiesen, dass in Abhängigkeit der Anlagenhöhen durch Schattenwurf und Reflektion Beeinträchtigungen über den Mindestabstand hinaus gegeben sind. Die Lärmimmission wird ganz außer acht gelassen. Diese Behauptungen sind definitiv falsch. Wir verweisen auf unsere zuvor gemachten Ausführungen hierzu.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen .

Lärmemissionen sind in Zusammenhang mit der Abgrenzung von Mindestabständen selbstverständlich mit berücksichtigt worden. Gleichwohl soll im Rahmen einer Überarbeitung der Gebietskulisse geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorrangstandorte zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Beeinträchtigungen über den angesetzten Mindestabstand hinaus können dennoch auftreten, sind jedoch nicht mehr als erheblich einzuschätzen und somit zumutbar.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 477	Privatperson	**506**

FFH

Es wird ferner behauptet, dass im Bereich des potenziellen Vorranggebietes weder wertvolle Vogellebensräume noch Fledermaushabitate vorhanden seien. Der Standort ist lt. PU daraufhin geprüft. Auch das ist falsch.

Auf unserem Grundstück Duddenhausen beobachten wird seit vielen Jahren eine Vielzahl von Fledermäusen im Boden/Dachbereich einer ehemaligen Scheune.

Dieser Tatbestand ist der unteren Naturschutzbehörde des LK Nienburg mitgeteilt worden. Die Artenbestimmung soll in der Flugzeit mit einem Fledermausdetektor festgestellt werden.

In Gesprächen mit anderen Bewohnern des Ortes Duddenhausen ist bekannt geworden, dass es viele Fledermausvorkommen gibt, z.B. ...

Die bauliche Struktur des Dorfes, vorwiegend Resthöfe, mit nahen Mischwaldgebieten lässt weitere Fledermausvorkommen erwarten. Eine Beobachtung und Zählung in der kommenden Flugzeit ist vor der Entscheidungsfindung in den Orten Duddenhausen und Calle durchzuführen.

Weiterhin ist der Firma PU scheinbar nicht bekannt, dass ein Vogelzuggebiet über beide Ortschaften verläuft.

Es ist daher dringend geboten, hier weitere Untersuchungen in Verbindung mit den Einwohnern und der unteren Naturschutzbehörde durchzuführen.

Der Standort Calle/Duddenhausen ist damit entgegen der Aussage von PU aus FFH-Gründen nicht als Vorranggebiet für Windenergie geeignet.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

1. Fledermäuse: Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Eine regionalplanerische Betrachtung und Festlegung von Vorranggebieten für

die Windenergienutzung kann nicht die detaillierten Prüfungen im Rahmen der Vorhabenszulassung ersetzen. Darüber hinaus sind hinsichtlich der Empfindlichkeit gegenüber WEA weniger Ruhestätten als vielmehr die Flugrouten und Jagdhabitate der Fledermäuse von Bedeutung.

2. Die Weser als maßgebliche Leitlinie für den regionalen Vogelzug wird generell von Windparkfestlegungen freigehalten (siehe Ziffer 4.3.1.1.7 im Entwurf: Vogelzugleitlinie im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser). Duddenhausen liegt angrenzend an diesen Zugkorridor. Das geplante Vorranggebiet ist mit knapp 1 km Abstand zum Wesertal ausreichend vom Flugkorridor entfernt. Es wird davon ausgegangen, dass die rastenden Vögel sich an Windparks in an die Niederung angrenzenden Landschaftsräumen gewöhnen und mit einem angepassten Raumnutzungsverhalten darauf reagieren können und werden. Darüber hinaus erfolgt der großräumige Vogelzug im Landkreis Nienburg/Weser, wie im gesamten Binnenland als Breitfrontzug.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 482	Privatperson	**516**

Desweiteren werden wir NABU und BUND kontaktieren, da die Bewertung der Flora und Fauna in dem Umweltbericht offensichtlich erhebliche Lücken aufweisen. So sind beispielsweise Fledermausvorkommen und diverse Falkenarten "übersehen" worden.

Abschließend sei noch angemerkt, dass die Region Uchte mit den vorhandenen Windparks Lohhof und Mensinghausen zzgl. der zahlreichen Biogasanlagen energietechnisch bereits überversorgt ist, zusätzliche Windparks demnach eher in unterversorgten Gebieten errichtet werden sollten. Die Umweltbelastung durch die Betreibung der Biogasanlagen im Raum Uchte z.B. Gestank, Mais- und Gülletransporte mit 30-Tonnern auf Gemeindestraßen die dafür nicht ausgestattet sind, ist auch schon beträchtlich.

Durch die Umgehung der Maut-Gebühren hat sich in den letzten Jahren die B61 zu einer Transitstrecke entwickelt und ist dadurch auch zu einer erheblichen Umweltbelastung für uns geworden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Durchführung der avifaunistischen Untersuchungen ist darauf hinzuweisen, dass ein solches Vorgehen bislang für die Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen in Niedersachsen nicht üblich ist und insofern einen fortschrittlichen und weit gehenden Ansatz einer Ermittlung von abwägungsrelevanten Sachverhalten darstellt. Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse z. B. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorranggebieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Detaillierte Untersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 488	Privatperson	**512**

Meines Erachtens ist der vorliegende Entwurf dahingehend unausgewogen , weil

- die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt, sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habitatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000 m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000 m) keine Berücksichtigung gefunden haben.

- branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist.

- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Steinhuder Meer" liegt, erst durch nachträgliche Änderung im G

Gutachten berücksichtigt wurde.

- somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

- empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000 m in Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung über das BVerwG-Urteil von 2005 „Verhinderungsplanung" ist dahingehend nicht ausreichend, da die dem Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt.

- bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt, was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

- somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat.

- durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Insgesamt kommt das Gutachten der „Planungsgruppe Umwelt“ zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet“ ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 - Husum - im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung.

Anmerkung zu der hier bei uns vorkommenden Greifvogelpopulation: Zeitungsausschnitt Jahresrückblick 2009 Die Harke: Das Seeadlerweibchen mit den meisten Bruterfolgen im Land ist nahe Wenden von einem Windrad erschlagen worden. Das Tier hatte in der Nähe Schessinghausens insgesamt 17 Jungtiere aufgezogen.

Aus diesen Gründen erwarte ich, durch die höhere Gewichtung der oben genannten Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tier berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird. Das bedeutet, durch Übertragung der oben genannten Mindestabstände ist das Gebiet entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig zu eliminieren!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung

festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 502	Privatperson	**724**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht,

der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 503	Privatperson	**725**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 504	Privatperson	**726**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte

artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 505	Privatperson	**727**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen,

bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 506	Privatperson	**728**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung

mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 510	Privatperson	**731**

...hiermit legen wir fristgerecht Einspruch gegen die Änderung des RROP zur Erweiterung des pot. Vorranggebietes 15, südl. Lohhof, ein. Begründung:

Aus dem entsprechenden Umweltbericht vom Oktober 2009 für das vorgenannte Gebiet geht hervor, dass eine Erweiterung des Vorranggebietes 15 erhebliche Umweltauswirkungen auf uns als unmittelbare Anlieger haben würde:

Zitat Umweltbericht Abschnitt 2.2.15: ..."sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen auch über den Mindestabstand hinaus gegeben." Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass sich diese Aussagen auf Anlagenhöhen von max. 135m beziehen, dem technischen Stand von 2003. Geplant sind aber bekanntlich 50% höhere Anlagen, die E-126 mit 198m Gesamthöhe, analog zum Windpark Mensinghausen, mit 24-stündiger „Befeuerung".

Darüber hinaus behalten wir uns die Möglichkeit der Zivilklage offen, wegen Verletzung des Art. 14 GG, Eigentumsschutz, da durch die negativen Auswirkungen des Windparks unsere Häuser und Grundstücke unzweifelhaft einen erheblichen Wertverlust erfahren und Vermietungen erschwert bzw. unmöglich werden, sowie nach Art. 2 GG (Recht auf körperliche

Unversehrtheit) in Verbindung mit Art. 3 GG (Gleichbehandlung). Letzteres, weil die Schadimmissionen für Einzelbebauungen genauso hoch sind wie für Siedlungen, für Siedlungen aber ein um ein Vielfaches höherer Mindestabstand gilt.

Desweiteren werden wir NABU und BUND kontaktieren, da die Bewertung der Flora und Fauna in dem Umweltbericht offensichtlich erhebliche Lücken aufweisen. So sind beispielsweise Fledermausvorkommen und diverse Falkenarten "übersehen" worden. Zudem läuft die intensive Ausweitung von Onshore-Windparks der Position des „Bundesamt für Naturschutz" zuwider, das eindeutig feststellt, dass: Zitat1' ,... der

Ausbau der Windenergie vor allem auf der Meeresfläche (sog, Offshore-Windparks) stattfinden soll"! und „Nahrungs» und Bruthabitate für Wiesenbrüter..sowie . .Zugkorridore von Vögeln und Fledermäusen ,von Windenergieanlagen freizuhalten sind.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Immissionen hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis: Die Angaben und Aussagen des Umweltberichts beziehen sich auf eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Anlagenhöhe von 180 m.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Detaillierte Un-tersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. –minimierung bestehen. Detaillierte Untersuchun-gen sind auf Ebene der Vorhabensge-nehmigung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 511	Privatperson	**732**

...hiermit legen wir fristgerecht Einspruch gegen die Änderung des RROP zur Erweiterung des pot, Vorranggebietes 15, südl. Lohhof, ein,

Begründung:

Aus dem entsprechenden Umweltbericht vorn Oktober 2009 für das vorgenannte Gebiet geht hervor, dass eine Erweiterung des Vorranggebietes 15 erhebliche Umweltauswirkungen auf uns als unmittelbare Anlieger haben würde:

Zitat Umweltbericht Abschnitt 2.2.15: ..."sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen auch über den Mindestabstand hinaus gegeben." Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass sich diese Aussagen auf Anlagenhöhen von max. 135m beziehen, dem technischen Stand von 2003. Geplant sind aber bekanntlich 50% höhere Anlagen, die E-126 mit 198m Gesamthöhe, analog zum Windpark Mensinghausen, mit 24-stündiger „Befeuerung".

Darüber hinaus behalten wir uns die Möglichkeit der Zivilklage offen, wegen Verletzung des Art. 14 GG, Eigentumsschutz, da durch die negativen Auswirkungen des Windparks unsere Häuser und Grundstücke unzweifelhaft einen erheblichen Wertverlust erfahren und Vermietungen erschwert bzw. unmöglich werden, sowie nach Art. 2 GG (Recht auf körperliche

Unversehrtheit) in Verbindung mit Art. 3 GG {Gleichbehandlung). Letzteres, weil die Schadimmissionen für Einzelbebauungen genauso hoch sind wie für Siedlungen, für Siedlungen aber ein um ein Vielfaches höherer Mindestabstand gilt.

Des Weiteren werden wir NABU und BUND kontaktieren, da die Bewertung der Flora und Fauna in dem Umweltbericht offensichtlich erhebliche Lücken aufweisen. So sind beispielsweise Fledermausvorkommen „übersehen5' worden.

Abschließend sei noch angemerkt, dass die Region Uchte mit den vorhandenen Windparks Lohhof und Mensinghausen zzgl. der zahlreichen Biogasanlagen energietechnisch bereits überversorgt ist, zusätzliche Windparks demnach eher in unterversorgten Gebieten errichtet werden sollten. Die Umweltbelastung durch die Betreibung der Biogasanlagen im Raum Uchte z.B. Gestank, Mais- und Gülletransporte mit 30-Tonnern auf Gemeindestraßen die dafür nicht ausgestattet sind, ist auch schon beträchtlich.

Durch die Umgehung der Maut-Gebühren hat sich in den letzten Jahren die B61 zu einer Transitstrecke entwickelt und ist dadurch auch zu einer erheblichen Umweltbelastung für uns geworden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Immissionen hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis: Die Angaben und Aussagen des Umweltberichts beziehen sich auf eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Anlagenhöhe von 180 m.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Detaillierte Un-tersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. –minimierung bestehen. Detaillierte Untersuchun-gen sind auf Ebene der Vorhabensge-nehmigung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 512	Privatperson	**733**

...hiermit legen wir fristgerecht Einspruch gegen die Änderung des RROP zur Erweiterung des pot. Vorranggebietes 15, südl. Lohhof, ein. Begründung,

Aus dem entsprechenden Umweltbericht vom Oktober 2009 für das vorgenannte Gebiet geht hervor, dass eine Erweiterung des Vorranggebietes 15 erhebliche Umweltauswirkungen auf uns als unmittelbare Anlieger haben würde:

Zitat Umweltbericht Abschnitt 2.2.15: „."sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen

auch über den Mindestabstand hinaus gegeben," Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass sich diese Aussagen auf Anlagenhöhen von max. 135m beziehen, dem technischen Stand von 2003, Geplant sind aber bekanntlich 50% höhere Anlagen, die E-126 mit 198m Gesamthöhe, analog zum Windpark Mensinghausen, mit 24-stündiger „Befeuerung".

Darüber hinaus behalten wir uns die Möglichkeit der Zivilklage offen, wegen Verletzung des Art. 14 GG, Eigentumsschutz, da durch die negativen Auswirkungen des Windparks unsere Häuser und Grundstücke unzweifelhaft einen erheblichen

Wertverlust erfahren und Vermietungen erschwert bzw. unmöglich werden, sowie nach Art. 2 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) in Verbindung mit Art. 3 GG {Gleichbehandlung). Letzteres, weil die Schadimmissionen für Einzelbebauungen genauso hoch sind wie für Siedlungen, für Siedlungen aber ein um ein Vielfaches höherer Mindestabstand gilt,

Desweiteren werden wir NABU und BUND kontaktieren, da die Bewertung der Flora und Fauna in dem Umweltbericht offensichtlich erhebliche Lücken aufweisen. So sind beispielsweise Fledermausvorkommen und diverse Falkenarten übersehen" worden, Zudem läuft die intensive Ausweitung von Onshore-Windparks der Position des „Bundesamt für Naturschutz" zuwider, das eindeutig feststellt, dass: Zitat1: der Ausbau der Windenergie vor allem auf der Meeresfläche (sog- Offshore-Wkidparks) stattfinden soll"! und „Nahrung-" und Bruthabitate für Wiesenbrüter, sowie , Zugkorridore von Vögeln und Fledermäusen von Windenergieanlagen freizuhalten sind.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Immissionen hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis: Die Angaben und Aussagen des Umweltberichts beziehen sich auf eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Anlagenhöhe von 180 m.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Detaillierte Un-tersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. –minimierung bestehen. Detaillierte Untersuchun-gen sind auf Ebene der Vorhabensge-nehmigung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 517	Henne Kies + Sand GmbH	**717**

Brutvögel im Untersuchungsraum

Die bisher unveröffentlichte Bestandserfassung der Brutvögel für die Erweiterung des Bodenabbaus am Standort Bolsehle erfolgte von Ende März bis Ende Juni des Jahres 2002. Die Arten der Roten Listen von Niedersachsen und der BRD wurden quantitativ erfasst, alle anderen Arten nur qualitativ. Es wurden fünf Begehungen vorgenommen. Die Erfassung erfolgte in Anlehnung an die Standards des NLÖ/NLWKN. Unterschieden wurde zwischen den Kriterien Brutzeitfeststellung, Brutverdacht und Brutnachweis.

Schwarz- oder Rotmilane konnten während dieser Besandserfassungen als Brutvogelarten nicht festgestellt werden. Den Umweltverbänden NABU und BUND, die 2008 im Rahmen des Scopingtermin beteiligt wurden, sind keine geschützten Arten für den Untersuchungsraum bekannt (Niederschrift vom 02.10.2008 S. 4).

Dem ortsansässigen Jagdpächter Herr Kruse, der die Jagd dort schon seit der frühen Nachkriegszeit - früher als "Mitjäger" und später dann als Pächter - betreibt, ist kein brütender Milan im Potenzialbereich 12 (Husum) bekannt. Der Pächter und sein Kollege gehen nämlich abwechselnd jede Woche mehrmals durch Ihr Revier und kennen diese Gegend dort logischerweise wie ihre Westentasche.

Die Bäume beziehungsweise der Bewuchs dort vor Ort ist im übrigen laut Aussage des Jagdpächters zu niedrig, als dass dort ein Milan nisten würde. Unsere Mitarbeiter vor Ort hatten nun im übrigen ja auch schon seit längerem den Auftrag einen eventuell dort lebenden Milan ausfindig zu machen. Obwohl sie jeden Tag vor Ort sind und schon seit Monaten darauf achten, sind sie auch bis heute nicht "fündig" geworden.

Nach Aussage der Ökol. Schutzstation Steinhuder Meer (Email, Herr Brandt am 14.12.2009) wurden 2 Jungtiere (Ästlingsstadium) am 21.5.2008 in der Sandgrube Mitte/Süd 150 m östlich der K7 festgestellt. Ein rufendes Uhumännchen wurde ferner an der Dorfstraße (vermutlich aus den Alleebäumen) am 20, Februar 2008 gehört, Die tatsächliche Betroffenheit etwaig vorkommender Uhus am Standort Bolsehle sollte im Rahmen der Antragstellung naturschutzrechtlich geprüft werden.

Des Weiteren wurde ein im Süden vorhandener wertvoller Bereich für Brutvögel im Zuge der Untersuchung identifiziert. Da zurzeit keine aktuelle Bewertung der Bedeutung dieser Fläche durch das NLWKN vorliegt und ein Abstand von ca. 1,3 km gegeben ist, sind keine erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten. Gleiches trifft auf einen Bereich mit besonderer Bedeutung für Fledermäuse in östlicher Richtung der erweiterten Potenzialfläche WE 12 zu, denn die Abbauflächen weisen für Fledermäuse als Jagdhabitat aufgrund fehlender Gehölzstrukturen nur eine untergeordnete Bedeutung auf. Auf Grund eines Abstands von ca. 600 m zum potenziellen Vorranggebiet ist eine erhebliche Gefährdung oder Störung der Tiere nicht zu erwarten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 521	Clasen-Walter, Stephanie Gasthaus Zur Wilden Sau	**744**

Wir beziehen uns auf mehrere Veranstaltungen von Betreibern von Windernergianlagan lagen im Bereich Eystrup - Hämelhausen. In der Erstellung von Windparks gibt es Punkte , die so nicht zur Anwendung kommen dürfen . Oberster Punkt ist die Lebensqalität für den Menschen zu wahren. Was für die Vogelwelt gewahrt wird, sollte für den mündigen Bürger ebenfalls gelten . In den Vorträgen von drei Bwerbern wurde bei einer Wohnbebauung ein Abstand von 500 m und bei Einzelhäusen ein Abstand von 300 m für Windernergieanlagen aufgeführt. Hier wird die Lebensqalität für die betroffenen Menschen sehr eingeschränkt. Was für die Vogelwelt ihre Anwendung findet, muß dem Bürger ebenfalls gewährt werden . Die Abstände müssen erheblich vergrößert werden. Bei gutem willen dürfte dies kein Problem sein. Weshalb wenden wir uns aus sorge an die Planungsbehörde.

Das Gasthaus zur Wilden - Sau liegt in der Gemarkung Hämelhausen an der Hämelheiderstr. Die Wilde Sau wurde Anfang des 19 Jahrhunderts durch die Fmilie Leiding als Gaststättenbetieb geführt. Mit der Übernahme durch Schwiegersohn F: Dierking wurde die Wilde -Sau zu einem beliebten Ausflugslokal. Mit dem BesitzerwechseI auf die Familie Alhusen und der Neuverpachtung an Friederike Clasen sowie Sephanie Clasen - Walter weiter zu einem modernen Betieb mit großem Kaffegarten ausgebaut. Hier dürfen die Gäste es sich richtig gut gehen lassen bei einem Frühstück ,- Mittagessen , oder bei einem Kaffe mit selbstgebackner Torte. Hinzu kommt die ruhige lage mit den vielen Wanderwegen .Die Wilde Sau ist weit über die Grenzen der Samtgemeinde Eystrup hin bekannt geworden. Dies wurde hart erarbeitet und möchten es so weiter führen .Helfen Sie uns die Lebensqalität für den gestressten Gast zu erhalten . In der Erwartung einer ein vernehmlichen Lösung auf den Weg zu bringen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Hinweis: Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs wird geprüft, die Abstände der festzulegenden Vorrangstandorte zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Störungen durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Eine Beeinträchtigung der Erholungsqualität im erwähnten Gebiet soll dadurch so gering wie möglich gehalten werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 522	Privatperson	**745**

…hiermit legen wir fristgerecht Einspruch gegen die Änderung des RROP zur Erweiterung des pot. Vorranggebietes 15,

südl. Lohhof, ein.

Begründung:

Aus dem entsprechenden Umweltbericht vom Oktober 2009 für das vorgenannte Gebiet geht hervor, dass eine Erweiterung des Vorranggebietes 15 erhebliche Umweltauswirkungen auf uns als unmittelbare Anlieger haben würde:

Zitat Umweltbericht Abschnitt 2.2.15: ..."sind Beeinträchtigungen speziell durch Schattenwurf und Reflexionen auch über den Mindestabstand hinaus gegeben." Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass sich diese Aussagen auf Anlagenhöhen von max. 135m beziehen, dem technischen Stand von 2003. Geplant sind aber bekanntlich 50% höhere Anlagen, die E-126 mit 198m Gesamthöhe, analog zum Windpark Mensinghausen, mit 24-stündiger „Befeuerung",

Darüber hinaus behalten wir uns die Möglichkeit der Zivilklage offen, wegen Verletzung des Art. 14 GG, Eigentumsschutz, da durch die negativen Auswirkungen des Windparks unsere Häuser und Grundstücke unzweifelhaft einen erheblichen Wertverlust erfahren und Vermietungen erschwert bzw. unmöglich werden, sowie nach Art, 2 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) in Verbindung mit Art. 3 GG (Gleichbehandlung). Letzteres, weil die Schadimmissionen für Einzelbebauungen genauso hoch sind wie für Siedlungen, für Siedlungen aber ein um ein Vielfaches höherer Mindestabstand gilt.

Des Weiteren werden wir NABU und BUND kontaktieren, da die Bewertung der Flora und Fauna in dem Umweltbericht offensichtlich erhebliche Lücken aufweisen. So sind beispielsweise Fledermausvorkommen und diverse Falkenarten "übersehen" worden. Zudem sei noch angemerkt, dass die Region Uchte mit den vorhandenen Windparks Lohhof und Mensinghausen zzgl. der zahlreichen Biogasanlagen energietechnisch bereits überversorgt ist, zusätzliche Windparks demnach eher in unterversorgten Gebieten errichtet werden sollten.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren.

Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch Immissionen hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich belästigt werden.

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

Hinweis: Die Angaben und Aussagen des Umweltberichts beziehen sich auf eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Anlagenhöhe von 180 m.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. -minimierung bestehen. Detaillierte Un-tersuchungen sind auf Ebene der Vorhabensgenehmigung durchzuführen.

Zu den Fledermäusen wurden vorliegende Daten ausgewertet. Eine Kartierung von Fledermäusen ist für eine regional-planerische Festlegung von Vorrangge-bieten nicht als Voraussetzung zu sehen, da geeignete betriebliche Maßnahmen einer Risikovermeidung bzw. –minimierung bestehen. Detaillierte Untersuchun-gen sind auf Ebene der Vorhabensge-nehmigung durchzuführen.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 533	Privatperson	**792**

Als Hobby beschäftigen wir uns auf unserem Grundstück mit dem Vogelschutz und bieten freilebenden Vögeln Nistkästen und heimische Gehölze und Bäume. Die 18 Nistkästen auf unserem Grundstück werden seit Jahren von Staren, Meisen etc. ausnahmslos besetzt und die Vögel brüten hier sogar mehrfach im Jahr. Wir befürchten, dass der Vogelzug beeinträchtigt

wird und die bis jetzt jedes Jahr wiederkehrenden Stare in Ihrem Verhalten gestört werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die avifaunistischen Belange werden im Rahmen der Umweltprüfung berücksichtigt.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 533	Privatperson	**791**

Zudem kommt es zu Beeinträchtigungen unserer Freizeit- und Feierabenderholung. Wir gehen in der Nähe unseres Grundstücks seit Jahren täglich spazieren oder fahren Fahrrad und würden durch die Nähe, Anzahl und Höhe der möglichen Windkraftanlagen erheblich beeinträchtigt. Eine ruhige Erholung wäre so überhaupt nicht mehr möglich.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme

Aufgrund des flächenmäßígen Umfanges der geplanten Festlegungen und Konzentration der Windparks wird auch zukünftig eine landschaftsbezogene Erholung außerhalb von Windparkflächen in fußläufiger Entfernung gewährleistet sein.

4	Umweltbericht	ID
Nr. 546	Privatperson	**770**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und

ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 547	Privatperson	**771**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles

Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 548	Privatperson	**772**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 549	Privatperson	**773**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren

Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 550	Privatperson	**774**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und

ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 551	Privatperson	**788**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles

Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 552	Privatperson	**775**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 553	Privatperson	**776**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren

Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 554	Privatperson	**777**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und

ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 555	Privatperson	**778**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles

Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 556	Privatperson	**779**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 557	Privatperson	**780**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren

Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 558	Privatperson	**781**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und

ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 559	Privatperson	**782**

Siehe ID 84

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles

Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 606	Privatperson	**799**

Die veröffentlichten Unterlagen stimmen nicht mit der durch entsprechenden Beschluß freigegebenen Vorlage überein. Es wurden später noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Verwaltung bedauert, dass im Entwurf des Umweltberichts Fehler zur Lage des potenziellen Vorranggebiets Husum in Naturpark Steinhuder Meer enthalten waren. Dazu ist Folgendes anzumerken:

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung empfohlen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies ist auch in der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 dokumentiert (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 606	Privatperson	**800**

Die empfohlenen Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 haben in dem Entwurf keine Berücksichtigung gefunden.

Die branchenüblichen Standards zur Erstellung von Gutachten wurden nicht eingehalten. Das Vorranggebiet 12 - Husum - liegt im Gebiet des Naturparks " Steinhuder Meer", dieses wurde nicht hinreichend berücksichtigt.

Die Lage der geplanten Windräder liegt für das Wohngebiet Meinkingsburg so ungünstig, daß mit erheblichen Belästigungen durch Geräusche und Schattenwurf gerechnet werden muss.

Die Lebensqualität wird beeinträchtigt und mit eventuellen Gesundheitsstörungen muss gerechnet werden.

Ebenso ist mit nicht unerheblichen Störungen für den Kaffeegarten im Restaurant zu rechnen.

Eine eventuelle Herabstufung der Grundstückswerte, in Meinkingsburg, wie in Husum, ist die Folge.

Nichts gegen Windkrafträder und erneuerbare Energie, jedoch die Belange der Anlieger müssen Berücksichtigung finden. Entsprechend müssen geeignete Lagen gesucht werden. In dem veröffentlichten Gutachten wird besonders die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorgehoben.

Somit sehen wir diesen Standort als nicht geeignet an. Wir lehnen die weitere Verfolgung der Erstellung und Planung im Gebiet 12 von Husum ab.

Ebenso ist anzumerken, das eine Windkraftanlage in dieser Höhe sicherlich keine Bereicherung für unser hiesiges Landschaftsbild darstellt. Wir möchten nicht zu denen gehören, die sich irgendwann einmal vorwerfen lassen müssen : Ihr habt ja unsere Heimat verschändelt.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, die Abstände der festzulegenden Vorranggebiete zu Siedlungen bzw. Wohngebäuden im Außenbereich zu vergrößern, um Konflikte durch Lärm und ggf. Schattenwurf / Reflexionen zu minimieren. Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass

Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebende Wertminderungen verschont bleibt.

Bei den vom NLT genannten Schutzabständen handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Mindestabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses darstellen. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanfor-derungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden. Der Plangeber eines Regionalplans ist nicht gehalten, die konkreten Auswirkungen der im Planungsraum möglicherweise entstehenden Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/ 04 - juris Rz. 189). Im Rahmen der Ermittlung der relevanten Belange ist es nicht abwägungsfehlerhaft, wenn auf der Ebene der Regionalplanung die Tatsachengrundlage noch nicht abschließend ist (OVG Bautzen, Urt. v. 17.07.2007 - 1 D 10/06 - juris Rz. 38 f.).

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 607	Privatperson	**801**

...folgende Rote-Liste-Arten wären durch die WKA in Husum gefährdet:

1. Roter Milan

Auf dem ges. Meßtischblatt 3421 brüten mind. 4-5 Paare von dieser Art. Im Raum Bolsehle / Husm besteht 1 Revier, so daß bei den Nahrungsflügen im geplanten Gebiet eine Gefahr besteht.

2. Schwarzer Milan

Diese viel seltenere Art nutzt das Gebiet bei den Nahrungsflügen. Der Brutplatz wird an der Weser (Köhlerberge?) liegen, er ist in dem Bereich aber regelmäßig zu beobachten. Meine aktuellen Daten:

Juli 2009 = 2 gerade flügge Schwarzmilane fliegen mit einem Altvogel von Schessinghausen in Richtung Husum

12.04.2010 = 1 Ex. fliegt von Husum in Richtung Meinkingsburg

24.05.2010 = 1 Schw. Milan "kabbelt" sich mit 2 Rotmilanen über Bus-Block in Husum

29.05.2010 = 1 Ex. überfliegt "Windfeld" aus Husum kommend.

3. Wanderfalke

Im Okt.2003 wurde ein Nistkasten in 80m-Höhe angebracht, seit 2005 brüten dort ununterbrochen Wanderfalken erfolgreich, so auch im Jahr 2010. Dieser schnelle Greif nutzt auf jeden Fall das geplante Gebiet zu seinen Nahrungsflügen. - Auch im Kraftwerk Landesbergen brüten seit Jahren diese Falken erfolgreich, auch sie müssen diesem WKA- Raum zugeordnet werden.

4. Uhu

Er tritt in dem Raum Husum / Schessinghausen wiederholt als Einzelvogel (2009 u. 2010) auf, ist sowohl am Wahlenbach von den Jägern mehrfach gesichtet worden, auch in den Kiesegruben in Bolsehle, dort wurden auch Gewölle mit Igelresten von Th. Brandt (ÖSSM) 2009 gefunden. - Ein Brutverdacht besteht aber (noch) nicht.

5. Seeadler

Leider ist der Horst am Meerbach - ca. 6 km westl. von dem WKA-Gebiet seit Jan. 2008 verwaist.

Der Grund: Der weibl. Altvogel ist tot im Jan. 2008 unter einer WKA bei Wendenborstel gefunden worden. Da er beringt war, konnte er eindeutig dem Brutpaar am Meerbach zugeordnet werden.

Von 2000 - 2007 sind in dem Horst insges. 17 Jungadler flügge geworden. 7 Ex. wurden beringt, 1 Seeadler aus dem Jahr 2005 ist gut 1 Jahr später bei Lüneburg tot unter einer WKA gefunden worden.

Fazit:

Von insges. 8 beringten Seeadlern sind - bislang - schon 2 Tiere eindeutig unter einer WKA tot aufgefunden worden, das sind 25 % aller beringten Vögel. Rechnet man noch eine Dunkelziffer dazu, so sollten die Entscheidungsträger des geplanten Windparks vielleicht doch nachdenklich werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der geänderten Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 616	Paquo, Marion Interessengemeischaft Husum	**818**

Gem. Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-05 wurden Sie bereits durch den ÖSSM darüber informiert, dass sich in unmittelbarer Nähe der o.g. Suchräume ein langjähriger Uhu-Brutplatz befindet. Zusätzlich erhielt ich auf Nachfrage von den Husumer Jägern den Hinweis auf einen Brutplatz eines Schwarzmilans ebenfalls westlich der Suchräume, jedoch deutlich näher am Suchraum 35.

Ich bitte Sie die vorstehende Information zu berücksichtigen und ggf. notwendige Maßnahmen, z.B. eine Bestandsaufnahme der Brutvögel im Potentialgebiet nordöstlich von Husum, vorzunehmen.

Den NABU-Nienburg, BUND-Nienburg, ÖSSM und die untere Naturschutzbehörde wurden ebenfalls von mir informiert.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse sollen bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw. im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 619	Energiekontor AG	**853**

Natur und Landschaft:

Der Themenkomplex „Natur und Landschaft" spielt bei der Planung von Windparks eine zentrale Rolle. Es ist mit großem Aufwand verbunden fundierte und aktuellen Daten zu einzelnen Teilbereichen zusammen zu stellen um belastbare und transparente Aussagen zur Machbarkeit von Windparks zu treffen. Wir möchten an dieser Stelle für einen offenen Dialog zwischen den Fachabteilungen des Landkreises und Energiekontor werben. Gerne sind wir bereit, für Teilbereiche Fachgutachten und Kartierungen zu erstellen und dem Landkreis zur Verfügung zu stellen. Um verwertbare Daten zu erhalten, sind dazu zahlreiche Abstimmungsgespräche mit den Fachabteilungen des Landkreises sinnvoll.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 622	Privatperson	**924**

...hiermit möchte ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprogramms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12 - Husum - wie folgt Stellung nehmen:

Meines Erachtens ist der vorliegende Entwurf dahingehend unausgewogen, weil

- die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt, sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habitatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000m) keine Berücksichtigung gefunden haben, branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist.

- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Sieinhuder Meer" liegt, erst durch nachträgliche Änderung im Gutachten berücksichtigt wurde, somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

- empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000m Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung „Verhinderungsplanung" ist dahingehend nicht ausreichend, da die im Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt.

- bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt, was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

- somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat, durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Die nachteiligen Auswirkungen dieser alternativen Art der Umweltzerstörung auf Mensch und Biosphäre werden offiziell verschwiegen,

• Windkraftanlagen schaden dem Landschafts- und Ortsbild, der Gesundheit. dem Fremdenverkehr, den Immobilienwerten, der baulichen Entwickiungsrnöglichkeit der Gemeinden und dem Dorffrieden.

• Erholungs- und Freizeitwert, auch bei Jagd und Reitsport, gehen verloren.

• Flügelteile und Eisbrocken flogen über 400 Meter weit. Sie trafen Menschen und durchschlugen Autos und Gebäude. Mindestens 800 Meter Sicherheitsabstand von Straßen und Wegen sind zum Schutze von Leib und Leben erforderlich und ein Mindestabstand von 1.000 m zu bebauten Gebieten.

Insgesamt kommt das Gutachten, der „Planungsgruppe Umwelt" zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet" ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 - Husum - im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung.

Aus diesem Grund erwarte ich, durch die höhere Gewichtung der o.g. Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tier berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird. Das bedeutet, durch Übertragung der o.g. Mindestabstände ist das Gebiet entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig zu eliminieren!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu

ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

Hinweis Immobilienwert: Eine durch eine zulässige benachbarte Nutzung eintretende Wertminderung einer Immobilie ist hinzunehmen. Die Wertminderung eines benachbarten Grundstücks macht eine Genehmigung nicht rechtswidrig. Niemand hat einen Anspruch darauf, dass sein Grundstück von solchen durch zulässige Rechtsausübung sich ergebenden Wertminderungen verschont bleibt.

4	**Umweltbericht**	ID
Nr. 623	Privatperson	**925**

...hiermit möchte ich zur Teiländerung des Regionalen Raumordnungsprogramms, insbesondere zum potentiellen Vorranggebiet 12 - Husum - wie folgt Stellung nehmen:

Meines Erachtens ist der vorliegende Entwurf dahingehend unausgewogen, weil

- die veröffentlichten Unterlagen nicht mit der durch entsprechenden Beschluss freigegebenen Vorlage übereinstimmt,

sondern im Nachhinein noch gravierende inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

- empfohlene Abstände zu schutzbedürftigen Tieren und Landschaften gemäß Niedersächsischem Landkreistag von 2007 im Gebiet 12 (hier konkret zu den Brut- und Habitatstandorten der festgestellten Schwarz- und Rotmilane mit mindestens 1.000m sowie dem Uhu mit mindestens 3.000m) keine Berücksichtigung gefunden haben, branchenübliche Standards zur Erstellung von Gutachten nicht eingehalten wurden und die Datenerhebung des Gutachters somit auch aufgrund einer zu späten Beauftragung unvollständig ist.

- die Tatsache, dass die Gemeinde innerhalb des Naturparks „Sieinhuder Meer" liegt, erst durch nachträgliche Änderung im Gutachten berücksichtigt wurde, somit wurden die gesetzlich vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Belange nicht ausreichend berücksichtigt.

- empfohlene Mindestabstände des Landes Niedersachsen (mindestens 1000m Abstand zu Wohn- und dörflichen Siedlungen) keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Begründung „Verhinderungsplanung" ist dahingehend nicht ausreichend, da die im Urteil zugrunde liegende Konstellation nicht auf den Landkreis Nienburg übertragbar ist.

- ein fehlender Schutzabstand des potentiellen Gebietes zu der Ortsverbindungsstraße Husum - Bolsehle den Schul- und Kindergartenverkehr vor möglichen Risiken nicht ausreichend schützt.

- bereits das veröffentlichte Gutachten die starke Beeinträchtigung der Anwohner in den Orten Husum, Bolsehle und Meinkingsburg hervorhebt, was sich auch über den angesetzten Mindestabstand hinaus ergibt.

- somit auch der Schutz des Menschen ebenfalls nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hat, durch den Landkreis eine überproportional starke Förderung des Windenergieindustrie zu Lasten der Anwohner erfolgt.

Windkraft ist keine Alternative!

Windkraftanlagsn zerstören das Wohnumfeld der Menschen. Windkraftanlagen vernichten wegen ihrer monströsen Höhe, ihrer weithinreichenden Sichtbarkeit und wegen der ständigen Bewegung Ihrer Rotoren die Wohn- und Lebensqualität des menschlichen Siedlungsraumes. In den Gemeinden zerstören sie den sozialen Frieden bis in die Familien hinein.

2. Windkraftanlagen machen krank.

Der nervenzermürbende untergründige Lärm der .Anlagen führt allenthalben zu Beschwerden der Bevölkerung. Die Wirkung des nicht hörbaren Infraschalls wird laut Experten bis zu fünf Kilometer weit vom menschlichen Körper wahrgenommen, Dem konstanten rhythmischen Schlagschatten und den Lichtreflexen der Rotoren (Disco-Effekt) kann man sich nicht entziehen. Folgen: Depressionen, Aggressivität, Schlaf und Gleichgewichtsstörungen, Kopfschmerzen.

3. Windkraftanlagen führen zu drastischer Minderung des finanziellen Wertes von Wohnhäusern und Grundstücken, sie verringern die Erlöse aus Vermietung deutlich, Anwesen werden unvermietbar bzw. unverkäuflich, oder die Erlöse gehen um bis zu 50% zurück, Dafür gibt es keinen Ausgleich.

Insgesamt kommt das Gutachten, der „Planungsgruppe Umwelt" zu dem Ergebnis, dass das Gebiet 12 „mit Einschränkungen geeignet" ist. Somit ist das Vorranggebiet 12 - Husum - im Vergleich zu den sonstigen Gebieten das einzige Gebiet mit negativer Beurteilung.

Aus diesem Grund erwarte ich, durch die höhere Gewichtung der o.g. Faktoren, dass ein angemessener Schutz für Mensch und Tier berücksichtigt wird und das Ortsbild besser vor dem beherrschenden und erdrückenden Einfluss der möglicherweise bis zu 180m hohen Anlagen geschützt wird. Das bedeutet, durch Übertragung der o.g. Mindestabstände ist das Gebiet entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig zu eliminieren!

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Im Zuge der Überarbeitung des Entwurfs soll geprüft werden, ob insbesondere die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert werden, um Auswirkungen auf die Wohnbebauung durch Lärm / Reflexionen zu minimieren. Dabei wird auch der Umweltbericht fortgeschrieben. Auf Grund der zu erwartenden grundlegenden Änderungen des Entwurfs, geht die Verwaltung davon aus, dass ein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich wird.

Hinweis zu gesundheitlichen Auswirkungen von WEA: Die Frage, ob durch den Betrieb einer Anlage schädliche Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft z. B. durch Lärm und Schattenwurf hervorgerufen werden können, wird im Genehmigungsverfahren für Einzelvorhaben geprüft (§ 5 BImSchG). Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Alles Weitere ist den Genehmigungsverfahren vorbehalten. Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden bzw. ist auf der anderen Seite auch zu erteilen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG vorliegen. Eine Genehmigung für WEA wird nicht erteilt, wenn die Nachbarn erheblich geschädigt werden. Bislang liegen keine medizinischen Erkenntnisse oder Langzeitstudien vor, die Gefährdungen der Gesundheit durch WEA belegen würden (Landkreis Nienburg/Weser Fachdienst Sozialmedizin, Hygiene und Umwelt, 11.08.2010).

Grundsätzliche Hinweise zum Planungskonzept:

Das Planungskonzept ist kontinuierlich mit dem Ausschuss für Regionalentwicklung und dem Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser abgestimmt worden. Der Entwurf der ersten RROP-Änderung ist vom Kreisausschuss am 21.09.2009 zur öffentlichen Auslegung in nicht öffentlilcher Sitzung beschlossen worden.

Bei der Erarbeitung des Entwurfs der RROP-Änderung sind beide Teilflächen des Entwurfsgebiets anhand der dem Planungskonzept zugrundegelegten Kriterien geprüft und als potenzielles Vorranggebiet für die Windenergienutzung von der Verwaltung empfohlen und vom Ausschuss für Regionalentwicklung zur Weiterverfolgung beschlossen worden. Ihre Lage innerhalb des Naturparks Steinhuder Meer ist dabei berücksichtigt bzw. in die planerische Abwägung eingestellt worden. Dies geht aus der Beschlussvorlage Nr. 2009/AfR/004-03 für die Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2009 hervor (Suchräume 34 und 35).

Kernstück der Umweltprüfung, die im Rahmen der RROP-Aufstellung erfolgt, ist der Umweltbericht, der als Bestandteil der Entwurfsunterlagen das Beteiligungsverfahren durchläuft und in der Abwägung mit zu berücksichtigen ist. Inhaltlich sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Der Entwurf des Umweltberichts, der dem Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 03.09.2009 vorlag, enthielt einen Fehler bei der Beschreibung der Lage des des Plangebiets in Husum (Ziffer 2.2.12) und der für das Gebiet relevanten Umweltziele, und zwar: "...Beide Gebiete grenzen im Süden an den Naturpark "Steinhuder Meer"…". Dies ist falsch. Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks. Dieser Fehler wurde vor Beginn des Beteiligungsverfahrens korrigiert und ist in die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen eingeflossen. Die Gesamtbewertung, dass sich das Gebiet unter Umweltgesichtspunkten mit Einschränkungen für die Windenergienutzung eignet, hat sich dadurch nicht geändert.

Hinweis Naturpark: Ähnlich wie sehr großflächigen Landschaftsschutzgebieten kommt dem Naturpark zwar ein hohes Gewicht in der Abwägung zu, aufgrund des landkreisweit sehr hohen Flächenanteils des Naturparks wird jedoch kein genereller Ausschluss für Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Eine Festlegung von Vorranggebieten kann jedoch nur in landschaftlich geringwertigen, bereits vorbelasteten Teilräumen erwogen werden, soweit zugleich keine erhebliche Beeinträchtigung benachbarter hochwertiger Teilräume erfolgt. Beides trifft für den Vorschlagsstandort Husum (Gebiet 12) zu. Maßgeblich ist die bestehende erhebliche Vorbelastung u. a. durch Rohstoffabbau, Deponie, Funkmast, vierspurige Straße. Aufgrund der angrenzenden großflächigen Waldgebiete sind zudem keine belastenden Auswirkungen auf die angrenzenden Naturparkflächen zu erwarten.

Hinweis Avifauna: Zur Erhärtung der Vorkommen von durch WEA gefährdeter planungsrelevanter Vogelarten wurde 2010 eine ergänzende selektive Brutvogelkartierung durchgeführt. Deren Ergebnisse bei der Festlegung der Vorschlagskulisse bzw.im Rahmen der Umweltprüfung einbezogen werden.

Hinweis zu den NLT-Empfehlungen: Bei den Schutzabständen des NLT handelt es sich um pauschalierte und vorsorgeorientierte Empfehlungen, die keine rechtlich bindenden Grenzabstände im Sinne eines generellen Ausschlusses entfalten. Vielmehr sind diese Empfehlungen auf Ebene der Regionalplanung in Verbindung mit der räumlichen und ökologischen Gesamtsituation sowie möglicherweise vorhandener Vorbelastungen und raumstrukturellen Besonderheiten sowie im Lichte artspezifischer Risiken in eine einzelfallbezogene Abwägung einzustellen. Eine pauschale Verwendung der empfohlenen Schutzabstände würde den Detailanforderungen an die raumordnerische Abwägung und jenen Ziele des RROP, die Rechtsfolgen i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen sollen, nicht gerecht werden.

Hinweis Straßen: Die Sicherheitsabstände sollen auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass der Landkreis Nienburg/Weser als Träger der Regionalplanung nicht gehalten ist, die konkreten Auswirkungen wie z. B. Immissionen möglicherweise entstehender Windenergieanlagen gleichsam vorhabenbezogen zu untersuchen. Diese Fragen sind im Genehmigungsverfahren zu klären. Vielmehr reicht es aus, dass er unter raumstrukturellen und raumfunktionellen Aspekten eine Letztentscheidung trifft, in die alle insoweit relevanten Belange unter Vorsorgegesichtspunkten einfließen (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 189).

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 2	Stadt Rehburg-Loccum	**156**

Folgende Abwägungsfehler sind festzustellen:

Als Mindestabstand zu der das potenzielle Vorranggebiet tangierenden Bundesstraße 441 wurden 180 m (entsprechend der einfachen Kipphöhe) als Ausschlusskriterium berücksichtigt. Diese Abstandsbemessung entspricht nicht der in Niedersachsen geltenden Rechtslage. Auf der Grundlage des § 96 NBauO wurden durch das Nieders. Sozialministerium am 12.06.2009 (Nds.MBl. 2009, S. 651) per Runderlass technische Regeln als "Technische Baubestimmungen" bekannt gemacht, wobei die Liste der "Technischen Baubestimmungen" - Fassung Juni 2009 - die Liste der Fassung Mai 2008 ersetzt hat. Die Liste der "Technischen Baubestimmungen" - Fassung Juni 2009 - enthält technische Regeln für die Planung, Bemessung und Konstruktion baulicher Anlagen und ihrer Teile. Technische Baubestimmungen sind allgemein verbindlich. Unter der aufgeführten Ziffer 2.7.12 ist die Richtlinie "Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitesnachweise für Turm und Gründung" aufgeführt. Diese Richtlinie ist im Niedersächsische Ministerialblatt 2005, S 442 ff veröffentlicht. Die Liste der "Technischen Baubestimmungen" enthält Hinweise zur Anwendung der Richtlinie. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Ziffer 2 zu legen. Danach sind Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfs unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen zu Verkehrswegen und Gebäuden einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Konkret heißt dies für den vorliegenden Fall, daß wegen der Gefahr des Eisabwurfs in nicht besonders eisgefährdeten Regionen ein Abstand größer 1,5 x (Rotordurchmesser + Nabenhöhe) zu beachten und von vornherein einzuplanen ist. Dies ist nicht geschehen. Bei Berücksichtigung dieser Vorgabe wäre das Vorranggebiet deutlich kleiner (siehe Abbildung unten).

- Der den südlichen Bereich des potenziellen Vorranggebietes in Ost-West-Richtung querende und auf die B 441 einmündende Wirtschaftsweg ist hinsichtlich eines notwendigen Abstandes überhaupt nicht berücksichtigt worden. Dieser hätte aber mindestens als Abwägungskriterium Berücksichtigung finden müssen, weil es sich, wie oben bereits dargestellt, um die im RROP 2003 in der Begründung dargestellte potenzielle Ortsumgehungstrasse für Loccum und weitere Ortsteile der Stadt handelt.

Durch die Ausweisung des Vorranggebietes würde die Realisierung der Ortsumgehung im ausgewiesenen Suchraum unmöglich, weil ja wiederum entsprechende Abstände zwischen Straße und Windenergie-Vorranggebiet zu berücksichtigen wären. Dieses abwägungserhebliche Kriterium ist fehlerhaft nicht in die Abwägung eingeflossen.

Wäre auch diese Abstandvorgabe berücksichtigt worden, so ergäbe sich ein abermals deutlich verkleinertes Gebiet, welches im Folgenden an den relevanten Abwägungskriterien zu messen gewesen wäre (s. nachfolgende Abbildung).

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

Für eine mögliche Ortsumgehung der B 441 sind im RROP Suchräume dargestellt worden (Begründung zu Ziel D 3.6.3 06 Abs. 3 RROP), für die noch keine konkreten Planungen seitens der Stadt Rehburg-Loccum bzw. der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vorgelegt worden sind. Solange keine konkreter Trassenverlauf festeht, kann sie in der Zeichnerischen Darstellung des RROP nicht berücksichtigt werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 4	Gemeinde Stolzenau	**114**

Der Entwurf zur Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms enthält u.a. Abstandsregelungen zu klassifizierten Straßen, die über die gesetzlich vorgeschriebenen Abstandsregelungen hinausgehen. Danach soll ein Bereich von 180 Metern (Fallhöhe) von einer Bebauung mit Windenergieanlagen frei bleiben. Dieser Abstand ist gesetzlich nicht festgelegt, entspricht aber der Fallhöhe von Windenergieanlagen.

Diese Abstandregelung ist willkürlich und rechtlich nicht vertretbar. Die Gemeindeverbindungsstraße zwischen der Ortschaft Anemolter und dem Flecken Steyerberg sowie zwischen der Gemeinde Landesbergen und der Ortschaft Anemolter ist eine

vielbefahrene Querverbindung. Es ist nicht ersichtlich, warum eine Gefährdung von Windenergieanlagen zu klassifizierten Straßen bestehen soll, diese Gefährdung aber bei hoch frequentierten Gemeindeverbindungsstraßen wie z.B. die von Landesbergen bis Anemolter und von Anemolter bis Steyerberg nicht bestehen soll. Entweder sind die Windenergieanlagen sicher, dann wird ein Abstand nicht benötigt oder sie sind es nicht, dann muss auch ein Abstand zu Straßen mit hoher Frequenz hergestellt werden. Es sollte Gleichbehandlung bei derartigen Straßenverbindungen hergestellt werden.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Büro UMP	**197**

Es wird angeregt, den Abstand zu Hochspannungsleitungen zu verringern. Wie in der Begründung zur RROP-Teiländerung dargelegt, sollte der Abstand zu Freileitungen ohne Schwingungsdämpfer größer als der dreifache Rotordurchmesser sein, bei Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen mehr als ein Rotordurchmesser. Um das Vorranggebiet optimal nutzen zu können, sollte deshalb für Windkraftanlagen, deren Rotordurchmesser kleiner ist als der der Referenzanlage, eine nähere Aufstellung zu Hochspannungsleitungen ermöglicht werden. Der Abstand von 100 m zu Hochspannungsleitungen ist deshalb ausreichend, da die endgültigen Standorte der Windkraftanlagen erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren festgelegt werden. Auf dieser Basis wurden auch die bestehenden Windkraftanlagen in einem geringeren Abstand als 180 m zu Hochspannungsleitung genehmigt.

Zur Festschreibung der bestehenden Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Landesbergen sollte Abstand zur Hochspannungsleitung auf 100 m verringert werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes wird jedoch auf die nachfolgende Planungsebene verlagert. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinden Estorf und Landesbergen	**179**

2. Ortsumgehung:

Es soll ein ausreichend breiter Korridor parallel an der Ostseite der Bahnstrecke Minden-Rotenburg zur möglichen Verlegung der B 215 zwischen Nienburg (Südring) und Leese im RROP festgesetzt und damit von Windenergieanlagen frei gehalten werden. Dieser Korridor soll ermöglichen, eine evtl. Ortsumgehung von Leese bis nach Nienburg realisieren zu können. Dabei ist zudem zu berücksichtigen, dass für die genannte Bahnstrecke ein zweites Gleis vorgesehen ist, welches im aktuellen Bundesverkehrswegebedarfsplan im vordringlichen Bedarf eingestuft ist.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Dieser Hinweis kann im Rahmen des Änderungsverfahrens nur dann berücksichtigt werden, wenn eine hinreichend konkrete Trassenplanung - z. B. in Form einer Landesplanerischen Festellung als Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens oder ggf. in Form einer Flächennutzungsplandarstellung- vorliegt. Bislang liegen dem Landkreis Nienburg/Weser keine konkreten Trassenplanungen vor.

Die Verwaltung geht davon aus, dass auf Grund zu erwartender Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist. Der Samtgemeinde Landesbergen wird empfohlen, im weiteren Verfahren konkrete Planungen der Ortsumgehung vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen	**177**

Von elementarer Bedeutung für die betroffenen Mitgliedsgemeinden ist weiterhin eine Verlegung der B 215, die derzeit vier Ortslagen von Mitgliedsgemeinden durchtrennt. Hier ist die Samtgemeinde Landesbergen der Auffassung, dass hier ebenfalls in der derzeit bearbeiteten Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes neben der Ausweisung von Windenergieflächen, bei deren Ausweisung bereits ein entsprechender Korridor berücksichtigt werden muss und zusätzlich auch als solcher in das Raumordnungsprogramm aufgenommen werden soll.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Dieser Hinweis kann im Rahmen des Änderungsverfahrens nur dann berücksichtigt werden, wenn eine hinreichend konkrete Trassenplanung - z. B. in Form einer Landesplanerischen Festellung als Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens oder ggf. in Form einer Flächennutzungsplandarstellung- vorliegt. Bislang liegen dem Landkreis Nienburg/Weser keine konkreten Trassenplanungen vor.

Die Verwaltung geht davon aus, dass auf Grund zu erwartender Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist. Der Samtgemeinde Landesbergen wird empfohlen, im weiteren Verfahren konkrete Planungen der Ortsumgehung vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen und Gemeinde Landesbergen	**190**

2. Zur Festschreibung der bestehenden Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Landesbergen kann der Abstand zur Hochspannungsleitung auf 100 m verringert werden.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 8	Samtgemeinde Landesbergen, Gemeinde Husum	**186**

b) die Sicherheitsabstände für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (180 m) auch für alle Gemeinde- und Gemeindeverbindungsstraßen angewendet werden, um insbesondere den Schul- und Kindergartenverkehr von und nach Bolsehle gleichermaßen vor möglichen Gefahren zu schützen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes wird jedoch auf die nachfolgende Planungsebene verlagert. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP wird entsprechend geändert.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 9	Samtgemeinde Liebenau, Gemeinde Binnen	**215**

Des Weiteren soll der Abstand der Windkraftanlagen zu den Gemeindeverbindungsstraßen Glissen- Liebenau und Glissen-Bühren mindestens der Höhe der Windräder entsprechen,

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes wird jedoch auf die nachfolgende Planungsebene verlagert. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP wird entsprechend geändert.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**970**

Die das Gebiet durchschneidende Richtfunktrasse hat bei der Bemessung und Abgrenzung des Vorrangstandortes keine Relevanz erfahren.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die im Landkreis Nienburg/Weser geschützten Richtfunkstrecken der Feuerwehr sind in die Planung eingeflossen. Richtfunkstrecken stellen kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung dar und werden daher als Abwägungskriterium in die Planung eingestellt. Beeinträchtigungen der Funkübertragung durch WEA - insbesondere der geschützten Strecken - sind aber auf jeden Fall zu vermeiden. Die Bundesnetzagentur weist mit Schreiben vom 05.10.2009 darauf hin, dass der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt und deshalb Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend sein können. Die Belange der Richtfunkbetreiber sind daher standortbezogen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen. Das Plangebiet wird laut damaligen Stand von zwei ungeschützten Richtfunkstrecken berührt. Bei den Betreiber handelt es sich um die E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG und die E.ON Netz GmbH, die beteiligt wurden, jedoch keine Stellungnahme

abgegeben haben.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 10	Samtgemeinde Marklohe und Mitgliedsgemeinden Balge, Marklohe, Wietzen	**975**

Die südliche Teilfläche des Vorrangstandortes WE 07 greift in ihrer nördlichen Abgrenzung zunächst den Abstand von 180 m zur Straßeneigentumsgrenze der Bundesstraßen 6/214 auf. Die östliche Grenze wird durch die Abgrenzung eines Rohstoffsicherungsgebietes gebildet. Hieraus ergibt sich eine etwas kurios wirkende Abgrenzung des Vorranggebietes. Ob die Raumplanung auf der Grundlage des gewählten Maßstabes hier eine solche Detailschärfe entwickeln sollte, darf sicherlich hinterfragt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**168**

Es wird angeregt, den Abstand zu Hochspannungsleitungen zu verringern. Wie in der Begründung zur RROP-Teiländerung dargelegt, sollte der Abstand zu Freileitungen ohne Schwingungsdämpfer größer als der dreifache Rotordurchmesser sein, bei Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen mehr als ein Rotordurchmesser. Um das Vorranggebiet optimal nutzen zu können, sollte deshalb für Windkraftanlagen, deren Rotordurchmesser kleiner ist als der der Referenzanlage, eine nähere Aufstellung zu Hochspannungsleitungen ermöglicht werden. Der Abstand von 100 m zu Hochspannungsleitungen ist deshalb ausreichend, da die endgültigen Standorte der Windkraftanlagen erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Diese Verringerung des Abstandes würde dazu führen, dass im Vorranggebiet Glissen/Westenfeld die Standorte von drei der bisher errichteten Windkraftanlagen in das Vorranggebiet integriert werden würden. Da das Vorranggebiet zum Schutz der Wohnbebauung im Außenbereich (s. Pkt. 1 der Stellungnahme) im Westen verkleinert werden sollte, könnte diese Reduzierung durch die Erweiterung im Osten und Süden abgepuffert werden. Benachbarte Wohnbebauung würde durch eine Erweiterung der Vorrangfläche hin zu den Hochspannungsleitungen nicht in ihrem Schutzbereich beeinträchtigt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID

Nr. 12	Samtgemeinde Uchte	**169**

Als Abstand zu nicht elektrifizierten Bahnstrecken wird die Kipphöhe des Prototyps mit 180 m angesetzt. Durch dieses Kriterium wird das Vorranggebiet Lohhof im Norden begrenzt. Da es sich bei der Bahnlinie um eine Trasse handelt, die nur noch von der Museumseisenbahn genutzt wird, sollte hier das Kriterium ausgesetzt werden.

Durch die Festlegung des Abstandes zur Bebauung von Lohhof auf 500 wird der Anwendungsbereich des Kriteriums ‚Abstand zu nicht elektrifizierten Bahnstrecken' nur noch im äußersten Nordwesten des Vorranggebietes in einem kleinen Abschnitt herangezogen. Es wird angeregt, hierauf zu verzichten und die Grenzen der Vorrangfläche in diesem Bereich aus dem Schnittpunkt des Schutzbereiches der Wohnbebauung und des Schutzbereiches der Straße festzulegen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Museumsbahnstrecke soll im Rahmen der Überarbeitung des Entwurfs nicht mehr als Ausschlusskriterium mit einem Abstandspuffer von 180 m zugrunde gelegt werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 22	Bundesministerium der Verteidigung	**345**

Im Planungsgebiet verläuft die Produktenfernleitung Bramsche - Hodenhagen, in der Kraftstoffe der höchsten Gefahrenklasse für militärische Zwecke transportiert werden. Diese Fernleitung wird im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland durch die Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH (FBG) betrieben. Die durch die FBG gegenüber dem Landkreis Nienburg/Weser abgegebene Stellungnahme mit Hinweisen und Auflagen zum Schutz der Leitung füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannte Produktfernleitung ist im Rahmen der Bauleitplanung und standortbezogen im Genehmigungsverfahren für einzelne WEA zu berücksichtigen. Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung. Die Wehrbereichsverwaltung Nord ist in den Folgeverfahren zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 30	Wehrbereichsverwaltung Nord	**417**

In der Produktenfernleitung werden Kraftstoffe der höchsten Gefahrenklasse für militärische Zwecke transportiert. Sie ist dem besonderen Schutz des § 109e des StGB (Wehrmittelbeschädigung) unterstellt. Beschädigungen können erhebliche Folgeschäden (Personen-, Vermögens- und Sachschäden, insbesondere Grundwasserverunreinigungen) auslösen.

Zu Wartungs- und Reparaturzwecken sowie zur Verhinderung einer Gefährdung durch äußere Einflüsse ist die Fernleitung in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit auf den einzelnen Grundstücken dinglich durch einen 10 m breiten Schutzstreifen gesichert, dessen Mitte mit der Rohrachse in der Regel übereinstimmt. In diesem Schutzstreifen dürfen keine Bauwerke errichtet werden und sind alle Massnahmen zu unterlassen, die den Bestand, den Betrieb und die Unterhaltung der Produktenfernleitung beeinträchtigen oder gefährden könnten.

Die Nutzung sowie Inanspruchnahme des Schutzstreifens - ebenso alle Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Produktenfernleitung und Veränderung vertraglicher Regelungen haben können - bedürfen unserer Prüfung und Stellungnahme sowie der vorherigen Zustimmung der WBV und (ggf.) des Abschlusses eines Gestattungsvertrages/Verwaltungsvereinbarung. Die vertraglichen Angelegenheiten sind vom Veranlasser mit der WBV rechtzeitig vor Arbeitsbeginn abzuschließen. Ohne Zustimmung und abgeschlossenen Vertrag sind Arbeiten im Schutzstreifen der Leitung nicht gestattet.

Hierzu haben wir eine Mehrfertigung Ihrer Antragstellung und unserer technischen Stellungnahme der WBV zur Kenntnis und weiteren Veranlassung zugesandt.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Wehrbereichsverwaltung haben wir aus betrieblicher Sicht dann keine Einwände gegen das geplante Vorhabens wenn sichergestellt ist, dass die nachfolgend aufgeführten Hinweise und Auflagen zur Gewährleistung der Sicherheit der Produktenfernleitung, beachtet und eingehalten werden:

- der dinglich gesicherte Schutzstreifen entsprechend den technischen Regeln von Erdbauarbeiten, Bäumen und sonstigem tiefwurzelndem Bewuchs freigehalten wird,

- der ungehinderte Zugang zur Rohrleitungstrasse gewährleistet wird und Rohrreparaturen, Wartungsarbeiten, Messungen sowie die behördlich vorgeschriebenen Kontrollgänge und Hubschrauberbefliegungen ungehindert durchgeführt werden

können,

- alle weiteren den Schutzstreifen berührenden Planungen frühzeitig zwischen den beteiligten Stellen abgestimmt werden, da ggf. besondere Sicherheitsmaßnahmen zu treffen sind. Dies gilt insbesondere für die Ausweisung von Flächen zur Rohstoffgewinnung sowie für Windenergieanlagen (WEA), für die vergrößerte Schutzabstände vorzusehen sind.

- die „Hinweise für Arbeiten Im Schutzstreifen" beachtet werden,

(den Erhalt dieser Hinweise hat der Landkreis Nienburg/Weser mit Datum 10.09.2007 bestätigt)

- im Besonderen folgende Anregungen und Hinweise hinsichtlich der Erarbeitung des Entwurfs der Teiländerung „Windenergienutzung" zu beachten sind:

Gegen eine Aufstellung von WEA im Nahbereich der Kraftstoffrohrfernleitung ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen für die Leitung bestehen sicherheitstechnische Bedenken.

Die unmittelbare Nähe von WEA ohne Sicherungsmaßnahmen würde eine permanente, schwere Gefahr für die zu schützenden Rechtsgüter „Mensch, Tier, Umwelt" darstellen.

Die bei WEA zu fordernden Mindestabstände sind abhängig von der technischen Auslegung der jeweiligen Anlagen und sind wie folgt zu berechnen: Nabenhöhe plus 1/2 Rotordurchmesser plus Schutzstreifenabstand. Dieser zu berücksichtigende Mindestabstand kann bei den heutigen WEA ohne weiteres auch über 150 m betragen.

Bei den Einmessungen zu WEA ist der jeweils zu ermittelnde Mindestabstand durch eine genaue Lagebestimmung der Fernleitung in der Örtlichkeit sicherzustellen.

Ist der vorgenannte Sicherheitsabstand nicht einzuhalten, werden zum Schutz der Leitung Sicherungsmaßnahmen erforderlich. Mögliche Sicherungsmaßnahmen, die eine Näherung unter den Mindestabstand ermöglichen würden, müssten in Art und Umfang separat durch einen Gutachter ausführlich geprüft und festgelegt werden.

Hierzu gibt es keine allgemein gültigen Erfahrungswerte, auf die zurückgegriffen werden kann. Bei den zu untersuchenden Grenz- und Sicherungsbetrachtungen wären nicht nur die Möglichkeiten umstürzender und umherfliegender Teile zu bewerten, sondern auch die Beeinflussung von Schwingungen sowie die geologischen Eigenschaften des Planstandortes (z.B. Moorboden). Für eine diese Beeinflussungskomponenten berücksichtigende Begutachtung wären voraussichtlich Gutachterkosten im fünfstelligen Bereich zu veranschlagen. Hinzu kämen die daraus resultierenden Sicherungsmaßnahmen.

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen ist im weiteren sicherzustellen dass:

- etwaige Erschließungsarbeiten (z.B. Kabelkreuzungen, Zufahrtsstraßen, Verbreiterung bzw. Verstärkung von Straßen), die den Schutzstreifenbereich der Fernleitung kreuzen oder berühren uns frühzeitig zur Genehmigung anzuzeigen sind. Dies ist ebenso erforderlich für Schwerlasttransporte, durch die die zulässige Verkehrsbelastung beim Überfahren der Leitung - auf nicht entsprechend verkehrsmäßig ausgelegten Wegen - überschritten werden würde. Ggf. ist es erforderlich, zu den vg. Maßnahmen ein Sachverständigengutachten durch den TÜV einzuleiten.

- während der Bauausführung der Schutzstreifenbereich an ungesicherter Stelle von zusätzlichen Belastungen, z.B. Überfahren mit schwerem Baugerät, Lagerung von Baumaterial oder Bodenaushub freizuhalten ist,

- Arbeiten im Schutzstreifen nur unter der Beachtung der bekannten „Hinweise für Arbeiten im Schutzstreifen" durchgeführt werden dürfen,

Wir weisen darauf hin, dass Kosten zu erforderlichen Leitungssicherungs- und Anpassungsmaßnahmen - sofern keine anderslautenden vertraglichen Regelungen bestehen - vom Veranlasser zu tragen sind.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannte Produktfernleitung ist im Rahmen der Bauleitplanung und standortbezogen im Genehmigungsverfahren für einzelne WEA zu berücksichtigen. Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung. Die Wehrbereichsverwaltung Nord ist in den Folgeverfahren zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	**130**

...aus Sicht des Fachbereiches Bergaufsicht Meppen geben wir zu o.g. Vorhaben noch folgende Ergänzung:

Im Bereich des Planungsgebietes für Windenergieanlagen befinden sich erdverlegte Erdgashochdruckleitungen der

ExxonMobil Production Deutschland GmbH...

Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG...

Erdgas Münster GmbH ...

sowie eine Erdölleitung der Hannoversche Erdölleitungs GmbH...

Um einen sicheren Betrieb der Leitungen zu gewährleisten, müssen Windenergieanlagen außerhalb eines Sicherheitsabstandes zu diesen errichtet werden. Dieser ergibt sich aus der anliegenden Tabelle.

Dieser Mindestabstand setzt voraus, dass die Windenergieanlagen entsprechend dem Stand der Technik geplant, errichtet und betrieben werden und die Belastungen der Windenergieanlagen statisch und dynamisch bestimmt wurden.

Bei Unterschreitung des in der Tabelle genannten Mindestabstandes ist ein erneuter Nachweis vom Betreiber der WEA erforderlich, dass auch ein Versagen von Maschinenkomponenten (z. B. Abriss eines Rotorblattes oder Teilen davon) kein inakzeptables Risiko für den Betrieb der Leitung darstellt. Eine Risikominimierung kann ggf. durch geeignete technische Maßnahmen erfolgen. In diesen Fällen ist die Bergbehörde erneut zu beteiligen, da auch nicht auszuschließen ist, dass Abstimmungen zwischen dem Betreiber der WEA und dem Betreiber der Leitung notwendig werden können.

Anlage "Mindestabstand zur Windenergieanlage"

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die erwähnten Firmen sind im Rahmen der Teiländerung des RROP beteiligt worden und sind in auch in den Folgeverfahren - sofern betroffen - zu beteiligen. Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung für WEA.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)	**10**

...aus Sicht des Fachbereiches Bergaufsicht Meppen wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:

Bei der Standortplanung von Windenergieanlagen sind bergbauliche Einrichtungen, insbesondere Erdgasleitungen und -bohrungen, zu berücksichtigen. Um einen sicheren Betrieb dieser Einrichtungen zu gewährleisten, müssen Windenergieanlagen außerhalb eines Sicherheitsabstandes zu diesen errichtet werden (siehe nachfolgende Tabellen). Dieser Mindestabstand setzt voraus, dass die Windenergieanlagen entsprechend dem Stand der Technik geplant, errichtet und betrieben werden und die Belastungen der Windenergieanlagen statisch und dynamisch bestimmt wurden.

Nachdem eine Vorauswahl für die Standorte der Windenergieanlagen getroffen wurde, bitten wir das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie erneut zu beteiligen.

Anlage "Mindestabstand zur Windenergieanlage"

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Bergbauliche Einrichtungen sind im Rahmen der Bauleitplanung und standortbezogen im Genehmigungsverfahren für einzelne WEA zu berücksichtigen und die entsprechenden Betreiber zu beteiligen (siehe ID 130). Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung für WEA.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie wird im weiteren Verfahren beteiligt.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 42	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Geschäftsbereich Nienburg -	**426**

Die im Änderungsentwurf „Windenergienutzung" des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2003 dargestellten Vorranggebiete 01 - 17 liegen in Teilbereichen ca. 180 m, ansonsten mehr von überörtlichen Verkehrsstraßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) entfernt.

Die äußere verkehrliche Erschließung der ausgewiesenen Vorranggebiete bzw. geplanter sowie bereits vorhandener Windenergieanlagen in den Gebieten ist über das vorhandene Gemeindestraßennetz sicherzustellen.

Sofern betreffende Gemeindestraßen mit Anschluss an überörtliche Verkehrsstraßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) ausgebaut werden, sind für die Einmündungsbereiche im Zuge der überörtlichen Verkehrsstraßen vor Baubeginn entsprechende Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gemeinden als Baulastträger der Gemeindestraßen und dem Geschäftsbereich Nienburg der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr als Baulastträger der Bundes- und Landesstraßen bzw. dem Landkreis Nienburg/Weser als Baulastträger der Kreisstraßen abzuschließen.

Direkte Zufahrten zu den überörtlichen Verkehrsstraßen zur Erschließung von Windenergieanlagen sind gemäß § 9 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bzw. § 24 des Nieders. Straßengesetzes (NStrG) nicht zulässig.

Gemäß § 9 FStrG gelten innerhalb bestimmter Entfernungen zu Bundesautobahnen und Bundesstraßen Anbauverbote und Anbaubeschränkungen. Bei Landes- und Kreisstraßen ist der § 24 NStrG maßgebend.

Die Bauverbots- und Baubeschränkungszonen werden jedoch den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen durch

Windenergieanlagen nicht gerecht. Unter bestimmten klimatischen Bedingungen kann eine Rotorblattvereisung erfolgen, wobei sich auch bei abgeschalteten Anlagen eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit durch sich ablösende Eisstücke ergeben kann.

Zur Behebung solcher Gefahrensituation hat das Deutsche Institut für Bautechnik in der „Richtlinie für Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung" (Fassung März 2004) empfohlen, einen Mindestabstand von 1,5x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) in nicht besonders eisgefährdeten Regionen einzuhalten.

Somit ergibt sich für die als Prototyp gewählte, auf Seite 3 des Begründungsentwurfes dargestellte Windenergieanlage des Typs ENERCON E-112 mit einem Rotordurchmesser von 114 m und einer Nabenhöhe von 124 m ein einzuhaltender Mindestabstand von 357 m (1,5 x 114 m + 124 m) zur überörtlichen Verkehrsstraße.

Bei kleineren Windenergieanlagen verringert sich der Abstand dementsprechend.

Diesbezüglich verweise ich auf die, gemäß § 96 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) seitens des Niedersächsischen Sozialministeriums am 12.6.2009 (Nds. MBS. 2009 Nr. 29, S. 651) per Runderlass bekannt gemachte „Liste der Technischen Baubestimmungen" - Fassung Juni 2009. Sie enthält technische Regeln für die Planung, Bemessung und Konstruktion baulicher Anlagen und ihrer Teile. Unter der aufgeführten Ziffer 2.7.12 ist die Richtlinie „Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung" aufgeführt. Diese Richtlinie ist im Niedersächsischen Ministerialblatt 2005, Nr. 21, S. 442ff, veröffentlicht.

Die Liste der Technischen Baubestimmungen enthält Hinweise zur Anwendung der Richtlinie. Gemäß Ziffer 2 (Anlage 2.7/10) sind Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfs unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen zu Verkehrswegen und Gebäuden einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist.

Diese Regelungen sind allgemein verbindlich und müssen daher von der genehmigenden Behörde berücksichtigt werden.

Es ist daher erforderlich, die im Begründungsentwurf auf Seite 9, Pkt. 4.3.1, unter Nr. 3 Bundes-, Landes- und Kreisstraßen erwähnte Pufferzone von 180 m (Kipphöhe der WEA) auf den Abstand > 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe)] zu erhöhen.

Das gleiche gilt für den Pkt. 4.3.1.1.3, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen auf Seite 12 des Begründungsentwurfes.

Des Weiteren darf der Straßenverkehr auf den überörtlichen Verkehrsstraßen durch evtl. auftretenden Rotorschattenwurf der Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt werden. Bei evtl. doch entstehenden Beeinträchtigungen sind die betreffenden Windenergieanlagen so anzupassen oder durch Zusatzgeräte auszustatten, dass bei Sonnenschein eine Abschaltung erfolgt.

Ansonsten bestehen gegen die Änderung des Raumordnungsprogramms keine Bedenken.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 92	Erdgas Münster	**921**

Als Anlage erhalten Sie einen Übersichtsplan in dem unsere im Planungsraum verlegten, der öffentlichen Energieversorgung dienenden HD-Erdgasleitungen dargestellt sind.

Derzeit projektieren wir keine neuen Leitungen oder Anlagen im Planungsraum.

Unsere Erdgasleitungen sind durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten rechtlich gesichert und jeweils in einem Schutzstreifen (sh. Auflistung) verlegt. Nach dem Wortlaut der zur Leitungssicherheit eingetragenen beschrankten persönlichen Dienstbarkeiten sind innerhalb des Schutzstreifens die Errichtung von Gebäuden sowie leitungsgefährdende Einwirkungen untersagt.

Speziell in Bezug auf die Planung von Vorranggebieten für Windenergienutzung ist darauf hinzuweisen, dass einzelne Anlagen in Anwendung einer Rundverfügung des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie vom 12.01.2005 außerhalb eines Sicherheitsabstandes zu unseren erdverlegten HD-Erdgasleitungen errichtet werden müssen. Dieser beträgt in der Regel 25 m, bei größeren Windenergieanlagen (Nabenhöhe > 120 m, Leistung > 2000 kW) mindestens 30 m. Bei sogenannten Sauergasanlagen, die schwefelwasserstoffhaltiges Erdgas transportieren, sind - ebenfalls in Abhängigkeit der Anlagengröße - größere Sicherheitsabstände notwendig (sh. Anlage). Die Sauergasleitungen sind im Übersichtsplan rot

dargestellt.

Zu unseren obertägigen Anlagen (Erdgasstationen und dgl.) sollte der Abstand die Kipphöhe +10 % der Windkraftanlagen nicht unterschreiten.

Abschließend bitten wir, unsere vorhandenen Anlagen bei Ihrer Planung zu berücksichtigen und uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Erdgasleitungen und Erdgasstationen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. erforderliche Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 92	Erdgas Münster GmbH	**926**

Als Anlage erhalten sie Übersichtspläne M 1: 300.000, M 1: 25.000 und M 1: 5.000, in denen unsere im Planungsraum verlegten, der öffentlichen Energieversorgung dienenden HD- Erdgasleitungen durch einen roten durchgezogenen Strich dargestellt sind.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 20.11.2007, die wir in Kopie beifügen.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen und stehen ihnen für Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Erdgas Münster GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 95	ExxonMobil Production Deutschland GmbH	**18**

...die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Leitungsnetzes und der Untergrundspeicher der BEB Erdgas und Erdöl GmbH (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und der Norddeutsche Erdgas-Aufbereitungs-Gesellschaft (NEAG) wahr.

Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB, der MEEG und der NEAG und danken Ihnen für die Beteiligung in der o.a. Angelegenheit. Anbei senden wir Ihnen die uns überlassenen Unterlagen zurück und nehmen wie folgt Stellung:

Im Bereich des Regionalen Raumordnungprogramms befinden sich diverse Anlagen der von uns vertretenen Unternehmen (siehe beigefügte Übersichtspläne).

Wir können allerdings erst detaillierte Aussagen treffen, wenn uns konkrete Planungen / Baumaßnahmen angezeigt werden.

Vorab allgemeine Hinweise:

Die verfüllten Bohrungen haben einen Schutzbereich mit einem Radius von 5 m, der nicht überbaut oder abgegraben werden darf.

Wir weisen darauf hin, dass unsere Angaben/Planeintragungen zur unverbindlichen Vorinformation erfolgen. Die Angaben über Lage, Deckung und Verlauf der o.g. BEB/MEEG-Anlagen(en) sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie in der Örtlichkeit durch einen Beauftragten der EMPG bestätigt werden.

An der/den Leitung(en) befinden sich Schilderpfähle mit Messanschlüssen zur Messung des Rohr- /Bodenpotenzials.

Im Schutzstreifenbereich bestehen ein grundsätzliches Bauverbot und ein Verbot sonstiger leitungsgefährdender Maßnahmen. Dazu zählen auch das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie das Setzen von tiefwurzelnden Pflanzen.

Aus Sicherheitsgründen ist es unbedingt erforderlich, rechtzeitig, spätestens jedoch 5 Tage vor Beginn jeglicher Maßnahmen im Leitungsschutzstreifenbereich Kontakt zu folgendem Überwachungsbetrieb aufzunehmen...

Wir weisen darauf hin, dass die genaue Lage / Höhenlage der Leitung(en) / Begleitkabel vor Beginn der Detailplanung zu ermitteln ist. Hierzu ist es erforderlich, mit dem zuständigen EMPG- Betrieb rechtzeitig (5 Tage vorher) einen Termin zu vereinbaren.

Tiefbau- und Dränagearbeiten mit Maschineneinsatz im Schutzstreifen der Leitungen werden von unserem Überwachungsbetrieb ständig beaufsichtigt.

Unsere Leitungen sind in einem Schutzstreifen verlegt. Der gesamte Schutzstreifen der Leitungen ist als Bauverbotszone auszuweisen, so dass zur Gewährleistung der Sicherheit und zu Reparaturzwecken eine jederzeitige Befahrung möglich ist. Leitungs- bzw. anlagengefährdende Einwirkungen sind im Schutzstreifen untersagt.

Es muss der freie Zugang zu unseren Anlagen (auch während der Bauphase) gewährleistet sein. Eventuell erforderliche Überfahrten sind in Abstimmung mit unserem o.g. Betrieb festzulegen und durch geeignete Maßnahmen zu sichern.

Durch den Bau und Betrieb der Windkraftanlage kann es zu erheblichen Beeinträchtigungen des kathodischen Korrosionsschutzes (KKS) unserer Rohrleitungsanlagen durch Fundamente bzw. Erdungsanlagen kommen. Die Wirksamkeit des KKS ist nachträglich zu untersuchen. Ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen sind vom Vorhabensträger / Verursacher zu tragen.

Grundsätzlich ist bei Errichtung von Windkraftanlagen der Sicherheitsabstand zu Erdgas-/Erdöl- Anlagen (z.B. Erdgasleitungen und Betriebsplätze) so zu wählen, dass eine Gefährdung, zum Beispiel durch Umsturz, Gondelabwurf oder Abwurf von Rotorblättern, ausgeschlossen ist. Hierzu verweisen wir auf die Rundverfügung des Landesbergamtes Clausthal-Zellerfeld vom 12.01.2005, - in Kopie beigefügt - in der die Sicherheitsabstände für Windenergieanlagen zu Einrichtungen des Bergbaus behördlich festgelegt sind, die die Bergbehörde bei Anfragen anwendet.

Sämtliche durch den Bau und Betrieb der Windkraftanlage entstehenden Kosten sind vom Vorhabensträger/Verursacher zu tragen.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen und stehen Ihnen für Rückfragen unter 0 57 69 / 90 selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Nach unserem Kenntnisstand sind ebenfalls Anlagen der Gasunie Deutschland GmbH (Pelikanplatz 5 in 30177 Hannover) betroffen. Wir möchten Sie daher bitten - falls noch nicht geschehen - die Gasunie Deutschland GmbH ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.

Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Erdgasleitungen und Erdgasstationen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. erforderliche Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 98	Wintershall Holding AG	**19**

...Teile des Kreisgebietes werden von bergrechtlichen Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern sowie Altvertragsflächen einzelner Unternehmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (Erdöl, Erdgas) überdeckt. Wir gehen davon aus, dass die im RROP 2003 bzw. im RROP Teiländerung Windenergienutzung 2007 - sowohl in der beschreibenden Darstellung (D 3.4 Rohstoffgewinnung und D 3.5 Energie) als auch in den Erläuterungen (zu D 3.4 Rohstoffgewinnung) aufgenommen allgemeinen Hinweise auch für die Änderung „Teilabschnitt Windenergie" bestehen bleiben, da sich die nunmehr geplanten Vorranggebiete für Windenergienutzung innerhalb verschiedener Erlaubnis-/Bewilligungsfelder und Altvertragsflächen befinden.

Von unserer Seite können über zukünftige bergbauliche Vorhaben im Landkreis Nienburg keine konkreten Angaben gemacht werden; Planungen, die bei der Änderung des RROP berücksichtigt werden sollten, liegen derzeit nicht vor. Auch zu berücksichtigende Anlagen unter unserer Betriebsführung sind in den einzelnen Gebieten nicht vorhanden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Es wird darauf hingewiesen, dass das gesamte RROP des Landkreises Nienburg/Weser neu aufgestellt werden soll. Dabei wird die Wintershall Holding AG wieder beteiligt. In diesem Rahmen können bergbauliche Hinweise zu den Kapiteln "Energie" und "Rohstoffgewinnung" neu bzw. wieder aufgenommen werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 98	Wintershall Holding AG	**20**

Weiterführende Planungen und Planvorhaben - hier (aus unserer Sicht) besonders in den Vorranggebieten 04 Calle

(Erlaubnisfeld Staffhorst) und 06 Gadesbünden (Erdölaltvertragsgebiet Gadesbünden) - sind mit den im Kreisgebiet tätigen Firmen der Erdöl- und Erdgasindustrie rechtzeitig abzustimmen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die im Kreisgebiet tätigen Firmen bergbaulicher Einrichtungen sind in den Folgeverfahrenfahren zu beteiligen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu bergbaulichen Einrichtungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. erforderliche Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 98	Wintershall Holding AG	**21**

Weiterführende Planungen und Planvorhaben - hier (aus unserer Sicht) besonders in den Vorranggebieten 04 Calle (Erlaubnisfeld Staffhorst) und 06 Gadesbünden (Erdölaltvertragsgebiet Gadesbünden) - sind mit den im Kreisgebiet tätigen Firmen der Erdöl- und Erdgasindustrie rechtzeitig abzustimmen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die im Kreisgebiet tätigen Firmen bergbaulicher Einrichtungen sind in den Folgeverfahrenfahren zu beteiligen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu bergbaulichen Einrichtungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Ggf. erforderliche Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 99	WINGAS GmbH & Co. KG	**93**

...Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag des Netzbetreibers WINGAS TRANSPORT GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Versorgungsanlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Erdgashochdruckleitungen nicht betroffen sind.

Wir möchten Sie aber darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen. Die WINGAS kann nur für ihre eigenen Versorgungsanlagen Auskunft geben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 101	RWE Dea AG	**240**

...Im südwestlichen Randbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung Nr. 7 befindet sich unsere verfüllte Bohrung „Binnen 1".

Die Gauß-Krüger- Koordinaten sind R 35 07 105/ H 58 32 905.

Diese Bohrung hat nach bergrechtlichen Vorschriften einen Schutzkreis mit 5 m Radius, der nicht überbaut und nicht abgegraben werden darf.

Wir bitten daher um weitere Beteiligung am Verfahren.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Hinweis auf die verfüllte Bohrung ist im Rahmen der Folgeverfahren zu berücksichtigen und die RWE Dea AG zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 103	E.ON Netz GmbH	**928**

...die in den Entwurf der Änderung des RROP für den Landkreis Nienburg/Weser festgelegten Vorranggebiete für Windenergienutzung werden teilweise von Versorgungsanlagen unseres Unternehmens berührt.

Hochspannungsfreileitungen

- 110-kV-Leitung Wechold - Nienburg/Nord, (LH-10-1088)
- 110-kV-Leitung Wechold - Dörverden/WfC, (LH-10-1060)
- 110-kV-Leitung Sulingen - Wechold, (LH-10-1059)
- 110-kV-Leitung Wechold - Homfeld, (LH-10-1057)
- 110-kV-Leitung Bierde - Nieburg/Ost, (LH-10-1090)
- 60-kV-Leitung Abzweig Landesbergen, (LH-10-0661)

Im Zuge der Ausweisung von Vorrangstandorten zur Windenergienutzung weisen wir darauf hin, dass zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstiger Stellung und äußertem ruhenden Leiter einzuhalten sind:

Für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser.

Für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser.

Wenn sichergestellt ist dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1x Rotordurchmesser betragt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.

Zur detaillierten Bearbeitung ist uns die Lage der WindenergieanIagen (Koordinaten) sowie die Standorte mit NN-Angaben anzugeben.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden bzw. der Ausschluss "Kipphöhe" herausgenommen werden. Dieses Vorgehen hat der Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 11.11.2011 der Verwaltung empfohlen. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen). Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

Die E.ON Netz GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 103	E.ON Netz GmbH	**965**

Richtfunkstrecken

- RF 98334773 Landesbergen - Dörverden
- RF983218234 Bühren - Rodewald - Steimbke

Für unsere Richtfunkverbindung erhalten Sie folgende Gauß-Krüger-Koordinaten:...

Um die Übertragungsfahigkeit der Richtfunkverbindungen nicht zu beeinträchtigen, sind in deren Schutzzonen Höhenbeschränkungen zu beachten.

Um eine störungsfreie Funkübertragung zu gewährleisten, dürfen in die Richtfunkstrecken keine Hindernisse, wie beispielsweise bauliche Anlagen hineinragen.

Zur Sicherung einer Richtfunkverbindung bedarf es innerhalb eines Schutzbereiches von 100 in beiderseits der "optischen Sichtlinie" zwischen den Funkantennen der Funkübertragungsstellen einer Einschränkung der Bauhöhe, die in der Bauleit- und Fachplanung zu beachten ist.

Beispielhaft für die angewendeten Abstandsregelungen sind hier die Empfehlungen des Landes Niedersachsen angeführt. Sie gehen, wie alle anderen Länder Regelungen, von einer konzentrischen Anwendung aus. Das Land Niedersachsen empfiehlt für die Planung folgende Abstände:

Vorranggebiete für die Windenergienutzung sollen so geplant werden, dass zu Schutzbeanspruchenden Nutzungen folgende Abstände nicht unterschritten werden: Richtfunktürme, Sendeanlagen, Richtfunkstrecken = 100 m. Die Trassen von Richtfunkstrecken müssen von einer störenden Bebauung freigehalten werden.

Aus physikalischen Gründen gilt das auch für die sogenannte 1. Fresnel'sche Zone; dabei handelt es sich um einen gewissen Raum um den direkten Funkstrahl selbst. Hindernisse jeglicher Art, die in die Fresnelzone ragen, würden die Funkübertragung stören. Daher müssen sich alle Teile von WKA vollständig außerhalb der Fresnelzone befinden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die im Landkreis Nienburg/Weser geschützten Richtfunkstrecken der Feuerwehr sind in die Planung eingeflossen. Richtfunkstrecken stellen kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung dar und werden daher als Abwägungskriterium in die Planung eingestellt. Beeinträchtigungen der Funkübertragung durch WEA - insbesondere der geschützten Strecken - sind aber auf jeden Fall zu vermeiden. Die Bundesnetzagentur weist mit Schreiben vom 05.10.2009 darauf hin, dass der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt und deshalb Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend sein können. Die Belange der Richtfunkbetreiber sind daher standortbezogen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 103	E.ON Netz GmbH	**966**

Durch den erheblichen Zubau derartiger Anlagen für Erneuerbare Energien (Wind, Solar, Biomasse) und die damit verbundene Verpflichtungen zur Bereitstellung der erforderlichen Netzkapazität ist davon auszugehen, dass Ausbaumaßnahmen von Hochspannungsleitungen und Umspannwerke notwendig werden.

Zu Ihrer Information erhalten Sie Übersichtspläne im Maßstab 1:25000 aus denen Sie unsere Versorgungsanlagen entnehmen können.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 103	E.ON Netz GmbH	**964**

Umspannwerk

UW Wechold

Der Abstand von der äußeren Rotorblattspitze einer WEA bis zur Eingrenzung von Freiluftschaltanlagen sollte laut Empfehlung der VDEW mindestens den dreifachen Rotordurchmesser betragen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Zu Umspannwerken und anderen elektrischen Infrastrukturanlagen, die der Stromversorgung dienen, haben WEA grundsätzlich Sicherheitsabstände einzuhalten. Die Frage, wie weit eine WEA von einem Umspannwerk sein muss, ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. letztlich im Gehmigungsverfahren zu klären. Der Abstand des Entwurfgebiets VG 1 Hilgermissen zum Umspannwerk beträgt 200 m. Die nächstgelegene WEA im Windpark Hilgermissen liegt in 560 m Entfernung. Die E.ON Netz GmbH ist auf jeden Fall im Rahmen der Bauleitplanung und in Gehnemigungsverfahren für einzelne WEA im Gebiet Hilgermissen zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 105	E.ON Avacon AG	**66**

...die Anschlussmöglichkeit der Windenergieanlagen an unser Versorgungsnetz ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Zum Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms haben wir weder Einwände noch Anregungen vorzutragen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 108	Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH	**54**

Zum Vorgang verweisen wir auf den bestehenden Schriftverkehr zur Neuaufstellung des RROP 2003.

Die o.a. Produktenfernleitung durchquert das Verfahrensgebiet. Vom Entwurf zum Vorranggebiet 15 - Uchte/Lohhof- ist ein Teilstück der Pipeline betroffen. Hierzu sind im Vorfeld der Arbeiten besondere Auflagen zu beachten.

Für eine erste Übersicht und Beachtung bei Ihren weiteren Planungen, haben wir den groben Trassenverlauf der Produktenfernleitung in Ihre Planunterlagen übertragen.

Da Abweichungen zwischen Plandarstellung und tatsächlicher Lage der Produktenfernleitung nicht auszuschließen sind, ist diese Eintragung nicht bindend für den tatsächlichen Verlauf der Leitungstrasse und kann nur zur Übersicht für die weitere Bearbeitung des Planvorhabens genutzt werden.

Eigentümer und Betreiber der Fernleitungsanlage ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Wehrbereichsverwaltung Nord - Dezernat IUW 4- in Hannover (WBV), die Sie ebenfalls am Schriftverkehr beteiligt haben. Die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) ist mit der Durchführung von Aufgaben des Betriebes beauftragt.

In der Produktenfernleitung werden Kraftstoffe der höchsten Gefahrenklasse für militärische Zwecke transportiert. Sie ist dem besonderen Schutz des § 109 e des StGB (Wehrmittelbeschädigung) unterstellt. Beschädigungen können erhebliche Folgeschäden (Personen-, Vermögens- und Sachschäden, insbesondere Grundwasserverunreinigungen) auslösen.

Zu Wartungs- und Reparaturzwecken sowie zur Verhinderung einer Gefährdung durch äußere Einflüsse ist die Fernleitung in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit auf den einzelnen Grundstücken dinglich durch einen 10 m breiten Schutzstreifen gesichert, dessen Mitte mit der Rohrachse in der Regel übereinstimmt. In diesem Schutzstreifen dürfen keine Bauwerke errichtet werden und sind alle Massnahmen zu unterlassen, die den Bestand, den Betrieb und die Unterhaltung der Produktenfernleitung beeinträchtigen oder gefährden könnten.

Die Nutzung sowie Inanspruchnahme des Schutzstreifens - ebenso alle Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Produktenfernleitung und Veränderung vertraglicher Regelungen haben können - bedürfen unserer Prüfung und Stellungnahme sowie der vorherigen Zustimmung der WBV und (ggf.) des Abschlusses eines Gestattungsvertrages/Verwaltungsvereinbarung. Die vertraglichen Angelegenheiten sind vom Veranlasser mit der WBV rechtzeitig vor Arbeitsbeginn abzuschließen. Ohne Zustimmung und abgeschlossenen Vertrag sind Arbeiten im Schutzstreifen der Leitung nicht gestattet.

Hierzu haben wir eine Mehrfertigung Ihrer Antragstellung und unserer technischen Stellungnahme der WBV zur Kenntnis und weiteren Veranlassung zugesandt.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Wehrbereichsverwaltung haben wir aus betrieblicher Sicht dann keine Einwände gegen das geplante Vorhaben, wenn sichergestellt ist, dass die nachfolgend aufgeführten Hinweise und Auflagen zur Gewährleistung der Sicherheit der Produktenfernleitung, beachtet und eingehalten werden:

- der dinglich gesicherte Schutzstreifen entsprechend den technischen Regeln von Erdbauarbeiten, Bäumen und sonstigem tiefwurzelndem Bewuchs freigehalten wird,

- der ungehinderte Zugang zur Rohrleitungstrasse gewährleistet wird und Rohrreparaturen, Wartungsarbeiten, Messungen sowie die behördlich vorgeschriebenen Kontrollgänge und Hubschrauberbefliegungen ungehindert durchgeführt werden können,

- alle weiteren den Schutzstreifen berührenden Planungen frühzeitig zwischen den beteiligten Stellen abgestimmt werden, da ggf. besondere Sicherheitsmaßnahmen zu treffen sind. Dies gilt insbesondere für die Ausweisung von Flächen zur Rohstoffgewinnung sowie für Windenergieanlagen (WEA), für die vergrößerte Schutzabstände vorzusehen sind,

- die „Hinweise für Arbeiten im Schutzstreifen" beachtet werden,

(den Erhalt dieser Hinweise hat der Landkreis Nienburg/Weser mit Datum 10.09.2007 bestätigt)

- im Besonderen folgende Anregungen und Hinweise hinsichtlich der Erarbeitung des Entwurfs der Teiländerung „Windenergienutzung" zu beachten sind:

Gegen eine Aufstellung von WEA im Nahbereich der Kraftstoffrohrfernleitung ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen für die Leitung bestehen sicherheitstechnische Bedenken.

Die unmittelbare Nähe von WEA ohne Sicherungsmaßnahmen würde eine permanente, schwere Gefahr für die zu schützenden Rechtsgüter "Mensch, Tier, Umwelt" darstellen.

Die bei WEA zu fordernden Mindestabstände sind abhängig von der technischen Auslegung der jeweiligen Anlagen und sind wie folgt zu berechnen: Nabenhöhe plus 1/2 Rotordurchmesser plus Schutzstreifenabstand. Dieser zu berücksichtigende Mindestabstand kann bei den heutigen WEA ohne weiteres auch über 150 m betragen.

Bei den Einmessungen zu WEA ist der jeweils zu ermittelnde Mindestabstand durch eine genaue Lagebestimmung der Fernleitung in der Örtlichkeit sicherzustellen.

Ist der vorgenannte Sicherheitsabstand nicht einzuhalten, werden zum Schutz der Leitung Sicherungsmaßnahmen erforderlich. Mögliche Sicherungsmaßnahmen, die eine Näherung unter den Mindestabstand ermöglichen würden, müssten in Art und Umfang separat durch einen Gutachter ausführlich geprüft und festgelegt werden.

Hierzu gibt es keine allgemein gültigen Erfahrungswerte, auf die zurückgegriffen werden kann. Bei den zu untersuchenden Grenz- und Sicherungsbetrachtungen wären nicht nur die Möglichkeiten umstürzender und umherfliegender Teile zu bewerten, sondern auch die Beeinflussung von Schwingungen sowie die geologischen Eigenschaften des Planstandortes (z.B. Moorboden). Für eine diese Beeinflussungskomponenten berücksichtigende Begutachtung wären voraussichtlich Gutachterkosten im fünfstelligen Bereich zu veranschlagen. Hinzu kämen die daraus resultierenden Sicherungsmaßnahmen.

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen ist im weiteren sicherzustellen, dass:

- etwaige Erschließungsarbeiten (z.B. Kabelkreuzungen, Zufahrtsstraßen, Verbreiterung bzw. Verstärkung von Straßen), die den Schutzstreifenbereich der Fernleitung kreuzen oder berühren uns frühzeitig zur Genehmigung anzuzeigen sind. Dies ist ebenso erforderlich für Schwerlasttransporte, durch die die zulässige Verkehrsbelastung beim Überfahren der Leitung - auf nicht entsprechend verkehrsmäßig ausgelegten Wegen - überschritten werden würde. Ggf. ist es erforderlich, zu den vg. Maßnahmen ein Sachverständigengutachten durch den TÜV einzuleiten.

- während der Bauausführung der Schutzstreifenbereich an ungesicherter Stelle von zusätzlichen Belastungen, z.B. Überfahren mit schwerem Baugerät, Lagerung von Baumaterial oder Bodenaushub freizuhalten ist,

Arbeiten im Schutzstreifen nur unter der Beachtung der bekannten "Hinweise für Arbeiten im Schutzstreifen" durchgeführt werden dürfen,

Wir weisen darauf hin, dass Kosten zu erforderlichen Leitungssicherungs- und Anpassungsmaßnahmen - sofern keine anderslautenden vertraglichen Regelungen bestehen - vom Veranlasser zu tragen sind.

Anlage: Plan

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die genannte Produktfernleitung ist im Rahmen der Bauleitplanung und standortbezogen im Genehmigungsverfahren für einzelne WEA zu berücksichtigen. Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung. Die Wehrbereichsverwaltung Nord ist in den Folgeverfahren zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 110	DB Services Immobilien GmbH	**23**

...die DB Services Immobilien GmbH, als von der Deutschen Bahn AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o. g. Verfahren.

Gegen die Aufstellung/Änderung des o. g. RROP bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken.

Wir weisen vorsorglich Sie darauf hin, dass im LK Nienburg unsere Eisenbahnstrecken Wunstorf - Bremerhaven und Nienburg - Minden sowie unsere 110 kV Bahnstromleitung verlaufen.

Im Bereich der Gleisanlagen der DB AG ist die Errichtung von Windenergieanlagen nur zulässig, wenn ein Abstand von mind. 2 x Rotordurchmesser bei elektrifizierten Eisenbahnstrecken zur DB-Grenze eingehalten wird.

Sollte es durch die Windenergieanlagen zu unkontrollierten Schwingungen an den Bahnoberleitungen kommen, sind die daraus resultierenden Schutzmaßnahmen durch den Veranlasser zu tragen.

Bei Eisenbahnstrecken ohne Elektrifizierung ist der Abstand in mind. Kipphöhe erforderlich. Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.

Eine Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich der planfestgestellten 110 kV Bahnstromleitungen ist nur zulässig, wenn ein Abstand von mind. 3 x Rotordurchmesser vom WEA Turm zum äußeren Leiterseil.

Sollte dieser Abstand unterschritten werden, müssen schwingungsdämpfende Maßnahmen eingebaut werden, die Kosten

dafür hat der Veranlasser zu tragen.

Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.

Wir gehen davon aus, dass die Betriebsfähigkeit der planfestgestellten Eisenbahnanlagen durch Ihre Planungen nicht beeinträchtigt wird.

Wir bitten um weitere Beteiligung im Planverfahren.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 136	LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH	**131**

...die im Internet veröffentlichen Unterlagen zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis Nienburg/Weser Teilabschnitt Windenergie haben wir hinsichtlich der eisenbahntechnischen Belange nichtbundeseigener Eisenbahnen überprüft.

Die ausgewiesenen Voranggebiete weisen alle einen ausreichenden Abstand zu den Bahnanlagen der nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturen auf.

Aus eisenbahntechnischer Sicht bestehen keine Einwände gegen die o.g. Änderung des RROP, sofern die unter Ziffer 4.3.1 (S.9 der Begründung) genannten Mindestabstände zu den Bahnstrecken auch zukünftig eingehalten werden.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 141	Landkreis Nienburg, Fachbereich Ordnung und Verkehr Fachdienst Brandschutz und Rettungsdienst	**27**

...Es werden seitens des Fachdienstes Brandschutzt und Rettungsdienst Bedenken erhoben. Als Anlage ist die Begründung beigefügt.

Nach den vorgelegten Unterlagen sollen Vorranggebiete für die Windenergienutzung in verschiedenen Bereichen des Landkreises Nienburg festgelegt werden.

Gegen die Festlegung dieser Vorranggebiete in den dargestellten Gebieten erhebe ich Bedenken.

Der Landkreis Nienburg hat im Jahr 1993 für die kreisangehörigen Feuerwehren ein Gleichwellenfunksystem nach den Richtlinien für den nichtöffentlichen Landfunkdienst (Meterwellen-Funk-Richtlinien BOS) im 4-m Band mit der zugelassenen Zubringertechnik zwischen den Relaisfunkstellen im 70-cm Bereich errichten lassen.

Die Zubringerstrecken der Gleichwelle verlaufen möglicherweise durch die ausgewiesenen Vorranggebiete. Dem Fachbereich Bauen stehen Unterlagen in GIS zur Verfügung, auf denen die Zubringerstrecken der Gleichwelle dargestellt sind. Die Höhen der Antennenträger betragen zwischen 30 und 50 m. Die Zubringerstrecke ist in diesem Höhenbereich zwingend von Bauwerken jeglicher Art freizuhalten. Auf beiden Seiten der Zubringerstrecke ist nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ein Sicherheitsabstand von 100 m einzuhalten, damit ein störungsfreier und flächendeckender Funkverkehr im Landkreis gewährleistet bleibt.

Die Errichtung von Windenergieanlagen könnte die Zubringerstrecken unterbrechen und den Funkverkehr zum Erliegen bringen.

Da mir ein Abgleich der geplanten Vorranggebiete mit dem Verlauf der Zubringerstrecken nicht möglich ist, bitte ich um Prüfung in eigener Zuständigkeit.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Richtfunkstrecken der Feuerwehr sind als Abwägungskriterium in die Planung eingestellt worden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID

Nr. 147	Landkreis Nienburg, Fachbereich Umwelt Fachdienst Umweltrecht und Kreisstraßen	**65**

Kreisstraßen

Da die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr die technische Verwaltung der Kreisstraßen für den Landkreis Nienburg/Weser wahrnimmt, bitte ich, von dort angebrachte Anregungen und Bedenken zu berücksichtigen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 157	Bundesnetzagentur	**31**

Ihr o.g. Schreiben bezieht sich auf das Verfahren der Bauleit- oder Flächennutzungsplanung bzw. auf das Genehmigungsverfahren nach dem BlmSchG. Die von Ihnen hiermit veranlasste Beteiligung der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) steht auch im Zusammenhang mit der Frage, ob durch die Planungen der Betrieb von Richtfunkstrecken beeinflusst wird. Dazu, wie auch zu der Standortplanung für Windkraftanlagen in insgesamt 17 Gebieten, teile ich Ihnen folgendes mit:

Die BNetzA teilt u.a. gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 die Frequenzen für das Betreiben von zivilen Richtfunkanlagen zu. Selbst betreibt sie keine Richtfunkstrecken. Die BNetzA kann aber in Planungs- und Genehmigungsverfahren im Rahmen des Baurechts bzw. zum Schutz vor Immissionen einen Beitrag zur Störungsvorsorge leisten, indem sie Namen und Anschriften der für das Baugebiet in Frage kommenden Richtfunkbetreiber identifiziert und diese den anfragenden Stellen mitteilt. Somit werden die regionalen Planungsträger in die Lage versetzt, die evtl. betroffenen Richtfunkbetreiber frühzeitig über die vorgesehenen Baumaßnahmen bzw. Flächennutzungen zu informieren.

Beeinflussungen von Richtfunkstrecken durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Auf das Einholen von Stellungnahmen der BNetzA zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe kann daher allgemein verzichtet werden. Im vorliegenden Fall wird diese Höhe jedoch erreicht bzw. überschritten.

Angaben zum geografischen Trassenverlauf der Richtfunkstrecken bzw. zu den ggf. eintretenden Störsituationen kann die BNetzA nicht liefern. Im Rahmen des Frequenzzuteilungsverfahrens für Richtfunkstrecken prüft die BNetzA lediglich das Störverhältnis zu anderen Richtfunkstrecken unter Berücksichtigung topografischer Gegebenheiten, nicht aber die konkreten Trassenverhältnisse (keine Überprüfung der Bebauung und anderer Hindernisse, die den Richtfunkbetrieb beeinträchtigen können). Die im Zusammenhang mit der Bauplanung bzw. der geplanten Flächennutzung erforderlichen Informationen können deshalb nur die Richtfunkbetreiber liefern. Außerdem ist die BNetzA von den Richtfunkbetreibern nicht ermächtigt, Auskünfte zum Trassenverlauf sowie zu technischen Parametern der Richtfunkstrecken zu erteilen. Aus Gründen des Datenschutzes können diese Angaben nur direkt bei den Richtfunkbetreibern eingeholt werden.

Auf der Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben habe ich eine Überprüfung der angefragten Gebiete durchgeführt. Den beigefügten Anlagen 1a bis 1q können Sie die dazu von mir ermittelten Koordinaten der Prüfgebiete (jeweils Fläche eines Planquadrats mit dem NW- und dem SO-Wert) sowie die Anzahl der in diesen Koordinatenbereichen in Betrieb befindlichen Punkt-zu-Punkt-Richtfunkstrecken entnehmen.

Punkt-zu-Mehrpunkt-Richtfunkanlagen sind im Landkreis Nienburg/Weser zz. nicht in Betrieb.

Bei den Untersuchungen wurden Richtfunkstrecken militärischer Anwender nicht berücksichtigt.

Die anliegende Übersicht gibt Auskunft über die als Ansprechpartner in Frage kommenden Richtfunkbetreiber. Zum vorsorglichen Ausschließen von Richtfunkstörungen durch neue Bauten schlage ich Ihnen vor, sich mit den Betreibern in Verbindung zu setzen, um ihre Einbeziehung in die weiteren Planungen zu gewährleisten.

Da der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt, sind Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend. Ich möchte deshalb ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Ihnen hiermit erteilte Auskunft nur für das Datum meiner Mitteilung gilt.

Messeinrichtungen des Prüf- und Messdienstes der BNetzA werden durch die Planungen nicht beeinträchtigt.

Soweit die aufgezeigten Planungen Auswirkungen auf die Errichtung und den Betrieb von Energieanlagen im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) haben, ist zu beachten, dass der Gesetzgeber im EnWG eine Zuständigkeitsaufteilung zwischen den nach Landesrecht zuständigen Behörden und den Regulierungsbehörden vorsieht. Die Planfeststellungsverfahren für Energieanlagen werden gem. § 43 Abs. 1 EnWG von den nach Landesrecht zuständigen Behörden durchgeführt. Auch die technische Beschaffenheit von Energieanlagen bei deren Errichtung ist - unbeschadet der Aufgabe der BNetzA, die Einhaltung der Anforderungen nach den §§ 11 ff. EnWG zu gewährleisten - von den nach Landesrecht zuständigen Behörden zu überwachen. Der für die Planung und Errichtung von Energieanlagen wesentliche Rechtsrahmen sieht daher eine umfassende Zuständigkeit der nach Landesrecht zuständigen Behörden vor, so dass auch allein deren Aufgabenbereich durch die aufgezeigten Planungen berührt sein könnte.

Weiterhin möchte ich noch auf folgenden Sachverhalt aufmerksam machen: Das Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 22.06.2004 sieht für die Verlegung öffentlichen Zwecken dienender Telekommunikationslinien (unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen) ein unentgeltliches Wegerecht (§ 68 ff TKG) vor. Kenntnisse von Bebauungsplänen könnten daher für die Betreiber dieser Telekommunikationslinien von Interesse sein, um eigene Planungen durchzuführen. Aus der Sicht der Kommunen könnte diese frühzeitige Beteiligung hinsichtlich der Erstellung der Infrastruktur von Vorteil sein. Die Betreiber öffentlicher Telekommunikationslinien erfüllen im Sinne des Art. 87 f GG einen Versorgungsauftrag des Bundes und nehmen somit „öffentliche Belange" war. Meines Erachtens müssen jedoch nicht alle Betreiber öffentlicher Telekommunikationslinien beteiligt werden. Ich empfehle jedoch, die in dem entsprechenden Landkreis bereits tätigen Betreiber öffentlicher Telekommunikationslinien sowie die Betreiber, die die Absicht zur Errichtung solcher Linien bekundet haben, zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen der Folgeverfahren weiter zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 184	Gasunie Deutschland Services GmbH	**36**

...die Gasunie Deutschland Services GmbH vertritt die Interessen der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH (ehemals BEB Transport GmbH) und der Cupa Transport Services GmbH (ehemals ExxonMobil Fernleitungsnetz GmbH).

Wir danken für die Beteiligung im Rahmen Ihrer Planungen und senden Ihnen beiliegend unsere Stellungnahme. Bitte berücksichtigen Sie, dass diese auf Grundlage des aktuellen Erdgastransportleitungsnetzes der von Gasunie Deutschland Services GmbH vertretenen Unternehmen erstellt wurde. Änderungen am System sind jederzeit vorbehalten...

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Vahlbruch, Tel. (0511) 640607 - 2137, gerne zur Verfügung.

Anlage

Stellungnahme der von Gasunie Deutschland Services GmbH vertretenden Unternehmen zur eingereichten Plananfrage

Von dem Vorhaben sind Anlagen wie nachfolgend beschrieben betroffen:

...(Tabelle siehe Schreiben)

Den Leitungsverlauf entnehmen Sie bitte den beigefügten Übersichtskarten Nr.: ETL 17 - ÜK 2 + 3, ETL 19 - ÜK 5, ETL 66 - ÜK 1, ETL 134 - ÜK 1

Allgemeine zu beachtende Hinweise:

Wir weisen darauf hin, dass unsere Angaben/Planeintragungen zur unverbindlichen Vorinformation erfolgen. Die Angaben über Lage, Deckung und Verlauf der oben genannten Anlage(n) sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie in der Örtlichkeit durch einen Beauftragten der Gasunie Deutschland Services GmbH bestätigt werden. Die genaue Lage / Höhenlage der Erdgastransportleitung(en) / Begleitkabel ist vor Beginn der Detailplanung zu ermitteln.

Die Schutzanweisungen fügen wir mit der Bitte um Beachtung durch die bauausführende Firma bei. Sie sind auf der Baustelle zusammen mit den Plänen vorzuhalten.

Material, Gerät und Erdaushub sind außerhalb des Schutzstreifens zu lagern. Bauwagen und dgl. sind außerhalb des Schutzstreifens aufzustellen.

Windkraftanlagen:

Unsere Erdgastransportleitungen sind in einem Schutzstreifen verlegt. Der gesamte Schutzstreifen der Erdgastransportleitungen ist als Bauverbotszone auszuweisen, so dass zur Gewährleistung der Sicherheit und zu Reparaturzwecken eine jederzeitige Befahrung möglich ist. Leitungs- bzw. anlagengefährdende Einwirkungen sind im Schutzstreifen untersagt.

Es muss der freie Zugang zu unseren Anlagen (auch während der Bauphase) gewährleistet sein. Eventuell erforderliche Überfahrten sind in Abstimmung mit unserem o.g. Betrieb festzulegen und durch geeignete Maßnahmen zu sichern.

Durch den Bau und Betrieb der Windkraftanlage kann es zu erheblichen Beeinträchtigungen des kathodischen Korrosionsschutzes (KKS) unserer Rohrleitungsanlagen durch Fundamente bzw. Erdungsanlagen kommen. Die Wirksamkeit des KKS ist nachträglich zu untersuchen. Ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen sind vom Vorhabensträger / Verursacher zu tragen.

Grundsätzlich ist bei Errichtung von Windkraftanlagen der Sicherheitsabstand zu Erdgas- Anlagen (z.B. Erdgastransportleitungen und Betriebsplätze) so zu wählen, dass eine Gefährdung, zum Beispiel durch Umsturz, Gondelabwurf oder Abwurf von Rotorblättern, ausgeschlossen ist. Hierzu verweisen wir auf die Rundverfügung des Landesbergamtes Clausthal-Zellerfeld vom 12.01.2005, in der die Sicherheitsabstände für Windenergieanlagen zu Einrichtungen des Bergbaus behördlich festgelegt sind, die die Bergbehörde bei Anfragen anwendet.

Sicherheitsabstand zwischen Erdgashochdruckanlagen und der Außenkante des Mastes am Fuß der Windkraftanlagen:

Erdgastransportleitungen : 30 Meter

Erdgasstationen: 200 Meter

Sämtliche durch den Bau und Betrieb der Windkraftanlage entstehenden Kosten sind vom Vorhabensträger/Verursacher zu tragen.

Aus Sicherheitsgründen ist es unbedingt erforderlich, rechtzeitig, spätestens jedoch 5 Tage vor Beginn jeglicher Maßnahmen im Leitungsschutzstreifenbereich, Kontakt zu folgendem Überwachungsbetrieb aufzunehmen...

Sämtliche Baumaßnahmen im Schutzstreifen der Erdgastransportleitung(en) sind in Anwesenheit eines Gasunie-Mitarbeiters durchzuführen.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen und stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Anlagen: Pläne

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die im Kreisgebiet tätigen Firmen bergbaulicher Einrichtungen sind in den Folgeverfahrenfahren zu beteiligen. Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 186	PLEdoch GmbH	**37**

Vorranggebiet 17 - Glissen/Westenfeld

hier: Ferngasleitung Nr. 66, Ahlten - Steinbrink, DN 500, mit Betriebskabel, Betriebsüberwachung: E.ON Ruhrgas AG

Zu unseren Aufgaben gehören unter anderem die Leitungsauskunft und technische Dokumentation für die vorgenannte Versorgungsanlage.

Die E.ON Ruhrgas AG hat uns Ihr Schreiben zuständigkeitshalber weitergeleitet.

In den Übersichtsplan (Maßstab 1:25.000) zum Vorranggebiet 17 - Glissen/Westenfeld haben wir den Verlauf der eingangs aufgeführten Versorgungsanlage graphisch übernommen und mit zugehörigen Kenndaten versehen.

Beachten Sie bitte, dass die Eintragung der Versorgungsanlage in diesem Plan nur zur groben Übersicht geeignet ist.

Wir bitten Sie, im Originalplan die dort befindliche Ferngasleitung nachrichtlich mit aufzunehmen und in der Zeichenerklärung zu erläutern. Um Ihnen in dem Originalplan die genauen Leitungsübernahmen zu ermöglichen, fügen wir die entsprechenden Bestandsunterlagen bei.

Die Übersichtspläne, in denen keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen verlaufen, wurden mit entsprechendem Bearbeitungsvermerk versehen.

Weitere Anregungen und Hinweise entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt der E.ON Ruhrgas AG zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Die im Kreisgebiet tätigen Firmen bergbaulicher Einrichtungen sind in den Folgeverfahrenfahren zu beteiligen.

Entsprechende Sicherheitsauflagen - wie u. a. festzulegende Schutzstreifenbereiche - sind Bestandteil der Genehmigung.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**265**

...das Stromübertragungsnetz der E.ON wird im Zuge der konzerninternen Trennung von Hoch- und Höchstspannungsnetz nunmehr von einer eigenen E.ON-Gesellschaft geführt. Das neue für die Höchstspannung (220.000/380.000 Volt) verantwortliche Unternehmen heißt transpower stromübertragungs gmbh.

transpower ist hinsichtlich des Höchstspannungsnetzes der Spannungsebenen 220 kV/380 kV Rechtsnachfolgern der vormaligen E.ON Netz GmbH in Bayreuth.

transpower wurde am 21.07.2009 ins Handelsregister in Bayreuth mit der Handelsregisternummer HRB 4923 eingetragen.

Die Geschäftsführer von transpower sind Herr Martin Fuchs als Vorsitzender (Netzmanagement und Technik) und Dr.

Christof Schulte (Kaufmännische Aufgaben, Personal und Offshore). Als Hold Separate Manager wird zudem Herr Hans Hellmuth, vormals Vorstand der E.ON edis AG, der Geschäftsführung bis zum Verkauf angehören.

Die E.ON Netz GmbH betreibt ab sofort als überregionaler Verteilnetzbetreiber ausschließlich das 110-kV-Netz des E.ON-Konzerns.

Lfd. Nr. 09-032621

220-kV-leitung Landesbergen-Sottrum (LH-10-2010)

380-kV-Leifung Landesbergen-Dollern (LH-10-3003)

380-kV-Leitung Landesbergen-Ovenstädt (LH-10-3017)

380-kV-Leitung Ovenstädt-Eickum (LH-10-3017)

Umspannwerk Wechold

Umspannwerk Ovenstädt

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange über den Entwurf der Änderung des „Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Nienburg/Weser"

- Teilabschnitt Windenergie - Schreiben Az.: 62.13.39 vom 19.10.2009

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**266**

Die Vorranggebiete 01 - Hilgermissen 10 - Steyerberg/Anemolter und 17 - Glissen/Westenfeld befinden sich im Nahbereich unserer o. a. Höchstspannungsfreileitungen.

Den im Entwurf zu „Hochspannungsfreileitungen" enthaltenen Ausschlusskriterien (Abstandsregelung) stimmen wir zu. Eine Einzelfallprüfung der WEA-Standorte ist erforderlich.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Eine Einzelfallprüfung erfolgt. Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**269**

Die Vorranggebiete 01 - Hilgermissen und 17 - Glissen/Westenfeld befinden sich im Nahbereich unserer o. a. Umspannwerke.

Gemäß der VDEW-Empfehlung M-35/98 „Abstand von Windenergieanlagen zu elektrischen Anlagen (Freileitungen/Schaltanlagen)" sollte der Abstand von der äußeren Rotorblattspitze einer WEA bis zur Eingrenzung von Freiluftschaltanlagen mindestens den dreifachen Rotordurchmesser D betragen.

Wir regen an, die in der Begründung unter 4.3.1 Ermittlung der Suchräume („weiße Flächen") aufgeführten Ausschlusskriterien entsprechend zu ergänzen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die erwähnten VDEW-Empfehlungen sind in der Entwurfsbegründung angeführt (siehe 4.3.1.1.8).

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen

der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**267**

Die Vorranggebiete 01 - Hilgermissen 10 - Steyerberg/Anemolter und 17 - Glissen/Westenfeld befinden sich im Nahbereich unserer o. a. Höchstspannungsfreileitungen.

Den im Entwurf zu „Hochspannungsfreileitungen" enthaltenen Ausschlusskriterien (Abstandsregelung) stimmen wir zu. Eine Einzelfallprüfung der WEA-Standorte ist erforderlich.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Eine Einzelfallprüfung erfolgt. Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**268**

Die Vorranggebiete 01 - Hilgermissen 10 - Steyerberg/Anemolter und 17 - Glissen/Westenfeld befinden sich im Nahbereich unserer o. a. Höchstspannungsfreileitungen.

Den im Entwurf zu „Hochspannungsfreileitungen" enthaltenen Ausschlusskriterien (Abstandsregelung) stimmen wir zu. Eine Einzelfallprüfung der WEA-Standorte ist erforderlich.

Abwägungsvorschlag:

Teilweise folgen.

Eine Einzelfallprüfung erfolgt. Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID

Nr. 195	transpower stromübertragungs gmbH	**270**

Die Vorranggebiete 01 - Hilgermissen und 17 - Glissen/Westenfeld befinden sich im Nahbereich unserer o. a. Umspannwerke.

Gemäß der VDEW-Empfehlung M-35/98 „Abstand von Windenergieanlagen zu elektrischen Anlagen (Freileitungen/Schaltanlagen)" sollte der Abstand von der äußeren Rotorblattspitze einer WEA bis zur Eingrenzung von Freiluftschaltanlagen mindestens den dreifachen Rotordurchmesser D betragen.

Wir regen an, die in der Begründung unter 4.3.1 Ermittlung der Suchräume („weiße Flächen") aufgeführten Ausschlusskriterien entsprechend zu ergänzen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die erwähnten VDEW-Empfehlungen sind in der Entwurfsbegründung angeführt (siehe 4.3.1.1.8).

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 196	GDF SUEZ E&P DEUTSCHLAND GMBG	**271**

Eine Überprüfung des Sachverhaltes ergab, dass sich im o. g. Bereich unsere Bohrung Steimbke H2 befindet, wie in dem anliegenden Lageplan gekennzeichnet.

Wir bitte Sie, unsere Belange zu beachten und uns bei konkreter Planung einzelner Windenergieanlagen zu beteiligen, sollte diese im Umkreis von 200 m ausgehend von unserer Bohrung liegen, um die entsprechenden Abstände der Windkraftanlagen zu Einrichtungen des Bergbaus einhalten zu können.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Der Hinweis auf die Bohrung ist im Rahmen der Folgeverfahren zu beachten und die GDF SUEZ DEUTSCHLAND GMBG zu beteiligen.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 198	Wasserverband NIENBURG-SÜD	**979**

Bezug nehmend auf die RROP-Teiländerung Windenergie im Vorranggebiet Steyerberg verweise ich - im Bereich der Landesstraße L 350 von Wellie - Steyerberg auf die dortige Trasse unserer Trinkwasserleitung HTL DN 400.

Da es sich dabei um die Haupttransportleitung zur Versorgung des gesamten Südkreises handelt, ist als Sicherheitsabstand zum Schutz der Versorgungssicherheit mindestens die Fallhöhe zu berücksichtigen.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Abstände zu Trinkwasserleitungen sind auf Ebene der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festzulegen. Die erforderlichen Nachweise, insbesondere Sicherheitsnachweise, werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für Einzelvorhaben vorgelegt.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf

raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Trinkwasserfernleitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 318	Privatperson	**60**

Kipphöhe als Abstandskriterium ist nicht zeitgemäß.

1. Ist der Begriff nicht eindeutig definiert, die eine Behörde meint damit das 1,2fache der Nabenhöhe die andere die Gesamthöhe (Nabe plus Rotorhalbmesser), wieder eine die Gesamthöhe plus 20 m. Hier wird ohne fachliche Herleitung ein Begriff genutzt, der willkürlich ein Abstandsmaß definiert.

2. Warum wird die Kupphöhe als Abstand verwendet? Eine Windenergieanlage kippt nicht um, andernfalls dürfte sie nicht genehmigt werden. Vielmehr ist im Genehmigungsverfahren pingelig darauf zu achten und dem Bauherrn aufzuerlegen, dass

1. eine Baugrunduntersuchung durchzuführen ist und die Gründung entsprechend ausgeführt wird, 2. die Windenergieanlagen ordnungsgemäß unter Einbeziehung eines unabhängigen Sachverständigen abgenommen werden, 3. die Windenergieanlagen in der Betriebsphase regelmäßig und ordnungsgemäß gewartet und in Stand gehalten sowie durch unabhängige Sachverständige überprüft werden.

Eisenbahnen und Flugzeuge werden auch nicht mit einem derartigen Mißtrauensvorschuss belegt, obgleich diese selbst bei ordungsgemäßer Wartung und Überprüfung entgleisen oder abstützen.

Umkippende Windenergieanlagen sind ausgesprochen selten!

Kipphöhe Abstand ist eine Diskriminierung gegenüber anderen Bauwerken und Maschinen.

Die Forderung Kipphöhe kommt "von Alters her" von Seiten privater Unternehmen (Wasserversorger, Gasversorger, Leitungsbetreiber etc.) und der Energiewirtschaft die nichts Besseres wissen, als sich die Anlagen mit besagter Kipphöhe vom Leibe zu halten. Auch öffentliche Behörde fordern dies im Beteiligungverfahren, oft weil sie nicht besseres Wissen und lieber auf Nummer sicher gehen, obgleich es keinen Beweis dafür gibt, dass die Windenergieanlagen umfallen. Haben Sie Beispiele für umfallende Windenergieanlagen? Die wenigen Fälle, die mir bekannt sind, gehen eindeutig auf Fahrlässigkeit und Mißachtung von Auflagen, Bedingungen und technischen Aweisungen/Normen zurück.

Das Oberbergamt hat - zumindest phasenweise - andere Abstände empfohlen z.B. 30 m Abstand zu Gas- und Wasserleitungen, oder fordert in jedem Einzelfall ein Gutachten. Auch hier ist es besser Abstände in das Genehmigungsverfahren zu verweisen, da durch Einzelfallentscheidungen, angemessene Abstände ermittelt werden können.

Kipphöhe Abstand zu elektrischen Leitungen ist schon lange ein überholtes Maß.

In Genehmigungsverfahren, bei denen weder durch Flächennutzungsplan noch durch RROP Abstände zu elektrischen Leitungen festgelegt wurden, gelten die Regelungen nach der EN 50341 / VDE 0210, die eigens zur Lösung dieser Fragestellung aufgestellt wurde. Danach ist der Abstand zwischen WEA und Hochspannungsfreileitung (>30kV) ohne schwingungdämpfende Maßnahmen mit dem 3fachen und mit schwingungdämpfenden Maßnahmen mit dem 1fachen des Rotordurchmessers zum äußeren Leiterseil der Freileitung anzunehmen. Für Leitungen unter 30 kV gelten keine besonderen Abstände.

Die Tatsache, dass die Leitungsbetreiber diese Abständen als beteiligte des Genehmigungsverfahren selbst fordern, bedeutet doch, dass im RROP nicht über dieses Maß hinaus eingeschränkt werden und hier ohne Not Platz für potentielle WEA ausgeschlossen werden sollte. Genau gesagt kann das RROP diese Frage in das Genehmigungsverfahren verweisen, damit dort eine dem Einzelfall angemessene Entscheidung getroffen wird.

Die EN 50341 wurde am 1.1.2001 angenommen, ist also jünger als der vom Verfasser zitierte VDEW Aufsatz. Dass der NLT ebenfalls mit überkommenen Richtlinien arbeitet, sollte für den Landkreis Nienburg nicht Maßstab sein. Zumindest auch deshalb, da das sog. NTL-Papier zur Windkraftnutzung umstritten ist und derzeit vielfach Genehmigungen mit Restriktionen, die sich auf das NLT-Papier beziehen beklagt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, soll im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B.

Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 321	Privatperson	**870**

3. Abstand zu Straßen

Zu Bundes- Landes- und Kreisstraße soll ein Abstand von 180 m (Fallhöhe) eingerichtet werden. Dieser Abstand ist gesetzlich an keiner Stelle begründbar. Es stellt sich die Frage, warum ein entsprechender Abstand an Gemeindeverbindungsstraßen mit Bedeutung nicht eingerichtet wird. Eine solche ist die Straße zwischen Husum und Bolsehle. Zumal dieser Straße sicher eine größere Bedeutung zukommt wie z.B. der K 7 von Bolsehle zur B 6

Entweder geht von WEA eine Gefahr durch Umfallen aus, dann müssen Abstände zu allen Straßen von Bedeutung eingehalten werden oder nicht, dann reichen die entsprechenden gestzlichen Abstandsvorschriften an Bundes- und Landesstraßen aus.

In der im Entwurf gewählten Form ist die Abstandsregelung jedoch willkürlich und rechtlich nicht haltbar.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw.

-abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 337	Privatperson	**106**

...ich bin Eigentümer des Flurstücks 164, Flur 20, in der Gemarkung Harrienstedt und gleichzeitig Betreiber einer Windkraftanlage auf diesem Flurstück im vorhandenen Vorranggebiet Harrienstedt/Westenfeld.

Laut Entwurf des Regionalplanes haben sich die südliche und östliche Grenze des Gebietes unter Berücksichtigung höherer Abstände zur Hochspannungsleitung zu ungunsten der jetzigen Windkraftanlagenstandorte verschoben.

So liegt der Standort meiner Windkraftanlage nicht mehr im Vorranggebiet, so dass die Anlage nicht erneuert werden könnte.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen und bitten, den Abstand zur Hochspannungsleitung von 180m auf 120 m zu verringern um so meine berechtigten Interessen als Betreiber einer vorhandenen Windkraftanlage bei der Abwägung entsprechend zu berücksichtigen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen). Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**812**

3. Pufferzone um Hochspannungsfreileitungen

Im Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms - Teilabschnitt Windenergie - ist vorgesehen, zu Hochspannungsfreileitungen einen generellen Abstand von 180 m einzuhalten. Auch wenn die Zulässigkeit der Festsetzung von pauschalen Abständen zu Einrichtungen der technischen Infrastruktur in einem Regionalplan grundsätzlich anzuerkennen ist, möchten wir - in Ergänzung zu unserem Schreiben vom 28. April 2009 - noch einmal anregen, die Notwendigkeit dieses Schutzabstandes generell sowie hinsichtlich des Ausmaßes zu überdenken.

Die Festlegung von Pufferzonen um Hochspannungsfreileitungen ist auf der Ebene der Regionalplanung grundsätzlich nicht erforderlich, dem Schutz dieser Einrichtungen kann auf kommunaler Planungsebene Rechnung getragen werden (OVG Münster, Urt. v. 06.09.2007 - 8 A 4566/04 - juris Rz. 190 ff.). Außerdem sind die Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Freileitungen Gegenstand des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Mittlerweile werden Anlagen in deutlich geringerem Abstand als 180 m zu bestehenden Freileitungen genehmigt, insbesondere wenn sich der Anlagenbetreiber bereit erklärt, die Kosten für den Einbau von Schwingungsschutzmaßnahmen zu übernehmen (vgl. nur OVG Münster, Urt. v. 18.08.2009 - 8 A 613/08 - juris Rz. 7). Werden Schwingungsdämpfer eingebaut, können genehmigungsrechtlich Abstände bis zu einem Rotordurchmesser zugelassen werden (vgl. Degner/Kießling/Tzschoppe, Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen, Elektrizitätswirtschaft 1999, Heft 7, S. 32 ff.). Insofern erscheint es weder erforderlich noch sachgerecht, innerhalb eines Vorranggebietes Windenergieanlagen regionalplanerisch auszuschließen, wo sie genehmigungsrechtlich unproblematisch zugelassen werden könnten. Vor diesem Hintergrund sollte aus unserer Sicht die Pufferzone um bestehende Hochspannungsfreileitungen zur möglichst weitreichenden Förderung der Windenergie ganz gestrichen oder jedenfalls auf einen Abstand von 100 m begrenzt werden. Ein Abstand von 100 m wurde auch vom OVG Bautzen für zulässig und ausreichend erachtet (OVG Bautzen, Urt. v. 25.10.2006- 1 D 3/03-juris Rz. 60)…

5. Ergänzung

Ergänzend möchten wird noch einmal auf unsere Schreiben vom 9. Dezember 2008 und 28. April 2009 einschließlich der vorgelegten Anlagen Bezug nehmen. An dem Vorbringen in diesen Schreiben halten wir nach wie vor fest.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich das geplante Vorranggebiet WE 11 für eine Ausweisung aus mehreren Gründen eignet. Belange, die einer Ausweisung entgegenstehen könnten, sind nicht ersichtlich. Zu bemängeln ist allerdings die räumliche Abgrenzung des Gebiets. Die Nichtausweisung der Teilbereiche östlich der Hochspannungsfreileitung wird den Anforderungen an ein schlüssiges räumliches Planungskonzept nicht gerecht.

Außerdem sollte die Notwendigkeit der Pufferzone von 180 m zu bestehenden Hochspannungsfreileitungen nach unserer Auffassung noch einmal überdacht werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**810**

b) Ermittlung potentieller Vorranggebiete

Erst auf der zweiten Prüfungsstufe werden alle Gebiete, die die Mindestgröße von 35 ha nicht erreichen, ausgeschlossen. Der Ausschluss von Kleinstflächen ist rechtlich grundsätzlich nicht zu beanstanden (OVG Koblenz, Urt. v. 02.10.2007 - 8 C 11412/06 - juris Rz. 50). Allerdings wäre hier zu beachten, dass die Teilflächen östlich der 110 kV- Freileitung nicht isoliert

betrachtet werden könnten, sondern nur in Verbindung mit der Fläche westlich der 110 kV-Freileitung, da es andernfalls auch auf dieser Prüfungsstufe zu einer uneinheitlichen Anwendung der Abwägungskriterien kommen würde.

Das zeigt sich beispielsweise an dem geplanten Vorranggebiet WE 01 nördlich Hilgermissen. Auch dieses Gebiet wird durch die 110 kV-Freileitung getrennt. Das nördliche Teilgebiet weist eine Größe von 25,2 ha auf, das südliche Teilgebiet ist 49,8 ha groß. Die Gesamtfläche beträgt 75 ha. Durch die Ausweisung dieses einheitlichen Gebiets WE 01 wird zum Ausdruck gebracht, dass die Teilbereiche eines Gebietes, das durch eine Freileitung getrennt ist, nicht isoliert zu betrachten sind. Denn andernfalls hätte auch in diesem Fall das nördliche Teilgebiet im zweiten Arbeitsschritt ausgeschlossen werden müssen, weil es die erforderliche Mindestgröße von 35 ha nicht erreicht. Entsprechend ist beim geplanten Vorranggebiet WE 11 zu verfahren, da andernfalls die gewählten Vorgaben nicht einheitlich zur Anwendung kommen, was dazu führt, dass eine nachvollziehbare Abwägung nicht mehr angenommen werden kann.

c) Zusammenfassung

Zusammenfassend bleibt daher festzuhalten, dass eine Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in einem regionalen Raumordnungsplan zwar nicht auf allen für diese Nutzung potentiell geeigneten Flächen erfolgen muss (OVG Koblenz, Urt. v. 28.02.2002 - 1 A 11625/01 - juris Leitsatz), allerdings sind die selbst gewählten Ausschlusskriterien einschließlich der Pufferzonen und Abwägungsgrundsätze nach einheitlichen Maßstäben anzuwenden, da die Planung andernfalls den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots nicht gerecht wird (vgl. dazu BVerwG, Urt. v. 13.03.2003 - 4 C 4.02 - juris Rz. 15; OVG Lüneburg, Urt. v. 09.10.2008 - 12 KN 35/07 - juris Rz. 16). Wären die Ausschlusskriterien und Pufferzonen beim geplanten Vorranggebiet WE 11 sachgerecht angewandt worden, so hätten auch die aus der Karte ersichtlichen Teilbereiche östlich der 110 kV-Versorgungsleitung als Suchraum dargestellt werden müssen. Ein Ausschluss dieser Teilflächen auf der nächsten Prüfungsebene ist nicht möglich, weil sie zu klein sind. Auch hier ist - ebenso wie beim geplanten Vorranggebiet 01 nördlich Hilgermissen - auf die Gesamtfläche und nicht die durch die 110 kV-Freileitung durchtrennten Teilflächen abzustellen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**804**

...mit Schreiben vom 9. Dezember 2008 haben wir im Rahmen einer Stellungnahme zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003, Teiländerung „Windenergienutzung", darauf hingewiesen, dass unsere Mandantin, die Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG, in Erweiterung des bestehenden Windeignungsgebiets südöstlich der Gemeinde Estorf die Errichtung eines Windparks plant.

Nachdem unserer Mandantin die Abstandskriterien, die der Änderung des RROP zugrunde gelegt werden sollen, bekannt geworden sind, hat sie ihre bisherige Planung überarbeiten lassen. Die geänderten Planunterlagen erhalten Sie in der Anlage.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass wir die Forderung nach einem generellen Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Hochspannungsfreileitungen von 180 m nicht nachvollziehen können. Auch wenn grundsätzlich anzuerkennen ist, dass es im Rahmen der Regionalplanung zulässig ist, pauschal Abstände zu Freileitungen festzusetzen (vgl. nur OVG Bautzen, Urt. v. 25.10.2006 - 1 D 3/03 -juris Rz. 60), erlauben wir uns, auf die DIN EN 50341-3-4 hinzuweisen, die Anforderungen festlegt, die bei der Errichtung von Windenergieanlagen einzuhalten sind. Danach ist ein Mindestabstand zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiterseil von einem Rotordurchmesser einzuhalten.

Sofern sichergestellt ist, dass die Leiterseile außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlagen liegen, ist es daher möglich, eine Genehmigung zu erhalten, die den oben genannten Mindestabstand einhält. Daher halten wir es für nicht sachgerecht, über die Rechtswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB Teile des Plangebiets weiträumig nicht für Windenergieanlagen zur Verfügung zu stellen, obwohl dort Anlagen genehmigt werden könnten. Insofern bitten wir den Mindestabstand zu Hochspannungsfreileitungen zu überdenken.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 344	RA Blanke, Meier, Evers Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co. KG	**813**

4. Ortsumgehungsstraße Estorf

Das Vorranggebiet WE 11 liegt zwischen den Orten Landsbergen und Estorf östlich der Eisenbahnstrecke zwischen Nienburg/Weser und Minden sowie der Bundesstraße 215. Die Bundesstraße 215 verläuft derzeit sowohl durch Landsbergen als auch durch Estorf. Wie unserer Mandantin in einem Gespräch mit dem Bürgermeister von Estorf bekannt wurde, wünscht die Gemeinde Estorf den Bau einer Ortsumgehungsstraße, deren Verlauf nach ihrem Wunsch parallel zur Eisenbahnlinie durch das geplante Vorranggebiet WE 11 führt. Seitens der Gemeinde ist beabsichtigt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Nienburg/Weser - Teilabschnitt Windenergie - hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Aus diesem Grund halten wir es ebenfalls für erforderlich, auf den Wunsch der Gemeinde Estorf am Bau einer Ortsumgehung durch das geplante Vorranggebiet einzugehen.

Soweit das von unserer Seite in Erfahrung gebracht werden konnte, existieren keine Pläne für den Bau einer Umgehungsstraße für die Ortschaft Estorf durch die zuständige Behörde. Für den Bau von Bundesstraßen einschließlich Ortsumgehungen zuständig ist die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, ihr obliegt auch die Festlegung des Trassenverlaufs. Von daher halten wir es für fraglich, ob der Wunsch der Gemeinde Estorf am zukünftigen Bau einer Ortsumgehung im vorliegenden Verfahren Beachtung finden kann.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass unsere Mandantin hinsichtlich des von ihr im potentiellen Vorranggebiet geplanten Windparks in Kontakt mit der Gemeinde Estorf steht. Sie kann sich grundsätzlich vorstellen, den gewünschten Trassenverlauf von Windenergieanlagen freizuhalten, wenn im Gegenzug der Bau von Windenergieanlagen östlich der Hochspannungsfreileitung ermöglicht wird. Das setzt voraus, dass auf der regionalplanerischen Ebene die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Gemeinde Estorf die entsprechenden Gebiete auf der nachfolgenden kommunalen Planungsebene ausweisen kann. Vor dem Hintergrund verweisen wir noch einmal auf die unter Punkt 2 dargelegte fehlerhafte Vorgehensweise bezüglich der Nichtausweisung der Teilbereiche östlich der Freileitung.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

1) Ortsumgehung B 215: Der Hinweis auf die geplante Ortsumgehung im Bereich Estorf kann im Rahmen des Änderungsverfahrens nur dann berücksichtigt werden, wenn eine hinreichend konkrete Trassenplanung - z. B. in Form einer Landesplanerischen Festellung als Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens oder ggf. in Form einer Flächennutzungsplandarstellung - vorliegt. Bislang liegen dem Landkreis Nienburg/Weser keine konkreten Trassenplanungen vor.

Die Verwaltung geht davon aus, dass auf Grund zu erwartender Änderungen der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist. In diesem Zusammenhang wird der Gemeinde Estorf empfohlen, einen konkreten Trassenverlauf vorzulegen, der im Zuge der Überarbeitung des RROP-Entwurfs berücksichtigt werden kann.

2) Hochspannungsleitungen östlich des Entwurfgebiets: Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, soll im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren festgelegt werden. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende

Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 395	RA Dr. Jutta Engbers, Martin Engbers	**565**

Aus Vorsorgegesichtspunkten ist ein Mindestabstand der Kipphöhe vorzusehen, gleichwohl im konkreten Einzelfall, insbesondere in Hämelhausen, nicht vorgesehen. Die Verbindungsstraße von Hohenholz nach Hämelheide und von Hämelhausen nach Hämelheide ist ohne entsprechenden Schutzabstand überplant. Dies widerspricht den generellen Kriterien des Landkreises, ebenso fehlt es an einem solchen Abstand entlang der Hämelheider Straße.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 413	Prowind GmbH	**542**

Das Vorranggebiet ist um den hier offengelassenen Zwischenbereich zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teilbereich zu erweitern. Die Standorte der dortigen Bestandsanlagen sind für ein mögliches zukünftiges Repowering zu sichern. Der Zwischenbereich war Bestandteil der Gebietsausweisung in der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Grafschaft Hoya und somit Genehmigungsgrundlage für die dortigen Bestandsanlagen.

Weiterhin ist eine pauschale Abstellung eines Mindestabstandes von 180m (Kipphöhe) zwischen WKA und Hochspannungsleitungen unverhältnismäßig, da der zuständige Netzbetreiber eigene Vorgaben zur Einhaltung von Mindestabständen macht und im Einzelfall technisch begründen kann. Während der Zeit der Genehmigungsverfahren für die zitierten 4 Bestands-WKA war dies; „zwischen dem äußersten ruhenden Freileiter und der Rotorblattspitze soll der Mindestabstand das 1fache des Rotordurchmessers bertragen."

Durch den Einbau schwingungsdämpfender Maßnahmen an den Hochspannungsanlagen kann dieser Mindestabstand projekt- und vor allem anlagenspezifisch sogar noch verringert werden, Durch eine zukünftige höhere Gesamthöhe der WKA bis 180m kann durch Beachtung der Anlagenparameter Turmhöhe und Rotordurchmesser außerdem ein höherer Abstand zwischen Freileitung und Rotorblättern erreicht und damit die Sicherheit der Energieanlagen gewährleistet werden. Weiterhin könnten weitere Bereiche der Zwischenfläche nach einer zukünftigen unterirdischen Verlegung der Hochspannungstrasse für die Errichtung von WKA genutzt werden.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 413	Prowind GmbH	**980**

Zum Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsplans, insbesondere Vorranggebiet 01 - Hilgermissen, nehmen wir persönlich und im Namen der Betreiber folgender WKA am Standort fristgerecht wie folgt Stellung:..

Unsere Stellungnahme vom 01-03-2010 möchten wir nach Vorlage der neuen Entwürfe des RROP vom 11-11-2010 wie folgt konkretisieren:

Begrüßt wird ausdrücklich die Wieder-Aufnahme des mittleren Bereichs in die Windvorrangfläche, besonders im Hinblick auf ein mögliches zukünftiges Repowering und die möglichen technischen Regelungen mit dem Betreiber der Hochspannungs-Freileitungen. Wir danken für die Aufnahme unserer fachlichen Ausführungen unserer Stellungnahme vom 01-03-2010.

Abwägungsvorschlag:

Folgen. Siehe ID 542.

Hinweis: Der Entwurf ist noch nicht überarbeitet worden. Die Verwaltung geht davon aus, dass nach abgeschlossener Abwägung der bisher eingegangenen Stellungnahmen sich auf Grund der Änderung der Grundzüge des Entwurfs des Raumordnungsplans für das Entwurfgebiet ein veränderter Zuschnitt ergeben wird und gemäß § 5 Abs. 10 NROG ein erneutes Beteiligungsverfahren durchzuführen ist.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 418	Windwärts Energie GmbH	**469**

3. Abstandskriterium von 180 m zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen

Die zur Ermittlung von Flächen für die Windenergienutzung zugrunde gelegten pauschalen Abstände von 180 m zu klassifizierten Straßen widersprechen der Rechtssprechung und unterlaufen damit die Privilegierung der Windenergie im Außenbereich. Gemäß Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 28.08.2008 - 8 A 2138/06 - sind Windenergieanlagen in einem Abstand von 20 m zwischen Fahrbahnrand von Landesstraßen und Flügelspitze zulässig. Demnach kann durch die Beifügung entsprechender Nebenbestimmungen in der Genehmigung der Windenergieanlagen sicher gestellt werden, dass keinerlei Gefährdung durch die Windenergieanlagen für den Verkehr ausgeht. Hält der Landkreis an dem gewählten Kriterium von 180 m fest ist dies abwägungsfehlerhaft.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw.

-abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**887**

5. Zu 4.3.1.1.8: Bereits aus den Ausführungen zu erforderlichen Sicherheitsabständen zu Hochspannungsleitungen ergibt sich keine technische Notwendigkeit, über einen Abstand des Rotordurchmessers (bei Installation von Schwingungsdämpfern) hinauszugehen. Es sind keine sachgerechten Gründe erkennbar, über die von den zustandigen Netzbetreibern formulierten Sicherheitsabstände hinaus aus „Vorsorgeaspekten" weitergehende Abstände vorzusehen.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Dieses Vorgehen hat der Ausschuss für Regionalentwicklung auf seiner Sitzung am 11.11.2011 der Verwaltung empfohlen. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**884**

2. Zu 4.3.1.1.3: Es ist unseres Erachtens nicht sachgerecht, einen pauschalen Abstand von 180 m zu Straßen vorzusehen. Die sich aus dem Bundesfernstraßengesetz bzw. aus dem Niedersächsischen Straßengesetz ergebenden Baubeschränkungszonen sind deutlich geringer. Für eine darüber hinausgehende Pufferzone ist keine sachliche Grundlage zu erkennen. Insbesondere ist eine Pufferzone zur Vermeidung etwaiger Gefährdung durch Eisabwurf und herab fallender Anlagenteile weder erforderlich noch angemessen. Gemäß Rechtsprechung des OVG Münster (Az. 8 A 2138/06) ist selbst in den aus den Straßengesetzen sich ergebenden Baubeschränkungszonen die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig.

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**886**

4. Zu 4.3.1.1.5: Die Ausführungen zu 4.3.1.3 gelten sinngemäß.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	**Technische Infrastruktur**	ID
Nr. 456	ENERCON GmbH	**885**

3. Zu 4.3.1.1.4: Im Rahmen der Festsetzung der Abstände in Höhe des 2-3fachen Rotordurchmessers zu Bahnoberleitungen ist nicht berücksichtigt worden, dass diese Bahnoberleitungen in einer vergleichsweise niedrigen Höhe von ca. 5m installiert sind. Demgegenüber bewegen sich die Rotorblätter des vom Landkreis Nienburg berücksichtigten Prototypen in deutlich größeren Höhen. Die Nachlaufströmungen der Rotorblätter werden daher in der geringen Höhe der Bahnoberleitungen nicht spürbar sein, so dass bei Berücksichtigung moderner Windenergieanlagen dieses Abstandserfordernis nicht mehr zu berücksichtigen ist.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 460	Privatperson	**632**

...als potentieller Investor einer Windenergieanlage im Raum Hilgermissen habe ich mit großem Interesse die Veröffentlichung des geplanten RROP des Landkreis Nienburg verfolgt.

Ausdrücklich begrüßen möchte ich die in der Begründung zum RROP formulierten Ziele, nach denen unter anderem „der Ausbau der regenerativen Energien, insbesondere der Windenergie" gefördert werden soll. Zum diesem Zwecke sei die Möglichkeit der Windenergienutzung unter Berücksichtigung des Erhalts attraktiver Orts- und Landschaftsbilder voll auszuschöpfen".

Um diesen Zielen gerecht zu werden, wurde das Kreisgebiet unter Anwendung eines Kriterienkatalogs auf mögliche Potentialflächen untersucht.

Meiner Ansicht nach wurde allerdings bei Festlegung einiger dieser Kriterien die Größe der auszuweisenden Flächen unnötig geschmälert. Insbesondere möchte ich an dieser Stelle Ihr Augenmerk auf die Berücksichtigung von Hochspannungsleitungen lenken. Hier wurde als genereller Sicherheitsabstand 180m angenommen.

Die Annahme dieses Abstandes halte ich aus folgendem Grunde für falsch: Die Annahme der Kipphöhe als Sicherheitsabstand steht entgegen heute gängiger Praxis. Wie dem Sonderdruck Nr. 4864 der „Elektrizitätswirtschaft - Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke VDEW" zu entnehmen ist, der bereits in der Begründung zum Entwurf zitiert wurde, akzeptieren die Netzbetreiber bei Installation von Schwingungsdämpfern durch den Anlagenbetreiber einen Mindestabstand der Hochspannungsleistung vom 1,5 fachen des Rotordurchmessers zum Anlagenmittelpunkt. Bei Betrachtung der E-82 mit einem Rotordurchmesser von 82 Metern als marktübliche Anlage würde dies einen Sicherheitsabstand von lediglich 123 Metern zu Hochspannungsleitungen bedeuten!

Bei Planung von kleineren Anlagentypen würde sich der Abstand entsprechend weiter verringern.

Da die notwendigen Mindestabstände wie erläutert projektspezifisch variieren können, sollte, wie es bei Aufstellung von Regionalplänen anderer Landkreise bereits praktiziert wurde, die generelle Festlegung von Mindestabständen zu Hochspannungsleitungen unterbleiben.

Vielmehr sollte hier die Möglichkeit genutzt werden, den Netzbetreibern hier im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geplanter WEA den am jeweiligen Standort notwendigen Mindestabstand festzustellen!

Für den oben genannten Standort könnte die zur Ausweisung vorgesehene Fläche bei diesem Vorgehen wesentlich effektiver genutzt werden!

Abwägungsvorschlag:

Folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Hochspannungsfreileitungen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen die Trassen der Hochspannungsfreileitungen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen (z. B. Schwingungsschutzmaßnahmen).

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**461**

5.2.8. Infraschall

Neben der Auswirkung des Infraschalls auf den Menschen, der schon an anderer Stelle behandelt wurde, hat der Infraschall nachweislich negative Auswirkung auf technologische Anlagen und Ausrüstung.

Diese negative Auswirkung wird die ohnehin beschränkte gewerbliche Expansion weiter negativ beeinflussen.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 464	Interessengemeinschaft Husum	**437**

3.2.2. Ausschlusskriterium Nr. 3 „ Abstand zu Bundes-, Kreis- und Landesstraßen"

Gem. Ausschlusskriterienkatalog hat der Landkreis Nienburg einen Abstand zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in Gestalt der Kipphöhe festgelegt. Dies entspricht bei dem als Planungsgrundlage berücksichtigtem Typ einem Abstand von 180m. Die Notwendigkeit eines Abstandes wurde rechtsseitig aufgrund der Gefahren eines Kippens, des Schatten- und Eiswurfes festgelegt.

Da die o.g. Gefahren für jede Straße gleichermaßen gelten, wird an dieser Stelle eine Berücksichtigung für alle befahrenen Straßen gefordert.

5.2.4. Abstand zur Ortsverbindungsstraße

Die Differenzierung des Abstandes von 180m zu der Kreisstraße K4 im Nord-Westen und keinem Abstand im Süden zur Ortsverbindungsstraße

Husum-Bolsehle ist nicht vertretbar. Das Risiko ist trotz geringerer Fahrfrequenz nicht geringer einzustufen, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass auf dieser Straße die Buslinien von Bolsehle nach Nienburg/Rehburg verlaufen. Ein 0-Abstand gefährdet somit ganz besonders den Schul- und Kindergartenverkehr.

Abwägungsvorschlag:

Nicht folgen.

Die Frage, welche Abstände WEA zu Straßen einhalten müssen, ist im Rahmen der Bauleitplanung oder standortbezogen im Genehmigungsverfahren zu prüfen. Auf raumordnerischer Ebene können lediglich die Tabukriterien so gewählt werden, dass Konflikte möglichst vermieden werden. Daher sollen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im RROP als Auschlusskriterien festgelegt werden; die Festlegung des jeweilig erforderlichen Sicherheitsabstandes soll auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. Die erforderlichen Sicherheitsnachweise hat der Anlagenbetreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorzulegen. Einrichtungen wie z. B. zur Vermeidung von Eisbildung bzw. -abwurf sind bei den meisten WEA heute standardmäßig vorgesehen.

Der Entwurf des RROP soll entsprechend geändert werden.

5	Technische Infrastruktur	ID
Nr. 488	Privatperson	**511**

Wir sind in der Planung für eine Photovoltaikanlage, diese Anlage sollte hauptsächlich zur eigenen Stromversorgung errichtet werden, da wir einen recht hohen Stromverbrauch, also auch hohe Stromkosten, haben. Sollte nun dieser "Windenergiepark" errichtet werden, müssen wir mit Schattenschlag rechnen, was die Photovoltaikanlage in ihrer Leistungs- und Ertragsmöglichkeit dermaßen einschränkt, dass sich die Errichtung dann nicht mehr im geringsten rechtfertigen bzw. lohnen würde. Also werden wir entgegen des Grundgesetzes in unserer freien Entfaltung behindert, wogegen wir uns rechtliche Schritte vorbehalten werden. Der enorme finanzielle Verlust, den wir erleiden werden, ist uns nicht zuzumuten.

Abwägungsvorschlag:

Kenntnisnahme.

Ob eine vorhandene Photovoltaikanlage durch Schattenwurf in ihrer Energieerzeugung beeinträchtigt würde, ist standortbezogen im Genehmigungsverfahren für WEA zu prüfen.

Hinweis: Beim Schattenwurf hat das ehemalige Nds. Landesamt für Ökologie (NLÖ) als Empfehlung die Zumutbarkeitsgrenze bei 30 Stunden pro Jahr angesetzt, sowie einen Tageshöchstwert von 30 Minuten. Moderne WEA besitzen Abschaltmodule, die bei anstehendem Schattenwurf eine Abschaltung der Anlagen vornehmen. Entsprechende Auflagen sind im Landkreis Nienburg/Weser Bestandteil der Genehmigung nach dem BImSchG.